

140 Mill. Gulden mit 90 Mill. in Staatsnoten und 50 Mill. in 5%igen Obligationen zu realisieren. Hatte das Gesetz vom 5. Mai verstaatlichte Banknoten gebracht, so schuf jetzt dieses Gesetz originäre Staatsnoten, und eine Tageszeitung schrieb: Zwei Dinge haben uns die Preußen hinterlassen — die Staatsnoten und die Cholera.

Im Voranschlag für 1866 waren Heer und Marine mit zusammen 97 Mill. Gulden bedacht. Laut Rechnungsabschluß hatten sie 256 Mill. gekostet. Die Staatsausgaben waren mit insgesamt 531 Mill. Gulden präliminiert, vollzogen wurden sie einschließlich der Kriegsentschädigung an Preußen mit 793 Mill. Die Ueberschreitung betrug also 262 Mill. Als charakteristische Einzelheit sei herausgehoben, daß man für Agiodifferenzen 1,8 Mill. Gulden vorgesehen hatte, jedoch 20,4 Mill. Gulden aufwenden mußte.⁵⁾ Das gibt ein Bild von den in Geld ausdrückbaren direkten Kriegskosten.

Der Feldzug von 1866 hat alles in allem einen Monat lang gedauert. In seinen finanziellen Aspekten ist er neben Weltkriegs-, ja neben Nachkriegsdimensionen nicht mehr als eine Episode. Wie unbehoben war man doch vor 70 Jahren in den Mitteln der Finanzpolitik und wie haben wir es seitdem so herrlich weit gebracht. 36 Eisenbahnzüge Silber in der Bank, und in den Staatskassen gähnende Leere! Erleben wir doch heute — nicht in Oesterreich — eine Notenbankpolitik, die auf alles eher bedacht ist, denn auf die Abwehr staatlicher Eingriffe oder auf den Schutz der Währung gegen Wertverminderung. Wohlhabende Bürger, reiche Städte und Provinzen und keinen Kreuzer Kriegsanleihe oder Kriegsteuer wagte man auszuschreiben, nachdem ein — noch vor dem Krieg unternommener — Anleiheversuch im Inland gescheitert war! Wie gut versteht man doch heute Volksbegeisterung zu erwecken und auszumünzen! Die Technik hat seit 1866 ungeahnte Fortschritte gemacht, nicht nur die Verkehrs- und Maschinenteknik. Auch die Währungstechnik haben in der Zweiteilung einer Valuta in eine Auslandswährung für das Kursblatt und eine Inlandswährung für alles übrige eine Kunst erlernt, von der man sich anno 1866 nichts hat träumen lassen. Die Anleiheteknik hat sich weiter entwickelt, ganz zu schweigen von der Technik der Werbung, der Massenbeeinflussung. Es bleibt der Wunsch, daß all diese Künste und Errungenschaften dienen mögen nicht dem Weh, sondern dem Wohl, nicht dem Verderben, sondern dem Gedeihen der Völker.

Karl Polanyi, Santa Fé, New Mexico: Roosevelts Stellung.

Zwei Meinungen stehen in den U. S. A. einander gegenüber: Die Ansicht derer, die in den Zahlen des Roosevelt'schen Sieges nichts weiter als den „üblichen Erdrutsch“ sehen wollen, welcher den baldigen Rückschwung des politischen Pendels nicht ausschließt, und derjenigen, die dem Triumph des Präsidenten geradezu geschichtliche Bedeutung beimessen. Wir selbst neigen dieser, der positiven Einschätzung zu.

Vorerst die Tatsachen. Roosevelt erhielt mit Ausnahme zweier kleiner Staaten in allen 48 Staaten der

Union eine Mehrheit der Urwähler-Stimmen. Beide Häuser der Gesetzgebung haben jetzt eine überwältigende demokratische Mehrheit. Uebrigens ging die Macht, was an sich keineswegs folgt, in 36 Staaten der Union an demokratische Gouverneure über.

Mit anderen Worten: Die Exekutive und Legislative des amerikanischen Bundes sind gleichgeschaltet. Das trifft für die Mehrheit der Einzelstaaten zu. Weit davon entfernt, „üblich“ zu sein, ist ein solcher Zustand gerade infolge der weiten Schwingungen des Wahlpendels überaus selten. Dafür sorgt die Verfassung: Die Mitglieder des Repräsentantenhauses werden alle zwei Jahre auf zwei, ein Drittel der Senatoren alle zwei Jahre auf sechs, der Präsident auf vier Jahre gewählt.

So selten nun eine Gleichschaltung von Präsident, Repräsentantenhaus und Senat ist, so entscheidend sind ihre Wirkungen. Das auf „Hemmungen und Gegengewichte“ gebaute Verfassungssystem ist auf den Normalzustand einander in Schach haltender Machtfaktoren (der beiden Häuser des Kongresses und des Staatsoberhauptes) abgestellt.

In solcher Lage werden folgende Einzelheiten gewichtig:

Der Senat besteht bekanntlich aus 96 Mitgliedern (zwei aus jedem der 48 Staaten). Vor den Wahlen zählte er 70 Demokraten; jetzt 75. Von den verbliebenen 17 Republikanern (früher 23) sind nicht weniger als 10 sogenannte Progressive Republikaner; sie gehörten zum „Rebellenflügel“ ihrer Partei. So z. B. entging im Staat Idaho dem demokratischen Erdrutsch des 3. November nur ein einziger republikanischer Kandidat — der Senator Borah, der dem New Deal seine Unterstützung gewährt hatte. Unter den 96 Senatoren gibt es heute insgesamt kaum ein Fünftel Konservativer.

Das Repräsentantenhaus war schon bisher überwiegend demokratisch. — 221 Demokraten standen 104 Republikanern gegenüber. Die Regierungsmehrheit von 217 ist nun auf 245 gestiegen.

Ferner: Der Präsident, nicht die Partei war Sieger. Ueberall vereinigte Roosevelt mehr Stimmen auf sich als die Senatoren, die Repräsentantenhausmitglieder, die Gouverneure, die zahlreichen Staats-, Kreis- und Ortsbeamten, die mit ihm auf der demokratischen Liste standen. Dies ist leicht feststellbar. Anders als auf der gebundenen Liste des Proporz sind die Wahllisten in den amerikanischen Staaten, Kreisen und Orten (trotz der zumeist vereinigten Abstimmung) nicht nur theoretisch abänderbar, sondern auch praktisch häufig Änderungen durch Streichung und Ueberschreibung unterworfen. (Dies erklärt z. B. die Wahl des Republikaners Borah in Idaho trotz des demokratischen Wahlsieges.) Der Präsident Roosevelt, der die Listen anführte, erhielt nun ausnahmslos die meisten Stimmen (genauer: niemand erhielt mehr als er). Ihm verdankten somit eine Unzahl von Kongreßmitgliedern, Gouverneuren, Richtern, Polizeichefs, Unterrichtsinspektoren, Ortspolizisten und ein Haer sonstiger Beamten ihre Wahl. stimmten doch viele Wähler mit der unveränderten Parteiliste ab.

Für den Präsidenten, nicht für die Partei, stimmten diesmal mehrere hunderttausend offenbar nichtdemokratische Wähler. Neger, die herkömmlich republikanisch wählen, wann und wo sie zur Wahl zugelassen werden, stimmten für die demokratische Liste, weil Roosevelt ihr

⁵⁾ Adolf Beer: „Die österreichischen Finanzen im XIX. Jahrhundert. Nach archivalischen Quellen. Prag, 1877, S. 341.

Vertrauen gewonnen hatte. Ohne Unterschied der Partei herrscht die Meinung vor, daß die 26 Millionen Roosevelt-Stimmen eine sehr große Anzahl nichtdemokratischer Stimmen enthalten. Die Unabhängigkeit des Präsidenten von Parteiapparat, lokalen Machthabern, sektionalen und beruflichen Sonderinteressen könnte nicht vollkommener sein. Jede Zeitung im Lande befandete ihn (ausgenommen der traditionell demokratische Süden, die „New York Times“ im letzten Abschnitt des Wahlkampfes, sowie einige kleinere Blätter). Tammany Hall, die New-Yorker Parteiorganisation, wurde von ihm ihrer alten Führung entwunden. Roosevelt, nicht die demokratische Partei, schlug die seit Abraham Lincolns Wahl 1861 fast ununterbrochen regierenden Republikaner mit einer Mehrheit von etwa 10 Millionen.

Entscheidend aber ist dies. Unmittelbar vor der Abstimmung stellte sich Roosevelt dem Gegner in einer Rede, die mit dem Nachdruck der Endgültigkeit den Sinn seiner Wahl preisgab. Landon hatte ihn absichtlicher Unklarheit und Zweideutigkeit bezichtigt, und damit, so schien es, ins Schwarze getroffen. Würde Roosevelt als Präsident, so frag er, die NRA, die AAA wieder aufnehmen, die Aenderung der Verfassung betreiben, mit einem Wort, den New Deal fortsetzen — Ja oder Nein? Ein Ausweichen, sagte der Republikaner von Kansas mit einer prachtig auf den Rundfunk abgestellten Rhetorik, wäre schwerstes Mißtrauen gegen die Wählerschaft, welches sie nur mit gleichem erwidern könnte. Was immer Roosevelt nun tat, mußte folgens schwer sein. Seine Antwort war die berühmte Madison-Garden-Rede: Selbstverständlich würde er alle Ziele des New Deal verfolgen. Er sei stolz auf den Haß, mit dem „organisierter Reichtum“ ihn verfolge. Seine erste Administration habe dieser Macht die Stille geboten. Die zweite werde ihr den Meister zeigen.

Auf dieser Plattform wurde Roosevelt einige Tage später wiedergewählt. Die beispiellose Mehrheit, die ihm das Land gab, war an sich weniger gewichtig als die geschilderten Begleitumstände, die seine Freiheit gegen alle anderen Faktoren des öffentlichen Lebens sicherten und ihn zugleich als den Vorkämpfer einer scharf umrissenen Politik ins Rampenlicht rückten. Die Bedeutung der amerikanischen Wahlen liegt eben darin, daß anders als gewöhnlich die beiden amerikanischen Parteien durch eine förmliche Kluft voneinander getrennt waren. Solchenfalls sind es nicht die Abstimmungsziffern, die den Ausschlag geben. Wiewohl Abraham Lincoln 1861 nur eine geringe Mehrheit über seinen Gegner erreicht hatte, löste die Nachricht seiner Wahl einen der längsten und blutigsten Kriege moderner Zeiten aus. Für und gegen die Sklaverei, hieß es damals. Für und gegen den New Deal lautet es heute. Die Ruhe, mit der das Ergebnis aufgenommen wurde, bezeugt, wie weit der heutige Gegensatz hinter dem einstigen an Schärfe zurücksteht. (Freilich spaltete er damals das Land auch geographisch in zwei gegensätzliche Lager, während Roosevelt in beinahe allen Staaten die Mehrheit besitzt.) Aber in diesem Licht beschen wird es erst deutlich, weshalb die Gleichschaltung der Exekutive und Legislative durch den Wahlausgang sowie der persönliche Triumph des Präsidenten über alle anderen Verfassungsfaktoren mehr als die übliche Tragweite besitzt.

Über alle, mit Ausnahme eines einzigen. Des Obersten Gerichtshofes. Der Gleichschaltung

dieses dritten Verfassungsfaktors werden, wenn wir nicht völlig irre gehen, des wiedergewählten Roosevelts zielbewußte Anstrengungen gelten. Diesem, dem eigentlichen Kampf, hatte der Präsident seit Verwerfung der NRA durch den Obersten Gerichtshof alle anderen taktischen Erwägungen untergeordnet. Die gewonnene Wahlschlacht war nur ein Umgehungsmanöver, deren strategischer Wert vom Enderfolg abhängt. Doch der Oberste Gerichtshof wird wohl kaum kampflos kapitulieren. Seine Stellung ist stark, viel stärker, als sie dem Nichtamerikaner gewöhnlich erscheint. Gerade weil die Verfassung abänderbar ist, vermag der Gerichtshof starr an ihrem Wortlaut festzuhalten. Hat doch das Volk das Recht, sie zu ändern, wenn es will. In Wirklichkeit ist sie aber nur ein einziges Mal geändert worden, und damals hatte es dazu eines grausamen Bruderkrieges bedurft. Die laufende Zahl der Verfassungsänderungen ist irreführend. Das erste Dutzend war ein Nachtrag zum ursprünglichen Verfassungswortlaut. Dann kam die erwähnte bitterlich erkämpfte Abschaffung der Sklaverei. Schließlich Prohibition und ihr unrühmliches Ende (dies waren die letzten zwei Verfassungsänderungen). Die theoretische Möglichkeit der Verfassungsänderung mag sich mithin leicht als eine Stütze des Obersten Gerichtshofes auswirken, indem sie ihm formell die Verantwortung für ein starres Beharren auf den Buchstaben der Verfassung abnimmt, obwohl praktisch eine Möglichkeit ihrer Aenderung im allgemeinen kaum besteht.

Gerade diese praktische Möglichkeit aber wird durch die große demokratische Mehrheit in den beiden Häusern des Kongresses immerhin eröffnet. Freilich braucht es dazu auch noch Zweidrittelmehrheiten in beiden Häusern der Gesetzgebung in drei Vierteln aller Staaten der Union. Gegenwärtig besitzen die Demokraten solche Mehrheiten in beiden Kammern wohl nicht einmal in zwei Dritteln der Staaten. Der Kampf um solche Mehrheiten, die sich allerdings auch mit Hilfe fallweiser republikanischer Hilfstruppen ergeben könnten, kann die demokratische Partei in den Einzelstaaten stärken, aber auch schwächen. Der Ausgang des Kampfes würde von zahllosen Faktoren bedingt sein.

Die Verfassung eröffnet aber auch einen anderen Weg, den Obersten Gerichtshof dem Volkswillen untertan zu machen. Die Anzahl der Richter ist durch die Verfassungsurkunde nicht beschränkt. Präsident und Kongreß gemeinsam sind befugt, eine beliebige Anzahl von Richtern zu ernennen. Darin bezeugt die herrschende Uebereinstimmung von Exekutive und Legislative ihre überaus wirksame verfassungsmäßige Funktion als Druckmittel auf den Obersten Gerichtshof. Allerdings ohne ein klares Mandat des Volkes wäre die darin liegende Drohung praktisch wertlos, weil kaum ausführbar. Denn die öffentliche Meinung ist und bleibt die eigentliche Vollstreckerin aller Verfassungsbürgschaften in einer Demokratie. Gerade ein solches vollgültiges und klares Mandat hat sich jedoch Roosevelt in diesem Wahlkampf geholt. Die Drohung mit dem Richterschub ist in den Bereich praktischer Politik gerückt.

Damit wäre das unsichtbare Kampffeld abgesteckt, auf welchem Roosevelt und der Oberste Gerichtshof ihre Züge und Gegenzüge planen mögen. Der Präsident befließt sich vorerst auffallender Zurückhaltung. Der Rücktritt Rex Tugwells, dieses leitenden „Brain Trustlers“, die energische Ueberprüfung der WPA-Begünstigten auf

ihre Bedürftigkeit, ja selbst die Verlobung des jungen Roosevelt mit der Tochter des politischen Erzfeindes vom Hause Du Pont zu Delaware haben mit Recht oder Unrecht sehr beruhigend auf die aufgeregten Gemüter manches republikanischen Kreises gewirkt. Sollte Roosevelt eine Offensive planen, so bereitet er sie taktisch überaus behutsam vor.

Briefe an die Schriftleitung.

Wettbewerb Eisenbahn—Kraftwagen

Wir erhalten vom Generalsekretariat der Oesterreichischen Bundesbahnen folgende Zuschrift:

„In Nummer 2 Ihrer geschnitzten Zeitschrift vom 28. November 1936 veröffentlichte Sie auf Seite 166 eine Zuschrift zu dem Thema „Wettbewerb Eisenbahn—Kraftwagen“, aus der entnommen werden soll, wie der Wettbewerb nicht betrieben werden darf.

Zu dem, die Tatsachen tendenziös entstehenden Inhalt dieser Zuschrift, die in ähnlicher Form auch in einigen Tagesblättern, dort aber vorsichtigerweise unter Namensnennung der Einsenderfirmen erschienen ist, sei folgendes bemerkt:

Die Oesterreichischen Bundesbahnen haben aus Anlaß des Außerkrafttretens der Lastkraftwagenverkehrsverordnung zur Stärkung der vor allem der Bekämpfung der Auto konkurrenz dienenden Bahnsammelverkehrs der Spediteure gegen den nicht mehr an Mindestsätze gebundenen Lastkraftwagen mit jenen Speditionsfirmen Verhandlungen eingeleitet, die gemäß der „Wiener Spediteurskonvention“ als „Sammelverkehrsführer“ gelten und diese Funktion auch seit vielen Jahren ständig ausüben. Zu ihnen gehören nicht nur Groß-, sondern auch einige Kleinfirmen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen verlaublichen die Oesterreichischen Bundesbahnen in sämtlichen Sammelverkehrsrelationen um 20%, bzw. 40% ermäßigte Frachtsätze, die jedoch nur dann in Geltung treten, wenn die einzelnen Sammelverkehrsführer eine Steigerung ihrer bisherigen Verfrachtungsmengen um 20, bzw. 40% nachweisen. Die Bindung der Frachtermäßigung an die Aufhebung perzentuell gleich hoher Mehrquanten ist von dem Gedanken getragen, die Oesterreichischen Bundesbahnen vor Einnahmeverlusten zu sichern und die Sammelspediteure zu einer erhöhten Tätigkeit im Interesse der Oesterreichischen Bundesbahnen anzuregen.

Der Tenor der eingangs erwähnten Zuschrift geht dahin, daß die Oesterreichischen Bundesbahnen durch ihre Frachtkonzessionen den Sammelverkehrsführern Gelegenheit zu übermäßigen Verdiensten geboten hätten. Indes nehmen die Oesterreichischen Bundesbahnen auf die Methoden, mit welchen die Sammelverkehrsführer ihre Kundschaft und die Kundschaft des Lastkraftwagens bearbeiten, keinerlei Einfluß; sinn- und vernunftwidrig wäre es aber, anzunehmen, daß in dem schrankenlos toben den Kampfe die bahntreuen Spediteure auch nur ein Lot der erforderlichen Mengen heranziehen könnten, wenn sie die Ansprüche der Parteien, denen ja die publizierten Frachtnachlässe bekannt sind, derart mißachten würden, wie dies in der Zuschrift dargestellt wird.

Was im besonderen die Behauptung anbelangt, daß die Ermäßigungen für den Sammelverkehr Wien—Innsbruck schon deshalb zwecklos waren, weil hier nie eine Autokonkurrenz bestand, weshalb die Oesterreichischen Bundesbahnen für diesen Verkehr auch niemals besondere Sammelsätze publiziert hätten, und daß weiters durch die Festsetzung hoher, von kleinen Spediteuren nicht erreichbarer Mindestmengen der Firma Schenker & Co. eine Monopolstellung eingeräumt und damit ein Geschenk gewährt wurde, so wird hierzu folgendes bemerkt:

Die Oesterreichischen Bundesbahnen hatten schon früher auch in der Strecke Wien—Innsbruck unter dem Wettbewerb des Lastkraftwagens zu leiden. Allerdings hatte dieser keinen solchen Umfang angenommen, daß zu seiner Bekämpfung die Einräumung besonderer Frachtsätze für die bestehenden Spediteur-Sammelverkehre notwendig gewesen wäre. Wenn sich aber der Kraftwagenverkehr noch

in mäßigen Grenzen hielt, so liegt der Grund hierfür keineswegs in der Länge der Beförderungsstrecke und in den ungünstigen Straßenverhältnissen im Winter. Im Auslandsverkehr werden regelmäßige Straßentransporte auf viel weitere Entfernungen durchgeführt und das Verkehrsbedürfnis zwischen Wien und Innsbruck ist nicht allein auf die Wintermonate beschränkt. Der Ausdehnung des Autoverkehrs stand nur die Lastkraftwagenverkehrsordnung im Wege. Wegen der Länge der Beförderungsstrecke waren die gesetzlichen Mindestfrachtsätze so hoch und demzufolge der Unterschied zwischen der Bahnfracht und der gesetzlichen Automindestfracht zu groß, daß bei jedem Straßentransport von vornherein eine Frachtunterbietung angenommen werden konnte und Frächter sowie Frachtgeber bestraft werden mußten, deshalb zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Scheu davor, mit den Behörden in Konflikt zu kommen, und die Furcht vor Bestrafung waren es, die einen stärkeren Autoverkehr zwischen Wien und Innsbruck nicht aufkommen ließen. Nichtsdestoweniger konnten auch unter der Geltung der Lastkraftwagenverkehrsverordnung die Straßentransporte nicht ganz unterdrückt werden. Sie entwickelten sich hauptsächlich im Relaisdienst über Salzburg ab, wobei Frachtunterbietungen in den kleineren Teilstrecken leichter verschleiert werden konnten. Als mit der Aufhebung der Lastkraftwagenverkehrsverordnung die früheren Bindungen wegfielen und vom Auto weit niedrigere Frachten als auf der Eisenbahn gefordert werden konnten, mußten die Oesterreichischen Bundesbahnen mit einer stärkeren Belebung des Straßenverkehrs und damit erheblichen Transportverlusten rechnen. Gerade in der Strecke Wien—Innsbruck war die Befürchtung noch mehr begründet als anderwärts, weil hier die Güter zumeist noch mit der Eisenbahn rollten, während sie in den übrigen Sammelverkehrsrelationen trotz Lastkraftwagenverkehrsverordnung und begünstigten Sammelverhältnissen zum Teil schon an das Auto verlorengegangen waren. Die O. B. B. waren daher gezwungen, im Verkehr Wien—Innsbruck die gleichen Frachtermäßigungen einzuführen wie in den übrigen Sammelverkehrsrelationen. Bei Festsetzung der Mindestmengen konnten aber natürlich nicht die geringen Frachtkonten der kleinen Spediteure, sondern nur die weit höheren der großen Spediteure berücksichtigt werden, weil ja sonst letztere zum Schaden der O. B. B. ohne die geringste Steigerung ihres Verkehrsaufkommens in den Genuß der Frachtbegünstigung gelangt wären. Daß aber den O. B. B. hierbei jede Absicht fernlag, einer einzelnen Firma durch Einräumung einer Monopolstellung ein Geschenk zu gewähren, geht daraus hervor, daß sie ohne weiteres bereit waren, den Frachtnachlaß auch den kleinen Spediteuren in der Weise zugutekommen zu lassen, daß diese sich zur gemeinsamen Aufbringung der vorgeschriebenen Frachtmengen zusammenschließen. Wenn die kleinen Spediteure von diesem Anbot keinen Gebrauch machen, so ist dies ihre Sache. Sie haben aber dann kein Recht, sich über eine angebliche Bevorzugung der großen Spediteure zu beklagen.

Die Bundesbahnen fühlen sich berufen, uns Mangel an Vorsicht vorzuwerfen. Wir haben die „Vorsicht“ geübt, einer Einsendung den Schutz des Redaktionsgeheimnisses zu gewähren. Daß auch in den Tagesblättern Beschwerden über die Tarifpolitik der Bundesbahnen vorgebracht worden sind, zeigt nur, daß der Kreis der Unzufriedenen groß ist.

Der von den B. B. erwähnten Spediteurkonvention gehören, wie sie selbst sagen, „auch einige Kleinfirmen an“. In Wien arbeiten an 100 Spediteure. Daß die Bahnen „keinerlei Einfluß“ auf die Sammelverkehrsführer nehmen, läßt vermuten, daß sie sich auch nicht die Frage vorgelegt haben, wenn die Begünstigung der Kampftarife zugutekommt. Die Heranziehung der vielen kleinen Spediteure wäre schon deshalb erwünscht gewesen, weil die Tarifbegünstigungen dadurch einem weiteren Kreis zugänglich gemacht und so die Verkehrsmengen sicherlich gehoben worden wären. Die Wahrnehmung der anvertrauten öffentlichen Interessen hätte dies wohl erfordert.

Die B. B. behaupten, daß der Wettbewerb auf der Strecke Wien—Innsbruck Kampftarife, auch für diese Strecke notwendig gemacht habe. Wohl hätte die Lobg zwischen Wien—Innsbruck vorübergehend einen Verkehr eingerichtet, aber er konnte sich nicht halten, weil die Ver-

Karl Polanyi, London: Abessinischer Konflikt.

An den Quellen des Blauen Nils sind Ereignisse ins Rollen gekommen, die Weltgeschichte sind. Nicht die Geschichte eines kleinen afrikanischen Eingeborenenschaates allein stehen dort zur Entscheidung. Die Zukunft des Britischen Weltreiches selbst ist vielleicht auf dem Spiele.

Der Zwischenfall

Der Italienisch-abessinische Streit entsprang, wie heute jedermann weiß, aus dem Zusammenstoß bei Ual-Ual am 5. Dezember 1934, einem jener Grenzzwischenfälle in exotischen Weltteilen, deren Einzelheiten trotz oder gerade wegen des Rampenlichtes der Geschichte nie völlig klargestellt werden konnten.

Unmittelbar vor jenem kriegerischen Zwischenfall hatte sich nun an gleicher Stelle folgendes abgespielt: In der Südostecke Abessiniens, ungefähr dort, wo die Grenzen des britischen und italienischen Somalilandes mit denen Abessiniens zusammentreffen, in dieser äquatorialen Dreiländerecke also, näherte sich eine kleine Gruppe von Engländern in Begleitung einer großen abessinischen Eskorte dem italienischen Somaliland. Führer der englischen Gruppe war Oberstleutnant E. H. N. Clifford, zusammen mit einem anderen Engländer und zwei abessinischen Kollegen nahm er einen Lokalausgleich der Brunnen- und Weidenverhältnisse gewisser Nomadenstämme vor. Die vier Herren bildeten die amtliche Grenzabsteckungskommission, die im Verfolge des englisch-abessinischen Vertrages vom Mai 1897 mit der endgültigen Feststellung der Grenze betraut war.

Etwa eine Meile vom Brunnen Ual-Ual entfernt stieß die Kommission auf einen italienischen „Verteidigungsposten“. An sich war dies nicht überraschend. Seit Jahren hatte es dort diesen Posten gegeben. Viel unangenehmer empfand der englische Oberstleutnant das ständige Gesurre der Militärflieger über seinem Zelt. Er erhob beim örtlichen italienischen Befehlshaber Einspruch, doch stieß er auf sehr wenig Verständnis. Schließlich belichte es den Piloten, so steil und niedrig über die Zelte zu tauchen, daß der britische Beauftragte unter Protest abzog, „um die Lage der abessinischen Regierung nicht zu erschweren“. Der Schnittpunkt der Dreiländergrenze verblieb im Ungewissen.

Der englische Oberstleutnant hatte vor dem Abzug seine abessinische Eskorte gebeten, an Ort und Stelle zu bleiben. Er befürchtete eine die Sicherheit der englischen Kommissionsmitglieder bedrohende Beunruhigung des örtlichen Nomadenstammes der Ogaden, falls die abessinische Truppe unter solchen Umständen das Feld räumte. Der Oberstleutnant sandte einen kernigen Bericht an seine Regierung, die ihrerseits den Zwischenfall nicht weiter verfolgte.

Dies geschah am 23. November 1934. Kaum zwei Wochen später stießen Italiener und Abessinier am Brunnen Ual-Ual aus bisher unaufgeklärten Gründen blutig aufeinander. Heute beherrscht dieser militärische Zwischenfall die Bühne. Der erste geriet in Vergessenheit.

Der Italienisch-abessinische Konflikt war von seiner Geburtsstunde an ein italienisch-englischer.

Für jeden ersparten
Graschen...



Die Fülle der Zeiten

War es wirklich nichts als die Laune des Zufalls, daß jener englische Oberstleutnant damals um die kritische Länderecke bog? Der Vertrag mit Abessinien, der die Brunnen und Weiden an der Grenze von Abessinien und Britisch-Somaliland so sachgemäß abzustecken heißt, stammt aus dem Jahre 1897. Zwischen damals und 1934 gab es bei noch so gemächlichem Trott des kolonialen Amtskamels reichlich Zeit, jene Demarkation fertigzustellen.

Gleiches gilt für Italien. In dem Zweidritteljahrhundert seines eriträischen Besitzes gab es nur sehr kurze Spannen, da es seine Rote-Meer-Politik nicht in vollem Gleichklang mit Großbritannien geführt hätte. Vollends nach der Niederlage von Adua haute es sowohl in Eritrea wie im Somaliland auf Englands damals allmächtige diplomatische Unterstützung. Im Jahre 1906 und dann, ein zweites Mal, im Jahre 1926, schloß es mit England Abkommen über „Interessensphären“ in Abessinien ab. Italiens europäische Stellung war ebenfalls in der Freundschaft mit England verankert. Wenn jene ominöse erste Episode im Südostwinkel Abessiniens mehr als ein böser Zufall war, so muß dem im Verborgenen ein entscheidender Wandel in den Grundlagen der italienischen Außenpolitik vorangegangen sein. Dem war auch so. Eines Tages ging Italien von Englands auf Frankreichs Seite über. Durch das italienisch-französische Abkommen vom 7. Jänner 1935 ward das offenbar. Doch das Gespräch Laval-Mussolini hatte seinen Schatten vorausgeworfen. Wenn auch nur um einen Monat oder zwei. Ueber dem Wüstenbrunnen Ual-Ual

ging ein Stern auf, der dem englischen Oberstleutnant italienische Unhöflichkeit weissagte. Der Südostzipfel Abessinians blieb unabgesteckt. Ob Uai-Uai innerhalb oder außerhalb Abessinians liegt, blieb gerade zur rechten Zeit unbekannt.

Um nichts dem Zufall zu überlassen, kam es nach dem französisch-italienischen Abkommen zu einem dritten Zwischenfall: Am 29. Jänner ereignete sich unweit des Brunnens Uai-Uai, bei Afdub, ein neuer blutiger Zusammenstoß zwischen Italienern und Abessiniern.

Am 11. Februar gab die italienische Regierung die Mobilisierung von zwei Divisionen bekannt.

Aufteilungsobjekt oder Pufferstaat?

Doch weshalb Englands behutsames Bemühen, die Südostnaht der abessinischen Grenze gerade in diesen Tagen abzustecken? Warum sein Streben, die Lücken der internationalen Grenzen Abessinians zu schließen und die Souveränität des schwarzen Kaiserreiches zu festigen? Mit anderen Worten: Aus welchem Grund kämpft Großbritannien jetzt so zäh darum, Abessinien als einen Pufferstaat gegen italienisches Vordringen zu erhalten, während es zu anderen Mäkten Abessinien als ein Objekt der Aufteilung zwischen sich und Italien behandelte?

Im ersten Drittel dieses Jahrhunderts war Abessinien abwechselnd das eine oder das andere. Als besitzgesättigte Macht stützte England fast immer Abessinians Unabhängigkeit, um es als Pufferstaat gegen italienischen Vorstoß zu erhalten. Doch um 1925 herum machte es eine wichtige Ausnahme: der englisch-italienische Vertrag dieses Jahres zielte unzweideutig auf Zonenverteilung.

Das kolonial unbefriedigte Italien hätte Abessinien stets gerne als Aufteilungsobjekt angesehen. Sowohl 1906 wie 1925 nahm es in diesem Sinn an internationalen Abreden über Abessinien teil. Dennoch glaubte auch Rom zuweilen, mit einer Pufferstaatspolitik besser zu fahren: Das einmal, als es 1923 Abessinians Aufnahme in den Völkerbund unterstützte, das zweitemal, als es 1928 mit Abessinien einen langjährigen Freundschafts- und Schiedsvertrag schloß.

Daraus geht ein wichtiger Unterschied zwischen dem 1906er und dem 1925er Abessinien-Vertrag hervor. Von England aus gesehen, war der erste kaum als Aufteilungsvertrag gemeint; denn erstens war außer Italien auch Frankreich an ihm beteiligt, zweitens war Italien im Vertrag beinahe ganz Abessinien als Interessensphäre zugesprochen. Frankreichs Teilnahme, das gerade damals ein weltpolitisches Generalabkommen mit England geschlossen hatte, isolierte das unter dem Vertrag bevorzugte Italien völlig; die beiden anderen Mächte mußten ihr Interesse in der gemeinsamen Aufrechterhaltung des Status quo gegen Italien sehen. Dieser Vertrag, der als Aufteilungsabkommen aufgezo-gen war, diente also in Wirklichkeit englischer Pufferstaatspolitik. Daher die Anerkennung des Vertrages durch den selbstbewußten Kaiser Menelik.

Das Gegenteil gilt für den Vertrag von 1925. Dieses englisch-italienische Abkommen, welches bereits ohne die Franzosen geschlossen war, wurde über Abessinians Einspruch nachträglich in ein harmloses Instrument gegenseitiger Konkurrenzbeschränkung umgedeutet. Doch in Wirklichkeit war es ein regelrechter Aufteilungsvertrag.

Erst damit gab England die Pufferstaatspolitik preis, doch nur, um später zu ihr zurückzukehren, als Italien nach dem Scheitern seiner von 1923 bis 1930 verfolgten abessinienfreundlichen Linie sich immer deutlicher zum Vorstoß in Abessinien anschickte.

Als Italien Ende 1934 die Hoffnung nähren konnte, durch eine Verständigung mit Frankreich englischer Abhängigkeit in Afrika ledig zu werden, war die Lage zum Bruche reif.

Politische oder wirtschaftliche Aufteilung

Wenn die Engländer es jetzt nicht wahr haben wollen, daß sie über Abessinien Aufteilungsverträge schlossen, so nimmt sich das leicht als reine diplomatische Spiegelfechterei aus. Zumal die Beteuerung, daß man „nur“ an wirtschaftliche und beileibe nicht an politische „Interessensphären“ gedacht habe, wirkt angesichts der üblichen Praxis der Großmächte wenig überzeugend, die geistlich von wirtschaftlichen Sphären zu sprechen pflegen, wo die nachfolgenden Ereignisse beweisen, daß politische gemeint waren.

In diesem Falle liegt es anders. Der Unterschied zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessens-zonen ist nicht immer nur einer des Stufengrades. Allerdings, zumeist läßt sich eine wirtschaftliche Zonenverteilung in eine Gebietsaufteilung umwandeln. Aber es kommt auch vor, daß eine derartige Umwandlung nicht möglich ist. Gerade dies liegt in Abessinien vor.

England hat in Abessinien nur ein Interesse, aber ein lebenswichtiges: die Sicherung der Zuflüsse des Blauen Nils. Diese Zuflüsse entspringen fast aus dem ganzen für Besiedlung in Betracht kommenden Gebiet Abessinians. Eine Umwandlung dieses „nur“ wirtschaftlichen Interesses in ein territoriales hieße politisch, den Anspruch auf die Beherrschung ganz Abessinians erheben.

Aber fast genau das gleiche Gebiet ist sowohl 1906 als auch 1925 als wirtschaftliche Interessensphäre Italiens anerkannt worden.

Die Verträge meinten also diesmal tatsächlich wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Betonung liegt auf beiden Worten. Denn auch die wirtschaftlichen Interessen konnten nur in gegenseitiger Zusammenarbeit gewährleistet werden. England gab sich damit zufrieden, daß der Tsanasce innerhalb der italienischen Interessensphäre eine Ausnahmestellung genoß.

Zweifelloos war Englands unbedingte militärische, marinepolitische und wirtschaftlich-finanzielle Überlegenheit die Grundlage eines derartigen Abkommens. Nur sie konnte wirtschaftliche Zusammenarbeit dort gewährleisten, wo der eine Teil aus seiner ganzen Lage heraus mit aller Kraft auf politischen Gewinn hinstrebte.

Darin liegt der Schlüssel zum jetzigen Aufeinanderprallen. Ein Umwandeln der wirtschaftlichen Klauseln der Abessinienverträge in politische ist einfach unmöglich. Daß Italien dies dennoch verlangt, wird in England als eine diplomatisch verbrämte Ankündigung der Nichtanerkennung dieser Verträge betrachtet.

Die Aufrechterhaltung der Gebietshoheit des Negus bedeutet für England die politische Gewähr der Sicherheit der Nilquellen. Die Besiedlung der fruchtbaren Hochflächen des Landes, wie sie jetzt Italien wünscht, ist durch die Bewässerungsmöglichkeiten bedingt. Vielleicht verfügt der Blaue Nil über genug Gewässer für beide

Länder: den Sudan wie Westabessinien. Doch Bewässerungsgemeinschaft ist, wenn überhaupt, nur möglich, wo sie durch engstes politisches Zusammenwirken gesichert wird.

Italienischer Durchbruch

England ist im Weichen. Auch im Rückzug noch eine weltumspannende Großmacht, bleibt es auf lange der beherrschende Faktor im kolonialen Kräftespiel.

Dennoch, Italiens Durchbruch ist gelungen. Wenn nicht völlig Unerwartetes geschieht, werden seine Truppen trotz Englands Protest in Abessinien vorstoßen. Kein Mensch wüßte heute zu sagen, mit welchen diplomatischen oder militärischen Mitteln England die Sicherung des Tsanasees versuchen wird. Es ist in die Defensive gedrängt.

Die wohl durchdachte und zielklar verwirklichte Verbindung eines diplomatischen und eines marine-technischen Vorteils trug Italien diesen großen Anfangserfolg ein. Eine begrenzte Annäherung an Frankreich wurde durch Ausnützung einer gewissen Schwächung der englischen Flottenposition im Mittelländischen Meer sehr geschickt verwertet. Jene Annäherung genügte gerade, um Frankreichs Neutralität im Mittelländischen Meer sicher zu sein, falls der Streit um Nordostafrika geht. Die neue Luftwaffe beraubte England seiner militärischen Hoheit auf den Seewegen der Binnenmeere. Italien gelang es, Frankreichs diplomatisches Wohlwollen gerade bis zu dem Punkte zu strecken, an welchem es in die Lage versetzt war, die Vorteile der neuen Luftwaffe auf den kurzen Seewegen des Mittelmeerbeckens voll auszuschöpfen.

Englands diplomatische Front ist in Verwirrung geraten. Die Art und Weise, in der es seine Kräfte in Genf neu zum Kampf gruppiert, bedingt Rahmen und Umfang des Konfliktes.

Nikolaus Basseches, Moskau: Die Politik der Funktionärklasse.

Die Bildung einer Funktionärklasse in dem diktatorischen Staat, die Sonderstellung der kommunistischen Partei und ihrer Menschenkaders war kein Hindernis, sondern sogar das bindende Ferment, als die Partei selbst im Kampf um die Macht nach dem Tode Lenins zu einem organischen bürokratischen Körper wurde. An Stelle der Organisation autonomer Parteizellen, die von unten ein System zentralisierter Demokratie bildeten, trat die Bürokratie, deren Funktionäre von oben ernannt werden.^{*)} Bedeutend schwieriger war die Eingliederung in diese Funktionärgruppe bei jener Großschicht, welche der neue Staat notwendigerweise ganz in seinen Dienst gestellt hatte — der

Intelligenz.

Ähnlich wie die Kollektivisierung des Dorfes mit einem scharfen Kampf und mit radikalen Schlagworten begonnen hat, um schließlich die Gleichschaltung des Dorfes zu erreichen und an Stelle der Dorfbourgeoisie die Ver-



treter der Funktionärklasse in das Dorf zu verpflanzen, ähnlich gingen dem Zusammenfluß zwischen Parteibürokratie und der im Staats- und Wirtschaftsapparat tätigen Intelligenz schwere Kämpfe zwischen diesen beiden Gruppen voraus. Die Forderungen, welche die Intelligenz erheben mußte, waren materieller, rechtlicher und ideologischer Natur. Die materiellen Forderungen, die das Leben selbst stellte, waren, daß die Intelligenz nicht schlechter gestellt werden darf, nicht geringere Aussichten haben darf wie im Privatkapitalismus. Rechtlich forderten sie nach der Beseitigung der parteilosen Intelligenz aus der Staatsführung und der Politik Gleichberechtigung und Sicherstellung, um nicht innerhalb des verstaatlichten Lebens als Zweitklassige behandelt zu werden. Die politischen Forderungen waren eigentlich praktisch die instinktive Ablehnung des uferlosen Internationalismus, das Bekenntnis zu einer Staatsidee und zur nationalen Politik, wobei dieser Nationalismus nicht unbedingt als großrussischer Nationalismus angesehen werden darf. Vielmehr ein Nationalismus, der eine ganze Reihe von Völkern und Sprachen mit russischem Kulturinhalt erfüllen will, ein geistig gleichartiges Reich als Ideal ansieht, individuelle Buntheit zugestehend. Es gab eine Zeit, wo es der regierenden Partei unmöglich war, alle diese Forderungen zu befriedigen. Daher die vielen Intelligenzprozesse, daher die Partei Ramsins, der die Technokratie, die Diktatur des Ingenieurs und Technikers, zweifellos des wichtigsten Mitgliedes der Funktionärklasse im russischen Staatssystem, forderte. Diese Prozesse waren gewissermaßen einigend und führten nach ihrer Beendigung zu einer raschen Annäherung der Gruppen. Nachdem der Staat seine Kräfte gezeigt hatte, konnte er zuerst verhältnismäßig schnell die materiellen Forderungen der Intelligenz befriedigen. Es kamen die Privilegien für die Ingenieure und verschiedene andere Gruppen der Intelligenz, die nur rein formal als Proletariat angesprochen werden, daß heißt als Teil der rechtlich am meisten bevorzugten Klasse. Es kam später die rechtliche Gleichstellung, die einheitliche Kommandogewalt und entsprechend dem Charakter der Funktionärklasse auch eine nationale, oder sagen wir einmal, staatsbejahende Theorie der Innen- und Außenpolitik.

Die Mitglieder der Funktionärklasse, die parteilosen ebenso wie diejenigen, die das Parteibuch haben, werden im Grunde genommen von denselben Interessen geleitet. Im Laufe der letzten zwei Jahre haben sie die Wirtschafts- und Sozialpolitik gründlich ihren Interessen unterworfen. In der Zeit des Kriegskommunismus und des ersten Fünfjahresplanes wurde die Politik der gleichartigen Lebenshaltung befolgt auf dem Niveau, auf welchem das Industrieproletariat lebte. Damals wurde die markt- und geldlose Güterverteilung organisiert.

^{*)} Vgl.: „Die neue Funktionärklasse in Rußland“ in Nr. 46 vom 17. August 1935.

Dr. Karl Polanyi, London: England, die Völkerbundmacht.

Frankreich hat aufgehört, die völkerbundtragende Macht zu sein. An seine Stelle tritt England. Diese erstaunliche Wendung in einem der Knotenpunkte des Weltgeschehens ist Ausdruck eines überaus bedeutsamen Fortschritts auf dem Entwicklungsweg britischer Außenpolitik.

Frankreich hatte durch 15 Jahre die von England beharrlich abgelehnte Rolle der Völkerbundmacht gespielt. „Sicherheit“ war seine Parole; der Völkerbund sollte sie ihm verbürgen. Das war der Sinn der zäh festgehaltenen Bestrebungen, den Völkerbund zum Träger der „kollektiven Sicherheit“ zu machen. Die Durchführung allfälliger Sanktionen sollte die Aufgabe der Völkerbundexekutive sein, ob diese durch eine eigene Armee des Völkerbundes oder durch regionale Militärabkommen ins Werk gesetzt würde; in endloser Folge schlugen Frankreichs Staatsmänner gegenseitige Hilfsverträge im Rahmen des Völkerbundes vor, um nach ihrem Scheitern ein ganzes Netzwerk regionaler Abkommen zu schaffen. Kurz, der Quai d'Orsay tat, was in seiner Macht stand, um Genf zum Angelpunkt einer neuen internationalen Vollzugsgewalt zu gestalten; als dies am englischen Widerstand scheiterte, mühte es sich nach Kräften, seine außerhalb des Völkerbundes gezimmerten Bündle unter die Völkerbundhaube zu bringen.

Denn das Britische Inselreich schob jeden Vorschlag zum Ausbau der Völkerbundexekutive beiseite. Es wußte nur allzuwohl, daß es vor allem berufen sein würde, die Last einer solchen Exekutive zu tragen. Die Genfer Satzungen sahen wirtschaftliche und finanzielle Zwangsmaßnahmen als erste Stufe der Sanktionen vor. Wer anders aber als die erdumschlingende Seemacht Großbritannien hätte solche Zwangsmaßnahmen im Ernstfall durchzuführen gehabt? Downing Street weigerte sich beharrlich, Artikel 16 der Völkerbundsatzungen, der vom Vollzug handelt, genauer auszulegen. Nur schwer ließ es sich dazu herbei, im Locarnoabkommen die Bürgschaft zu bieten, daß es selbst, jedoch nur am Rhein, an einer Völkerbundexekutive mitwirken würde. Ueber Locarno hinausreichende Bindungen lehnte England unter allen Umständen ab. Damit war dem Pariser Zukunftsplan einer Europäischen Völkerbundsordnung ein unüberwindliches Hindernis gesetzt.

Rollentausch

Die Zusammenarbeit der beiden demokratischen Großmächte des Westens in Genf beruhte durch ein halbes Menschenalter auf der Rollenverteilung, in der Frankreich den Völkerbund universell und real wirksam machen wollte, während England dieses Ideal in die praktischen Schranken wies.

Der Rollentausch, dessen Zeugen wir sind, ist vollkommen. Nicht Frankreich, sondern England macht heute den Völkerbund zur Achse seiner auswärtigen Politik. Nicht England, sondern Frankreich setzt dem Völkerbundprinzip die Grenzen in der abessinischen Praxis. Nicht Frankreich, sondern England drängt heute auf den Ausbau der Völkerbundexekutive. Und nicht England, sondern Frankreich weigert sich, neue Bindun-

gen zu dem Zwecke auf sich zu laden, um die kollektive Sicherheit mit Hilfe der Genfer Zwischenstelle zu verwirklichen.

Fast unbemerkt hat Frankreich im Laufe des letzten Halbjahres die Völkerbundhülle seiner auswärtigen Politik abgestreift. Der erste Schritt war das Abkommen mit Italien; der zweite das mit Rußland. Moskau wäre an sich wohl geneigt gewesen, den Völkerbundapparat zu stärken und auszubauen; Rom gab unzweifelhaft eine entgegengesetzte Neigung kund. Einst mochte man an die Nützlichkeit des Völkerbundes im Falle eines kollektiven Vorgehens gegen Sowjetrußland gedacht haben; dies fiel nun weg. Die Verschlechterung der Weltlage rückte das Militärische gegen das bloß Diplomatische in den Vordergrund; unmittelbare Pakte, wenn auch nur bedingter Art, waren durch Genf vermittelten vorzuziehen. Das französische Sicherheitssystem ist auf Genf nicht mehr angewiesen.

Zugleich wirft England das Steuer um 180 Grad herum. Es ernannt einen Völkerbundminister und legt seine Außenpolitik durch formelle Erklärungen seiner Staatsmänner auf den Völkerbund als Eckstein und Pfeiler seiner Weltpolitik fest. Im Abessinischen Konflikt zieht es die Folgerungen aus der neuen Orientierung und versucht ihn mit den Mitteln, die sich aus ihr ergeben, heizulegen oder zu lösen. Der englische Völkerbundminister Eden ist von seiner Regierung beauftragt, den französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Laval von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Genfer Satzungen und den Genfer Apparat im Abessinischen Konflikt sittlich und sachlich ernst zu nehmen!

Was sich hier vor unseren Augen abrollt, ist in verschiedenem Belange mehr als sonderbar. Der Völkerbund wird von England auserkoren, da er fast von allen seinen Gründern verlassen, der Autorität entblößt, am Tiefpunkt angelangt ist. Die Vereinigten Staaten haben als erste unter den Mitgründern versagt. Japan und Deutschland sind ihrer Wege gegangen. Das neue Italien ist völkerbundfeindlich. Und nun hat sich Frankreich seiner Hauptbürgschaft für ihn entledigt, indem es sich Italien nähert. Als einzige festländische Großmacht bleibt in ihm der neueste Gönner, Sowjetrußland, übrig. Und dieser Augenblick erscheint der britischen Regierung als günstig, um sich eng mit einer Einrichtung zu verbinden, deren Ausbau sie durch 15 Jahre unterlassen und die sie durch ihre überrealistische Mandchureipolitik noch jüngst bis in die Grundfesten erschüttert hat.

Innenpolitischer Ausgleich

Der alles überragende Antrieb solcher Entwicklung entspringt der englischen Innenpolitik. Beileibe nicht im Sinne parteipolitischer oder sonst dem Alltag verfallener Kräfte oder Erwägungen. Vielmehr in dem Sinne der wurzelhaften Notwendigkeit einer gesamtvolklichen Einigung über die wesentlichen Sinnziele und Inhalte einer jeglichen erfolgreichen Außenpolitik. Seit Jahr und Tag war das Land an einer Höchstentfaltung außenpolitischen Kraftesatzes durch einen Zwiespalt seiner öffentlichen Meinung gehemmt. Liberale und Labour gaben sich einem überschwenglichen Pazifismus hin, als dessen Panier der Völkerbund galt; praktisch-politisch verhiinderten sie jegliches Rüsten und weigerten sich, die

Möglichkeit eines Krieges auch nur ins Auge zu fassen. Die Konservativen wieder weigerten dem Völkerbund jegliches politisches Zugeständnis, indem sie zwischenstaatliche Bindungen bekämpften, die Isolation verherrlichten und den eigenen Rüstungsstillstand beklagten. Als Ergebnis unterblieb sowohl der Ausbau des Völkerbundes, wie der der eigenen Rüstung. Da keine Kriegsgefahr für das Land bestand, blieb der völlige Mangel einer gemeinsamen Grundlage nationaler Außenpolitik von der großen Öffentlichkeit unbeachtet. Labour und die Liberalen getrieben in einer maßlosen Übertreibung des an sich gerechtfertigten Mißtrauens gegen französische militärpolitische Sicherheitswünsche: die Konservativen stießen immer wieder gegen Rußland vor und bezichtigten die alles eher denn bolschewistische Labour Party gehobener Sympathien mit dem Krimi. Der Meinungsstreit ging am tatsächlichen Gegensatz vorbei.

Ohne öffentliche Aussprachen, schon gar ohne Parteienverhandlungen oder Regierungsänderungen ist dieser innenpolitisch bedingte Lähmungszustand überwunden worden. Unter dem ungeheuren Druck einer in ihrer Gefährlichkeit zunehmend erfaßten Weltlage ist die in ihren Instinkten hochpolitische englische Öffentlichkeit zu einer stillen Einigung gelangt. Vergeblich würde man sie in Parteierklärungen aufzünden wollen. Man würde sogar mit Erstaunen feststellen müssen, daß die Regierung und die Opposition in außenpolitischen Dingen wie eh' und je in heftiger Fehde zu stehen scheinen. Doch in Wirklichkeit ist nicht mehr Wesen und Ziel, sondern nur noch die Durchführungsort der gemeinsamen Linie strittig. Die Einigung aber sprach sich in einigen wenigen Anzeichen unmißverständlich aus. Vielleicht die wichtigste war die Wärme und Freundlichkeit, mit der Eden in der Liberalen und Labour-Presse nach seiner völkerbundfreundlichen Erklärung behandelt wurde. Erst dieses Echo verbürgte dem Beobachter, daß es diesmal nicht um bloße Redewendungen, sondern um Hochpolitisches ging.

Die Zwiespältigkeiten der englischen Außenpolitik sind damit noch lange nicht behoben. Aber sie sind nunmehr sachbedingt. Die Schwierigkeiten, die der nationale Wille zu bewältigen hat, mögen ihn hemmen oder gar lähmen — die innere Bruchlinie ist nicht mehr vorhanden. Der Rahmen und das Schlagwort der Einigung aber heißt: Völkerbund.

Völkerbundparole

Parteipolitisch könnte den Liberalen und der Labour Party nichts genehmer sein als gerade diese Parole. Seit zwanzig Jahren hatten sie eine radikale Umgestaltung zwischenstaatlicher Formen und Methoden als die einzige Lösung zum Programm erhoben. Nun können sie ein Beginnen als gerechtfertigt sehen, welches von den sogenannten Praktikern als bloße Überschwenglichkeit belächelt worden war. Freilich heißt Völkerbund nun nicht mehr Frieden um jeden Preis. Er heißt Friede, aber wenn es sein muß, um den Preis eines Verteidigungskrieges. Ein solcher Krieg wird sich auf alle Bürgschaften kollektiver Sicherheit stützen können. Die eigenen Rüstungen folgen aus der Verpflichtung zur Mitwirkung an der Völkerbundexekutive. Je berechtigter die Zuversicht auf gegenseitige Hilfe ist, umso geringer kann das eigene Rüstungsmaß sein. Denn durch nichts wird ein Friedensstörer wirksamer im Zaum ge-

halten als durch die Drohung unweigerlich erfolgender Strafe durch überlegene Kräfte der kollektiven Friedensbürgen.

Für die Konservativen heißt Völkerbund das Zugeständnis an die von starker Kriegsgegnerschaft getragene Stimmung breiter Massen im Lande. Sie anerkennen, daß es keine Isolation mehr für England gibt. Die bisher ausschließlich England angehende Frage der Verteidigung der Britischen Inseln wird als Problem der Völkerbundexekutive angesehen.

Der außenpolitische Gegensatz der beiden parlamentarischen Flügel im Lande ist damit entscheidend eingegrenzt. Zwar stellen die Konservativen die Notwendigkeit starker Eigenrüstung in den Vordergrund, um als Friedensbürge vollwertig zu sein und auch ohne Bürgen durchhalten zu können; die Opposition drängt auf ein eingeschränktes Rüstungsprogramm mit Hinweis auf das neue Sicherheitssystem. Die Konservativen richten sich nach den Anforderungen militärischer Parität mit dem allmächtigen Gegner; die Opposition bekämpft diese Not mit dem gleichen Hinweis. Ein Kompromiß verbietet sich nirgends.

Empire-Clearing in Genf

Neben der englischen Insel gibt es auch ein Britisches Weltreich. Man vergißt allzuleicht, daß englische Innenpolitik heute nicht nur Englands innere Politik, sondern auch die des Weltreiches umfaßt. Und wie der ungelöste Zwiespalt zwischen den beiden politischen Flügeln in Westminster zu überbrücken war, um Englands Außenpolitik flott zu machen, so mußte auch ein politischer Ausgleich innerhalb des Empire gesucht werden, wenn anders die innenpolitische Aufgabe in ihrem ganzen Umfang gelöst werden sollte. Daß sich der Völkerbund auch hier als Ausweg bot, hat die Entscheidung für Genf ungemein erleichtert.

Der drohende Zerfall des Empire im nächsten Kriege des Mutterlandes kann nur dann als halbwegs abgewehrt gelten, wenn die Gesamtpolitik des Reiches eng mit den überseeischen Tochterstaaten Fühlung hält. Vorerst fehlt dazu der geeignete Verfassungsrahmen. Weder eine gemeinsame Gesetzgebung noch irgend ein Organ gemeinsamer Verwaltung, mit Ausnahme der Person des Herrschers, verbindet diese Länder. (Die oberste Gerichtsbarkheit, die die Lords im Reichsrahmen ausüben, ist keine außenpolitische Verfassungsklammer.) Doch das englische Vertrauen auf die schöpferische Eingebung der Rasse hat auch diesmal nicht getrogen. Mit einemmal entdeckte man die Unterschriften der selbstherrlichen Tochterstaaten auf einem Dokument, das Verfassungskraft besitzt und regelmäßige Zusammenkünfte mit den Vertretern des Mutterlandes vorsieht, wenn auch nicht mit diesen allein. Der Genfer Arcopag dient bewußt oder unbewußt als Bundeskammer des Britischen Reiches. Nicht weniger als drei der Dominien liegen an den Gestaden des Stillen Ozeans, die beiden anderen — Südafrika und Indien — liegen am Indischen Ozean: keine gewichtigere Verstrickung könnte dem Mutterland ihre außereuropäische Verbundenheit nahelegen. Die drei pazifischen Dominien — Australien, Neuseeland und vor allem Kanada — verlegen jeglicher anderen Politik den Weg als einer englisch-amerikanischen Zusammenarbeit. Solange sich England in Willensgemeinschaft mit ihnen weiß, ist es auch sicher, mit den Vereinigten

Staaten nicht außer Föhlung zu geraten. Die am weitesten gespannte außenpolitische Gemeinschaft, der sich England noch mit naturnafter Wärme verbunden fñhlt, ist aber die Gemeinschaft mit Amerika. Soweit sie heute davon entfernt ist, militärisch ausmünzbar zu sein, so überragend ist doch ihr politischer Zukunftswert.

England verleiht Genf dem Gemeinschaftsbewußtsein angelsächsischer Staaten ein. Der Völkербund soll als Organ ihrer Zusammenarbeit im und außerhalb des Empires dienen. Als Ausdruck gemeinsamer nationaler Politik wechselnder Konservativer und Labour Regierungen wird er zum Bestandteil jener natürlichen Wirklichkeit, die englische Verfassung heißt. Dies der englisch-innenpolitische Sinn des Genfer Umsturzes.

Dr. Waldemar Swoboda: Einigung zwischen Danzig und Polen.

Der danzig-polnische Wirtschaftskrieg ist nach fast zweimonatiger Dauer abgebrochen worden. Beide Kampfparteien haben sich in die Stellungen zurückgezogen, die sie vor der Verschärfung des Konflikts Mitte Juli eingenommen hatten. Danzig hat die Verordnungen wieder außer Kraft gesetzt, mit denen es die Einfuhr verschiedener Waren entgegen dem Versailler Vertrag und den darauf gegründeten Verträgen mit Polen einseitig für zollfrei erklärt hatte; Polen dagegen hat die in ihrer Rechtsgültigkeit ebenso bestrittene Zollverordnung vom 18. Juli aufgehoben, mit der es Danzig und seinen Hafen bei der Einfuhr in sein Staatsgebiet praktisch ausgeschaltet und die Wirtschaft Danzigs an einem Lebensnerv getroffen hatte.^{*)} Die Frage freilich, die den Ausgangspunkt und eigentlichen Streigegegenstand des Konflikts bildete, die Devisenbewirtschaftung und das weitere Schicksal des Danziger Geldens, ist durch das Kompromiß vorerst nur teilweise geklärt worden.^{**)}

Die Währungsfrage weiter in Schwebe

In einem von beiden Teilen unterzeichneten Protokoll sind nur gewisse Grundsätze für eine vorläufige Regelung der strittigen Währungsfragen vereinbart worden. Nicht viel mehr als einen Scheinerfolg bringt der Danziger Regierung die Abmachung, daß „der Senat der Freien Stadt die Guldenbewirtschaftung für eine vorübergehende Zeit noch aufrechterhalten“ werde. Obwohl diese Formel die Streitfrage offen läßt, ob der Danziger Senat mit der Reglementierung des Auslandszahlungsverkehrs das Warschauer Abkommen verletzt habe, das Prestige des Freistaates also schon, so kommt in der Sache selbst doch mehr der polnische Standpunkt zur Geltung. Vor allem sind Verhandlungen und Vereinbarungen vorgesehen, welche „den nachteiligen Einfluß der Reglementierung des Danziger Geldens auf den polnischen Handel und den Transit über das Gebiet des Freistaates und auf die Freiheit des Güter-

^{*)} Welche Umstände und — politische — Beweggründe die beiden Parteien veranlaßt haben, den offenen Konflikt beizulegen, ist bereits früher dargelegt worden; vgl. „Danziger Verständigung“ in Nr. 46 vom 17. August 1935.

^{**)} Diese Frage wurde bereits in einem vorangegangenen Aufsatz eingehender behandelt; vgl. „Der Kampf um den Danziger Gulden“ in Nr. 45 vom 10. August 1935.

Denke an morgen — Pension schützt vor Sorgen!

1. bei Berufsunfähigkeit
INVALIDITÄTS-RENTEN
2. für ein sorgloses Alter
ALTERS-RENTEN
3. im Ablebensfalle
HINTERBLIEBENEN-RENTEN



ALLGEMEINE VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT
PENSIONS-VEREIN
WIEN, E. SCHELLINGGASSE 7

austausches zwischen Polen und Danzig beseitigen“ sollen. Danzig anerkennt damit, daß seine Devisenpolitik polnische Interessen beeinträchtigt, und erklärt sich zu neuen Verhandlungen mit Polen bereit, um dagegen Abhilfe zu schaffen. Nur allzu leicht kann dabei wieder die Erörterung auf das Gebiet der Währungspolitik zurückgleiten und zu einem Vorschlag führen, der die Aufrechterhaltung des Zwangskurses für den Danziggulden in der Wirkung illusorisch erscheinen ließe. Ja, es wird offenbar sogar erwartet, daß sich in den vorgesehenen Verhandlungen die Valutaprobleme gewissermaßen von selbst wieder aufwerfen werden. Dann nur unter dieser Voraussetzung hat die von der Danziger Regierung abgegebene Erklärung einen Sinn, daß Besprechungen zwischen den Leitern der Notenbanken der beiden Staaten aufgenommen werden sollen, wenn sie sich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Beseitigung der nachteiligen Wirkungen der Danziger Guldenbewirtschaftung auf die polnischen Interessen als notwendig erweisen sollten. Polen hat zwar zugesagt, es werde während der Uebergangszeit, in der Danzig die Devisenbewirtschaftung noch aufrechterhält, den Antrag auf ausschließliche oder bevorzugte Verwendung des Zloty in der Hafen- und Eisenbahnverwaltung nicht erneuern. Diese Zusage schützt aber Danzig nur vor der Forderung, daß seine Landeswährung in dem eben erwähnten Bereich seines Wirtschaftslebens ausgeschaltet werden soll, schützt auch davor nur vorübergehend für die Dauer des Aufrechterhaltens der Devisenbewirtschaftung. Anderseits ist aber die Geltung des Danzigguldens als gleichberechtigten Zahlungsmittels in der gemeinsamen Zollverwaltung gerade während der erwähnten Ueber-

Karl Polanyi, London: Amerika im Schmelztiegel.*)

Seit Ende Mai steht die gesamte Innenpolitik der Vereinigten Staaten im Zeichen der Doppelfrage: Wie die unmittelbaren Folgen des Schechter-Urteils abwehren? Welche Bahn der zukünftigen Entwicklung weisen? Roosevelt, ein Meistertaktiker und -strategie der Politik, verrät schon durch seine ersten mit betonter Gelassenheit getanen Schritte, daß er nicht nur eine Schlacht, sondern einen Feldzug gewinnen will. Es geht für ihn um nichts geringeres als um die klar erkannte Notwendigkeit, den Vereinigten Staaten von Amerika eine den Anforderungen moderner Wirtschafts- und Sozialpolitik angepaßte Regierungs- und Verwaltungsform zu geben. Doch auch der Staatsmann geschichtlichen Fernsinn hat seine Berufung an der Lösung der sachlichen Anforderungen des Tages zu bewahren. Diese gilt es für den Beobachter der amerikanischen Entwicklung vor allem richtig zu erfassen.

Dreifach Nein

Das Schechter-Urteil hat drei Grundsätze zu verfassungsbildender Macht erhoben: 1. Weitgehende Ermächtigungen des Kongresses an den Präsidenten sind verfassungswidrig. 2. Die Bundesgewalt (d. h. Präsident und Kongreß vereint) ist nicht berechtigt, über wirtschaftspolitische Fragen zu beschließen, ausgenommen den Handel und Verkehr zwischen den Bundesländern: sowohl gesetzgeberische wie Verwaltungshandlungen, die dagegen verstoßen, sind verfassungswidrig. 3. Keinerlei allgemeiner Notstand gestattet eine Abweichung von obigen Regeln. Also nicht nur kein Notverordnungsrecht, sondern auch kein Notgesetzgebungsrecht. Damit wird einer erweiternden Deutung der Verfassung, deren Rechtfertigung der Notstand wäre, ein Riegel vorgeschoben. Gerade dies war aber der stillschweigende Rechtfertigungsgrund der Roosevelt-Gesetzgebung. Die gesellschaftsgefährdende Krise 1929 sei Folge einer technisch-wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, deren sämtliche Voraussetzungen im Jahre 1787 fehlten. Die Notlage aber bestehe darin, daß die Schöpfer der Verfassung die heute zu lösenden Aufgaben nicht gekannt hätten. Eine erweiternde Auslegung der Verfassung — ein in Amerika durchaus üblicher Vorgang — sei daher am Platz. Zwar wurde diese Ueberzeugung von Roosevelt nie offen ausgesprochen, doch unterlag sie zweifellos der amtlich betonten Ueberzeugung, daß die „New Deal“-Gesetzgebung „im Gehege der Verfassung ihren Platz finde“. All dies hat der Oberste Gerichtshof einhellig als verfassungswidrig erkannt.

Juristische Auswege

Rechtlich stehen der Regierung nur zwei Wege offen:

1. Durch die Ernennung einer Ueberzahl regierungsfreundlicher Richter das Urteil des Obersten Gerichtshofes umzustößen. Mehr noch als der Peer-Schub in England ist ein solcher Weg einer in verfassungsmäßigen Formen vollzogenen Revolution gleichzuhalten. Im Gegensatz aber zur Brechung des Widerstandes der Lords im Wege des Peer-Schubs ist in den U. S. A. jener Vorgang noch nie vorgekommen. Die Einhelligkeit des

Schechter-Urteils müßte übrigens eine derartige Gewaltanwendung besonders erschweren.

2. Oder sich in das Urteil zu schicken und seine Rechtsverbindlichkeit anzuerkennen. Das bedeutet die Anerkennung der Hinfälligkeit aller zivilrechtlichen und strafrechtlichen Folgen der Unbotmäßigkeit gegen die als verfassungswidrig erklärten Verfügungen. Regierung oder Gesetzgebung oder, wie in unserem Falle, beide, müssen die von ihnen verfolgten Ziele aufgeben.

Damit sind die rechtlichen Möglichkeiten erschöpft.

Politischer Spielraum

Praktisch-politisch stellt sich die Sache ganz anders dar. Denn 1. arbeitet der Oberste Gerichtshof so langsam, daß es sich in den Fugen der Verfassung leben läßt. Die N. R. A. war mit zwei Jahren begrenzt; sie waren bereits abgelaufen, als der Oberste Gerichtshof die N. R. A. rechtlich vernichtete. Die Ermächtigungsgesetze der Weltkriegszeit gingen mit dem Krieg selbst zu Ende, ehe noch der Oberste Gerichtshof über ihre Rechtmäßigkeit erkannt hatte; niemand könnte heute sagen, wie sein Spruch ausgefallen wäre. Dies gestattet eine Unzahl von Zwischenlösungen, die auch auf den Umstand bauen können, daß

2. der Gerichtshof im Einzelfall von den selbst aufgestellten Allgemeinregeln oft und leicht abweicht. Eine Sanierung von nichtig erklärten Gesetzen durch Umformulierung ist durchaus üblich; sind gar wie diesmal Kongreß und Präsident einig (ein recht seltener Fall), so bietet sich ein weiter Spielraum für einen moralischen Druck auf den Gerichtshof, eine Waffe, die ihre Schärfe letztlich

3. der Möglichkeit einer Verfassungsänderung verdankt. Sie ist sowohl als Teiländerung wie als Totaländerung rechtlich zulässig. Eine Totaländerung könnte die Stellung des Obersten Gerichtshofes selbst gefährden. Aber auch bei der Herbeiführung einer Teiländerung muß das Verhalten des Gerichtshofes in den ihm im Verlaufe des Kampfes vorgelegten Deutungsfragen von größter Tragweite sein. So kann eine peinlich genaue Befolgung des Urteilspruches durch die Regierung das Urteil ad absurdum führen und das Gericht entweder zum Rückzug zwingen oder eines Mangels an Anpassungsfähigkeit überführen, der einer Verfassungsänderung die Wege ebnet. Eine in ihrer Starrheit nicht zu überbietende geschriebene Verfassung gewinnt dieserart durch einen weisen Verzug in der Rechtsprechung, durch die Biegsamkeit der Urteilspraxis und die immerhin bestehende Möglichkeit der Verfassungsänderung eine gewisse Elastizität, die die immer wieder eintretenden, manchmal bis zur Lähmung fortschreitenden Stockungen des Gesamtsystems ohne allzu schweren Schaden überwinden hilft. Ob bei zunehmendem Zusammenhalt und bei feinerer Verflechtung der in der Vergangenheit nur lose integrierten Regionen des Landes derartige Roßkuren nicht lebensbedrohend werden müßten, ist zweifellos eine in der gegenwärtigen Krise mitschwingende Frage.

Amerika in Europas Spuren

Ein Blick auf die vom juristischen Erdbeben betroffenen Gebiete bezeugt, wie weit amerikanisches Dasein bereits europäisiert ist. Die Depression hat die Wirtschaft und Gesellschaft in einem Ausmaß staatlichem Einfluß eröffnet, wie dies noch vor kurzem denkmöglich schien. Die N. R. A. aber war alles in einem: der

* Vgl. auch Karl Polanyi: „Roosevelt im Verfassungskampf“ in Nr. 33 vom 22. Juni 1935.

Grund und der Vorwand, die Rechtfertigung und der Anlaß, das Ziel und das Werkzeug umfassenden Wandels. Ihre Nichtigkeitserklärung berührt nicht weniger als folgende Komplexe:

1. Sozialpolitik. Ein Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren ist hinfällig. Da der Verfassungsgerichtshof von jeher ein derartiges gesetzliches Verbot für materiell-rechtlich verfassungswidrig gehalten hatte, war dessen freiwillige Durchsetzung im Wege der N. R. A.-Codes besonders volkswirtschaftlich.

2. Arbeitsrecht. Die N. R. A.-Codes bedeuten die Einführung des in Europa üblichen kollektiven Arbeitsvertrages in Amerika samt dem dazu gehörenden Gewerkschaftswesen.

3. Wirtschaftspolitik. Die unter der A. A. A.-Gesetzgebung Harry Wallaces bekannte Regelung des landwirtschaftlichen Anbaues und der Viehzucht in den U. S. A. war eine Leistung der N. R. A. Weniger einschneidend war die Gesetzgebung auf bankpolitischem Gebiet, wo sie sich auf die Securities-Bill beschränkte, d. h. auf eine strengere Regelung der Emissionskontrolle.

4. Industriepolitik. Das konstruktiv wichtigste Gebiet der N. R. A.-Wirksamkeit. Die Codes haben den urchimischen Zustand des undurchsichtigen und chaotischen amerikanischen Industriegewesens schlagartig ein Ziel gesetzt. Gewiß, 80% der Codes waren überflüssig; aber doch nur weil die restlichen 20% mehr als 80% der Beschäftigten deckten. Daß moderne Wirtschaft ohne eine Mindesthöhe branchenmäßiger Organisation versagen muß, ist ein Satz, dessen Geltung von der mehr öffentlichen oder mehr privaten Art der Organisation selbst unabhängig ist. Die durch die Codes geschaffene Selbstverwaltung der einzelnen amerikanischen Industrien dürfte sich wohl als das wertvollste Erbe der ersten Periode der N. R. A. bewähren. Inhalt der Selbstverwaltung waren: regional gestufte Mindestpreise, Mindestlöhne und Höchstarbeitszeiten, unter Sanktion gestellte Bestimmungen gegen Schmutzkonzurrenz (eine bis zur Grenze des Gangsterunwesens reichende Landplage). Die Kartellpreise wirkten durch die Ausdehnung der Codes auf zu kleine oder sonst ungeeignete Branchen oft wirtschaftswidrig, was jedoch an sich ihre Berechtigung nicht beeinträchtigt, wie dies den europäischen Kernen industriepolitischen Probleme geläufig sein mußte.

Würdigung der Codes.

Die N. R. A. hat die Organisation der amerikanischen Wirtschaft mit einem Ruck auf das Niveau des alten Kontinents gehoben. Der plötzlich durch den Weltkrieg errungene Gläubigerstand Amerikas läßt uns die ungeheuerliche Zurückgebliebenheit gesamtamerikanischer Verhältnisse leicht vergessen. Das primitive Grenzertum eines spärlich besiedelten, gestern noch gesetzlosen Kontinents mit einem fast 40-Millionen-Bestand an unverdaulichen, überwiegend osteuropäischen Einwanderern tiefster Bildungstufe bedingt auch gewerbspolitisch weit hinter Westeuropa zurückstehende Zustände, die Amerika um jeden Preis überwinden muß, wenn das Land in der im modernen Sinn gefaßten Aufgabe der Staatswerdung nicht scheitern soll.

Im einzelnen ist die amerikanische Sozialpolitik trotz N. R. A. jeder europäischen noch weit unterlegen. Das trifft sowohl für Fabrikgesetzgebung, wie Arbeitsrecht, wie Sozialversicherung zu. Das Gegenteil gilt von

der in U. S. A. erreichten Stufe industrieller Selbstverwaltung; weder das alte noch das neue deutsche Volkswesen, aber auch nicht die vielgerühmte italienische Korporativverwaltung der Industrie erreichen an nur annähernd den Grad branchenmäßiger Durchorganisation, der in der amerikanischen Industrie jüngst verwirklicht ist. Besonders die Verflechtung der Selbstverwaltung mit gesetzlichen Sanktionen und ihre Kontrolle durch eine hierzu parlamentarisch ermächtigte Exekutive erscheint als eine Entwicklung, die heute fast a die dem westlichen Europa (namentlich England) vorwiegende kapitalistische Bestimmung betrachtet werden muß. Für eine Gesamteinschätzung ist die Zeit noch nicht reif.

Die Rückzugstellung

Die rechtlich unwirksam gewordenen Preis-, Lohn-, Arbeitszeit- und Schmutzkonzurrenzbestimmungen der Codes betreffen etwa 22 Millionen Beschäftigte in drei Millionen Unternehmungen. Die vom Konkrete bereits beschlossene Verlängerung der N. R. A. hätte nur die Anzahl der Codes, nicht auch die Anzahl der codesgemäß Beschäftigten wesentlich verringert, denn gerade in den entscheidenden Großindustrien sollte die Geltung der Codes ausreichten.

Nun sind sie samt und sonders rechtlich hinfällig erklärt. Das heißt in diesem Fall: Niemand kann zu ihrer Einhaltung gezwungen werden. Die Kartellpreise und Kollektivlohnvereinbarungen hängen in der Luft. Staunend erfuhr man, daß die Schwerindustrie sowie die übrige Großindustrie ohne Verzug wie ein Mann für die freiwillige Beibehaltung der von ihr wegen deren angeblicher Wirtschaftswidrigkeit bis zum Messer befehlender Codes-Gesetzgebung eintrat (gegen die sie in Wirklichkeit nur einen politischen Scheinkampf geführt hatte). Sofort erklärten sich für die Beibehaltung der Codes Bedingungen Dupont de Nemours, Chrysler Motor Co., Aluminium Co. of America, Woolworth, Wrigley, Reynolds Tobacco Co., die Standard Oil Co. und sogleich darauf das Amer. Iron and Steel Institute, die Radio Corp. of America, das American Petroleum Institute, das Cotton Textile Institute, die National Association of Manufacturers, ja sogar Roosevelts bitterste politische Gegnerin: die Handelskammer der Vereinigten Staaten. Doch Roosevelt weigert ihnen jede Hilfe. Geflissentlich verlegt er jedem Kompromiß zwischen Scheiter-Urteil und Codes-Gesetzgebung den Weg. Wenn die Großindustrie die Codes wünscht, sollte sie offenbar dem Gerichtshof die Aenderung seines Urteils nahelegen oder eine Verfassungsänderung gutheißen, die das bisher Rechtswidrige rechtmäßig machen würde. Inzwischen aber möge sie selber zusehen, wie sie die Codes-Bestimmungen ohne gesetzlichen Rahmen aufrechterhält.

Statt der Verlängerung der N. R. A.-Gesetzgebung erfolgte also ihr Abbau. Die Bundesregierung wird sich in Zukunft auf zwei Dinge beschränken: 1. einen statistischen Informationsdienst über die Wirkungen der N. R. A. sowie ihres Abbaues, ferner 2. einen Kontrolldienst bezüglich der eigenen, d. h. durch den Bund selbst oder sonst aus Bundesmitteln getätigten Geschäfte, in denen die ehemaligen Codes-Bestimmungen über Arbeitsverhältnisse nunmehr als vertragsmäßige Lieferungsbedingungen eingefügt werden sollen — beides nur Erinnerungszeichen einer verschwundenen Macht, nicht auch die geheime Vorbereitung ihrer Auferstehung.

Von den 16 im Rahmen der N. R. A. errichteten

Aemtern werden vier (unter anderem die Alkoholkontrolle des Bundes) durch Gesetzesnovellierung rechtlich feuerfest gemacht, zwei andere bedürfen nur einer Umformung der betreffenden Verordnungen: drei unwichtigere Behörden werden liquidiert, so der Besondere Berater des Präsidenten in Fragen des auswärtigen Handels: sieben selbständige N. R. A.-Aemter verschwinden, freilich nur, um ihre Funktionen als Versöhnungsämter an das Arbeitsdepartement zu übergeben. Von der eigentlichen N. R. A.-Codes-Gesetzgebung bleibt nichts als die Erlaubnis freiwilliger Vereinbarungen über kollektive Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne, Arbeitsstunden, Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen und die Einhaltung von Bestimmungen gegen die Schmutzkonzurrenz übrig. Ein Zwang gegen die widerspenstige Minderheit ist nicht mehr vorgesehen. Auch die Wiederherstellung der unter der N. R. A. aufgehobenen Wirksamkeit der Antitrustgesetze dürfte das Zustandekommen freiwilliger Vereinbarungen erschweren (länger ist, daß auch die technisch reaktionäre Wirkung dieser Gesetze wieder einsetzen wird).

— aus der Roosevelt vorstößt.

Während so die N. R. A.-Gesetzgebung der unter Selbstverwaltung gestellten gewerblichen Zwangskarteile radikal abgebaut wird, marschiert der New Deal auf der breitesten Front weiter vor. So ängstlich genau es Roosevelt dort mit der Verfassungsmäßigkeit nimmt, so unbesorgt zeigt er sich hier. Das Scheiter-Urteil ist tahu; jedes Deutungsexperiment verbietet sich in seinem Umkreis. Allem anderen steht Roosevelt auch weiter mit der eigentümlichen Unbekümmertheit der amerikanischen Exekutive und Legislative um vorzeitige verfassungsmäßige Bedenken gegenüber. Die Social Security Bill ist wahrscheinlich das umfassendste, je in einem Zug beschlossene Sozialversicherungswerk. Die Wagner Labour Disputes Bill bringt nichts geringeres als die gesetzliche Zwangsschlichtung im Gebiete der Arbeitsgerichtsbarkeit. Die Banking Bill, deren einzelne Bestimmungen sehr umstritten sind, wird mit Recht als eine völlige Umwälzung des amerikanischen Bankwesens im Sinne gesteigerten staatlichen Einflusses gewertet. Die Public Utilities Holding Bill bricht nach Ansicht vieler einer Entwicklung zur Munizipalisierung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahnen nach europäischem Vorbild die Bahn. Und sie alle überturnend erfolgt jetzt die Ankündigung von Erwerbssteuern und der progressiven Einkommensteuer als Mittel sozialer Gerechtigkeit.

Jedem dieser Gesetze sind drei Kennzeichen auf die Stirne geschrieben: Volkstümlichkeit bei den breiten Massen, Zieldirection auf technisch sachlichen Fortschritt in der Verwaltung des Landes — und fragwürdige Verfassungsmäßigkeit. Ob Roosevelt es vorzieht, den Kampf um dieses letzte Fragezeichen in der Verteidigung oder im Angriff zu führen, wird nur noch die politische Dynamik, nicht aber auch den immer klarer hervortretenden Wesensinhalt der kommenden Entscheidungen bestimmen können.

Unverlangte Manuskripte, denen Rückporto nicht beiliegt, werden nicht zurückgesendet.

Dr. Fritz Hönl: Abbau der Transferbeschränkungen.



Während alle Staaten, die in den Krisenjahren Beschränkungen des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland eingeführt haben, die Vorschriften ohne Unterlaß verschärften und noch verschärften, hat Oesterreich gezeigt, daß eine vernünftige Lockerung der Fesseln allmählich das System selbst überflüssig macht. Die Preisgabe der falschen Kursnotierung für fremde Zahlungsmittel war die erste Breche in diesem System. Sie wurde schon geschlagen, als die Nationalbank Exporteuren den Verkauf der Valuta an Importeure unter Anrechnung eines Agios gestattete, und in der Folge immerwährend verbreitert. Heute ist das Anwendungsgebiet der amtlichen Kurse auf einen engen und für den internationalen Zahlungsverkehr völlig nebensächlichen Bereich eingeschränkt. So bildet Oesterreich geradezu eine Insel der Freiheit in einem Meer des Zwanges — auf dem Gebiete der Devisenwirtschaft.

23. Juni 1932 — 25. Juni 1935

Die Transfersperre für Finanzschulden ist fast auf den Tag genau drei Jahre aufrecht geblieben. Am 23. Juni 1932 hat die Oesterreichische Nationalbank die Zuteilung fremder Zahlungsmittel für den Dienst von Finanzschulden eingestellt, die Regierungsverordnung vom 11. Juli 1932 verankerte diese Maßnahme durch die bekannte gesetzliche Regelung. Bei der Oesterreichischen Nationalbank wurde ein Auslandsschuldenfonds errichtet, in den der Schillinggegenwert der Fälligkeiten zunächst auf Grundlage der amtlichen Kurse sicherstellungsweise zu erlegen war. Etwa 27 Mill. S flossen dem Fonds im ersten Halbjahr seiner Wirksamkeit zu, 7 1/2 Mill. wurden wieder behoben. Der Dienst der beiden staatlichen Auslandsanleihen — Völkerbundanleihe und Internationale Botschaftsanleihe — war nicht an den Fonds gewiesen. Die Besitzer dieser Anleihen haben praktisch überhaupt keine Verklärung erfahren, da nur die Ueberweisung der Monatszinsen an die Treuhänder vorübergehend unterbrochen werden mußte. Aber auch diese Rückstände wurden zu Beginn des Jahres 1933 nach Einfließen des Erlöses der Lausanner Anleihe aufgeholt. Ebenso konnte der Transfer des Dienstes der übrigen staatlichen Anleihen alsbald in vollem Umfang wieder versehen werden. Das Stillhalteübereinkommen endlich wurde am 10. Dezember 1934 nach gänzlicher Bereinigung aller betroffenen Verbindlichkeiten für beendet erklärt, und mit berechtigter Genugtuung wies die Oesterreichische Nationalbank in ihrem Jahresbericht darauf hin, daß dieser Entschluß, in einer Zeit zunehmenden Devisenwettworts gefaßt, von der weit vorgeschrittenen Konsolidierung der österreichischen Währungs- und Devisenverhältnisse zeugt und wesentlich dazu beigetragen habe, den Kredit Oesterreichs im Ausland zu heben.

Die Transfersperre für nichtstaatliche Finanzschulden blieb bis anfangs Mai des laufenden Jahres aufrecht. Die Umrechnung der zu erlegenden Beträge betrafte jedoch ab 31. August 1933 für Dollar- und Pfundverbindlichkeiten, ab 1. Jänner 1934 allgemein auf den Privatelearingkursen. Mit drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Verfügungen ist nun binnen kaum zwei Monaten die Ueberweisungssperre bis auf Reste, die nicht in der Devisenlage Oesterreichs, sondern im Verhalten

Karl Polanyi, London: Roosevelt im Verfassungskampf.

Ein etwa halbjähriger Aufenthalt in den U. S. A. bot unserem Londoner Mitarbeiter jüngst Gelegenheit, in die Hintergründe und den Aufbau der amerikanischen öffentlichen Meinung besseren Einblick zu gewinnen. Sein sozialgeschichtlicher Ausblick auf die Krise des New Deal ist geeignet, manches im amerikanischen Geschehen in ein neues Licht zu rücken.

Die Schriftleitung.



Verständnislos steht ein Großteil der öffentlichen Meinung Europas vor der ihr völlig überraschend kommenden Entwicklung in Amerika. Mit harter Unzweideutigkeit ist die National Recovery Administration Roosevelts samt allem, was drum und dran ist, im Schechter-Urteil des Obersten Gerichtshofes als verfassungswidrig erklärt worden. Damit schien ein höchst unvolkstümlich gewordener Versuch, die Wirtschaft eines großen Landes in die Fesseln einer zentralen Bürokratie zu schlagen, gescheitert und das New Deal genannte Gelegenheitswerk wirtschaftlicher Dilettanten und politischer Demagogen dem verdienten Schicksal anheingefallen zu sein. Die Tatsachen lauten jedoch anders. Alle Zeichen bezeugen, daß Roosevelts Stellung nicht geschwächt, sondern gestärkt ist, und daß die New Deal-Gesetzgebung, statt einfach zu verschwinden, in anderer Form jetzt erst recht in den Mittelpunkt einer höchst bedeutsamen Reformepoche der Vereinigten Staaten rückt. Wie war solch gründliche Fehlbeurteilung der amerikanischen Vorgänge nur möglich? Und, bedeutsamer für die Zukunft, was waren die treibenden Kräfte einer Entwicklung, die nun zum Schicksal einer ganzen Epoche wird?

Presse und öffentliche Meinung

Der außeramerikanische Beobachter gründet seine Meinung zumeist auf das ihm allein zugängliche Zeugnis der Presse. Was er nur schwer in Rechnung stellen kann, ist das ungleich geringere Gewicht der Presse in Amerika im Vergleich zu Europa. Das beruht zum Teil auf der eigenartigen Zerküftung einer aus vielen voneinander fast unabhängigen Faktoren zusammengesetzten öffentlichen Meinung. Presse, Partei, Punkspruch, Kirche und Lobby — jedes eine eigenständige Macht im politischen Umkreis. Ein Huey P. Long oder ein Pater Coughlin vermögen sich im Rundfunk allen Parteien und der gesamten Presse zum Trotz Gehör zu verschaffen; ihr lebendiges Wort erreicht 10 oder 20, Roosevelts Reden sogar 50 bis 60 Millionen Menschen. Der in den 48 Staaten der Union und in zehntausenden von Ortschaften verankerte Apparat der beiden historischen Parteien und ihrer nach Millionen zählenden Klientel ist ganz allein stark genug, um der öffentlichen Meinung eine bestimmte Tendenz einzuflößen. Die Kirche besitzt ihre Sonderorganisation, die ohne eigene Presse oder Partei ihren Einfluß übt. (Ihre letzte Großleistung war die Durchsetzung der Prohibition, mit deren Verschwinden auch ihr Prestige litt.) Die Lobby, d. h. der unmittelbar auf die Person der Gesetzgeber im Washingtoner Kongreß geübte Druck organisierter Propaganda- und Interessentengruppen, ist eine kriegsführende Macht auf eigene Faust, die sich zuweilen — siehe Zollgesetzgebung — sämtlichen anderen Faktoren der öffentlichen

Meinung zum Trotz eine Bahn bricht. Die Presse ist so nur Gleicher unter Gleichen. Nebenbei: Diese Vielheit der um die Führung ringenden Kräfte ist der einzige Schutz des Staatsbürgers gegen die Tyrannei einer öffentlichen Meinung, die, einmal konstituiert, gleich einer Dampfwalze über alle widerstrebenden Minderheiten hinweggeht. Denn anders als in Europa, wird sie durch keinen im Herkommen verankerten Unkreis eigengesetzlichen Daseins wie Verwaltung, Zentralgewalt, Berufsbeamtentum, Heer oder Akademie in ihrer Selbstherrlichkeit beschränkt. Zum Ueberdruß ist die aus geographischen Gründen leichter nach Europa dringende großstädtische Presse der Oststaaten in ihrer Mehrheit republikanisch. All das ist kaum dazu angetan, dem europäischen Leser amerikanischer Zeitungen den Gesamtüberblick zu erleichtern.

Worum geht es in Wirklichkeit?

Doch der Sturm, der seit Jahr und Tag gegen die N. R. A. in den Zeitungen des Ostens tobte und seit dem Frühling einen deutlichen Widerhall in den übrigen Blättern fand, wurde nicht nur in seiner politischen Bedeutung überschätzt, sondern auch dem Sinn und Grunde nach mißverstanden. Die durch die gesamtgesellschaftlichen Folgen der Wirtschaftskrise 1929 dem Lande gestellte Schicksalsfrage war, von wo aus in Zukunft die Vereinigten Staaten regiert werden sollten: Von New York oder von Washington? Das heißt: Würden die Vereinigten Staaten in Zukunft wie alle anderen Länder von ihren Regierungen, oder aber vom Industrie- und Finanzkapital regiert werden, wie es im Laufe einer höchst eigenartigen Entwicklung bisher in Amerika der Fall war? Nicht was Washington befahl, sondern daß es befahl, war der Stein des Anstoßes für New York. Die in der östlichen Presse gegen den New Deal geführte Hetze galt ungleich weniger einzelnen Gesetzesbestimmungen, geschweige denn dem Gesetzeswerk selbst als der neuen Stelle im Staat, die sich zu solchem Handeln das Recht annahm und damit einen wahren Umsturz in der Auslegung der amerikanischen Verfassung anbahnte. Diese Stelle aber war genau genommen gar nicht Roosevelt und seine Präsidentschaftskanzlei, sondern Washington als Ganzes. Kongreß und Präsident vereint. Wenn sich auch der Kongreß ohne Roosevelts Führung gewiß nie zu solch radikalem Tun aufgeschwungen hätte, so hatte ihm doch keine Gruppe im Kongreß ernsthaft die Vorfrage gestellt, ob denn die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten zu dergleichen überhaupt die Befugnis habe. Die Stimmen einzelner Mahner aber wegen leicht, da nur ein allzu großer Teil der heute geltenden Gesetze einer mehr oder weniger bewußten Streckung oder Dehnung des Verfassungswortlautes sein Dasein verdankt. Ist es doch Schicksal geschriebener Verfassungen, den Geruch ihrer Unantastbarkeit nur um den Preis ständiger stillschweigender Verfassungsbrüche wahren zu können. Dabei war gerade die republikanische Partei von jeher dem Ausbau der Bundeskompetenzen günstig gewesen, während die Demokraten als Hüter der Eigenstaatlichkeit der einzelnen Bundesländer jeder Stärkung der Zentralgewalt in Washington beharrlich widersprochen hatten. Als Erben der südstaatlichen Rebellen von 1864, die gegen den Norden das Recht der Einzelstaaten in einem blutigen Feldzug verfochten, sind die Demokraten bis auf den heutigen Tag die historische Partei des

Südens. Die Republikaner hätten sich mit einem Ausbau der Bundeskompetenzen also leichter abfinden können als die Demokraten. Das verdient besonders hervorzuheben zu werden, denn es beweist, daß die republikanische Partei fast nur durch Zufall zur Führerin einer Oppositionsbewegung gegen einen Verfassungswandel wurde, dessen innere Notwendigkeit sie besser als ihre demokratische Nebenbuhlerin eingesehen hatte, eines Wandels freilich lange nicht in dem nun drohenden Ausmaß. Denn mehr als alles andere ist es die Plötzlichkeit und der Umfang des Umbruchs, der der republikanischen Partei als der Opposition die Rolle des Kritikers und Bremsers im gegenwärtigen Geschehen zuschreibt.

Die Alternative „New York oder Washington“ darf also nicht als Hinweis auf den Machtkampf zweier Interessengruppen oder als abgekürzte Klassenkampf-formel verstanden werden. Sie ist auch weder durch das Schlagwort „Wall Street gegen Alle“ noch durch die übliche Lösung „Die Republikaner, die Demokraten“ ersetzbar. Ob Amerika in Hinkunft von New York oder Washington regiert wird, das ist in Wirklichkeit allein eine Frage der Entwicklungsstufe, die das Land auf seinem Wege zum modernen Staate erklimmen hat.

Alle drei Grundprinzipien des amerikanischen Verfassungsbaus sind von der Krise erfaßt:

1. Isolierung der Exekutive von der Legislative

Das hat mit der bekannten Trennung der Vollzugs- von der gesetzgebenden Gewalt nichts gemein. Es drückt den aufs erste fast unglühhaften Gedanken aus, daß die gesetzgebende Versammlung und der Präsident als gegeneinander arbeitende Faktoren aufzufassen sind. Es gilt beinahe als eine Verschwörung, jedenfalls aber als verfassungswidrig, wenn Kongreß und Präsident sich in der Ausübung ihrer Rechte vereinen. Denn zu regieren hat der Präsident; der Kongreß aber hat zuzusehen, daß der Präsident sich nicht etwa zum Diktator aufwerfe. Der Präsident hat als alleiniger Verkörperer der gesamten Vollzugsgewalt die Geschäfte des Bundesstaates von Tag zu Tag zu besorgen und darauf zu achten, daß die gewählten Gesetzgeber durch ihr Entgegenkommen an die Massen nicht das Gemeinwohl schädigen. Ständig steht der Präsident unter dem Verdacht, die Alleinherrschaft anzustreben, der Kongreß unter dem Verdacht, Sonderinteressen von Wählergruppen (wenn nicht der Abgeordneten selbst) auf Kosten der Allgemeinheit zu befriedigen. Die Verfassung verlangt, daß sie starr in der Haltung gegenseitigen Mißtrauens verharren. Aus jeder Zeile spricht die tiefe Abneigung religiöser Anarchisten, wie es die Väter der amerikanischen Verfassungsideen im Grunde waren, gegen Staat und politische Machtbildung aller Art. Ein Verbot der Verabredung zwischen Staatsoberhaupt und Gesetzgebung zum Schutz der Freiheit des Einzelnen — das ist der tendenzielle Inhalt jenes kühnen Prinzips der Isolierung der Exekutive von der Legislative. Im Falle eines Notstandes muß dies zum unüberwindlichen Hindernis einer wirksamen Staatsführung werden. In der Tat erklärt das Schechter-Urteil die vom Präsidenten im Auftrag des Kongresses erlassenen Notverordnungen bündig als „eine Uebertagung der gesetzgebenden Gewalt an die Exekutive“ und das gesamte seit zwei Jahren herrschende Wirtschafts- und Sozialrecht des Landes als juristisch nichtig.

2. Die Selbstherrlichkeit der Bundesstaaten

Die Bundesgewalt ist auf die in der Verfassungs-

urkunde umschriebenen Befugnisse beschränkt und diese Bestimmungen der Verfassung sind einschränkend auszulegen. Alle nicht der Zentralgewalt eingeräumten Befugnisse stehen den mit selbständiger Gesetzgebung, Verwaltung, Zivil- und Militärhoheit ausgerüsteten Bundesstaaten zu. Den Schöpfern der Verfassung schwebte eine dauernde Verhinderung der Herausbildung einer Bundesgewalt als wichtigstes gesetzgeberisches Ziel vor. Nur auswärtige Vertretung und Zollgesetzgebung, Heerwesen und die zu diesen gehörenden Finanzen sollten Bundes-sache sein. Im Innern nur Angelegenheiten des „Wirtschaftsverkehrs zwischen den Bundesstaaten“, eine Bestimmung, die vor allem der Verhinderung der Errichtung innerer Zollgrenzen dienen sollte. Es ist eine Eigentümlichkeit der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten, daß sie die Lehre von der Souveränität der Einzelstaaten gewissermaßen zum Glaubenssatz erhoben hat. Der Frage, wieso denn die zur Zeit der Gründung der Vereinigten Staaten in ihrer Mehrzahl doch gar nicht existierenden Mitgliedstaaten eine derartige Bevorzugung vor der sie eigentlich erst schaffenden Bundesgewalt genießen können, wird keinerlei Verständnis entgegengebracht. Im Sezessionskrieg zwischen Nord und Süd wurde den Südstaaten nur das Recht bestritten, die Union einseitig zu verlassen, doch wurde nach dem überwältigenden Sieg des Nordens die Selbstherrlichkeit der Einzelstaaten nicht um einen Strich gemindert. Verfassungsrechtlich war die Frage der Sklaverei durch das Dredg Scott-Urteil des Obersten Gerichtshofes unlösbar geworden, welches der Bundesgesetzgebung (und damit dem Norden) das Recht absprach, die Sklaverei in den Südstaaten gesetzlich einzuschränken. Die nach dem Bürgerkrieg durchgeführte Verfassungsänderung betraf jedoch nur die Sklaverei, die Souveränität der Staaten blieb unangetastet. Es war also höchst bedeutsam, als Roosevelt das Schechter-Urteil als das unzweifelhaft wichtigste seit dem Dredg Scott-Fall hinstellte. Denn in der Tat hat die „Erledigung“ des New Deal durch den Obersten Gerichtshof auf Grund „mangelnder Kompetenz der Bundesregierung“ eine faktische Lage zur Folge, die in ihrem drohenden Ernst ohne Uebertreibung mit den Zeiten des Sezessionskrieges verglichen werden kann. Roosevelt sagte:

„Als Folge des Urteils wird das amerikanische Volk innerhalb der nächsten fünf oder zehn Jahre eine große überparteiliche Frage zu entscheiden haben. Es ist die, ob die 48 Staaten der Union über sämtliche sozialen und wirtschaftlichen Fragen, mögen sie innerhalb der Einzelstaaten oder im ganzen Bundesgebiet bestehen, allein zu bestimmen haben, oder ob der Bundesregierung ein Recht gewahrt bleiben soll, das den Regierungen in allen Ländern zusteht, das Recht nämlich auf die Gesetzgebung und Verwaltung im Bereiche der den ganzen Staat betreffenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme.“

3. Die Verfassungsgerichtsbarkeit

Die Schwierigkeiten ihrer Anwendung entspringen in Amerika ganz Überwiegend der Eigenart der ersten zwei Prinzipien. Ein Hinweggehen über einen oberstgerichtlichen Spruch ist jedenfalls völlig außer dem Bereich der Möglichkeit. Denkbar sind nur zwei Wege im Verfassungskampf: Ein Richterspruch, der die Zusammensetzung des Gerichtshofes auf Grund der Verfassung mit einem Schlag verändert — ein Ausweg, der jedoch einer Revolution recht nahe kommt — oder die Aenderung der

Verfassung in demjenigen Punkt, den der Oberste Gerichtshof als gesetzliche Grundlage seines Spruches anführt.

Das ist der Weg, den Roosevelt beschreiten will. Daher weder ein Versuch, die zahlreichen Auslegungsmöglichkeiten amerikanischer Verfassungsjuristik zu bemühen, noch auch eine allzu große Eile, die Schwierigkeiten der Lage zu überbrücken. Roosevelt hält es offenbar auf lange Sicht eher für günstig, daß der folgenschwere Spruch einstimmig geschah: damit ist die Rechtslage zweifelsfrei geklärt. Günstig ist auch in diesem Sinne, daß der gesamte juristische Bau des New Deal, wie ein auf schmalen Grund aufgeführter Wolkenkratzer, mit einem einzigen Stoß vernichtet wurde. Am wertvollsten aber ist politisch der Umstand, daß es die bislang in der Front des Angriffs gegen den New Deal stehenden Wirtschaftskreise sind, die sich sofort und eindeutig für die freiwillige Beibehaltung der Codes erklärt haben. Roosevelt selbst hat bisher einer Verfassungsänderung nicht Erwähnung getan. Doch wenn er eine Spanne von fünf oder gar zehn Jahren nennt, so kann er kaum anderes im Sinne führen. Diese Verfassungsänderung beträfe aber nichts geringeres als die Schaffung einer modernen Staatsgewalt in Amerika. „New Deal“ hieß nur der erste Akt. Der zweite Akt heißt Verfassungskampf.

Dr. A. Eliasberg, Rehovoth, Palästina: Japan in Nah- und Mittelost.

Im östlichen Becken des Mittelmeers und in Mittelasien steigt die japanische Flut immer mehr an. Japans Import nach Ägypten kommt, wenn auch in beträchtlichem Abstand, gleich nach dem englischen. In Syrien wird er nur von dem Englands und der Mandatarmacht übertroffen. Schon 1933 sollen in Damaskus 50% der Stofflager aus japanischer Ware bestanden haben. In Bagdad wurden Anfang 1935 von den dort erstmalig importierten japanischen Autos zu 120 bis 140 Pf. St. nicht weniger als sechzig Stück in der Woche verkauft; die Verbesserung der Straßen hat dort aber auch die Verwendung des Fahrrads begünstigt. Englische Räder kosten 6 bis 8 Pf. St., die in Raten entrichtet werden. Die Bevölkerung kauft lieber das japanische Rad für 1½ Pfund, obwohl die Qualität beträchtlich schlechter ist und Barzahlung verlangt wird.

Armut zwingt die Bevölkerung dieser Länder die billigsten Importeure zu bevorzugen und sogar herbeizurufen. Auf Anregung der Kaufmannschaft von Basra hatten z. B. die großen japanischen Schiffslinien „Nippon Yusen Kaisha“ und „Osaka Shosen Kaisha“ um die Jahreswende 1934/35 angefangen, Basra anzulaufen — eine Antwort auf die Frachterhöhung der englischen Linien, die dort eine beherrschende Stellung innehaben. Den Japanern freilich wurde die Verwirklichung des Planes noch durch die Zunahme der persischen Bezüge aus Japan erleichtert, die von Basra aus bequem nach Persien befördert werden können, ferner auch durch die Aussicht auf Rückfrachten, bestehend aus irakischen und persischen Produkten.

Rußland als Konkurrent

Auch Japans große Konkurrentin, die USSR., wird auf den asiatischen Märkten vielfach noch gern gesehen. Ihre Beziehungen zur Türkei und zu Persien sind besonders eng, weil auch politisch bedingt. Ein erheblicher Teil der türkischen Textilindustrie wird mit russischem Finanz- und Maschinenkredit sowie mit russischer technischer Hilfe errichtet. In Persien ist es u. a. die Plantagenwirtschaft am Kaspischen Meer, der die USSR. neuerdings ihr aktives Interesse zuwendet, besonders Teeanbau — künftige Tauschobjekte für russische Lieferungen. Rußlands Expansion wird von Japan stark gespürt. In Pahlawi, am Kaspischen Meer, wurde eine japanische Warenzentrale errichtet, um der russischen Konkurrenz zu begegnen. Im Sommer 1934 berichtete die Presse von der Erweiterung des russischen Betätigungsfeldes. Russische Holzspezialisten besuchten Syrien und Palästina. Mustersendungen neuer elektrischer Birnen wurden nach Afghanistan geschickt, die die japanischen unterboten. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß in diesem Konkurrenzkampf Japan der stärkere Teil ist, denn neben den übrigen Vorteilen besitzt es der USSR. gegenüber noch den der mustergültigen Organisation.

Japan baut seinen Exportapparat weiter aus, zu dessen wesentlichem Bestand die Propaganda gehört. Interessenten aus dem Irak werden bei freier Fahrt usw. als Gäste der dortigen Kaufmannschaft nach Japan eingeladen. Eine ständige Ausstellung japanischer Erzeugnisse wird in Teheran eröffnet. Man erwägt die Errichtung einer Gesandtschaft im Irak, desgleichen in Afghanistan. Angesichts des Fehlens aller politischen Berührungspunkte mit diesen Staaten ist diese Rang-erhöhung der Konsula — nichts anderes wurden die japanischen Vertreter sein — als Demonstration wirtschaftlicher Interessennahme anzusehen.

Autarkiestreben der Zielländer

Gesamt- und privatwirtschaftliche, politische und nationale Interessen fördern wie in der ganzen Welt bei den Staaten des Nah- und Mittelost das Streben zur Autarkie. Sehr klar wurden diese Ziele von dem türkischen Wirtschaftsminister umschrieben, als er den türkischen Fünfjahresplan verkündete. Das russische Beispiel der Industrieplanung, großartig in seinem Vorhaben, wenn auch nicht in seinen Ergebnissen, findet überall Nachahmung. Jeder der in Frage stehenden Staaten hat einen Mehrjahresplan, jeder benutzt das Schlagwort für irgend etwas, oft sehr Kleines. Der türkische Fünfjahresplan will:

1. Unabhängigkeit der Lebensmittelversorgung für den Kriegsfall.
2. Minderung der Einfuhr, ohne darum den Export so zu forcieren, daß man auf ihn angewiesen wäre.
3. Verwertung der vorhandenen Naturschätze und der zu erzeugenden Rohstoffe durch eine den Eigenbedarf des Landes deckende Industrie.

Dieses Programm gilt für alle diese Staaten, mag es sich um das dem europäischen Wirtschaftssystem am engsten angeschlossene Ägypten handeln oder um den vergleichsweise zurückgebliebenen Irak. Sie alle wollen nicht mehr nur Rohstoffproduzenten und Warenkonsumenten sein. Sie wollen ihren Handel nicht mehr auf den niedrigen und unstabilen Weltpreisen für Lebensmittel und Rohstoffe aufbauen. Sie wollen vielmehr ihre Bedarfsindustrien haben, nicht zuletzt zur Beschäftigung ihrer überschüssigen, d. h. von der Landwirtschaft nicht

Karl Polanyi, London: England in Europa.

Unter der heftig bewegten Oberfläche der englischen Außenpolitik verbirgt sich im Stillen ein hochdeutscher Einigungsprozeß. Man darf sich durch die lärmende Austragung persönlicher oder parteipolitischer Gegensätze über diese entscheidende Tatsache nicht hinwegtäuschen lassen. Ob Anthony Eden über kurz oder lang Sir John Simons Stelle einnehmen und mit gesteigertem Prestige die gegenwärtige Linie fortführen werde oder nicht, ist eigentlich nur als äußere Bekundung nationaler Entschlossenheit des englischen Volkes zu sehen, in der Person Edens verkörperter Außenpolitik wichtig. Und so groß die Kluft zwischen den pazifistischen Labourkreisen und Baldwins Hochrüstungsvorschlägen auch zu sein scheint, in der Sache war nicht das parlamentarisch-formale „Nein“ der Opposition, sondern der eigenartig burgfriedlerische Abschluß der Baldwinschen Rede wesentlich. An Stelle der, wie Baldwin sagte, dank Hitlers Reichstagsrede in den Papierkorb gewanderten Ermahnungen brachte der Führer der englischen Regierungspartei ein gänzlich unerwartetes Lob auf die zahnparlamentarische demokratische Arbeit der an Zahl dominierten Opposition vor. Solche Anerkennung im Augenblick, da Labour sich anschickte, gegen die von ihm eingebrachte Rüstungsverträge zu stimmen, konnte nur den einen Sinn tragen: daß der Redner es ablehne, im Nein der Opposition einen Bruch der nationalen Solidarität zu erblicken. Auch würde es nur in die Irre führen, wenn man sich von einem Vergleich der in fast leidenschaftlichen Tönen abgefaßten und einander gradwegs widersprechenden Clossen zur Hitler-Rede in den beiden führenden außenpolitischen Tageszeitungen zur Meinung verleiten ließe, daß über dieses Dokument je zwei verschiedene Ansichten in Downingstreet bestanden hätten. Worüber in jenen Nachtstunden am Dienstag ein Zweifel bestand, war nicht Sinn und Wert der Rede als eines Dokumentes nationalsozialistischer Friedensbürgschaft, sondern bloß Zielrichtung und Taktik der englischen Entgegnung. Denn ob man sich nun entschloß, angesichts dieser Rede ein freundliches oder ein unfreundliches Gesicht aufzusetzen, die tatsächliche Antwort mußte die gleiche bleiben: Stärkung der innenpolitischen, der militärischen und der internationalen Gerüsttheit mit allen der Lage angepaßten Mitteln. Also: eine ritterliche Geste nationaler Solidarität an die Adresse der Opposition; eine Verdreifachung der Luftwaffe; eine Versteifung des kollektiven Sicherheitssystems in Genf — einerseits; Anerkennung des Ernstes der deutschen Vorschläge, Anfrage in Berlin über die Deutung der österreichischen Unabhängigkeit, Bereitwilligkeit zum Abschluß eines westlichen Luftpaktes — andererseits. Denn gerade infolge der einhelligen Überzeugung, daß der nationalsozialistische Weg, selbst wenn Hitlers gegenseitige Erklärung subjektiv so vorbehaltlos gemeint wäre, als sie es objektiv nicht ist, zwangsläufig zur Katastrophe führt, mußte solche Antwort als der Lage auch dann angemessen erscheinen, wenn man es vorzöge, sie im unfreundlichen Ton zu erteilen.

Auf die sachliche Beurteilung dieser Lage kommt es an. Allem parteipolitischen Meinungsstreit zum Trotz herrscht in dieser fast völlige Übereinstimmung. Sie

drückt sich wohl am Besten in der aus allen Lagern kommenden Unterstützung der Regierungsabsicht aus, zu mehr mit Berlin über den Abschluß eines Luftpaktes zu verhandeln. Während noch so manches zwischen Regierung und Opposition strittig ist, so ob die eigenen Rüstungen oder die kollektiven Genfer Bürgschaften den Vorrang im militärischen Sicherheitssystem haben sollten, treffen die Ansichten beider in diesem Punkte überein.

Niemand verkennt dabei in London, daß Hitlers Rede weder in der österreichischen, noch in der russischen, noch in der sudetendeutschen Frage auch nur den geringsten Zugeständnis an das Friedensbedürfnis der Welt gemacht hat. Oder in den technischen Ausdrücken der Locarno-Erklärung: Deutschland weigert sich aus Minderheit, diejenigen Sicherheitsbürgschaften im Osten zu bieten, die in jener Erklärung als Voraussetzung des französisch-englischen Anbots eines Westpaktes mit Deutschland galten. Und nun dennoch die allgemeine Bereitwilligkeit, mit Deutschland zu einem Westpakt über gegenseitige Unterstützung gegen Luftangriffe zu gelangen! Das ist ein Bruch der politischen Linie, und es gilt dessen Sinn richtig zu deuten, um den sich neuerdings in England mit zunehmender Bewußtheit durchsetzenden weitpolitischen Gesamtsinn richtig zu erfassen. Vor allem: der Widerspruch in Englands Haltung ist nur scheinbar. Die im Westpakt gemeinte Ausdehnung des Locarno-Vertrages auf Luftangriffe bedeutete Englands Verpflichtung, Deutschland gegen Frankreich umgekehrt zu unterstützen, je nachdem, wer der Angreifer ist. Frankreich wollte dem nur zustimmen, wenn Deutschland Bürgschaften im Osten böte. Dies lehnt Hitler ab. Jetzt erst gab England seine Einwilligung zum Abschluß eines französisch-russischen Hilfeleistungsvertrages, das heißt, es erklärte, daß ein derartiger streng innerhalb der Genfer Satzungen verbleibender Vertrag nicht gegen die Bestimmungen von Locarno verstöße. Die Sicherheit im Osten, deren Verhängung Hitler abgelehnt hatte, wurde ohne ihn geschaffen. Der ursprüngliche Grund des französischen Einspruchs gegen einen Westpakt entfiel. Englands wiederaufgenommenen Westpaktlinie erweist sich als formal folgerichtig.

Wichtiger ist ihre innere sachliche Begründung. England fühlt sich wieder frei, seine militärpolitischen Interessen auch im Verhältnis zu Deutschland zu wahren. Dazu hat es heute besseren Grund als zur Zeit der Februarerklärung, da es sich noch Deutschland in der Luft überlegen wähnte. Jetzt, da es durch Hitler vom Gegenteil überzeugt wurde, muß es ihm besonders angelegen sein, mit dem Reich in Fühlung zu kommen. Ueber Deutschland liegt Dunkel. Rüstungsbegrenzung hieße Kontrolle. Schon bloße Verhandlungen darüber könnten einen Zipfel des Schleiers läften, der heute jeden Blick in die Kriegswerkstätte der Diktatorländer verwehrt.

Englands neuerlangte Bewegungsfreiheit selbst entspringt der endlichen Überwindung des Lähmungszustandes, der etwa seit Mitte vorigen Jahres Großbritanniens Außenpolitik im Weltmaßstab ergriffen hatte. Diese kritische Uebergangszeit hebt mit Rußlands Wiedereintritt in den politischen Umkreis Europas an. Großbritannien sieht sich vor die unlösliche Aufgabe gestellt, seine europäische mit seiner pazifistischen Politik in Einklang zu bringen. Im letzten Grunde wegen der im Jahre 1930 den Vereinigten Staaten ein für allemal zugebilligten Flottengleichheit, die im Kriegsfall

Australien und Neuseeland schutzlos einem japanischen Angriff ausliefert, sowie einer dieser Flottenlage angepaßten Empirepolitik, die schon Kanadas wegen den Gedanken eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten ausschließt, befindet sich Großbritannien im pazifischen Gebiet in einer überaus heiklen Lage. Gerade weil es in einem japanisch-amerikanischen Krieg zwangsläufig auf der amerikanischen Seite stünde, darf es England nicht zum Äußersten kommen lassen. So bleibt ihm dann nichts anderes übrig, als im Pazifik eine Politik zu betreiben, die die Erhaltung des Friedens für Japan lohnender macht als den Krieg. Hier liegt im Tiefsten Englands japanfreundliche Haltung gegen Rußland begründet. England begünstigt seit Jahr und Tag Japans asiatische Kontinentalpolitik um des Friedens im Pazifik willen. Wiewohl seine eigenen Interessen in China unter solcher Politik selbst dann schwer leiden müssen, wenn die Ablenkung Japans von der chinesischen zur russischen Stoßrichtung restlos gelänge, so scheint England doch bisher keine andere Lösung für ein weltpolitisches Problem gefunden zu haben, welches dadurch wahrlich nicht leichter wird, daß es aus handgreiflichen Gründen weder offen zugegeben, noch in seiner Eigenart zu klar gemacht werden kann.

Downing Street wußte, was ihm bevorstand, als das von Hitlers Reich abgeschnittene Rußland einem gleichfalls bündnislosig gewordenen Frankreich die Hand entgegenstreckte. London war entschlossen, gegen einen solchen Zusammenschluß ein Veto einzulegen. England drohte Frankreich mit der Kündigung des Locarno-Vertrages, falls es sich mit Rußland zusammentäte. Rußland selbst war dabei den Engländern nach wie vor gleichgültig. Ihre Interessen ballten sich an zwei Punkten des Erdrunds zusammen: im Stillen Ozean und in Westeuropa, am Jangtse und am Rhein. Sie stemmten sich mit aller Kraft gegen eine Entwicklung, die diese beiden Hochspannungszentren der Weltpolitik kurzschlüsse. Gerade dies aber mußte die unausweichliche Folge eines russischen Wiedereintritts in die europäische Zone sein. Das hieß für England der Zwang, seine pazifische und seine europäische Politik in Zukunft miteinander in Einklang zu bringen — eine unter allen Umständen drückende Einschränkung britischer Ellbogenfreiheit auf dem Erdball, im gegebenen Fall jedoch eine verhängnisvolle Zumutung. Rußlands Ostgrenze liegt am Amur, seine Westgrenze im Flußgebiet der Duna und Weichsel. England kann nicht in Asien gegen, in Europa für Rußland sein. Solange es an Rußlands chinesischer Grenze mit Japan hält, kann es an der polnischen Grenze nicht mit Rußland halten. Eine Bürgschaft für Rußlands Westgrenze konnte es für England nicht geben. Nicht wegen der neuen militärischen Verpflichtungen, die darin lägen, sondern wegen des Widerspruches zu seiner asiatischen Politik.

Diese Lage war der weltpolitische Hintergrund der Simon-Hitler-Gespräche. Hitler rechnete darauf, daß England vor die Wahl gestellt, für oder gegen Rußland zu sein, unweigerlich gegen Rußland entscheiden müsse. Hitler war wohl arg enttäuscht, als Simon die Not zur sofortigen Entscheidung nicht recht einschauen wollte, wiewohl er ihm mehr als klargemacht hatte, daß Deutschland mit Rußland nie unter einem Friedensdach werde leben können, die Großmacht England daher Stellung nehmen müsse. Obgleich Hitlers Rechnung nicht ganz aufging, so hatte sie doch ihren guten Grund. Eng-

land war gelähmt. Vor den Zwang zum Handeln gestellt, mußte es einen Ausweg in halben Lösungen suchen. Man denke an Stresa.

Mit großer Kunst — und Hitlers Hilfe entzog sich England Schritt für Schritt dem Bereich der ärgsten Gefahr. Die überaus verwickelten Verhandlungen Frankreichs und Rußlands sollten den beiden Ländern jenes Höchstmaß wirksamen Schutzes bringen, welches mit einer ernstgemeinten Locarno-Verpflichtung Englands noch vereinbar war. Zweifelloso bedeutete das eine echte Einschränkung des Bündnisinhaltes für jene beiden Länder, jedoch lange nicht bis zur Entwertung ihres Vertrages im Ernstfall. Andererseits blieb Locarno zugunsten Frankreichs aufrecht. Praktisch heißt das, daß Frankreich, soweit England in Betracht kommt, stets berechtigt ist, Rußland gegen einen deutschen Angriff zu Hilfe zu kommen, obgleich es hierzu unter dem Vertrag mit Rußland nie unbedingt verpflichtet ist. Unzweifelhaft liegt darin für England die Gefahr, auf russischer Seite in einen Krieg verwickelt zu werden mit allen Folgen im Stillen Ozean. Doch das Für und Wider der gegenseitigen Risiken ist zur Not ins Gleichgewicht gebracht. Nur unter der aufsteigenden Mithilfe der von Hitler gewollt oder ungewollt ausstrahlenden Unzweideutigkeit wurde von der englischen Diplomatie dieses weglose Gelände angegangen und nach bitterer Mühsal glücklich bis zum Ziele durchgeschritten.

Englands Außenpolitik hat eine überaus gefährliche Wegstrecke hinter sich gebracht. Jenes England, welches heute illusionslos, aber ruhig und kaltblütig dem Dritten Reichen ein Gespräch über Luftabrüstung vorschlägt, ist nicht das gleiche, welches noch vor einigen Wochen unsicher um Ellbogenfreiheit tastete.

Dr. Paul Hoffmann: Kongreß und New Deal.



Roosevelt hat in der letzten Zeit so viele Siege errungen und so viele Niederlagen erlitten und es sind im Kongreß oder in einem der beiden Häuser oder auch nur im Ausschuß eines dieser beiden Häuser so viel Gesetzesvorlagen beraten, angenommen, verworfen und abgeändert worden, daß angesichts der zugespitzten Vorgänge der letzten Tage es wohl am Platz ist, Umschau über den tatsächlichen Stand der Dinge zu halten. Zunächst soll festgehalten werden, daß mit Ausnahme des großen Arbeitsbeschaffungsgesetzes mit seinem Viermilliardenaufwand in der laufenden Session kein Gesetz besonderer Bedeutung vom Kongreß wirklich verabschiedet wurde, von der praktischen Anwendung gar nicht zu reden. Aber auch an dieses Gesetz knüpfen sich bereits sehr große Durchführungsschwierigkeiten und es kann schon heute bezweifelt werden, ob ein Hauptzweck des Gesetzes, nämlich durch Einstellung einer großen Anzahl von Arbeitern bei öffentlichen Arbeiten eine steigende Beschäftigung in der Privatindustrie herbeizuführen, erreicht werden wird, da die niedrig angesetzten Löhne bei den öffentlichen Arbeiten eine wesentliche Steigerung des Konsums nicht erwarten lassen. Von den übrigen wichtigen Gesetzesvorlagen hat das Repräsentantenhaus das Gesetz über die Sozialversicherung angenommen, während der Senat sich vorläufig bloß für die Verlängerung des NIRA-Gesetzes für einen Zeitraum eingesetzt hat, der wesent-

deutschen Wirtschaftspolitik ergibt, aus den Gold- und Devisenreserven der Reichsbank finanziert werden. Die Knappheit der Reserven läßt erkennen, daß die Finanzierung nur sehr begrenzt möglich ist und bald durch eine Steigerung der Ausfuhr oder weitere Verminderung des Transfers gestützt werden muß."

Die Ausführungsleistung ist nicht eingetrufen. Die Verminderung des Transfers ist bereits in seiner völligen Sistierung zur Tatsache geworden. Die Einfuhr hält sich aber trotz der Ueberwachungs- und Drosselungsmaßnahmen fast auf ihrem Höchststand. Eine zweite Einstellung des Transfers steht nicht zur Verfügung. Die Arbeitsbeschaffung ist aber noch lange nicht in die volle Entwicklung gelangt. Kaum 2 1/2 Ml. sind bisher vergeben und finanziert, 7 1/2 Ml. sollen es innerhalb der nächsten Jahre werden. Das muß sich in den Preisen, in der Einfuhr und in der Stockung der Ausfuhr noch viel stärker auswirken als bisher.

Einmal konnte Deutschland die Folgen der Finanzierung seiner Arbeitsbeschaffung auf die Gläubiger abwälzen. Ob die Repressalien, die diese anzuwenden sich anschicken, Deutschland nicht mehr Schaden zufügen, als die Ersparnis an Devisen ihm einbringt, das ist abzuwarten. Wenn aber das Gleichgewicht der Devisenbilanz auch jetzt noch nicht hergestellt ist, dann geht die Zukunft doch nur um die Parität der Reichsmark oder um eine kräftige Zurückschraubung des auf Ankurbelung gestellten Wirtschaftssteuerapparates.

Dr. Karl Polanyi, London: Lancashire als Menschheitsproblem.*)

Ueberalterung und Zersplitterung

Die englische Textilindustrie ist ein völlig unübersichtliches Gebilde von tausenden voneinander unabhängigen Unternehmenseinheiten gewerblicher und kaufmännischer Art. In Japan ist sie ein Gewächs stärkster einheitlicher Prägung. Drei Großunternehmungen (Dai Nihon, die seit 1909 fusionierten Toyo und Godo und die Kanegafushi, die letztere mit riesiger Kattundruckerei und Färberei) besitzen mehr als drei Millionen, d. h. rund die Hälfte aller japanischen Spindeln. Die neun größten Gesellschaften kontrollieren 70% der Spindeln, 65% der Webstühle. Uebrigens beträgt die Gesamtanzahl der Spinnereien nur 65 (Webereien gibt es mehrere tausend, ganz überwiegend kleine Handwebereien, die für den Binnenmarkt arbeiten). Der Ausfuhrhandel liegt in den Händen dreier Handelshäuser, Nippon Menkwa Co., Toyo Menkwa Co., Goshu Co., die sowohl die Baumwolleneinfuhr als auch die Garn- und Gewebeaufuhr besorgen. Diese Konzentration des Handels ist eine einzigartige Eigenheit der japanischen Textilindustrie, die zusammen mit der Konzentrierung der Produktion dem Wirtschaftszweig eine Manövrierfähigkeit und handelspolitische Schlagkraft überlegenster Art verleiht.¹⁾

*) Vgl. Nr. 30 vom 23. Juni.

¹⁾ Ueber den staatspolitischen Hintergrund unserer Entwicklung vgl. Dr. Peter Drucker „Japans Wettbewerb“, Nr. 20 und 21 des „Oesterr. Volkswirt“ vom 19. und 17. Februar d. J. Die erste Mule-Jenny wurde 1868 vom Fürsten Satsuma eingeführt. Die frühesten Spinnereien genossen Regierungsunterstützung, wo sie nicht von der Regierung selbst errichtet wurden. Gegenwärtig jedoch hat die ganze Textilindustrie privaten Charakter und nur auf dem Umweg über die Subventionierung der Schifffahrt kann von einer gewissen

Die Finanzkraft der drei größten Industriekonze Japans ist außerordentlich groß. Je Mule-Spindel-Einheit beträgt das eingesetzte Kapital 68 engl. dazu kommt je Mule-Spindel-Einheit ein Reservefonds von 41 sh und Fremdkapital von 18 sh (im Jahre 1912 in England betrug das Nominalkapital je Spindel in Vorkriegszeit etwa 22 bis 25 sh).

Wie groß dagegen die technische Ueberalterung Lancashires ist, das kommt den Engländern vielleicht selbst kaum zum Bewußtsein. An die von Captain J. Ryan, dem ehemaligen Managing Director der Lancashire Cotton Corporation, Ende 1930 veröffentlichten Zahl wird nicht gerne erinnert. Das jüngste der 258 in Zählung einbezogenen Fabriksgebäude wurde im Ja. 1916 errichtet. (Insgesamt sind seit 1929 nur drei oder vier Fabrikneubauten in der Textilindustrie Lancashires errichtet worden.) Von jenen 29 Mll. Spindeln umfassenden 258 Fabriksgebäuden — sie gehören 200 Unternehmen — wurden 65 vor dem Jahre 1900, weit 135 vor dem Jahre 1900, weitere 37 vor 1910 und alles übrige bloß 10 Werke nach 1910 errichtet. Noch größer ist die Ueberalterung der maschinellen Ausrüstung. Je 200 Unternehmen besaßen eine mehr als 20 Jahre alte Ausrüstung an Kardätschen zu 70%, an Mule-Spindeln 77,5%, an Ringspindeln zu 62%, an mechanischen Webstühlen zu 67,7%. Nur die Kämmaschinen waren jünger Ursprungs. Die Zahl der Ringspindeln war 1939 kaum Zunahme begriffen, die Anzahl der automatischen Webstühle betrug nur 5% gegen 20% in Japan. Nur durch ihre nach Menschenaltern zählende Monopolstellung verwöhnte Industrie konnte sich eine derartige Rückständigkeit leisten. Aber auch nur eine individuelle historisch-vererbte Industrie konnte auch dann noch diesem Zustand beharren, als mit der Monopolstellung auch ihre historische Berechtigung verschwunden war.

Exporteure gegen Produzenten

Die überseeische Ausfuhr Lancashires liegt in d. Hand von rund 1000 Shipper merchants oder Exporthäusern. Ihre Agenturen übernehmen in Uebersee d. Bestellung auf Partien bestimmter, genau umschriebener Sorten und Muster. Diese Handelshäuser sind die Auftraggeber der englischen Webereien sowie der Appreturindustrie, der Bleichereien, der Färbereien und d. Druckereien. Die veralteten Methoden der shipping merchants sind weder der Spezialisierung der einzelnen Textilunternehmungen, noch der Standardisierung der Gewebe günstig. Das Bestellsystem vermeidet d. Lagerhaltung in Uebersee und unterläßt daher die Fokussierung bestimmter Sorten und Muster. Sehr hohe Appreturkosten sind die Folge, da zwei Drittel der Maschinen der Bleichereien und Färbereien ständig unbeschäftigt bleiben. Soweit es sich um Sachkosten der Produktion handelt, liegt darin ein Hauptteil des Vorsprungs begründet, den Japan über Lancashire genießt. Bei rückgangiger Ausfuhr streben überdies die Handelshäuser nach Erzielung höherer Gewinne bei geringerem Umsatz was gleichfalls der Standardisierung der Qualitäten entgegenwirkt. Doch die jeder einheitlichen Handlungsfähigkeit beraubte englische Spinnerei und Manufaktur die nur selten über eine eigene Außenhandelsabteilung verfügt, ist den Handelshäusern ausgeliefert. Einmal ist nachweisbar der Versuch zur Organisation eines über-

finanziellen Förderung der Textilausfuhr durch den Staat gesprochen werden.

sozialen Syndikats der Produzenten und Exporture, ein Versuch, der eine erfolgreiche Ausfuhr offensive hätte einleiten können, an dem Widerstand eines Großexporteurs gescheitert, der einigen Fabriken für den Fall ihrer Teilnahme an dem Syndikat den Boykott androhte. So ist denn die in Lancashire herrschende stille Überzeugung begründet, daß die Handelshäuser der gefährlichste Feind jeglichen großzügigen Reorganisationsstrebens seien. In England ist man sich dessen bewußt, daß das Vordringen Japans in den östlichen Märkten auch der zielbewußten Zusammenarbeit von Ausfuhrhandel und Erzeugern zuzuschreiben ist, namentlich der Beeinflussung der Geschmacksrichtung der Abnehmer zugunsten standardisierter Waren. Aber Lancashire kann auf die groben Sorten als die Grundlage des Geschäftes nicht dauernd verzichten. Einen Erfolg darin kann es jedoch nur von einer Neuorientierung der Produktionsrichtung im Sinne der Standardisierung erwarten. Die Anarchie in seiner Gesamtorganisation muß vorerst jeden Anlauf dazu räumen.

Die Finanzierungsstände

Eine ertraglose Industrie vermag kein Kapital aufzubringen, und ohne zusätzliches Kapital ist eine Modernisierung der maschinellen Ausrüstung nicht möglich. Aber das Finanzierungsproblem sitzt in Lancashire noch viel tiefer. Die schwere Überlastung von zwei Dritteln der amerikanischen Sektion durch die in der Inflationszeit vorgenommene spekulative Kapitalverwässerung ist bekannt. Dennoch ist es zweifelhaft, ob die eigentliche Natur dieses Finanzierungsunfalls außerhalb Englands richtig erfaßt wird. Im Lande selbst herrscht darüber eine Art Verschwörung des Schweigens, die ihren Grund am ehesten darin haben mag, daß das Ereignis hier zu stark die Züge eines Ausnahmefalles trägt, als daß es sich leicht in eine richtige Perspektive fügte. Genug daran, durch die fast 50%ige Durchschnittsdividende des Jahres 1919 irregeführt, ließen sich sowohl die Industriellen Lancashires wie die Banken zu einer völligen Abkehr von ihrer herkömmlichen Geschäftspraxis verleiten. Lancashire hatte nie mit Bankkredit gearbeitet, die englischen Banken hatten sich nie mit der Finanzierung der Industrie befaßt. Innerhalb des erstaunlich kurzen Zeitraumes von etwa fünf Vierteljahren wurde ein großer Teil von Lancashire finanziell neugegründet, und wie es sich nachher erwies, zugrunde gerichtet. Der Vorgang ist wohl nur erklärlich, wenn die in Lancashire herkömmliche, sogenannte doppelte Kapitalisierungsmethode in Rechnung gestellt wird, aus deren mißverständlichem Ausbau durch in credit mobiler-Geschäften beiderseits unerfahrene Umgründer das Unglück entsprang. Diese zwifache Kapitalaufbringung besteht darin, daß gewöhnlich die Hälfte des Gründungskapitals durch Aktien, die andere Hälfte durch kleine, zu festen Sätzen verzinsliche Einlagen der Angestellten und anderer nahestehender Kreise aufgebracht wird, die zwar juristisch kündbar sind, praktisch aber nie zurückgezogen werden. Hätten die Banken einen Anteil am verwässerten Aktienkapital gezeichnet, so hätten sie mit der Zeit ihr Geld eingebüßt und die Ertragsfähigkeit der Unternehmungen wäre nach der Abstempelung auf natürliche Weise wieder hergestellt worden. Hätten sie die von ihnen so überreichlich mit Kredit versehenen Unternehmungen als ihren Besitz betrachtet, so hätten sie entweder ihre Forderungen einfrieren und die Zinsen beim Schuldner auflaufen lassen oder sie hätten sie als uneinbringlich ab-

ALTERS- ERZIEHUNGS- WITWEN-RENTEN

Mit voller Erhaltung und Verfügbarkeit der eingezahlten Beiträge.



schreiben müssen. Beides hat sich in Mitteleuropa oft genug ereignet, um keiner besonderen Erklärung zu bedürfen. Doch in England betrachteten sich die Banken nicht als Miteigentümer, sondern als Gläubiger; als solche verlangten sie nicht nur ihre Zinsen, sondern sie erhielten sie zumeist auch. Da sie sich nach der furchtbaren Lehre des Jahres 1920 nicht mehr in die Industrie wagten, so überließen sie es im wesentlichen den schuldenrischen Unternehmungen, sich zu helfen, wie sie eben konnten. Das hieß drückender Kapitalmangel, neue Überschuldung, technische Rückständigkeit, mangelnde Bewegungsfreiheit zur Durchführung der nötigsten Zusammenlegungen, mit einem Wort einen geschäftlich ruinösen und moralisch beschämenden Lähmungszustand der Textilindustrie. So kommt es, daß die Zinsenbelastung ganz ungeheure Beträge erreicht. Bei einer vor vierzehn Jahren rekonstruierten Spinnerei müssen bis 50% des Lohnaufwandes für Schuldzinsen gezahlt werden. Daß die verdienstliche Gründung der Lancashire Cotton Corporation ein Werk der Banken war, die auch gegenwärtig eifrige Förderer der Reorganisation sind, soll der Gerechtigkeit wegen nicht verschwiegen werden. Daß sie jedoch aus Unlust, ihre Verluste offen einzugestehen, selbst heute noch die unvermeidlichen Abschreibungen meistens unterlassen, ist gleichfalls Tatsache.

Japan in China

In manchem Betracht ist die Stellung Indiens zu England der Chinas zu Japan ähnlich. Indien wie China sind ehemalige Großabnehmer, die sich im Laufe der eigenen Industrialisierung vom Lieferland zu emanzipieren verstanden haben. Den größten Schlag

gegen Lancastires Ausfuhr hat bekanntlich nicht Japan, sondern Indien geführt. Desgleichen hat der beispiellose Aufschwung der chinesischen Textilindustrie (sie wuchs von 1915 bis 1925 schneller als die japanische!) Japan vom chinesischen Markt verdrängt (der Boykott war nur der politische Vollstrecker des Wettbewerbs). Sowohl England in Indien wie Japan in China haben den Verlust des Marktes durch einen Kapitalexport wettzumachen versucht, der zur Errichtung einer neuen Textilindustrie auf dem Boden des bisherigen Abnehmers führte, welche überwiegend im Eigentum von Engländern oder Japanern verblieb. Hochbedeutsam scheint uns aus folgender Umstand zu sein. Während England in Indiens Textilindustrie nur mittelmäßige Organisationsleistungen aufweist, stellen die japanischen Spinnereien auf chinesischem Boden einen ähnlich erstaunlichen Organisationserfolg dar wie die auf dem Heimatboden errichteten. Hier wie dort aber war es ganz offenbar die bewußte Anwendung orientalisches-korporativer Organisationsprinzipien auf die moderne Großindustrie in einem kulturellen Umkreis, in welchem solche Prinzipien einen natürlichen Nährboden besitzen, die das Geheimnis des Erfolges barg.

Der urwüchsige volksgemeinschaftliche Zug Japans hat seine Wirtschaft vor kapitalistischen Verfallserscheinungen bewahrt. Die orientalisches-korporative Wirtschaftsverfassung gibt Japan den großen Vorsprung gegenüber dem mit einer schweren Krise ringenden liberal-kapitalistischen System des Abendlandes und droht es aus seiner Vormachtstellung in der Weltwirtschaft zu verdrängen. Darum hängt so viel von den Maßnahmen ab, die Europa zur Wiederherstellung seiner Wirtschaft ergreift, deren anarchische Zustände die schweren politischen und sozialen Krisen hervorgerufen haben. Das Problem Lancashire—Japan ist ein wichtiger Ausschnitt aus dem hier unrissenen Gesamtproblem.

In einem Teil Europas ist man nun daran, die politischen Grundlagen des liberalen Kapitalismus zu zerstören. Das Individuum und die auf seine Freiheit und Selbstbestimmung gegründete Schicksalsgemeinschaft soll hier einer radikal-undemokratischen Volksgemeinschaft weichen. Die Familie, die Zunft, die Nation im Blutson soll die Grundlage einer neuen Gesellschafts- und daher auch Wirtschaftsverfassung werden. Ein Teil des Abendlandes strebt also eine Zukunft an, die im fernen Orient als lebendige Gegenwart wirkt und weht. Aber der urwüchsige orientalisches-korporative Traditionismus Japans ist mit einer gekünstelten nationalistisch-ständischen Herrschaftsverfassung Europas nicht zu schlagen.

Dr. Paul Hoffmann: Roosevelts Vollmachten.

Trotz der Vertagung des Kongresses hält die unentschiedene und nervöse Stimmung in allen Wirtschaftskreisen Amerikas an, ganz im Gegensatz zu der alten Erfahrung, nach welcher der Schluß der Kongresssession beruhigend wirkte und in vielen Fällen sogar ein Hausseumotiv für die Börse war. Durch die seit mehr als einem Jahr eingetretene nahezu vollständige Aenderung in der Machtverteilung der entscheidenden öffentlichen Gewalten treffen die Voraussetzungen nicht mehr zu. Da der Kongreß in seinen beiden Tagungen Frühjahr 1933 und Winter und Frühjahr 1934 beinahe seine ganze Machtvollkommenheit an den Präsidenten

abgetreten hat, bleibt — je nachdem — die Hoffnung auf neue gesetzgeberische Maßnahmen oder die Furcht vor ihnen weiter ein alle wirtschaftlichen Kreise stark beeinflussendes Motiv. Entscheidend bleibt also, welchen Gebrauch der Präsident in dem Zeitraum von mehr als sechs Monaten bis zum Zusammentritt des neuen Kongresses von seinen Befugnissen machen und wie sich diese Vollmächtausübung auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken wird.

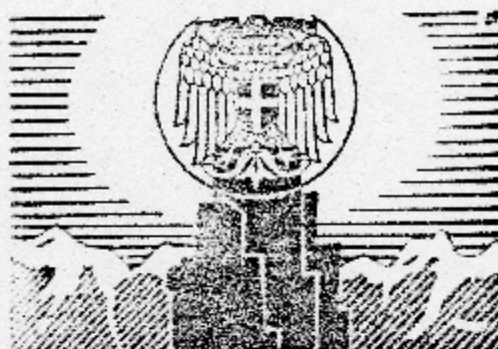
Von kaum geringerer Bedeutung ist die Frage, wie die

Stellung des neuen Kongresses.

der möglicherweise eine stark veränderte Zusammensetzung im Januar n. J. zeigen wird. — Das Repräsentantenhaus wird zur Gänze, der Senat zu einem Drittel im November neu gewählt — gegenüber dem Präsidenten sein wird. Im allgemeinen hat der Präsident im Kongreß seinen Willen durchsetzen können. Die stark ausgeprägte inflationistische Gesinnung des Kongresses hat an keiner entscheidenden Stelle einen Erfolg errungen: die Ausschaffung der Kürzung von Invaliden-Pensionen und Beamtengehältern, die gegen das Veto des Präsidenten aufrechterhalten worden ist, kann als eine Maßnahme von entscheidender Bedeutung, trotzdem es sich um mehr als 400 Mill. Dollar Mehrausgaben handelt, nicht gewertet werden. Trotzdem erhalten die Vollmachten des Präsidenten für die Festsetzung des Goldwertes des Dollars und für die Durchführung einer großzügigen Silberankaufspolitik starke Inflationsmöglichkeiten, besonders da der Druck des Kongresses, angesichts der unklaren Fassung mancher Bestimmungen, stets dahin gehen wird, die Vollmachten in Aufträge zu verwandeln; dies trifft besonders für die an dieser Stelle wiederholt dargestellten Bestimmungen des Silbergesetzes zu. Die Vollmachten des Präsidenten sind von ihm teilweise verlangt und gegen starken Widerspruch durchgesetzt, teils von ihm nicht verlangt, ja ihm sogar aufgezwungen worden. Sie umfassen in der Hauptsache die Vollmachten in der Gold- und Silberfrage, für die Regelung der Arbeitsstreitigkeiten durch Einsetzung einer obersten Schiedsbehörde, erstrecken sich ferner auf die Aenderung des Zolltarifes und den Abschluß von Handelsverträgen, die Durchführung des Gesetzes über die Börsenreform und die Kredite außerhalb der laufenden Gebarung in einer Höhe von über 6 Milliarden Dollar, deren Verwendung zum großen Teil nur ganz im allgemeinen festgelegt ist. Obwohl ein Teil der jetzigen und der noch aus dem Frühjahr des vergangenen Jahres stammenden Vollmachten zeitlich begrenzt ist, sind die auf Grund dieser Ermächtigungen geschaffenen Organisationen und eingeleiteten wirtschaftlichen Entwicklungen natürlich weder kurzerhand aufzuheben, noch auch rückgängig zu machen, und alle Kritik, die sich dagegen richtet, daß diese Organisationen zum Teil ohne Rücksicht aufeinander arbeiten und die wirtschaftliche Entwicklung demzufolge keine kongruente, sondern vielfach eine disparate gewesen ist, kann heute kaum zu einem anderen Entschluß führen als neuerlich einen Versuch zu machen, eine Vereinheitlichung der bezüglichen Arbeiten durchzuführen. Diese Vereinheitlichung des New deal ist auch der Gesichtspunkt, unter dem der Präsident seine Arbeiten für die nächsten Monate zusammenfassen will. Selbstverständlich aber wird auch in dieser Zeit der Präsident ebenso wenig vollständig freier Herr seiner Entschlüsse sein, wie er es in der bisherigen Zeit seiner Amtstätigkeit gewesen ist. Einerseits wird die wirtschaftliche Entwick-

erufen, daß Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaft das Problem weder für den Einzelnen noch für die Gesamtheit lösen werden. Die Regierungen werden darauf hinweisen, daß, was die Zwangsmaßnahmen betrifft, Deutschland vorangekommen ist. Und es ist nun einmal so, daß jeder Staat in Wirtschaftskämpfen nur seine unmittelbaren Interessen im Auge hat und das gemeinsame Wohl aller Staaten außer acht läßt. Werden die Zwangsmaßnahmen durchgeführt — und es ist aller Grund anzunehmen, daß es dazu kommt, wenn Deutschland nicht vor den Protesten zurückweicht, wie es dies schon einmal im Jänner getan, und seine Zahlungen weiterhin zum Teil wieder aufnehmen — dann wird seine Ausfuhr nach den Clearingstaaten zweifellos beträchtlich schrumpfen. Dann mag Deutschland seine Rohstoffkäufe in den englischen Kolonien einschränken. Sie werden damit auch weniger aufnahmefähig für seine Industrieerzeugnisse werden und Deutschland wird noch weniger Devisen haben, um seinen Rohstoffbedarf zu decken. Der Welthandel wird weiter schrumpfen, die immer noch zarten Keime einer wirtschaftlichen Erholung werden erstickt.

Deutschland aber wird den größten Schaden davon haben. Es hat geglaubt, sich seine Gesetze ohne jede Rücksichtnahme auf die anderen Staaten setzen zu können, politisch, finanziell und wirtschaftlich. Politisch hat Deutschland sich isoliert. Wirtschaftlich hat es gemeint, es könne eine sorgsame Pflege des Außenhandels und der Zahlungsbilanz eine innere Konjunktur aufbauen, aber vergessen, daß, was vielleicht den wirklich in hohem Maß autarken Vereinigten Staaten möglich sein mag, und was auch ihnen bisher kaum gelungen ist, ihm inneren Europas gelegenden, so sehr auf Rohstoffbezüge und Fertigwarenausfuhr angewiesenen Deutschland nicht gelingen kann. Die Binnenkonjunktur, die es aufbauen wollte, steht an der Schrumpfung der Ausfuhr und an der Rohstoffwarenwirtschaft, die immer schwächer werden muß, zu brechen. Seinen Kredit hat Deutschland auf geraume Zeit vollständig vernichtet. Wer wird Deutschland in absehbarer Zeit eine Anleihe gewähren, nachdem es seinen Sekundärdienst, auch als die Last nicht mehr übernehmbar war, eingestellt hat? Es kann auch keinen Rohstoff mehr kaufen, den es nicht bar oder im Tauschwege mit anderen Waren bezahlt. Es hat geglaubt, seine Währung aufrechtzuerhalten zu können, wenn es einen immer weiteren Kreis von Sonderzahlungsverkehrsen mit Sperrmark schafft. Tatsächlich ist der Kurs der Reichsmark heute noch nicht so nominal, wie es etwa der paritätische Schillingkurs in Zürich in den Jahren seit 1931 war und auch jetzt noch ist — warum wird er eigentlich immer noch notiert? — denn es vollziehen sich zu dem Kurs der freien Mark doch noch große Umsätze in der Ein- und Ausfuhr, aber er ist ein reiner Verrechnungskurs und nur solange zu halten, als die Verrechnungen sich ausgleichen. Sobald der Saldo sich zu Ungunsten Deutschlands stellt, gibt es, da die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank praktisch auf Null gesunken sind, nur zwei Möglichkeiten: die Reichsmark so weit fallen zu lassen, bis sich wieder spekulative Käufer für sie im Ausland finden, oder die Einfuhr so sehr zu drosseln, daß sie durch die Warenausfuhr bezahlt werden kann. Will Deutschland seine Handelsbilanz bessern, so muß es sich von der bisherigen Konjunktur-, Kredit- und Preispolitik abwenden. Es wird sich zeigen, welche Mittel Deutschland wählen wird, das Eingeständ-



Sicherung für jeden Beruf, jeden Stand,
gegen jede Gefahr

Städtische Versicherung

nis, daß die Wirtschaftspolitik verfehlt war, oder die Abwertung der Reichsmark, die das gleiche Eingeständnis in sich schließen würde.

Dr. Karl Polanyi, London: Lancashire als Menschheitsfrage.

Der Wettbewerb Japans bedrängt am meisten die englische Industrie und da vor allem die Lancashire Textilindustrie. In diesem Kampf spielt das Schlagwort vom japanischen Dumping eine große Rolle. Aber mit dem Schlagwort der Schmutzkonkurrenz läßt sich die ernste wirtschaftliche Erscheinung des Vordringens der japanischen Textilindustrie, dessen andere Seite die Krise in Lancashire ist, nicht abtun. Im Pro-

blem Lancashires spiegelt sich aber nicht nur die Krise der industriellen Weltstellung Englands wider, sondern in mancher Beziehung auch eine Schicksalswende des individualistischen Kapitalismus, wenn nicht der Macht und der Führung der weißen Rasse auf dem Erdball überhaupt. Denn, um das Endergebnis unserer Untersuchung vorwegzunehmen: der Versprung, den Japan gegenüber der Textilindustrie Lancashires augenblicklich genießt, könnte sehr wohl nur Anzeichen einer wirtschaftsorganisatorischen Ueberlegenheit sein, die orientalischer Gesellschaftsgestaltung in der spätkapitalistischen Phase technisch-rationalen Industriewesens zukommt. Sollen aber in Hinkunft im Abendland korporative Organe undemokratischer Volksgemeinschaften künstlich zu Trägern der Wirtschaftsgestaltung gemacht werden, so mag die urwüchsig undemokratische Volksgemeinschaft des Orients, ungeschwächt durch jegliches liberalistisches Zwischenspiel, stark in seinem ungebrochenen Traditionalismus, der zu gekünstelten ständisch-theokratischen Formen zurückstrebenden weißen Rasse leicht den Rang ablaufen. Wer aber solcher Zeichendeutung vorwerfen wollte, daß sie auf höchste Menschheitsfragen düstere Antworten gibt, wiewohl sie dazu als bloße Wirtschaftskritik der Berechtigung ermangle, der sei an die innere Zwangsläufigkeit erinnert, mit der einer Epoche, welche die Oekonomie zum Schicksal erhoben hat, das Horoskop vom Betriebswissenschaftler gestellt wird.

Der Umfang des Problems

Mitte Juni i. J. ist, nicht zu erstermal, ein Gesamtplan zur Reorganisierung Lancashires zur Erörterung gestellt worden. Daß es diesmal unter dem Schlagwort „Gegen eine Staatskontrolle“ geschieht, wird niemanden irreführen, der die Absichten der maßgebenden Wirtschaftsführer zu erraten glaubt oder auch nur den Plan genauer ins Auge gefaßt hat. Denn Lancashire hat heute nur die Wahl zwischen einem staatlichen Eingriff nach freiwilliger Vorbereitungsarbeit an Ort und Stelle und einem ohne solche Vorbereitung. Obgleich der veröffentlichte Teil des Vorschlages sich geflissentlich auf die wichtigsten Vorbereitungsarbeiten beschränkt, so ist doch klar, daß diese nur im Hinblick auf einen vollkommenen Neuaufbau Lancashires sinnvoll sind. Die einzelnen Stufen im Gesamtplan sind nützlich folgende, wobei es sich auf jeder Stufe um nichts geringeres als um eine von stets neuer Seite anzupackende Umgestaltung der größten Industrie Englands handelt:

Erst Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Interessenverbände zwecks Durchführung einer gesetzlichen Zwangsaufgabe, aus deren Ertrag die „überzähligen“ Spindeln aufgekauft werden sollen, um die Produktionskapazität wesentlich einzuschränken. Sodann Bildung von Preiskartellen auf Grund quotenmäßiger Anteile an der jeweils festzusetzenden Gesamtproduktion. Die wiederhergestellte Ertragsfähigkeit der Industrie soll zum Ausgangspunkt bedeutsamer Zusammenlegungen dienen, deren Finanzierung mangels Ertragsfähigkeit anders undurchführbar wäre. Dann erst kann die in einer geringeren Anzahl von größeren Betrieben organisierte Spinnerei (und zum Teil Weberei) an die entscheidende Doppelaufgabe herangehen: an die vollkommene Umgestaltung der technischen Ausrüstung der Betriebe einerseits, an eine radikale Aenderung der Produktionsrichtung der Betriebe andererseits. Die technische Um-

gestaltung wiederum verlangt einen völligen Umbruch des gesamten Arbeitswesens; die Aenderung der Produktionsrichtung ist ohne einen Umbau der herkömmlichen Exporthandelsorganisation unmöglich. Das Gesamtwerk wäre schlechthin einer neuen industriellen Revolution vergleichbar.

Kein Wunder, daß die menschenkundigen Führer der Lancashire Cotton Corporation sich nie öffentlich zu diesem Plan in seiner Gänze bekannt haben. Doch wenn sie auch hoffen mögen, ihn in zäher Arbeit Schritt für Schritt zu verwirklichen, so hat doch der sture Individualismus von Manchester und Umgebung die Welt zu oft enttäuscht, um noch den Glauben an den Erfolg einer freien organisatorischen Initiative recht aufkommen zu lassen. Staat und Zwang dürften also wohl das letzte Wort haben. Doch was uns hier allein beschäftigt, ist die Frage, weshalb der japanische Wettbewerb einen völligen Umsturz in Englands wichtigster Ausführungsindustrie erzwingt und ob und unter welchen Bedingungen der Umbau auf die Dauer Erfolg haben kann.

Japanische Arbeitsverfassung

Unwillkürlich verbindet der Europäer mit dem sozialen Bild industrieller Anfänge, namentlich wo niedrige Löhne und eine ungelernete und unorganisierte Arbeiterschaft gegeben sind, die Vorstellung sogenannter frühkapitalistischer Zustände. Massenelend einerseits, niedrige Produktivität der Arbeit andererseits sind ihre betriebswissenschaftlichen Kennzeichen. Keines von beiden gehört zu den hervorstechenden Zügen der neuen Textilindustrie Japans. Die ungeheuer ausgedehnten modernen Textilwerke gleichen mehr den rationalisierten Lebenshallen der Schuhfabriken Batas als den unhygienischen, nur die Arbeitszeit, nicht auch die Ruhepause, nur den produzierenden, nicht auch den konsumierenden Menschen kennenden unrationellen Tretmühlen der kapitalistischen Frühzeit. Tausende Arbeiterinnen, die in der Ruhepause in Sportdreß Leibesübungen auf dem Spielplatz der Fabrik ausführen, — das ist das Ergänzungsbild zur mittelalterlichen Kasernierung dieser Arbeiterinnen in den Schlafräumen der Werke. Bis zu 80% der Belegschaft besteht aus weiblichen Angestellten, die ausnahmslos im Alter zwischen 16 und 18 Jahren sind. Ein Teil der Freizeit (bis zu zwei Stunden) wird in kollektivem Unterricht mit Turnen, Sport und praktischer Ausbildung im Haushaltswesen verbracht. Die gemeinsamen Schlafstätten sind in den großen Werken hell, sauber gehalten, mit Hausaltar und Blumen geschmückt. Sämtliche Mädchen kehren, nachdem sie zwei bis drei Jahre in der Fabrik gedient haben, in ihr Dorf zurück, ihre Eltern erhalten das Gedinge. Die persönliche Freiheit der Mädchen ist nicht groß, ihre politische Freiheit ist gleich Null. Die Löhne sind auch unter Einrechnung der naturalen Leistungen des Unternehmers sicherlich geringer als in England. Doch dieser Vergleich ist vom Gesichtspunkt des Arbeiters offenbar nichtssagend. Denn dem quantitativen Unterschied im Geldwert der Entlohnung „an sich“ steht ein qualitativer Unterschied des Standards des Entlohnens „für sich“ gegenüber, der jedes Vergleichen spottet. (Etwas Ähnliches war, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, im Nachkriegs-Wien der Fall, wo eine der Einkommensstufe nach sehr niedrig gestellte Arbeiterschaft infolge günstiger sozialer Gesamtverumständung einen nicht nur verhältnismäßig, sondern

sch absolut hohen kulturellen Standard hatte. Nicht das Einkommen, sondern das Auskommen, nicht das Produzenten-, sondern das Konsumenteninteresse im weitesten Sinne hatte eine entsprechend hohe Aufwertung erfahren.) Die kollektive Befriedigung geflüssentlich in kollektivistischer Richtung gelenkter Bedürfnisse junger Bauernmädchen ländlich-traditionalistischer Sinnesart ist eben keines kostenmäßigen Vergleichs mit dem Standard eines modernen großstädtischen Industriearbeiters fähig. Dazu tritt die starke Verschiebung zugunsten des männlichen Geschlechts in der englischen Belegschaft; die natürlicherweise viel höhere Anzahl Gelernter in einer industriellen Bevölkerung; der hohe Prozentsatz der Verheirateten unter den Erwachsenen — lauter einen Reallohnvergleich erschwerende Umstände.

Auch vergesse man nicht dies: Eine Arbeitsverfassung ist nie ohne die Gesellschaftsverfassung, in der sie wie eingebettet liegt, begreifbar. Der industrielle Kapitalismus im abendländischen Sinn ist in Japan nie durchgedrungen. Heute noch besteht seine Arbeiterschaft zum Großteil aus bäuerlichen Elementen, die von der Fabrik wieder zum Dorfe zurück gravitieren. Auch heute liegt ein starker Krisenrückhalt für den Arbeiter in der Sippschaft, die durch ihre kollektiven Konsumformen nicht nur den einzelnen vor dem Untergang wahrt, sondern auch auf eine gewisse Stetigkeit auf dem Verbrauchsgütermarkt hinwirkt, eine wohlthätige Folge orientalischer Familienorganisation, die die Krisenfestigkeit der Gesamtwirtschaft sehr erhöht. Eine Entlassung von Arbeitern erfolgt nur ausnahmsweise, es sei denn, daß das Unternehmen liquidiert wird. Nicht moderne Sozialpolitik, sondern Herkommen und Sitte sichern dem entlassenen Angestellten Abfertigungen von drei bis sechs Monatsbezüge. Das industrielle Europa sieht auf zwei bis drei Menschenalter zurück, in welchen der Fabrikarbeiter eine Kündigungsfrist von 24 Stunden genoß. Die Verschiedenheit zwischen der Arbeitsverfassung Manchesters und Osakas ist abgründig.

Gerade das weite Reservoir ungelerner Arbeiter in Japan gestattet technische Verwendungen, denen gelernte Arbeiter in rationeller Weise überhaupt nicht zugeführt werden könnten und die dabei der höchsten Entfaltung der Produktionsmittel durchaus förderlich sind. Die Erzeugungsquote des japanischen Textilarbeiters ist in der Tat im Durchschnitt höher als die des englischen Arbeiters. Diese in hohem Maße überraschende Tatsache ging bereits aus dem im Frühjahr 1929 erstatteten Bericht des Generalsekretärs der Internationalen Baumwollspinnervereinigung, Arno S. Pearce, hervor. Maßgebende Kritik stellte damals fest, daß „in Japan die Erzeugung von Garn und von Tuch je Kopf so hoch ist wie die höchste Erzeugungsquote in England. Oft ist die Erzeugungsquote höher als die in den Katalogen der englischen Textilmaschinenfabriken angegebenen Höchstleistungszahlen“. „In der Spinnerei ist die Belegschaft je 1000 Ringspindeln kaum größer als in England. Sie beträgt 6,5 unter Ausschluß aller Garnverarbeitungsprozesse und 13,5 unter Einschluß von Haspeln, Spulen, Zwirnen, Mercerisieren und Bündeln.“ Die durchschnittlich von einem Weber bewältigte Zahl von Webstühlen betrug 5,5, was den englischen Durchschnitt überstieg. Die längere Arbeitszeit kann dabei durchaus nicht als allein ausschlaggebend betrachtet



werden. Sie betrug im Tag $8\frac{1}{2}$ St.¹⁾ gegen 48 Stunden in der Woche in England. Aber die viel günstigere Leistung je Kopf wird sogleich verständlich, wenn wir bedenken, daß die japanischen Spinnereien sowie auch die Webereien oft das Zweischichtensystem anwenden, wozu ihnen ein schier unerschöpflicher Nachwuchs an traditionalistisch gesinnter ungelerner weiblicher Arbeiterschaft die beste Handhabe bietet. Denn die Folgen dieser beiden Umstände für die Ueberlegenheit der technischen Ausrüstung der japanischen Textilindustrie sind kaum zu überschätzen.

Technik und Arbeitsverfassung

Nach zehn Jahren hat die japanische Maschine 62.000 Arbeitsstunden hinter sich, die englische nur 24.000. Ist diese auch technisch überaltert, so kann sie doch nicht ersetzt werden, denn die Amortisierung hält mit dem „moralischen Verschleiß“ nicht Schritt. Auch die Erzeugungskapazität Japans wird oft unterschätzt, weil die viel höhere Ausnützung im Zweischichtensystem nicht berücksichtigt wird. Die 6,4 Mill. Spindeln, über die Japan 1929 verfügte, waren, auf Mule-Spindeln umgerechnet, 9,4 Millionen Spindeln gleichzuhalten, deren zumindest 2/3fache Ausnützung sie mit der Kapazität von wenigstens 24 Millionen Mule-Spindeln in Lancashire gleichwertig machte. In der Tat war bereits 1929 die in Japan versponnene Baumwollmenge größer als die in England versponnene (freilich wird dabei die Feinheit des Gespinnstes außer Acht gelassen, die in England durchschnittlich wesentlich größer ist). Fälschlich wird übrigens auch die Zahl der japanischen Webstühle in der Literatur häufig mit nur 80.000 angegeben, womit jedoch nur die Mitglieder der Baumwollvereinigung berücksichtigt sind.²⁾ Die richtige Anzahl ist viel größer. Sie beträgt 171.000 mechanische Webstühle normaler Breite für Exportgewebe, 106.000 mechanische Webstühle landesüblicher Breite (12 bis 14 Inches, für Kimonos), sowie 86.000 Handwebstühle. Die Zahl der automatischen Webstühle ist leider nicht genau genannt. Von den 64.000 Webstühlen normaler Breite, die in den Fabriken der Baumwollvereinigung arbeiten, waren 1931 rd. 16.000 automatisch. Sowohl die verhältnismäßig hohe Zahl der automatischen Webstühle wie die allgemeine Verwendung der Ringspindel steht aber mit der geschilderten Arbeitsverfassung im engsten Zusammenhang.

Grob gesprochen werden heute sowohl in der Spinnerei wie in der Weberei zweierlei Typen von Maschinen benützt, wobei trotz mannigfacher sachbedingter Einschränkungen die Ueberlegenheit der einen Type über die andere feststeht.

¹⁾ Die tatsächliche Arbeitszeit ist zweifellos höher.

²⁾ Die irrige Zahl scheint auf den Bericht des Osakaer englischen Konsuls W. B. Cunningham zurückzugehen. Unsere Angaben entnehmen wir der 1931 erschienenen Schrift Frede Ulleys „Lancashire and the Far East“.

In der Spinnerei steht Ringspindel gegen Mulespindel, in der Weberei der automatische Webstuhl gegen den gewöhnlichen mechanischen Webstuhl. Die Ringspindel spinnst ohne Unterbrechung, doch ist der Drill des Garns stärker, um dem stärkeren Zug standzuhalten. Infolgedessen ist die Ringspindel zur Herstellung von Schußgarn an sich weniger geeignet als zur Herstellung von Ketten; andererseits verlangt sie nur ungelernete Arbeit. Die Mulespindel wiederum ist für feine Garne geeigneter und lohnt die Sachkundigkeit des Arbeiters besser. Dennoch ist sie heute — siehe Amerika — in jeglicher Verwendung durch die Ringspindel ersetzbar. Deren Ueberlegenheit in den groben Sorten steht außer Zweifel. Die Vereinigten Staaten verwenden so gut wie ausschließlich Ringspindeln. Von den 5.327.000 Spindeln Japans (1926) waren nicht weniger als 5.293.000 Ringspindeln. Für die außereuropäischen Länder beträgt der Hundertsatz der Mulespindeln 6%, der Ringspindeln 57,3%, der Rest entfällt auf Doublermaschinen. In England hingegen sind 76,5% der Spindeln Mulespindeln und nur 13,7% Ringspindeln.

In der Weberei besteht eine klare Ueberlegenheit des automatischen Webstuhls über den gewöhnlichen mechanischen Webstuhl. Gewiß, der automatische Webstuhl arbeitet langsamer, seine Beschäftigungskosten sind größer, auch nimmt er mehr Raum ein und an sich ist er nur bei Massenerstellung größerer Qualitäten überlegen. Allgemein jedoch wird diese Ueberlegenheit bei Anwendung des eine größere Ausnutzung der Maschinen gestattenden Zweischichtensystems. In U. S. A. werden ganz überwiegend nur automatische Webstühle verwendet. In Japan macht ihre Verwendung große Fortschritte. Vor einigen Jahren waren schon 20% der Webstühle der Baumwollvereinigung automatisch. In England sind sie eine Ausnahme (5%). Es kann auf die Erzeugungsquote in Japan nicht ohne Einfluß bleiben, daß in einigen neuesten Großbetrieben bis zu 50 automatische Webstühle der seit 1927 auf dem Markt befindlichen wesentlich verbesserten „Toyoda“-Type von einem einzigen Arbeiter betreut werden. (Beim Toyoda-Webstuhl erfolgt auch die Füllung des Weberschiffchens mit Schußgarn selbsttätig.) Der Umstand, daß in Lancashire kaum 10% der Betriebe unter dem Zweischichtensystem arbeiten, ist einer der Hauptgründe für das langsame Vordringen des automatischen Webstuhls in Lancashire. Ein anderer Grund dafür liegt in der Ueberalterung der Industrie überhaupt und in ihrer seit der Nachkriegszeit drückenden finanziellen Lage.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Josef Jellinek: Die Sozialversicherungsreform ist dringlich.

Noch immer ist die Entscheidung über den Plan der Regierung zur Sozialversicherungsreform nicht gefallen. Gegen seine Verwirklichung haben sich starke Widerstände geltend gemacht, die nicht ohne Eindruck geblieben sind. Wirtschaftsfachleute und Sozialpolitiker halten die geplante Aufhebung der Autonomie der Sozialversicherung und ihre Umwandlung in eine allgemeine staatliche Fürsorge für verfehlt, sie halten auch die Umlegung der Unternehmerbeiträge auf die Warenumsatzsteuer für unsozial und wirtschaftlich

untragbar. In dieser Erkenntnis hat sich das Finanzministerium gegen diesen Plan ausgesprochen. Es weiß, daß die Verdrängung der Warenumsatzsteuer die zum Ersatz der Unternehmerbeiträge nötigen Summen nicht liefern würde. Ein Fehlbetrag im Staatshaushalt wäre die Folge.

Aufhebung der Autonomie und Neuordnung des Beitragsystems sind aber die Hauptpunkte des Reformentwurfs der Regierung. Durch die Aufhebung der Autonomie glaubt sie eine sehr weitgehende Konzentration aller Sozialversicherungskassen durchführen zu können. Von dieser Konzentration verspricht sie sich große Ersparungen in den Verwaltungsausgaben. Mit der Umlegung der Unternehmerbeiträge auf die Warenumsatzsteuer verfolgt die Regierung eine besondere sozialpolitische Absicht. Nach ihrer Meinung begünstige das gegenwärtige Beitragsystem die Rationalisierung und fördere damit zum Schaden der Wirtschaft die Freisetzung der Arbeiter. Von der Erörterung des grundsätzlich falschen Gedankens sei in diesem Zusammenhang abgesehen. Scheinbar werden derzeit die Unternehmungen von der Sozialversicherungslast um so stärker betroffen, je mehr Arbeiter sie beschäftigen, und um so weniger, je mechanisierter der Betrieb ist. In Wirklichkeit haben die sozialpolitischen Lasten niemals den entscheidenden Antrieb zur Rationalisierung gegeben. Für sie war vor allem der Zug zur Massenproduktion maßgebend, und insoweit die Betriebsrechnung zur Rationalisierung zwang, war die Starrheit der Löhne die Ursache. Der Zug zur Massenproduktion spielte aber die weitaus größere Rolle, und weil die Hoffnung auf Massenabsatz sich nicht erfüllte, gab es so viele Fehlrationalisierungen.

Inzwischen aber wird die Sanierung der Sozialversicherung immer dringlicher. Verschiedene Institute sind bereits im Defizit. Schon durchgeführte und noch geplante Sparmaßnahmen reichen zumeist nicht aus, um die Abgänge zu decken. Auf 55 Mill. S wird das Defizit der Sozialversicherung für das Jahr 1934 geschätzt. Wie hoch es im kommenden Jahr sein wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Sicher ist, daß einzelne Anstalten zusammenbrechen müssen, wenn man sich nicht bald zu einer durchgreifenden Gesamtreform entschließt.

Struktur des Mitgliederstandes

Die Wurzeln der Krise der österreichischen Sozialversicherung sind die Arbeitslosigkeit und ein Uebermaß an Leistungen, das auch dann fühlbar geworden wäre, wenn die Arbeitslosigkeit die finanziellen Grundlagen nicht so sehr geschwächt hätte.

Die Einnahmen der Versicherungsanstalten gehen ständig zurück. Nicht allein, weil der Abbau von Arbeitern und Angestellten die Zahl der Mitglieder stark vermindert hat, sondern weil in den letzten Jahren auch eine wesentliche Senkung des Einkommenniveaus der Beschäftigten



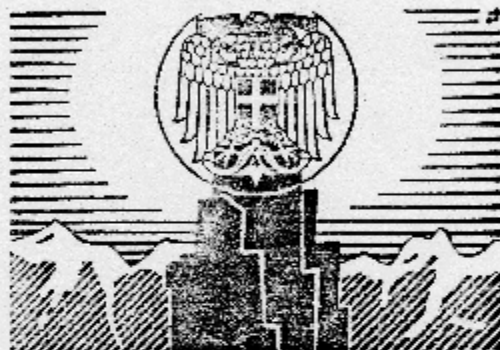
würde, daß einige der größten Engagements Auslands-
unternehmungen betroffen. Daß die Nationalbank ihren
Besitz an Credit-Anstalt-Aktien der Industrie-Kredit A. G.
überantwortet, bestätigt, wie sehr sie dieses Unternehmen
nur als eigene Abteilung ansieht. Es läge nahe, damit
weiterzugehen und auch die Betreuung der von der Re-
visionsgesellschaft übernommenen Aktiva der Escompte-
Gesellschaft und des Bank-Vereins der Industrie-Kredit
A. G., in der die Nationalbank ja ihre Vertrauensmänner
sitzen hat, zu übergeben. Das Verhältnis zwischen Re-
visionsgesellschaft und Bank-Verein wird ja bereits end-
gültig gelöst. Die nach dem vorjährigen Uebereinkommen
vorgesehenen Rückübertragungsmöglichkeiten und Ab-
stattungen werden aufgehoben. Für die Verluste, die die
Revisionsgesellschaft bei den Aktiven des Bank-Vereins
erleiden wird, kann sie sich in keinem Fall mehr an der
erweiterten Credit-Anstalt schadlos halten. Eine Schadlos-
haltung für Verluste an den von der Escompte-Gesell-
schaft an die Revisionsgesellschaft übergegangenen
Aktiven bei der Industrie-Kredit A. G. hieße für die
Nationalbank eine Schadloszahlung bei sich selbst. Daher
dürfte es sich empfehlen, nicht zwei Liquidationsmassen
aufrechtzuerhalten, sondern daraus eine einzige zu
machen.

Industriekonzern

Es ist klar, daß nunmehr auch die bisher nur so
langsam in Angriff genommene Bereinigung der den
Banken gemeinsamen Unternehmungen rascher in Fluß
geraten wird. Sie stehen nun wohl so tief zu Buch, daß
die nötigen Nachlässe an Forderungen kein Problem mehr
bilden. Liquidierungen und Zusammenlegungen gleich-
artiger Unternehmungen werden nun wohl in erheb-
lichem Ausmaß erfolgen. Hat man viele Jahre lang unter
dem Druck der öffentlichen Gewalthaber Unternehmungen
künstlich aufrechtgehalten, die überdimensioniert
oder überhaupt nicht lebensfähig waren, so soll nun mit
allem Schutt der Vergangenheit aufgeräumt werden. Es
ist das tragische Verhängnis, daß infolge fehlender
rechtzeitiger Erkenntnis das Unvermeidliche die Opfer
an Volksvermögen vielfach größer geworden sind, als sie
es bei rechtzeitigem Entschluß zur Tat gewesen wären.
An den industriellen Konzernen und an dem Versuch,
Machtstellungen in den Nachfolgestaaten aufrechtzuer-
halten, die nicht zu retten waren, haben sich die öster-
reichischen Banker verblutet. Hoffentlich wird nun die
einzige übrig gebliebene Großbank die österreichische
Wirtschaft mit Klugheit und innerer Anteilnahme be-
treuen.

Dr. Karl Polanyi, London: Eng- land für Budgetwahrheit.

Nichts scheint unsachlicher zu sein als die
in England übliche Art der Dramatisierung
des Budgets. Politische Oberflächlichkeit
mag eine Bestätigung aller Laster einer an-
geblichen Schlagwortpolitik darin erblicken,
daß die gesetzgebenden Körperschaften eines
großen Landes es als die wichtigste aller Fragen erachten,
ob die Finanzen des Staates die Wiederherstellung einer
vor drei Jahren erfolgten 10%igen Kürzung der Arbeits-
losenunterstützung vertragen oder nicht, obwohl deren
Kosten sich nachher als verschwindend herausstellen.
Oder daß das gesamte öffentliche Leben gewissermaßen



Sicherung für jeden Beruf, jeden Stand,
gegen jede Gefahr

Städtische Versicherung

darauf geschult wird, den vom Schatzkanzler errechneten
Ueberschuß, der sich auf Grund der bestehenden Gesetze
im nächsten Finanzjahr ergeben soll, als eine hoch-
politische Angelegenheit zu betrachten, an der sich so-
zusagen Partei- und Weltanschauungen scheiden, ob-
gleich es sich doch dabei um nichts weiter als um eine
hypothetische Größe handelt, um eine bloße Hilfskon-
struktion bei der Erstellung des eigentlichen Budgets.
Doch die parteipolitische Dramatisierung der Budget-
debatte dient in England einem geistig-moralischen
Zweck von höchster volksbildnerischer Bedeutung. Was
dem Unverständnis als Schlagwortpolitik dünken mag,
ist in Wahrheit ein Kampf um sachlich gebundene
Symbole, an denen sich das Verantwortungsbewußtsein
eines ganzen Volkes schult. Die Einschätzung des ver-
nünftigerweise zu erwartenden Ueberschusses wird zum

Maßstab der Vorsicht und des Ernstes, mit der sich die Bevölkerung ihren Zukunftsaufgaben widmet, die Zustimmung oder die Ablehnung der Wiederherstellung der vollen Arbeitslosenunterstützung wird zum Prüfstein der sozialen Gesinnung der Regierung. Auch ein sachlich recht uninteressantes Budget mag in diesem Lichte ein hochpolitisches Gesicht tragen. Das Budget ist in England nicht nur „das Hauptbuch der Nation“, sondern es ist auch ein Kapitel aus der Biographie eines Volkes.

Das Budget der Wiedergutmachung.

Bald drei Jahre sind vergangen, seitdem die „Nationale Regierung“ die vernachlässigten Finanzen Englands mit einem Schlag in Ordnung brachte. Unter Dörrer und Blitz wurde die Arbeitslosenunterstützung um 10% gekürzt; die Staatsbeamtengehälter wurden um 10 bis 20% herabgesetzt; die steuerfreie Einkommensgrenze auf 100 Pfund hinuntergedrückt. Vorausgegangen war die Zertrümmerung der Labour Party, die Spaltung der Liberalen, eine Meuterei der britischen Flotte und die Aufgabe des unter gewaltigsten wirtschaftlichen Opfern durch sieben Jahre festgehaltenen Goldstandards. Die Kürzungen wurden als Uebergangsmaßnahme erklärt, die also wohl nach gelungener Sanierung wieder rückgängig gemacht werden würden. Doch erst nachher brach die seit 1929 heraufziehende Wirtschaftskrise mit wahrhaft elementarer Gewalt herein. Trotz sinkendem Pfund und Uebergang zum Schutzzoll stieg die Arbeitslosigkeit unaufhörlich, der Außenhandel schrumpfte zusammen, die Depression wurde tiefer und tiefer. Bis endlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 sich Anzeichen der Besserung zeigten. Die Arbeitslosigkeit sank, England trat wieder an die Spitze der Ausfuhrländer, eine Reihe von Produktionsanzeigern deutete auf günstigeres Wetter. Das Budget 1934/35 stand im Zeichen der Frage: Ist die Krise endlich überwunden? Darf sich das Land bereits gestalten, die Bürden der Sanierungszeit zu mildern? Und vor allem: Sind die bei den Wahlen 1931 offen oder stillschweigend gemachten Versprechungen, daß die Last der Kürzungen und Steuern sobald als möglich von den Schultern der Bevölkerung genommen werden würde, fällig geworden? Zweifellos ein über das rein Finanzielle weit hinausgreifender, die innere Haltung der ganzen Nation tief berührender Verantwortungskomplex.

Praktisch bestand die Antwort Chamberlains in der Wiedererhöhung der Arbeitslosenunterstützung von 15 sh auf den ursprünglichen Betrag von 17 sh, die Verminderung der 1931 durchgeführten 10- bis 20%igen Gehaltskürzungen um die Hälfte und die Senkung der Einkommensteuer um 6 d auf den alten Stand von 4½ sh. Doch die sehr drückenden Erhöhungen der Einkommensteuer in den unteren Stufen durch Verminderung der steuerfreien Untergrenze, besonders auch bei Familienvätern, wurden nicht gutgemacht. Denn größte Vorsicht ist bei der Schätzung des zu erwartenden Steuereinganges am Platz. In der Tat trägt das Budget noch alle Spuren der Daseinskrise des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Systems. Erstens indem es keine Vorsorge für internationale Schuldentilgungen trifft; zweitens indem es den sogenannten Baldwinischen Amortisationsfonds nicht reaktiviert; drittens indem auch Neville Chamberlains dritter Voranschlag auf eine schwankende Währung gebaut ist. Der Schatzkanzler unterließ es, diese Symptome eines zutiefst sitzenden Übels aufzuzeigen. Er vertraute wohl darauf, daß nur der Unverständige sie

völlig verkennen würde. Beginnende Zuversicht bei klarer Erkenntnis der noch drohenden großen Gefahren, das ist die Stimmung, die sein Voranschlag widerspiegelt. Die fast einseitig optimistische Aufnahme des Budgets liegt aber wieder nicht in den Zahlen selbst, sondern in der symptomatischen Bedeutung der gesamten Budgetaufstellung.

Budgettaktik.

Chamberlains Budgetrede war psychologisch geschickt angelegt. Daß der hypothetische Ueberschuß „auf Grund bestehender Steuergesetze“, also die zu verteilende „Beute“, nicht mehr als 29 Mill. Pf. St. ausmachen würde, wirkte auf allen Seiten des Hauses als Enttäuschung. Man hatte einen Betrag von etwa 40 Mill. Pf. St. erwartet und auch nach Chamberlains Aufklärung wird seine Schätzung allgemein als übervorsichtig beurteilt. Allerdings kann es seinen Eindruck nicht ganz verfehlen, daß der Einkommensteuervoranschlag für das vergangene Jahr bis auf den Bruchteil eines Prozentes durch die Tatsachen bestätigt wurde. Die Ertragnisse und Einkommen des Jahres 1933/34, die als Bemessungsgrundlage für 1934/35 dienen, zeigten aber erst in seiner zweiten Hälfte ein Ansteigen, während sie in der ersten Jahreshälfte noch im Sinken waren. Die Einkommenzusatzsteuer aber wird gar auf Grund der Einkommensteuer des vorvergangenen Jahres eingezogen, also für 1934/35 auf Grund der Einkommen des ungemilderten Krisenjahres 1932/33. Chamberlain schätzte in der Tat den Nettoertrag der Einkommensteuer beim alten Steuersatz fast genau wie im Vorjahr, wenn er auch den Bruttoertrag um etwa 11 Mill. höher ansetzt, da im Vorjahr die Rückkehr zur halbjährigen Einhebung bei einigen Einkommensteuerverarten den einmaligen Verzicht etwa dieses Betrages erforderte. Während aber die Einkommensteuer dieserart immerhin mit 240 Mill. gegen 228 Mill. i. Vj. veranschlagt werden konnte, mußte die Zusatzsteuer sogar gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres von 52,6 auf 50 Mill. herabgesetzt werden. Und an Erbschaftsteuer wird um 9,2 Mill. Pf. St., also etwa den Betrag der Eilermannschen Nachlaßsteuer, weniger erwartet. So ergab sich die überraschende Tatsache, daß der hypothetisch errechnete Ueberschuß für das „Aufschwungjahr“ 1934/35 nicht größer, ja sogar etwas kleiner ausfiel als der im Jahre 1933/34 tatsächlich erzielte Ueberschuß von rund 31 Mill. Um so freudiger war das Erstaunen, als der Schatzkanzler diesen Betrag als genügend erklärte, um die Einkommensteuer zu senken und die Gehälter und die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen. Manche hatten in der Hitze des um die ethische Beurteilung der Frage geführten Gefechtes offenbar ganz überschauen, daß der Arbeitslosenversicherungsfonds den überwiegenden Teil der Last zu tragen haben werde und daß er hierzu auch vollkommen in der Lage sei. Der Haushalt des Fonds ist auf einen Stand von 2,5 Mill. Unterstützte abgestellt. Je 100.000 Arbeitslose weniger bedeuten für ihn eine Entlastung um rund 3 Mill. Pf. St. Beim gegenwärtigen Stand von rund 2,2 Mill. Unterstützten ist der Fonds bereits mit etwa 6 Mill. jährlich aktiv, ein Betrag, der sich bei andauernder Besserung der Konjunktur noch erhöhen müßte. (Freilich wäre dann auch eine Herabsetzung der 1931 erhöhten Versicherungsbeiträge der Arbeiter und Arbeitgeber unerlässlich, eine Erleichterung, für die das Budget vorerst in keiner Weise sorgt.) Der Staat hatte somit nur für die Kosten der Erhöhung der verlängerten Notstandshilfe aufzukommen, die dem Betrage nach der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung gleich ist. Da

die 1931 eingeführte Bedürftigkeitsklausel (means test) nicht gestrichen wurde, belastet die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung den Haushalt nur mit insgesamt 3,6 Mill. Pf. St.

Aus der Geringfügigkeit dieses Betrages erhellt, daß auch diesmal wie 1931 nicht die unmittelbaren staatsfinanziellen, sondern die allgemeinen sozial- und kreditpolitischen Folgen von der Regierung vor allem erwogen wurden. Den Ausschlag gab jedoch zweifelsohne die Erwägung, daß eine Weigerung, die Kürzungen zurückzunehmen, zu recht oder zu unrecht als Bruch eines Wahlversprechens hätte ausgelegt werden können. Einem derartigen Vorwurf wollte sich die Regierung um so weniger aussetzen, als die lineare Senkung der Einkommensteuer, obwohl wirtschaftspolitisch unerlässlich, politisch eine gewisse Belastung darstellte. Namentlich das Ausbleiben jeglicher Erleichterung für die schwer getroffenen kleinen Einkommen mag der auch in England mit antikapitalistischen Schlagworten arbeitenden faschistischen Bewegung das Sich-bemerkbar-Machen erleichtern. Der hypothetische Ueberschuß von 29,1 Mill. wurde dementsprechend aufgeteilt: 3,6 Mill. für die Arbeitslosen, 4 Mill. für die Beamten und 20,5 Mill. für die Einkommensteuerzahler. Vom Rest gingen 2 Mill. als Schatzamtsbeitrag zur Senkung der Autosteuer.

Wenig erhöhte Ausgaben.

Die Ausgabenseite des Voranschlags 1934/35 beruht im wesentlichen auf der Annahme eines andauernd niedrigen Zinsfußes. Im abgelaufenen Finanzjahr betrugen die Kosten der Schatzwechselerneuerung 0,55% gegen 3,3% im Durchschnitt der Nachkriegsjahre. Der Schuldendienst wird im Voranschlag wie im Vorjahr mit 224 Mill. veranschlagt. Bekanntlich war dabei im Vorjahr eine Ersparnis von 11 Mill. möglich gewesen, die zum Teil (7,83 Mill.) zur Amortisierung verwendet wurden. Der gesamte konsolidierte Schuldendienst wird mit 236,2 Mill. veranschlagt gegen einen tatsächlichen Aufwand von 231 Mill. i. Vj. Man darf annehmen, daß darin eine gewisse Reserve enthalten ist, die für eine Anerkenniszahlung an die U. S. A. wie im Vorjahr verwendet werden könnte.

Die zweite Hauptpost der Ausgaben betrifft die Landesverteidigung. Mit 113,7 Mill. weist sie die beträchtliche Steigerung um 5,5 Mill. auf, und zwar 2 Mill. für die Armee, 3 Mill. für die Flotte und 0,8 Mill. für Flugwesen.

Der allgemeine Verwaltungsdienst zeigt mit 335,6 Mill. eine Ersparnis von 6 Mill. gegen den Voranschlag und von 2,6 Mill. gegen den Jahresabschluß auf Hinzukommen für Kosten der Finanzverwaltung etwa 12,6 Mill.

Zusammen mit dem Schuldendienst ergibt das orientliche Budget Gesamtausgaben von 693,1 Mill. (gegen 697,4 im Voranschlag und 690,1 im Abschluß des Vorjahres). Also eine Erhöhung der orientlichen Ausgaben um 8 Mill. Mit den beiden besprochenen neuen Ausgabenposten für die Arbeitslosen (3,6) und die Beamten (4 Mill.) ergibt sich eine Gesamtsumme von 705,7 Mill.

Drosselung der Einnahmen.

Die Einnahmen werden nur mit 704,5 Mill. veranschlagt, d. h. um 18 Mill. niedriger, als die tatsächlichen Einnahmen des abgeschlossenen Jahres waren. Die Senkung des Einkommensteuersatzes verringert den Ansatz von 240 Mill. auf 219,5 Mill. Die Einkommenszusatzsteuer soll, wie erwähnt, mit 50 Mill. um 2 Mill. weniger als im Vorjahr ebringen. Die Erbschaftsteuer wird mit 76 Mill. eingestellt. Stempel sind mit 25 Mill. um 2,5 Mill. erhöht. Restzufüsse aus zwei in Abbau begriffenen Steuern (Kriegsgewinnsteuer und Bodenwertsteuer) erhöhen die direkten Steuern auf 372,5 Mill. — das ist um fast 20 Mill. weniger als ihr tatsächlicher Ertrag im Vorjahr.

Die indirekten Abgaben werden mit 290 Mill. um 3,8 Mill. höher angenommen als das Ergebnis und um mehr als 20 Mill. höher als der Voranschlag im Vorjahr. Dabei wird keinerlei Zollerhöhung von Bedeutung vorgenommen (kleine Änderungen in den Vorzugssätzen für Zucker,

ALTERS- ERZIEHUNGS- WITWEN-RENTEN

Mit voller Erhaltung und Verfügbarkeit der eingezahlten Beiträge.



Melasse, Zuckerstoff und Sacharin zielen auf die Ausschaltung unerwünschter Verschiebungen westindischen Zuckers von Kanada nach dem Mutterland mit Hilfe von Kontingenten ab; der Lacklederzoll wird von 10 auf 15% erhöht; Bogenlampenstifte sowie gewisse Petroleumderivate werden zollpflichtig.

Die wichtigste Neuerung im Bereich der mittelbaren Steuern ist die erwähnte Senkung der Autoabgabe um 25%. Sie kostet das Schatzamt nur 200.000 Pf. St., indem sein zur Zeit 5,2 Mill. betragendes Einkommen aus dem Straßenfonds in Zukunft mit 5 Mill. pauschaliert wird. Den Rest der für ein ganzes Jahr 4 Mill. betragenden Einbuße trägt dieser Fonds selber. Die Verringerung der Abgabe je Pferdekraft von 20 auf 15 sh soll die Konkurrenzfähigkeit der englischen Wagen im Ausland erhöhen. Die Bevorzugung eines schwachen Wagens im Inland steigerte die Herstellungskosten der namentlich in den Dominien beliebten Typen. Dieser Wettbewerbsnachteil hört nun auf, zugleich dürfte die Verwendung der einen größeren Benzinverbrauch bedingenden stärkeren Wagen einen Teil der geopferten Einkünfte wieder weitmachen.

Die gesamten Steuereinkünfte stellen sich auf 667,5 Mill. Pf. St. gegen 683,5 Mill. im Abschluß und 652,0 Mill. im Voranschlag des Vorjahres. In Anbetracht der Wirtschaftslage ein ausgesprochenes Deflationsbudget.

Einnahmen aus anderen als Steuerquellen werden mit 39 Mill. eingestellt gegen effektive 41,1 Mill. und veranschlagte 46,7 Mill. im Vorjahr. Gesamtsumme der Einnahmen 706,5 Mill., der Ausgaben 705,7 Mill., Ueberschuß 0,8 Mill. Pf. St.

Chamberlains Budget bringt den Grundsätzen solider staatsfinanzieller Gebarung außerordentliche Opfer. Richtiger: die einst gewohnten Opfer erscheinen einem Zeitalter als exorbitant, welches sich wohl in allzu leichten wie in allzu schweren Perioden staatlicher Finanzgebarung solcher Grundsätze entwöhnt hat. Denn die Finanzmoral wird durch die Euphoriezustände inflationistischer Scheinblüten ebenso untergraben wie durch die erzwungenen, aber dann auch ohne Zwang fortgesetzten Zahlungsver-

weigerungen aus echter Not. Chamberlain verwandte den gesamten Ueberschuß des Vorjahres zur Abzahlung schwebender Schulden — ein in solcher Vorbehaltlosigkeit lange nicht mehr erlebter Vorgang. Und den Ueberschuß des laufenden Jahres veranschlagte er so niedrig, daß er sich fast mit Händen zu greifende geheime Reserven schuf. Dieser kämpferischen Rückkehr zur Budgetsolidität in einer chaotischen Weltlage verdankt sein Staatsvoranschlag eine über Englands Grenzen hinausreichende Bedeutung.

Carl Landauer, San Francisco: Roosevelts Sozialpolitik.

Prof. Carl Landauer, den unsere Leser aus seiner Tätigkeit als unser Berliner Mitarbeiter und als Schriftleiter des „Deutschen Volkswirt“ kennen, ist jetzt Lecturer der University of California, Berkeley.

Die Schriftleitung.

Nirgends als in den sozialpolitischen Fragen zeigt es sich deutlicher, daß in den Vereinigten Staaten heute mehr vorgeht als nur eine Aktion zur Wiederherstellung einer guten Konjunktur. Man hat Roosevelt von vielen Seiten geraten, sich auf „recovery“ zu beschränken und von allen „sozialistischen“ Experimenten die Finger zu lassen. Der Präsident ist diesem Ratschlag nicht gefolgt. In Wirklichkeit hat er ja auch keine Wahl mehr: Er muß auf grundsätzliche Änderungen im Wirtschaftssystem lossteuern, weil das öffentliche Bewußtsein Amerikas es verlangt und von ihm erwartet.

Einige Amerikaner, die sich die Wandlung der öffentlichen Meinung Amerikas nicht ganz erklären können, haben sich die Sache so zurecht gelegt, daß die antikapitalistischen Stimmungen nur eine Folge der Krise seien und mit einem Gelingen der „Recovery“-Politik verschwinden würden. Daran ist nur richtig, daß eine plötzlich einsetzende Wirtschaftsblüte den Glauben an den Kapitalismus wieder herstellen und allen „Experimenten“ ein Ende bereiten würde. Aber so unbeliebt kann überhaupt kein Wirtschaftssystem sein, daß es nicht durch einen drastischen Erfolg rehabilitiert werden könnte. Vorläufig ersehnen die Amerikaner in ihrer großen Mehrheit eine neue Wirtschaftsordnung, und zwar nicht nur als bloßes Heilmittel gegen die Depression. Der Mann auf der Straße in den Vereinigten Staaten liebt heute den Kapitalismus so wenig wie der Mann auf der Straße in Deutschland oder Oesterreich im Jahre 1927.

Der Kampf um die company unions.

Im Augenblick hat sich der Kampf um die Sozialpolitik, die Roosevelt mit seiner „Recovery“-Aktion unlöslich verbunden hat, aufs äußerste zugespitzt und verlangt eine Entscheidung. Das liegt vor allem an den Arbeitsstreitigkeiten, die Amerika bedrohen und die fast alle aus der Frage der gelben Werksgemeinschaften (company unions) entspringen sind. Diese haben jetzt in den U. S. A. eine Bedeutung erlangt wie niemals in Europa. Ihre Mitgliederzahl ist von 432.000 im Jahr 1932 auf 1,164.000 Ende 1933 gewachsen. (Gleichzeitig konnte freilich auch die American Federation of Labor 2 Millionen neue Mitglieder gewinnen, was aber einen viel kleineren Prozentsatz ausmacht.) Der Grundsatz des

Tarifvertrags und der gewerkschaftlichen Organisation ist heute in Amerika gesetzlich anerkannt. Das Großunternehmertum aber, vor allem in der Eisen- und Automobilindustrie, hat sich den Folgen dieser Anerkennung durch Förderung von Werksgemeinschaften zu entziehen versucht.

Jeder Code, der auf Grund des „National Industrial Recovery Act“ für eine Industrie vereinbart oder erlassen wird, muß nach dem berühmt gewordenen Artikel 7a dieses Gesetzes das Folgende vorsehen:

„daß die Arbeitnehmer das Recht haben sollen, sich zu organisieren und durch Vertreter ihrer eigenen Wahl die Arbeitsbedingungen kollektiv aushandeln zu lassen, und in der Auswahl solcher Vertreter zum Zweck kollektiver Verhandlungen oder sonstiger gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, in der Bildung ihrer Organisation und in jeder Art gemeinschaftlicher Tätigkeit von Einmischung, Beschränkung oder Zwang der Arbeitgeber oder ihrer Beauftragten frei zu sein;

daß ferner von keinem Arbeitnehmer und von niemandem, der Arbeit sucht, als Bedingung der Beschäftigung verlangt werden darf, daß er einer company union angehöre oder daß er einer Arbeiterorganisation seiner eigenen Wahl nicht angehöre, eine solche nicht organisiere oder unterstütze.“

Daß dem Sinn dieser Vorschrift die Gründung von company unions widerspricht, läßt sich ernsthaft kaum bestreiten. Es ist fraglich, ob solche Verbände bestehen können, wo der Arbeiter wirklich den Beitritt verweigern kann, ohne Entlassung fürchten zu müssen. Es ist sicher, daß sie dort nicht bestehen können, wo sie nicht vom Arbeitgeber in irgend einer Form gefördert werden. Einmischung (interference), die dem Arbeitgeber nach dem Gesetz untersagt ist, bildet also eine Voraussetzung für den Bestand der Werksgemeinschaften. Daß diese seit dem Erlaß des Gesetzes so sehr zugenommen haben, beweist eben, daß das Gesetz in weitestem Umfang umgangen wird. Die American Federation of Labor will wieder nicht auf die Verwirklichung der Versprechungen verzichten, die ihr im National Recovery Act gegeben wurden. Sie besteht darauf, die Vertretung der Arbeiterschaft in die Hand zu bekommen und für sie kollektive Arbeitsverträge zu schließen.

Es ist nicht ganz leicht zu verstehen, warum sich die Arbeitgeber der Großindustrie diesem Verlangen so leidenschaftlich widersetzen. Sie wollen „Herr im Hause“ bleiben, so entschieden wie nur je ein Generaldirektor in Rheinland, Westfalen oder dem Saargebiet es wollte. Die Aufrufe der Arbeitgeber an die Öffentlichkeit und an ihre Arbeiter wiederholen fast alle jene bekannten Argumente, mit denen europäische Unternehmer die Anerkennung der Gewerkschaften und den Abschluß von Tarifverträgen jahrzehntelang abgelehnt haben: Daß sie nicht mit „außenstehenden“ Gewerkschaftsbeamten, „berufsmäßigen Agitatoren“, über die Verhältnisse ihres Betriebes verhandeln könnten, daß ihre Arbeiter das auch gar nicht wollten, daß die Gewerkschaften nur durch Einschüchterung und Gewalttätigkeit Einfluß auf die Arbeiter hätten usw.

Würde die Regierung die Deutung des Gesetzes durch die Arbeitgeber annehmen, daß die Funktionäre der company unions von den Arbeitern als „Vertreter ihrer eigenen Wahl“ angesehen werden können, so wäre damit der sozialpolitische Grundgedanke des New Deal erledigt. Warum hat die Regierung diese Deutung bisher nicht schärfer bekämpft? Warum hat sie zugelassen, daß diese Deutung sogar von ihren eigenen Sachver-

Karl Polanyi, London: England und die Abrüstung.

Die englische Regierung verhandelt mit Frankreich über „Sicherheit“. Damit beginnt ein kritisches Stadium für das Abrüstungsgespräch. Kommt es zu keiner Einigung, dann ist der Abbruch der Abrüstungsverhandlungen so gut wie vollzogen. Doch selbst wenn man sich einigt, ist damit die Lage noch nicht gereicht. Denn dann erst recht würde England von Frankreich erwarten, daß es sich mit Hitler verständigt. Und dann erst recht könnten Deutschlands Aufrüstungsforderungen jede Einigung vereiteln. Die Stunde der letzten Entscheidungen ist wieder um ein gutes Stück nähergerückt.

England biegt seine außenpolitische Linie wieder der französischen Seite zu. Baldwins die Gesamtfrage seit Monaten beherrschendes Wort: „England denkt nicht daran, neue Verpflichtungen auf sich zu nehmen“, gilt nicht mehr. Simon hat die Franzosen, die Veröffentlichung ihrer Antwortnote auf das englische Memorandum einen Tag zu verzögern. Und zugleich mit der Veröffentlichung ließ er erklären, daß die englische Regierung über das französische Sicherheitsverlangen beraten werde. Die Beratungen mündeten in Verhandlungen über „mehr Sicherheit für Frankreich“. In der Haltung der britischen Regierung hat sich damit ein plötzlicher Wechsel vollzogen.

London hatte sich offenbar auf einen Abbruch der allgemeinen Abrüstungsgespräche gefaßt gemacht. Schon bereitete es das Land auf Sondergespräche über Teilgebiete der Abrüstung vor, auf neue Verhandlungen über die Luftrüstungen, auf neue Regionalabkommen, vielleicht über die Begrenzung solcher Rüstungen. Diese im Unterhaus sehr laut vorgebrachten Pläne sollten den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz seiner unmittelbaren Gefahren entkleiden. Denn die aus Frankreich herüberklingenden Stimmen ließen nichts weniger als einen bevorstehenden Zusammenbruch gewärtigen. Edens Rundreisen hatten nirgends Erspreßliches gezeitigt. Aber am antrachtbarsten waren seine Pariser Aufenthalte gewesen. Auch der geschickteste Unterhändler kann den Palmzweig des Friedens nicht von der Distel der Sicherheit pflücken. Doumergues Regierung verlangte aber von England „Sicherheit“ im gleichen Tonfall starren Beharrens, in dem dies jede französische Regierung seit Clémenceau getan. Und England hatte durch den Mund Baldwins die gleiche Antwort erteilt, die jede englische Regierung seit Locarno gab: Keine neuen Verpflichtungen auf dem Kontinent. Locarno war für England nicht eine Abschlagszahlung auf seine Sicherheitsschuld an Frankreich gewesen, sondern eine Abfindung. In London war man entschlossen, Verhandlungen über die Sicherheit abzulehnen.

Frankreich hat aus dieser Lage Rechnung getragen. Seine Sicherheitsforderung ist so bescheiden, daß sie diesen Namen kaum mehr verdient. England sieht sich das erstemal einer französischen Formel gegenüber, die es schwerlich mit der Berufung auf „Keine neuen Verpflichtungen“ zurückzuweisen vermag. Denn Frankreich verlangt weder den Schutz des Status quo in Europa noch eine Bürgschaft gegen den Angreifer, sondern einfach Sicherheiten gegen Verletzungen der

Abrüstungskonvention. Das ist eine Forderung, die England nicht ablehnen kann. Denn welchen Sinn hätten auch Abrüstungsbegrenzungen, Rüstungskontrolle, Waffenverbote, wenn all dies nur für den Gutwilligen gelten sollte, der Böswillige sich aber gefahrlos seinen Verpflichtungen entziehen dürfte? Das müßten doch Englands Staatsmänner überdacht haben. Wären sie aber dennoch von Anbeginn entschlossen gewesen, keine Bürgschaften gegen die Verletzung der Konvention vorzusetzen, wozu hatten sie sich und andere erst der endlosen Mühe unterzogen, eine solch nutzlose Konvention zustandezubringen? Die Formel „Keine Verpflichtung auf dem Festland“ deckt den Fall offenbar nicht. Frankreichs Mäßigung stellt England vor neue Entscheidungen. Sie mögen sehr wohl erweisen, daß die von England seit Hitlers Bruch mit Genf befolgte Politik eine Revision erfahren muß. Das gilt vor allem von Englands Stellung zum Völkerbund. Aber möglicherweise auch in der Abrüstungsfrage selbst.

Englands seit jeher beobachtete Zurückhaltung in der Unterstützung des Völkerbundes entsprang der Betrüchtung, daß eine solche Verbindung das Land unversehens in ein Bündnisystem verstricken könnte. Heute ist es vielmehr die Aussicht, dort im Ernstfall Verbündete zu finden, was England Genf wieder zutreibt. Welchen Anteil daran etwa die Berliner Enttäuschungen Edens haben mögen, wüßte wohl nur der mit Sicherheit zu sagen, der Hitlers Antwort auf das angebliche englische Anbot eines Luftabkommens kennt. Ob Eden ein derartiges Anerbieten wirklich gemacht hat oder ob dies nur eine naheliegende Vermutung derjenigen ist, die aus dem Vergleich der Umstände seiner Reise mit Haldanes historischer Mission tragischen Angedenkens den Schluß ziehen wollen, daß nun zwischen England und Deutschland ein Wettüben in der Luftwaffe unvermeidlich geworden sei, wird die Zukunft erweisen. Jedenfalls aber hatte Eden die Aufgabe, Hitlers Meinung über das englische Memorandum einzuholen. England hatte in diesem Dokument eine Unterstützung der deutschen Forderungen unter zwei Bedingungen angeboten: wenn Deutschland zwei Jahre lang nicht zum Ausbau seiner Luftflotte schreite und wenn es dem Völkerbund wieder beitrete. Die erste Bedingung war allerdings in die Formel gekleidet, daß die Ständige Abrüstungskommission über die Beibehaltung der Luftwaffe erst in zwei Jahren zu befinden habe; doch nicht auf die Form, sondern auf den klar erkennbaren Inhalt kam es an. Die Unterhausdebatte nach Edens Rückkehr sprach deutlich genug die Tatsache aus, daß England in Berlin keinerlei Zusicherungen erhalten hatte. England befürchtet einen Luftangriff. Und es weiß sehr wohl, daß weder ein One-power- noch ein Two-power-Standard dagegen Schutz bietet. Das einzig wirksame Mittel gegen solche Gefahr ist, einen Krieg überhaupt zu vermeiden, indem man dem möglichen Gegner von vornherein eine überlegene Macht entgegenstellt. Daß England trotz Edens Berliner Reise nach Verbündeten Ausschau hält, ist also recht bemerkenswert. Und auf dieser Suche kehrt es seine Blicke Genf wieder zu.

Englands zweite Forderung ans Reich gilt — nebenbei — keineswegs als utopisch: Downing Street hat Deutschlands Weigerung, nach Genf zurückzukehren, niemals als endgültig betrachtet. Warum sollte auch Deutschland nicht wieder in den Völkerbund zurück-

kehren, wenn es dies gewissermaßen als Sieger tun könnte? Und daß es sich zu Hause auch ohne allzuviel Berechtigung als solchen ausgeben könnte, wird füglich niemand bezweifeln, der die Allmacht des deutschen Propagandapparates im Inland einmal erfaßt hat.

Man vermutet nun, daß die französische Antwort sich mit einer Zusicherung zufriedengeben würde, wonach England demjenigen, der sich eines Bruches der Abrüstungskonvention schuldig machte, den Wirtschaftsboykott androht. England steht vor einem großen Entschluß. Seit 14 Jahren versucht es vergeblich, vom Sanktionsartikel 16 der Völkerbundsatzungen loszukommen, in welchem der Wirtschafts- und Finanzboykott gegen den internationalen Rechtsbrecher angedroht wird. Wenn es jetzt dennoch ernsthaft erwägt, die Abrüstungskonvention unter die Sanktion eines Wirtschaftsboykotts zu stellen, so unterliegt dem eine Beurteilung der Lage, deren Ernst kaum mehr zu übertreiben ist. Es bliebe die Revision der gesamten Völkerbundpolitik Englands. Diese Politik war von Großbritannien herkömmlichen Anschauungen über Blockaderecht, Neutralität zur See usw. logisch untrennbar. Diese sind wiederum nur die Kehrseite der amerikanischen Hochseepolitik, die im soeben ablaufenden Flottenabkommen mit England ihren vorläufigen Ausdruck fand. Artikel 16 des Völkerbundsabkommens war und ist die geheime Kuppelung von Großbritanniens Festlands- und Ueberseepolitik. Ein Wandel in Englands Auslegung seiner Verpflichtungen unter diesem schicksalsvollen Artikel würde auch die Vereinigten Staaten von Amerika in Mitleidenschaft ziehen. Die Lebenswichtigkeit, die ein englisch-amerikanisches Generalabkommen heute für den Weltfrieden hätte, erhellt daraus mit schlagender Kraft.

Freilich bedeutet Genf mehr denn je eine machtpolitische Sphäre, deren Wirkungsweise sehr verschieden ausfiele, je nachdem der Völkerbund den Rahmen eines Ausgleiches mit dem Reich oder umgekehrt einer Auseinandersetzung mit ihm abgeben würde. Im ersten Falle handelte es sich um den „reformierten“ Völkerbund, der mehr oder minder offen dem ursprünglichen Viermächtepaktgedanken Rechnung trüge, daß der Völkerbund durch eine machtpolitische Clearingstelle der europäischen Großmächte ersetzt werden müsse; im zweiten Fall um ein kaum verhülltes Bündniszentrum der dem aufrüstenden Deutschland mißtrauenden Staaten. Als eines von beiden dürfte der Völkerbund in den nächsten Jahren Bestand haben. Die Voraussagen seines baldigen Endes waren verfehlt. Noch unrichtiger wäre es aber, daraus folgern zu wollen, daß der Völkerbundgedanke siegreich vorwärtsschreite. Der Völkerbund vermag sein Dasein nur noch dadurch zu fristen, daß er zum Vehikel ihm fremder Ideen herabsinkt.

Rein technisch müßte jegliche Abrüstungskonvention eine Berufung auf den Völkerbund enthalten. Denn wie immer auch Ueberwachung und Sanktionsapparat aufgebaut wären, so müßte doch eine Maschinerie vorhanden sein, die das Ganze in Gang setzt und in Gang hält. Selbst wenn die Konventionsmächte sich nur zur „Konsultation“ im Falle eines Bruches der Konvention verpflichteten, so könnte eine derartige „Konsultation“ wegen der großen Zahl der Beteiligten und der schwierigen Feststellungen, die mit Rüstungskontrollen verbunden sind, nur im Rahmen einer dauernden Einrichtung Erfolg haben. Auch der von Amerika

entlehnte Ausweg, Garantiepflichten auf die Pflicht zur Beratung zu beschränken, führt also praktisch zum Völkerbund oder zu einer ihm ähnlichen Einrichtung zurück.

Wie der wahre Wert des Völkerbundes im Lichte seiner fast unaufhaltsamen inneren Zerstörung heller denn je aufscheint, so tritt auch der Gedanke der Abrüstung gerade in unseren Tagen wieder in den Kreis praktischer Politik, um von dort vielleicht auf ein Menschenalter zu verschwinden. Das englische Memorandum an Deutschland hatte die entscheidende Bedingung gestellt. Deutschland möge wenigstens noch für kurze Zeit auf eine Aufrüstung in der Luft verzichten. Fraglos, dieser Wunsch Englands ist in Berlin nicht berücksichtigt worden. Und schon räumen die englischen Staatsmänner den bitteren Ernst der Lage ein. Man werde sogleich nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz eine neue auf die Luftwaffe beschränkte Konferenz einberufen. Und sogleich nach dem Scheitern dieser Konferenz werde man an den großzügigen Ausbau der Luftwaffe herangehen. Wenn England solch hoffnungslosen Ton anschlägt, so empfindet es eben doppelt schwer die Verantwortung versäumter Gelegenheiten. Noch im Frühjahr 1932 hätte auch nur die geringste tatsächliche Abrüstung der Alliierten als ein märchenhafter Erfolg Brünings gegolten. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß Deutschland damals (mit Recht) jede Abrüstungshandlung als das Unterpfand ehrlichen Abrüstungswillens erachtet und entsprechend gewertet hatte. Damals hätte England eine Beschränkung oder sogar ein Verbot der Luftwaffe erreichen können, wenn es seine gesamte Kraft für die Sicherung dieses einen Zieles eingesetzt hätte.

Doch zu jener Zeit hielt man dies in London nicht für notwendig. Man war kurzsichtig genug, das Wesen der Schwierigkeiten, an denen Europa litt, nicht im Aufbau des Friedensvertrages selbst, sondern in allerhand ephemeren Stimmungsgründen zu suchen. Doch nach ein zweitesmal ward eine Umkehr möglich. Auch nachdem die Gleichberechtigung der Besiegten als das Kernproblem erkannt war, wäre ein zielbewußter Versuch Englands, die Gleichberechtigung ohne Aufrüstung zu verwirklichen, vielleicht geglückt. Denn Deutschland war anfangs durchaus bereit, auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung zu warten, wenn diese nur unzweifelhaft zugestanden und mit ihrer Durchführung sogleich begonnen würde. Deutschlands Zustimmung zu einem solchen Vorgang war aus der Dezember-Erklärung über die Gleichberechtigung zwanglos herauszulesen. Noch war im Reich der Wille zur Gleichberechtigung stärker als der Wille zur eigenen Aufrüstung. Die Unbedingtheit nationalsozialistischer Dranges zu den Waffen war noch nicht durchgebrochen. Eine Abrüstung der Sieger in der Luft wäre damals eine Tat gewesen, die den Gang der Weltgeschichte hätte ändern können.

Heute sieht England die Abrüstungskonferenz mit neuen Augen an. Einst eine ideologische Verirrung, der man mit Anstand sich zu entziehen verstehen muß, nachher Kampffeld internationaler Machtpolitik, auf welchem um ein neues Gleichgewicht gerungen wird, erscheint sie den Engländern jetzt als die ungenützte Gelegenheit, ihre eigene militärische Sicherheit zu verbessern. Daher der etwas wehmütige Zug verspäteten Verständnisses, mit dem die französische Antwortnote aufgenommen wird. England erwägt, ob nicht doch noch eine Umkehr möglich sei. Doch die Stunde zwingt nunmehr jeglichem

Entschluß den Stempel der Zweideutigkeit auf. Wie Englands Wendung zum Völkerbund Frieden bedeuten kann, so steht sein letzter Kampf um die Beschränkung der Luftwaffe bereits in jenem Dämmerchein des Fatums, wo Abrüstung und Aufrüstung ineinanderfließen.

Erwin Gomperz, Budapest: Der internationale Handel.

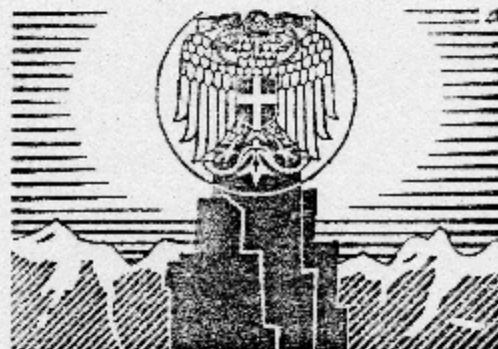
Die Tendenz zur Autarkie prägt sich überall von Jahr zu Jahr schärfer aus und die Weltwirtschaft ist im Begriffe, sich in ihre Bestandteile aufzuspalten. Diese wirtschaftliche Selbstverstümmelung findet ziemlich allgemein die Unterstützung der öffentlichen Meinung. Man hält die Freihandelslehre für überlebt und folgt den Schlagworten des Tages. Es hat demnach im gegenwärtigen Augenblick eine besonders hohe Bedeutung, wenn eine Fachautorität vom Range Gottfried Haberlers die Stimme erhebt und unzweideutig für den Freihandel Stellung nimmt. Haberler befaßt sich in seinem neuen Buche*) mit wissenschaftlicher Unbefangenheit und Gründlichkeit mit den theoretischen Zusammenhängen des Außenhandels und wendet die gewonnenen Grundsätze auf die praktische Handelspolitik an. Sein Werk erstreckt sich auf das ganze Gebiet dieses wichtigen Fragenkomplexes und hat den großen Vorzug, trotz gedanklicher Genauigkeit allgemein verständlich und auch dem gebildeten Laien zugänglich zu sein.]

„Moral predigen ist leicht; Moral begründen schwer.“ Die Tatsache, daß sich die Freihandelslehre trotz ihres langen Bestehens noch nicht wirklich tief verwurzelt und sich in den breiten Schichten der Bevölkerung keine Anhängerschaft sichern konnte, ist wohl nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, daß sie sich nicht in ein paar knappe und leichtverständliche Sätze zusammenfassen läßt. Freihandel ist eben ein Negativum. Er bedeutet die Abwesenheit hemmender und störender äußerer Einflüsse.

In einer freien Konkurrenzwirtschaft, in der jedes Individuum nur den eigenen materiellen Vorteil sucht und vernünftig handelt, leiten bekanntlich die Marktpreise sowohl den Konsum als auch die Produktion automatisch in die zweckmäßigsten Bahnen. Es leuchtet nun ein, daß sich dieser Preismechanismus international gerade so geltend macht wie innerhalb der einzelnen Landesgrenzen, denen ja von Natur aus keine besondere Bedeutung zukommt. Wie der einzelne, so spezialisiert sich auch jedes Land bei freiem Warenaustausch selbsttätig auf die Produktion jener Güter, für deren Erzeugung es besonders geeignet ist.

Ricardos hundertjähriges Beispiel für die komparativen Kostenvorteile hat nichts von seiner Geltung verloren: Wenn Portugal Wein viel billiger baut als England, ist es für Portugal vorteilhaft, seinen Tuchbedarf statt durch eigene Erzeugung so zu decken, daß es mehr Wein baut, als dem eigenen Bedarf entspricht, den Weinüberschuß nach England ausführt und dagegen englisches Tuch einführt. Dieser Satz gilt selbst dann, wenn Portugal England gegenüber auch in der Tuchherstellung etwas überlegen sein sollte. Es braucht nur

*) „Der internationale Handel.“ Von Gottfried Haberler. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Band CLII), Verlag von Julius Springer, Berlin 1933 (298 S.).



Sicherung für jeden Beruf, jeden Stand,
gegen jede Gefahr

Städtische Versicherung

der Kostenvorsprung Portugals auf dem Gebiete der Weinproduktion um so vieles größer als auf jenem der Tuchweberei zu sein, daß die Differenz die Transportkosten usw. des zwischenstaatlichen Handels deckt. Bei dem Tausch fahren beide Teile gut; der Außenhandel stellt nur einen Sonderfall der Rationalisierung dar. Die internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung gestattet bessere Ausnutzung der Produktivkräfte. Es handelt sich um einen geographischen „Produktionsumweg“, der nicht minder nützlich und ertragreich ist als der zeitliche im Sinne von Böhm-Bawerk. Der kürzeste Weg ist eben nicht immer der beste.

Der genaue Beweis des Satzes, daß der ungehinderte zwischenstaatliche Handelsverkehr ceteris paribus zum höchsten Volkseinkommen, zur besten Güterversorgung aller beteiligten Länder führt — und zwar selbst dann,

14HR 11422 1930 109 — 26/4

Karl Polanyi, London: Agrarische Zwangswirtschaft in England.

Ohne viel Aufhebens, gewissermaßen unter dem Deckmantel, nüchternen Alltagsforderungen zu dienen, geht in England eine wirtschaftspolitische Umwälzung vor sich, die an Tragweite kaum hinter dem amerikanischen oder dem italienischen Experiment zurückbleibt. Am ehesten aber ist Sir Walter Elliott, des britischen Landwirtschaftsministers, im Stillen schon so gut wie durchgeführter Plan dem Geiste nach mit der Zwangskartellierung der deutschen Getreidewirtschaft vergleichbar. Er unterscheidet sich von ihr freilich durch die kleinwiesige, Schritt für Schritt dem Ziel zustrabende Methode, wenn er auch dem in England aus sachlichen Gründen so feralllegenden Gedanken der agrarischen Selbstversorgung womöglich noch größere Opfer an Wohlstand zu bringen bereit ist als das Reich durch das im Vorjahr errichtete System landwirtschaftlicher Preissicherungen.

Es steht heute fest, daß Sir Walter Elliot nichts geringeres als die Wiederaufrichtung der englischen Landwirtschaft um jeden Preis anstrebt. Aus Ottawa im Sommer 1932 hat man sich nur den Weizen Zoll geholt, dem dann noch ein Abkommen über die Einfuhr von Fleisch aus den Dominien folgte. Aber als die Dominien ihre Abneigung (oder Unfähigkeit) erwiesen, die industriellen Einfuhren aus dem Mutterland zu vergrößern, entschloß sich die englische Regierung, alle Gefühle beiseite zu lassen und die Förderung der heimischen Landwirtschaft nunmehr nicht nur auf Kosten der englischen Verbraucher sowie der industriellen Ausfuhr Englands, sondern auch — auf Kosten der Landwirtschaft der Dominien zu betreiben. Daß auch in England, bewußt oder unbewußt, die militärpolitische Besorgnis den Ausschlag gab, das wird durch die Unbedenklichkeit bezeugt, mit der dem in Großbritannien zweifellos standortwidrigen Anbau von Brotgetreide der Vorzug gegeben wurde.

Ottawa und Elliot-Plan

In Ottawa hatte sich das Mutterland auf fünf Jahre der Handlungsfreiheit gegenüber den Tochterstaaten begeben. Für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse scheinen folgende Bestimmungen des ungemein verwickelten Vertragswerks entscheidend:

1. Sämtliche in England zur Zeit des Abschlusses zollfreie Waren (Zollgesetz 1932) bleiben, was die Einfuhr aus den Dominien anlangt, zollfrei.

2. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind Eier, Geflügel, Butter, Käse und Milchzeugnisse, deren freie Einfuhr aus den Dominien nur für 3 (nicht für 5) Jahre verfügt ist; nach Ablauf von 3 Jahren kann das Mutterland an Stelle der Zollfreiheit Kontingente oder Vorzugszölle treten lassen.

3. Das Mutterland verpflichtet sich, auf eine Reihe bisher in England zollfreier Waren Zölle einzuhoben und die Einfuhr aus den Dominien zollfrei zu lassen. Unter diesen in Ottawa verabredeten Zöllen ragt an Bedeutung der 2-sh-Zoll je Quarter Weizen hervor, der besonders für Kanada und Australien wichtig ist. Alle Dominien bedangen sich einen 15%-igen Wertzoll auf Käse aus, einen 15-sh-Zoll je cwt (rund 50 kg) Butter, einen Zoll von 1—1½ sh je Schock Eier (great hundred), von 5 sh je cwt Kondensmilch und von 6 sh je cwt Milchpulver. An zahlreichen anderen landwirtschaftlichen Produkten milderer Bedeutung sind nicht alle Dominien interessiert, obgleich die Zollfreiheit allen gleichermaßen gebührt.

4. Das Mutterland verpflichtet sich, den bestehenden 10%igen Zoll auf eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse (von dem die Dominien ausgenommen sind) nicht aufzuheben. Gebunden ist dieser Art der Zoll auf Holz zugunsten Kanadas, auf Fleischkonserven, Talg, Leder, Milchsücker und Kasein zugunsten Australiens und Neuseelands, auf Weizenmehl zugunsten Australiens, sowie auf zahlreiche andere Artikel zugunsten verschiedener Dominien sowie Indiens, das in Ottawa seine Gleichstellung mit den Dominien in jeder Hinsicht behauptete (es war besonders an Tee, Kaffee und Tabak, an Kolonialwaren also, interessiert, die hier nicht von Bedeutung sind).

5. Kanada sicherte sich ein mit 25 Mill. cwt begrenztes jährliches Kontingent an erstklassigem Speck und Schinken (bereits im Hinblick auf die im Mutterland geplante Schweinefleischwirtschaft).

6. Mit Australien und Neuseeland wurde ein umfassendes Abkommen über die Rind-, Lamm- und Hammelfleischeinfuhr getroffen. Grundlage ist die zunehmende Verknappung der Gesamteinfuhren des Mutterlandes in diesen Artikeln in den nächsten 18 Monaten, d. h. bis Ende Juni 1934. Dieser Teil der Vereinbarungen hat die kürzeste Laufzeit von nur anderthalb Jahren.

7. Als Gegenwert der Bevorzugung der landwirtschaftlichen Einfuhr aus den Dominien bedang sich das Mutterland verschiedene Begünstigungen auf industriellem Gebiet aus, deren Tragweite jedoch durch die schutzzöllnerische Handelspolitik der Dominien stark beeinträchtigt wurde.

Kurz gefaßt bedeutet Ottawa für die Agrarwirtschaft des Mutterlandes dies:

Einen festen Rahmen für eine langfristige Weizen-schutzpolitik,

eine vorläufige Grundlage für den Schutz der Rind- und Hammelfleischerzeugung,

freie Hand für den Schutz der Schweinewirtschaft,

hingegen bis 1936 reichende lästige Bindungen für eine Schutzpolitik auf dem Gebiete der Milchwirtschaft und der Geflügelzucht.

Weizenanbauförderung und die Folgen

Die Förderung des englischen Getreidebaus, vor allem des Weizenbaus, ist ein volkswirtschaftlich verlustreiches Unterfangen. Daß der Weizenanbau von 1870 bis 1930 um rund 60% zurückging, war gewiß vor allem eine Folge der Aufhebung der Getreidezölle; daß jedoch der Weizenanbau je Bodeneinheit in den seit 1889 vergangenen 40 Jahren von der zweiten Stelle (knapp nach Belgien) auf die vierte Stelle zurücksank (nach Belgien, Holland und Dänemark), hatte seinen Grund offenbar in der minderen Eignung des englischen Klimas für die modernen Methoden des Getreidebaus. Während das von jeher führende Belgien den Hektarertrag um 52% erhöhte, betrug die Steigerung für England nur 12%. Der englische Weizen ist dem ausländischen an Güte nicht ebenbürtig. Die beste heimische Qualität steht im Preis um fast 10% der besten ausländischen Qualität nach, während sonst das Verhältnis gerade umgekehrt ist: der englische Konsument zahlt gerne für das beste heimische Rindfleisch um 50%, für das beste heimische Hammelfleisch sogar um 60% mehr als für die ausländische Vorzugsqualität. Auch bei Eiern, Butter und Käse erzielt der inländische Erzeuger für Qualitätsware weit mehr als der ausländische für seine beste Qualität. Selbst in den berühmten ostenglischen „Weizengrafschaften“ wie Suffolk und Norfolk, ist der Weizenanbau so geringfügig, daß im Durchschnitt nicht mehr als 5,3% des Bruttoeinkommens aus dem Verkauf von Weizen

stammt. (Die Kostenanalyse erstreckte sich auf 6000 Gutswirtschaften.) Unter diesen Umständen erscheint eine großzügige Förderung des Weizenanbaus als durchaus sinnwidrig.

Dennoch wurde nach Ottawa diese Bahn betreten. Auf Nicht-Empire-Weizen wurde ein Zoll von 2 sh je Quarter, auf Nicht-Empire-Mehl ein Wertzoll von 10% gelegt und auf dieser Grundlage wurde den Weizenbauern eine über drei Jahre laufende Garantie eines Weizenpreises von 45 sh je cwt (gleich 4 quarters) geboten. Diese als Vermahlungszwang (milling quota) bezeichnete Einrichtung zur Unterstützung der Weizen-erzeuger hatte zur Folge, daß die Weizenanbaufläche im ersten Jahr (1933) um volle 20% zunahm, und zwar vor allem auf Kosten von Gerste (aber auch von Hafer). Die Weizenfläche steigt von 1.288.000 auf 1.600.000 acre, die Weizenrate von 22 auf 31,4 Mill. cwt (der Ertrag je acre ist ein wenig — von 17,2 auf 19 cwt — gewachsen). Wie sich dies mit der Empirepolitik verträgt, geht daraus hervor, daß zur gleichen Zeit (August 1933) die vier größten Weizenausfuhrstaaten, darunter zwei britische Dominien, ein Abkommen zur Einschränkung des Weizenanbaus schlossen. England hebt seinen Weizenanbau nicht nur auf Kosten seiner Wirtschaft, sondern auch auf Kosten seiner Empirepolitik aus.

Agricultural Marketing Act 1931

Im Frühjahr v. J. brachte Elliot einen Gesetzesvorschlag ein, der unter dem Titel einer Novellierung des Agricultural Marketing Act 1931 die in Ottawa angebahnte Regelung des Weizen- und Fleischmarktes auf sämtliche landwirtschaftliche Erzeugungszweige ausdehnt. Grundstützend neu ist der Leitgedanke, daß der Minister die Einfuhr jeweils derart regeln darf, daß die von einer öffentlichen Stelle geübte Erzeugung bestimmter Artikel rentabel bleibe.

Das 1931 von der Labourregierung beschlossene Gesetz sah eine Zwangskartellierung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugungszweige auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen der Interessenten vor. Da jedoch eine Möglichkeit, die angestrebten Preise auch zu verbürgen, fehlte, blieb das Gesetz praktisch wirkungslos; es wurde nur von den Hopfenherzeugern in Anspruch genommen, die 1931 ein Hopfenregulativ Gesetz werden ließen.

Der am 30. Mai v. J. in Kraft getretene neue Marketing Act setzt sich ungleich ehrgeizigere Ziele. Zwar heißt es in Teil I, daß die Novelle nur die unter dem Gesetz 1931 vorgesehenen Regulative für einzelne Güterarten („schemes“) wirksam machen wolle, erklärt aber als erste Voraussetzung der Wirksamkeit, daß „das Angebot in der betreffenden Ware reguliert werde“, u. zw. sowohl das ausländische wie das inländische Angebot! Der Board of Trade wird im § 1 ermächtigt, die Einfuhr von Waren zu diesem Behuf einer Regelung zu unterziehen. Im Anschluß daran (§ 2) wird der Landwirtschaftsminister kurzerhand ermächtigt, die Erzeugung von Gütern zu regeln, die bereits Gegenstand einer Einfuhrregelung unter § 1 des Gesetzes sind. Ein Marktversorgungsamt (Market Supply Committee) wird errichtet, welches das Angebot ständig genau verfolgen und den Minister beraten soll. Die Regulative können nunmehr unvergleichlich umfassendere Vollmachten für die in den Plänen vorgesehenen besonderen Marktämter in Anspruch nehmen, als dies bis 1931 der Fall war. Elliot konnte füglich seine Rede im Unterhaus mit den Worten ein-

begleiten: „Die vorgeschlagenen Bestimmungen sind drastisch, weitreichend und neuartig. England, das sich in den letzten 50 Jahren verhalten ließ, seine Landwirtschaft zu vernachlässigen, wird der Welt beweisen, daß es sich auf diesem Gebiet von niemandem übertreffen läßt.“ Ob dieses Ziel erreicht werden kann, bleibe dahingestellt. Daß die neue Marketing Bill den Versuch dazu mit allen nur denkbaren wirtschaftspolitischen Hilfsmitteln anstrebt, steht fest.

Ein geschichtliches Schweineregulativ

Als Elliot jene Rede hielt, war allein die Hopfen-erzeugung durch ein „Marketing scheme“ geregelt. „Weitere neun Organisationspläne sind in Vorbereitung“, sagte der Minister. Dabei dachte er vor allem an den Entwurf eines Schweineregulativs, das als Vorbild für alle anderen Organisationspläne dienen sollte. Als für das neue Regulativ bezeichnend erklärte Elliot, daß der Staat auf der Stufe des Rohstoffs nur den Verkauf, auf der Stufe der Veredelung jedoch auch die Erzeugung selbst übernimmt.

Grundlage des im Schweineregulativ gemeinten organisatorischen Baus sind die zwischen den eingetragenen Schweinezüchtern und den eingetragenen Selchern abgeschlossenen Verträge über die Lieferung von Schweinen zum Zwecke der Verarbeitung von Speck. (Fleischschweine bleiben außerhalb des Regulativs.) Einkaufsberechtigt sind sowohl das Schweineamt (Pig Marketing Board) wie die eingetragenen Selcher. Ein Schweinezüchter, der weder an das Schweineamt noch an eingetragene Selcher verkauft, braucht sich nicht eintragen zu lassen. Das Schweineamt ist befugt, die wesentlichen Bestimmungen der Lieferungsverträge selbst festzusetzen; es ist befugt, die Zahl der lieferungspflichtigen Schweine nachträglich herabzusetzen. Die Vertragsparteien müssen die Gültigkeit einer derartigen Herabsetzung anerkennen, mit Ausnahme des Selchers, falls er einen Schaden nachweist. Um die kleinen Schweine-erzeuger nicht zu benachteiligen, ist die Bildung von Lieferungsgemeinschaften eingetragener Schweinezüchter vorgesehen. Das Schweineamt ist berechtigt, Schweine zu erwerben, um einen Vorrat anzulegen, damit die Lieferungen an die Selcher stets anstandslos erfüllt werden können. Es kann auch ein eigenes Schlachthaus errichten und sogar selbst eine Selcherei betreiben, jedoch nur zur Verarbeitung von „Überschußschweinen“, d. h. von den Erzeugern dem Schweineamt angebotener und von diesem nicht angekaufter Schweine. Das Speckregulativ bestimmt, daß ein eingetragener Selcher nur Speck verkaufen darf, welcher entweder 1. aus Schweinen, die unter dem Schweineregulativ stehen, oder 2. aus eigenen, den Behörden angemeldeten Schweinen oder 3. aus eingeführten lebenden Schweinen oder aus eingeführtem auf das Einfuhrkontingent angerechneten gestochenen Vieh gewonnen wurde. Die von den eingetragenen Selchern verkaufte Gesamtmenge ist gleichfalls behördlich festgesetzt.

Die Handhabung der Einfuhrbeschränkung wird in diesem Falle dadurch erleichtert, daß mehr als zwei Drittel des Specks aus Dänemark und fast zwei Drittel des Schinkens aus den U. S. A. stammen, wodurch die Verhandlungen wesentlich vereinfacht werden, von dem vorteilhaften Umstand ganz zu schweigen, daß Dominieninteressen nirgends unmittelbar berührt sind. In der Tat mußte zur Rettung des Planes, der eine sehr starke Zu-

nahme der heimischen Speckerzeugung auf Kosten der heimischen Schweinefleischherzeugung zur Folge hatte, die Einfuhrquote im Laufe des vorigen Jahres bereits dreimal herabgesetzt werden, erst um 16, sodann um 7 und schließlich um weitere 3%. Ueberdies mußte die Regierung den Seichern einen zweijährigen Vorschuß geben, um ihnen die Bezahlung der kontraktlichen Schweinepreise bei sinkenden Speckpreisen zu ermöglichen.

Verbürgter Milchpreis

Der neueste Schritt auf dem Gebiete der agrarischen Zwangswirtschaft ist die Ende Februar erfolgte staatliche Verbürgung des Milchpreises für die nächsten zwei Jahre. Die Ottawa-Abkommen sichern den Dominien die freie Einfuhr von Milchprodukten bis August 1935 zu. Die Verarbeitung heimischer Milch ist daher unrentabel und eine förmliche Milchschwemme ist die Folge. Fünf Pence je Gallone (6 Pence in den Wintermonaten) beträgt der neue staatliche Milchpreis, der durch entsprechende Zuschüsse an die Milcheinkaufsstelle gesichert wird. Diese Zuschüsse sollen durch die Milcherzeuger in den späteren Jahren wieder zurückgezahlt werden, falls der Milchpreis dann mehr als 5 Pence beträgt — eine Verpflichtung, die von den Milcherzeugern kaum ernst genommen wird. Die Kosten werden mit 1,5 bis 1 1/4 Mill. Pf. St. veranschlagt. Sie können freilich viel größer ausfallen, da die zu subventionierende Menge, im Unterschied zum Weizengesetz, diesmal nicht begrenzt ist. Im Falle des Weizens sinkt der mit einem Höchstbetrag von 10 sh je cwt festgesetzte Zuschuß, wenn der heimische Ernteertrag eine gewisse Menge übersteigt (tatsächlich wird der Zuschuß schon dieses Jahr weniger als 10 sh betragen). Für Milch fehlt eine solche Begrenzung. Das kann nur allzu leicht zu einer schweren Dauerbelastung der Staatskasse werden, besonders wenn der Milchpreis niedrig bleibt und die Subvention zur ständigen Einrichtung wird.

Die staatliche Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Eier und Geflügel steht unmittelbar bevor. Dem Parlament sollen die neuen Regulative nur zur Beschlußfassung, nicht auch zur Beratung vorgelegt werden. Wirtschaftspolitisch wie verfassungsrechtlich betritt England eine völlig neue Bahn.

A. C. R. Brendel: Recht und Wirtschaft im Dritten Reich.

Der Nationalsozialismus hat in Deutschland an die Stelle des bürgerlichen Rechtsstaates den totalen bündischen Macht- und Willkürstaat gesetzt, in dem die NSDAP, der „Bund der Bünde“, einziger Gewaltträger ist. „Partei“ und Staat sind nunmehr identisch. Nach der politischen Machtergreifung des Nationalsozialismus sind seine Grundgedanken und Wertmaßstäbe in das Rechtsleben eingedrungen und üben auf die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die Behördenorganisation einen entscheidenden Einfluß aus. Recht und Wirtschaft stehen immer in einem engen funktionellen Zusammenhang, da das Recht dem Wirtschaftsleben die Formen des Verkehrs gibt. Ein grundlegender Umbau des Rechtswesens wirkt daher auf die Wirtschaft zurück. Die innere Abhängigkeit der Wirt-

Gemeinde Wien

Städtische

Versicherungs-

Anstalt

DIREKTION:

WIEN I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

schaft vom Recht ist in den beiden letzten Jahrzehnten noch erheblich gewachsen. Der wirtschaftsliberalen Haltung des Vorkriegsstaates entsprach die grundsätzliche Zurückhaltung von Eingriffen in die Wirtschaft. Kriegswirtschaft, Inflation und Krise zwangen den Staat zur Regelung von Organisation und Funktion des wirtschaftlichen Lebens. Daraus folgte eine bedeutende Steigerung der staatlichen Macht und der Staat erkannte und bejahte den neuen „Beruf zur Wirtschaftsführung“. Er bildete ein neues Rechtsgebiet heraus, in dem er u. a. seine Einflußnahme festen Regeln unterstellte: das Wirtschaftsrecht. Das Dritte Reich setzt diese Entwicklung folgerichtig fort. Das weithin herrschende Totalitätsprinzip ist sogar ein neuer Antrieb. Zwar trat der Nationalsozialismus früher in seinem Gegensatz zum

katholische Kirche, was der „Osservatore Romano“ durch die telegrammartige Kürze seiner Meldungen zur Anschauung brachte. Außenpolitisch prägte sich vor allem der Wille zur Solidarität ein. Die persönlichen Unterhaltungen der Staatsmänner haben schon darüber entschieden, daß Italien die Dreierbesprechungen über Spanien und Mittelmeer ablehnen will. Gayda läßt das in seinem Bericht klar erkennen. Zu den Marineberatungen zu Dreien über die Mittelmeerkontrolle hat man sich bereitgefunden, obwohl man den rein technischen Charakter der Seepolizei stets geltend hat. Die Aussprache mit England über die Erweiterung des gentlemen agreement, auf die man lange sehnsüchtig gewartet hatte, soll sofort nach Ciano's Rückkehr beginnen, da nun auch der englische Botschafter Lord Perth in Rom eingetroffen ist. Entsprechenden diplomatischen Beratungen mit Frankreich war man früher nicht grundsätzlich abgeneigt gewesen, aber einer gemeinsamen Unterhaltung zu Dreien will man offenbar ausweichen. Nun fragt es sich, ob man mit England allein unter diesen Umständen weiterkommen kann, ob die psychologische Entspannung vom Juli sich also hat konservieren lassen, oder aber, ob doch noch eine Blockbildung in Europa entstehen muß. Was hätten andererseits Frankreich zu verlieren oder Italien zu gewinnen, wenn Deutschland auch noch zugezogen würde und der Viererpakt wiederauflebte? Es erscheint unmöglich, in diesem Augenblick eine Prognose zu stellen. Als ein beruhigendes Symptom läßt sich heute nur hervorheben, daß die freundliche, ja freundschaftliche Berichterstattung und Kommentierung der Besuchsfahrt in der österreichischen Presse von den italienischen Zeitungen sehr sorgfältig verzeichnet werden ist, so, als wäre man froh, daß wenigstens von dieser Seite kein Mißtrauen lautgeworden ist. Daraus kann man jedenfalls den Schluß ziehen, daß die Vorgänge in und um Spanien ihre unmittelbare Gefahr für das übrige Europa etwas eingeblüßt haben. Dr. Fr. Kom.

Aus London wird uns geschrieben:

Das vor fünf Jahren ernannte Komitee für den Fernen Osten, von dessen fortwährendem Dasein bisher wohl nur die Archive des Völkerbundes Kenntnis hatten, brach plötzlich in einen flammenden Protest gegen die japanischen Luftangriffe auf Kanton aus. Lord Cranborne, den niemand an Völkerbundergebenheit übertrifft, hatte seinen großen Tag: Er durfte mit dem ganzen Nachdruck eines wieder ansteigenden britischen Prestiges eine Warnung an Tokio ergehen lassen, das Weltgewissen nicht herauszufordern. Japan wurde in der Resolution mit Namen genannt. Der australische Nachbar hätte sich mit dem völkerbundsüblichen Wink begnügt, wenn nur der Zaunpfahl unmißverständlich auf Japan wies. Aber das bewährte Mitglied des 22er Ausschusses, Ecuador, ließ nicht locker und so mußten die Großmächte ihren Mut aufbringen und ihren Mann stellen. Großbritannien, das die australische Mäßigung gutgeheißen hatte, stimmte der derberen Fassung zu und Rußland, das sich gleichfalls mit der milderen begnügt hätte, ließ sich nur allzu gerne vergewaltigen. Es klingt wie ein Märchen aus vergangenen Tagen, beweist aber genau genommen nur, daß gerade für den realistischen Betrachter der Völkerbund lange nicht so tot ist, als er es laut den Gesetzen der Logik sein sollte. Nyon hat ihm einen Aufschwung verliehen, der die Stimme der siegreichen Piratenbekämpfer vom Mitteländischen bis in das Gelbe Meer trägt. Die englische Gelassenheit, die, wenn nötig, bitterste Erregung so gut zu verhüllen versteht, braucht diese Fähigkeit im Augenblick nicht zu bemühen. Ob Italien sich in das Mittelmeer-

Abkommen einfügt? Es werde sich weisen; Eile läßt sich nicht, da das Abkommen ohnehin ins Werk gesetzt ist. Ob die Antise in Berlin neu gestählt und frisch geblüht wird? Man sieht voraus, was man Englands kolonialen Antrag sowie die spanische Intervention zur Sprache bringen. Im Hinblick auf den Fernen Osten (und die gemäßigte Linie in Valencia wird man Rußland nicht so leicht über Bord werfen. Auf schnelle Erfolge ist hier niemand eingestellt. Dr. K. P.

Die Umwerbung Oesterreichs im Donauraum und insbesondere durch seinen tschechoslowakischen Nachbar ist als politische Tatsache nicht neu, noch auch eine isolierte Erscheinung. Sie muß betrachtet und gewertet werden in Zusammenhang mit den auch von Mussolini sehr geförderter Annäherungsbestrebungen der Kleinen Entente an die mittel europäischen Kernstaaten Oesterreich und Ungarn. Die ungarische Regierung vermochte über die Verhandlungslage mit den Kleinen-Entente-Staaten manches Interessante zu sagen, wenn sie die Dinge schon als genügend reif erachtete. Der Prager Regierungschef hat die Vielfalt seiner Methoden anscheinend durch Ausbreitung seiner Gesprächsthemen auf Clearingfragen erweitert, die man in Oesterreich nach bis herigem Gebrauch den amtlichen Wirtschafts- und Finanzstellen vorzubehalten pflegte. Es dürfte nicht nur an dem zu Mißdeutungen verleitenden Zeitpunkt der Gespräche, sondern auch mit dem sonst für neue politische Methoden sehr aufgeschlossenen österreichischen Bundeskanzler gelegen sein, wenn die Prag-Wiener Clearingnote fort dauern. Oesterreich ist der naturgegebene Mittelpunkt für eine Neuordnung im Donauraum, deren Konzept erst gesichert werden kann, wenn jeder der beteiligten Staaten ihre Verwirklichung durch sichtbare Leistungen ermöglicht. Die europäische Verhandlungsfähigkeit der Tschechoslowakei wird durch die fortwährende politische Entrechtung und wirtschaftliche Benachteiligung der Deutschen und ihrer anderen Nationalitäten erheblich gemindert. Der Wille der Prager Regierung, hier einzutreten, scheint ernst zu sein, in der Durchführung bleiben bisher Versprechungen und Hoffnungen unerfüllt; es ist ihre Sache, die Widerstände zu brechen, die den nationalen Frieden im eigenen Land verzögern. Oesterreich kann den mitteleuropäischen und gesamteuropäischen Friedensbemühungen gewiß ein überzeugter Anwalt sein; in Regie und Methode sind indes dem Kleinstaat Rücksichten auferlegt, die ihn zur Vorsicht verpflichten.

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat in seiner vor kurzem abgelaufenen Tagung in Erfüllung eines Auftrages, den ihm der Völkerbundrat im September 1932 erteilt hatte, einen Bericht über die Möglichkeiten ausgearbeitet, die sich einer internationalen Aktion zur Normalisierung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs bieten. Dieser Bericht kommt selbstverständlich zu dem Ergebnis, daß als wesentliche Hindernisse der Normalisierung das Bestehen des Kontingentsystems und der Devisenbewirtschaftung in zahlreichen Ländern anzusehen seien. Die auf diesen beiden Gebieten getroffenen Maßnahmen der Staaten stehen aber in wechselseitigem Zusammenhang miteinander, und die Aufhebung der Kontingentierung des Warenverkehrs könne nicht ohne die Abschaffung der Devisenbewirtschaftung erfolgen. Die Voraussetzungen dieser Abschaffung erörtert nun der Bericht in seinem fünften Abschnitt und weist darauf hin, daß die meisten Länder dazu neigen, dem Verhalten des Auslands das größere Gewicht

nitteln via Suozkanal versorgt werden muß. Ob Fehler gemacht werden oder nicht, das kann niemand von außen beurteilen. Man weiß, daß die Italiener gute Kolonisatoren sind, man weiß, daß sie drei Jahrzehnte gebraucht haben, bis sie endlich in Somaliland Bananenkulturen angelegt haben, die sich anscheinend rentieren können. So lange braucht es in Äthiopien nicht zu dauern, weil man gleich ganz andere materielle Mittel und Menschenkräfte einsetzt. Aber bis man einen allgemeinen Bebauungsplan fertig hat, das braucht noch Jahre. Was bisher geschieht, das sind nur erste tastende Versuche. Diese Entwicklung wird ihren Weg gehen, ohne daß der Propagandakrieg darauf den mindesten Einfluß haben kann. Leidtragender ist Europa, das auf die psychologische Entspannung vergeblich wartet.

Dr. Fr., Rom.

Aus London wird uns geschrieben:

Japan hat den überaus originellen Entschluß gefaßt, der Regierung Tschiang Kai-Scheks nicht den Krieg, sondern deren Nichtbestand zu erklären. Auf dem Punkte angelangt, wo eine lange Dauer des Krieges unvermeidbar geworden ist, nimmt man einfach sein Ergebnis vorweg und dekretiert kurzerhand den Gegner aus der Welt. Daß damit der territorialen Integrität Chinas kein Schaden getan werde, unterstellt, daß das gesamte Gebiet der ab-erkannten Regierung dem neuen Reich angeschlossen werden wird. Das Witzwort birgt Wahrheit, daß der unter japanischer Aufsicht wiedergeborene chinesische Phönix es bisher nur zur Asche gebracht hat. Trotzdem verfehlt der grimmige Beschluß Tokios nicht ganz seine Wirkung in England. Nun glaubt man, das Ärgste zu wissen, und bereitet sich auf die Geduldprobe vor. Die japanische Mine ist aufgefliegen und Asien erbebt. Die zuweilen zur Selbstironie neigenden Formeln orientalischer Diplomatie vermögen den Ernst einer Lage nicht zu verdecken, deren Folgen alle pazifischen Großmächte vor Lebensentscheidungen stellen können. Denn ein japanisches China ist mit der bisherigen Stellung des weißen Mannes im Fernen Osten unvereinbar.

Dr. K. P.

Dr. K. P.

Ueber die bisherige Inanspruchnahme des Kleinwohnbauförderungsgesetzes von 1937 werden erstmals statistische Angaben veröffentlicht. Sie reichen bis Anfang Dezember 1937, dürften also praktisch mit dem Ergebnis des abgelaufenen Jahres gleichbedeutend sein. Bis zu dem genannten Zeitpunkt waren Ansuchen um Errichtung von 2100 Kleinwohnungen mit einem Gesamterfordernis von 26,85 Mill. S bewilligt. Das Gesetz deckt — auf Grund der Bundesgarantie von 20 Mill. S für die zweite Hypothek — Bauvorhaben von höchstens 67 Mill. S, von denen also im abgelaufenen Jahre etwas weniger als die Hälfte bewilligt worden sind. Dieses Ergebnis muß im Hinblick darauf, daß die Aktien erst durch ein Gesetz vom März 1937 eingeleitet wurde, als nicht ungünstig bezeichnet werden.

Weitere statistische Einzelheiten über die bewilligten Ansuchen liegen erst bis 30. September 1937 vor. Bis dahin umfaßten die Bewilligungen ein Gesamterfordernis von annähernd 18 Mill., ein erheblicher Teilbetrag der Bewilligungen fiel daher in den folgenden Zeitraum und dürfte, wenn überhaupt zu einem Baubeginn, so doch gewiß nicht mehr zu einer Bauvollendung geführt haben. Von dem Gesamterfordernis entfielen 11,28 Mill. oder über 60% auf Wien, von den durch die Bewilligung gedeckten 1393 Wohnungen, rd. 60%, genau 837. Nach der Art des Bauvorhabens überwiegen den Absichten des Gesetzgebers entsprechend, Miet-

Italien-
isch-englischer
Nachrichtendienst
in Ostafrika

nicht. Denn die Scheckjuxten sind durch mehrere Hände gegangen, und welche Manipulationen mit ihnen vorgenommen wurden, um Namen unsichtbar zu machen und andere in Verdacht zu bringen, das ist kaum mehr festzustellen. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der jedermann, ob Beamter, Journalist, Abgeordneter oder Minister auf seine Beziehungen rechnet, um emporzukommen, und mit der jeder seine Beziehungen ausnützt, um irgendeinen Schwindler der Polizei oder Justiz zu entziehen, wie viele einflussreiche Personen sich in Bewegung setzen, um Falschspielern — sie müssen gar nicht Stavisky heißen — den Wiedereintritt in die Kasinos zu ermöglichen, wie jede Falschspieleraustragung zu einer politischen Angelegenheit wird, wie Beamte strahlweise versetzt werden, weil sie scharf zugegriffen haben usw., das gibt einen beiläufigen Begriff von den verrotteten Zuständen. Nicht minder die unglaubliche Fährlichkeit in den Ministerien. Da wird auf Empfehlung verschiedener Journalisten und Abgeordneten ein zweifelhaftes Subjekt zur Dienstleistung ins Ministerium einberufen. Eine Taktlosigkeit des Einberufenen veranlaßt den Minister, die Berufung sofort rückgängig zu machen. Seine Ernennung wird nicht kundgemacht. Aber er behält monatelang sein Büro im Ministerium, er verkehrt dort täglich mit einem Vorgesetzten. Diesen von dem Widerruf der Ernennung zu unterrichten, ist, nach des Ministers eigener Angabe, unterlassen worden. Aber der Minister selbst hat mehrere Monate nachher eine Unterredung mit ihm im Ministerium, über deren Inhalt die Aussagen ganz verschieden lauten. Die Untersuchung über die blutigen Vorgänge des 6. Februar zeigt den von Daladier abgesetzten Polizeipräsidenten Platte in einem sehr üblen Licht. Er hat zweifellos gegen die Regierung intrigiert. Er hat gegen den Innenminister Frot die nachgewiesenermaßen falsche Beschuldigung erhoben, daß er sich mit einer eigenen militärischen Schutz- und Stoßtruppe umgeben habe. Die Personen, auf die Platte sich beruft, erklären selbst seine Angaben für falsch, sie hätten nur davon gesprochen, daß Frot sich einen Anhang aus verschiedenen Parteien zu schaffen versucht habe, um Ministerpräsident in einem überparteilichen Kabinett zu werden. Aber auch Herrn Frots Gestalt erscheint in wenig sympathischer Beleuchtung. Derselbe rechtsstehende Abgeordnete de Kerilli, der Chiappes Behauptungen über Frot dementiert hat, sagt aus, daß Frot in einer Unterredung mit ihm nach einem telefonischen Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Daladier ausgerufen habe: „Dieser Daladier, er wechselt seine Ansicht jeden Augenblick, er weiß nicht, was er will, noch wohin er geht!“ Dies zu einem der schärfsten Gegner des Kabinetts! Jedenfalls — die Enquetekommissionen walten mit der gleichen Gründlichkeit ihres Amtes wie vor drei Jahren die Oustric-Kommissionen. Aber es ist noch eine weitere Kommission eingesetzt worden. Sie soll Vorschläge zur Reform der Verfassung erstatten. Und auf das Ergebnis ihrer Arbeiten mag man gespannter sein als auf weitere Enthüllungen der Untersuchungskommissionen.

Aus London wird uns geschrieben:

Sir Herbert Samuel, der seine eigene liberale Fraktion in die Opposition zurückgeführt hat, will seinen Anhang nicht ohne programmatisches Rüstzeug in den Kampf ziehen lassen. Weder bei den Wahlen ins Londoner Stadtparlament noch bei den Nachwahlen der jüngsten Zeit hat der Liberalismus Erfolge zu erzielen gewußt. Dennoch stehen noch immer Millionen von Wählern hinter ihm und sein Bestehen oder Nichtbestehen bei den nächsten allgemeinen Wahlen — sie

sind jetzt wohl wieder etwas mehr in die Ferne gerückt — mag für die gesamte Verfassungsentwicklung Englands entscheidend werden. Denn sollte die liberale Fraktion stark genug bleiben, um auch in der nächsten Vollversammlung als „Lifeline Party“ aufzutreten und damit das herkömmliche Zweiparteiensystem dauernd zu zerstören, dann ist die Gefahr einer Krise des parlamentarischen Systems auch in England gegeben. Wo die Liberale Partei bei den letzten Nachwahlen keinen eigenen Bewerber stellte, zogen etwa zwei Drittel ihres Anhangs den Labour-Kandidaten dem Konservativen vor. Sir Herbert Samuels Manifest läßt dementsprechend einen klaren Zug nach links verspüren. Es ist deshalb bedeutsam, daß auf währungspolitischen Gebiet wieder den Rooseveltischen noch den heimischen Geldständen nach monetären Experimenten entgegenkommen gezeigt wird. Das Manifest verlangt eine „aktive Politik Englands zwecks Stabilisierung der Währungen“ und wirft der Arbeiterpartei Neigungen zu einer „verschwenderischen Finanzpolitik“ vor. Dem Problem der Arbeitslosigkeit soll nicht mehr durch uferlosen Arbeitsbeschaffungsaufwand, sondern durch eine vernünftige allgemeine Wirtschaftspolitik begegnet werden. Der Wandel ist bemerkenswert. Noch vor wenigen Jahren setzte Lloyd George durch den Vorschlag einer 250-Mill.-Pf.-Anleihe eine wahre Lawine staatlicher Arbeitsbeschaffungspläne in Bewegung. Manches davon wurde, namentlich in Deutschland und U. S. A., auch verwirklicht, jedoch mit einem enttäuschenden Ergebnis. Großzügige Aufwendungen werden nunmehr im liberalen Programm auf das Gebiet des Wohnbaus beschränkt, indem die Errichtung von nicht weniger als einer Million Wohnhäuser veranlagt wird. Volkswohlfahrt, nicht Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht im Vordergrund. In der Handelspolitik werden die Folgerungen aus dem Übergang zum Schutzzoll gezogen. Der alte Ruf nach unbeschränktem Freihandel ist verstummt. „Freierer Handel“ ist die Parole, ein Wort, das vor etlichen Jahren noch Gelächter erweckte, als Baldwin es erstmals gebrauchte. Anzustreben seien regionale Abkommen mit innerer Zollfreiheit oder mit niedrigen Zwischenszöllen, und zwar auch dann, wenn sie nur als eine Ausnahme von der Meistbegünstigung oder nach Kündigung der Ottawa-Abkommen erzeibar seien. Auch in der Agrarpolitik ist Ottawa die Zielscheibe liberaler Angriffe. Der Weizen Zoll solle ausgenommen, die Milchwirtschaft und Geflügelzucht gefördert werden. Ottawa aber bedeutete für das Mutterland eher das Gegenteil: die Opferung der heimischen agrarischen Veredelungserzeugung zugunsten forcierten Weizenanbaus. Am klarsten jedoch spricht der Zug der Zeit aus dem industriepolitischen Teil. Gewiß, der Vorschlag der Schaffung einer gesetzlichen Maschinerie zur Errichtung von Zwangskartellen ist viel zu eng mit den brennenden Problemen der Baumwollindustrie, der Eisen- und Stahlwirtschaft sowie des Kohlenbergbaus verknüpft, als daß er vor allem als weltanschauliche Parole verstanden werden dürfte. Dennoch ist der Einfluß sowohl der Rooseveltischen „Codes“ wie der deutschen und italienischen Industriepolitik in dieser Wendung zum organisatorischen Interventionismus unverkennbar.

Sir Hilton Young, Englands Wohlfahrtsminister, dessen Säumigkeit im Wohnbau der Opposition bisher eine breite Angriffssfläche bot, hat nun dem Land ein Programm vorgelegt, das fast alles in der Nachkriegszeit Geleistete an Großartigkeit in den Schatten stellt. Die Slums sind das Kernübel des englischen Wohnungswesens. Ganze Stadtteile bedecken diese Schreckgespenste von Arbeiterhäusern, deren völlige Licht- und Luftlosigkeit das Ueberbleibsel einer Zeit

ist, in der eine von keiner Baubehörde eingedämmte Spekulationswut alle sanitären Erfordernisse des menschlichen Wohnens vergessen durfte. Das Land von diesem Schandfleck zu befreien, ist von jeher das Hochziel aller Wohnungsreformer, ja überhaupt aller ernsten Sozialreformer Englands gewesen. Denn wie sollte auch eine Bevölkerung höherer Lebensform zugänglich sein, solange ihr Dasein sich in solcher Umrahmung abspielt. Doch an dem Ausmaß des Problems schien auch der beste Wille scheitern zu müssen. Zwei Millionen Wohnhäuser sind in England seit dem Krieg überwiegend mit Hilfe öffentlicher Mittel erbaut worden. Wie sollte man es da verantworten können, diese furchtbare finanzielle Last noch durch die zusätzliche Bürde zu vermehren, die aus der gewaltsamen Zerstörung von Hunderttausenden von unhygienischen Häusern entspringt? Denn wo sollten die aus ihren Wohnungen vertriebenen Slumbewohner Unterkunft finden, da nicht einmal für den normalen Zuwachs an Wohnungswerbern Raum war? In den sechzig Jahren, seitdem die Beseitigung der Slums gewissermaßen zum nationalen Programm erhoben worden war, ist nicht einmal die Hälfte der Slums niedergegrissen worden. Daran ermesse man die Kühnheit des nun Vorgeschlagenen. Innerhalb von fünf Jahren sollen alle Slums vom englischen Boden verschwinden. Die neue Bestandsaufnahme, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht werden, spricht von nicht weniger als 267.000 zu demolierenden Häusern, während zur Zeit, da die Slumbeseitigungs-Bill beschlossen wurde, erst 76.000, und selbst auf dem Höhepunkt der vom Prinzen von Wales geleiteten Aktion im Herbst vorigen Jahres etwa doppelt soviel Häuser zum Abreißen bestimmt waren. Nicht weniger als 1.187.000 Menschen sollen in 300.000 neuen Häusern untergebracht werden. Doch nicht nur die Slums sollen niedergegrissen werden, sondern — eine fast ebenbürtige Aufgabe — auch die Überfüllung einwandfrei gebauter Häuser soll aufhören. Sollen nun die dem Wohnungselend Entrissenen nicht durch hohe Mietzinse oder zusätzliche Verkehrsspesen wirtschaftlich überlastet werden, so haben die neuen Wohngelegenheiten in der Nähe der alten zu stehen. Mehr aber noch als in anderen Ländern sind überfüllte Arbeiterwohnungen das Kennzeichen gerade der verkehrsreichsten Stadtteile, wo der Baugrund unerschwingliche Preise erreicht. Die einzige Lösung wäre also die Errichtung von regelrechten Großbauten in der Stadt selbst, etwa nach dem Muster der Wiener Gemeindehäuser. Dazu hat man sich nun in der Tat bekehrt. Wie der Minister sagte, müssen jetzt alle in England üblichen Bedenken, Arbeiterfamilien in Hochbauten unterzubringen, verstummen, Bedenken übrigens, die durch die Fortschritte der Wohnbautechnik sehr gemindert worden seien. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß das Verschwinden der Slums das Bild der englischen Städte vollkommen verändern wird. Und wieder ist es ein konservativer Minister, der in weiser und taktisch meisterhaft geübter Voraussicht die sozialpolitischen Leistungen Labours einholt und überholt.

Dr. K. P.

*

Die Dreiervereinbarung von Rom wird in Ungarn als eine Befestigung der politischen Position des Landes bewertet, namentlich die Rede Mussolinis wurde hier begrüßt. Bezüglich der Ausfüllung des Paktes mit wirtschaftlichem Inhalt steht man den im April weiterzuführenden wirtschaftlichen Verhandlungen mit Erwartung entgegen. In Rom wurden bisher, wie es sich zeigt, Wirtschaftsfragen nur in allgemeinen Umrissen berührt, wobei anscheinend nur die Frage der Weizenverwertung näher erörtert wurde, zu-

nächst ohne Abmachungen verbindlichen Charakters. In der Öffentlichkeit werden jetzt Erwägungen darüber angestellt, daß angesichts des Weizenimportbedarfes Italiens und Oesterreichs der überwiegende Teil des durchschnittlichen Ausfuhrüberschusses Ungarns von den beiden Partnern leicht aufgenommen werden könnte. Diese Überschüsse werden für ein Jahr von durchschnittlicher Ernte mit 5 bis 5,5 Mill. Mtz. angenommen, dementsprechend wurde im Londoner Weizenpakt das Ausfuhrkontingent für Ungarn mit 5,4 Mill. Mtz. bestimmt. Von der Höhe der im Rahmen der Präferenzen verwertbaren Weizenüberschüsse wird auch die Art der Lösung des gesamten Getreideverwertungsproblems in der kommenden Kampagne abhängen. Die Frage ist vorerst selbst grundsätzlich ungeklärt, sicher scheint vorderhand nur zu sein, daß man das Bolettensystem aufgeben will. Die agrarischen Interessenten fordern das Getreidemonopol, das aber anscheinend selbst das Ackerbauministerium nur in Ermangelung eines besseren Auswegs annehmen würde. — In der jüngsten Sitzung der Budapester Handelskammer, in der die Möglichkeiten der Vertiefung der handelspolitischen Beziehungen auf Grund des Paktes von Rom erörtert wurden, wurde auch daran erinnert, daß gerade die Mussolini-Denkschrift vom September v. J. die Erweiterung des Präferenzsystems, das in Stresa nur für das Getreide der Donauländer vorgesehen wurde, auf die Produkte der Viehzucht vorgeschlagen hat. In Wirtschaftskreisen wird auch der Gedanke erörtert, daß Italien der ungarischen Ausfuhr über den Handel mit Oesterreichs Hilfe bringen könnte. Im Dreieckverhältnis wäre es vorstellbar, daß die Relation zwischen der Ein- und Ausfuhr Oesterreichs im Verkehr mit Ungarn statt des starren Grundsatzes, auf dem das gegenwärtige Handelsabkommen beruht, elastischer gestaltet werde und Italien die Kosten durch steigende Aufnahme österreichischer Produkte übernehme.

K., Budapest.

* *

Ein nationaler Minderheitenkonflikt im tschechoslowakischen Grenzgebiet von Teschen ist durch die polnische Regierungspresse zum Anlaß einer scharfen Kampagne gegen Prag genommen worden. Kundgebungen diesseits und jenseits der Grenze haben in der tschechischen Öffentlichkeit die Besorgnis hervorgerufen, daß Polen etwa gar eine Revision der Gebietssteilung anstrebe, zu der es sich 1920 im Augenblick starker außenpolitischer Bedrängnis verstehen mußte. Tatsächlich handelt es sich wohl auf beiden Seiten zunächst um den Ausbruch lange zurückgehaltener alter Verstimmungen: die polnische und tschechische Außenpolitik sind in den letzten Jahren aus einer gewissen Rivalität heraus fast immer verschiedene Wege gegangen und ihre Leiter betrachteten einander daher mit einem Mißtrauen, das die gemeinsamen politischen Interessen der beiden Länder zeitweise verdunkelt. Durch seine Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion und mit Deutschland fühlt sich Polen jetzt befreit von dem bisherigen Zwang zur äußeren Rücksichtnahme auf alle anderen Gegner einer europäischen Grenzrevision. Es trägt jetzt seine kleinen Konflikte mit den Franzosen auf wirtschaftlichem Gebiet aus und will den Tschechen erst recht zeigen, wie stark die außenpolitische Position der Pilsudski-Regierung ist. Weitgehende Absichten dahinter zu suchen, wäre aber wahrscheinlich falsch. Die planmäßigen Aktionen der polnischen Diplomatie konzentrieren sich zunächst in einer ganz anderen Richtung, nämlich nach Norden, wo eine Lösung des langjährigen Konflikts mit Litauen im Sinne der Wünsche Pilsudskis näher gerückt zu sein scheint.

F. R., Warschau.

Polnisch-tschechische Reibungen

Rom

neil um 8% höher als Mitte 1914, und zwar haben sich die Preise in allen Aufwandsgruppen zum Teil recht bedeutend verteuert, nur die Wohnungsmieten (einschließlich Wohnbau-, Zinsgeschensteuern usw.) bleiben mit nominell 28% der Vorkriegszinsen noch weit zurück. Allerdings hält sich diese Rechnung stark an die gesetzlichen Altmieten der unter Mieterschutz stehenden Kleinwohnungen in Wien von 27 g je Vorkriegskrone. Das erscheint uns schon seit langem nicht mehr zugänglich. Ein erheblicher Teil der Mieter mag tatsächlich auch heute nicht mehr als 27 g je Krone Vorkriegszins zahlen, ein immer größerer Teil zahlt aber wesentlich höhere Mieten. Da sind vor allem die 50.000 Mieter in den Gemeindefhäusern — etwa 8 bis 10% aller Wiener Hauptmieter —, die für räumlich gleiche Wohnungen zumeist höhere Mieten zahlen als die Mieter von Privatwohnungen. Daß die Qualität der Gemeindeförderung besser als die der Privatwohnungen ist, ist in diesem Zusammenhang bedeutungslos, wo es sich nur darum handelt, die durchschnittliche Höhe der Kleinwohnungsmieten und ihren Anteil an den gesamten Lebenshaltungskosten festzustellen. Ferner wechseln jährlich einige tausend Mieter ihre Wohnungen. Das geht fast nie ohne Ablöse — diese Ablöse ist nichts anderes als ein kapitalisierter Zinsaufschlag. Bei Neuvermietungen erhöht sich überdies die Miete seit 1923 automatisch um 20 g je Vorkriegszinskrone. Neue Mieter zahlen gegenwärtig 47 g je Krone Vorkriegszins. In mieterschutzfreien Wohnhäusern werden Goldzinsen, d. h. der 100%ige Vorkriegszins, verlangt. Infolge der noch immer bestehenden Wohnungsnot muß ein großer Teil der Mieter mit Untermieten vorliebnehmen, die sich um 100 bis 200% höher stellen als die Hauptmieten in der Vorkriegszeit. Schließlich sind auch die Altmieten in den Mieterschutzwohnungen in einem sehr erheblichen Ausmaß durch außerordentliche Instandhaltungskosten verteuert. Man kann annehmen, daß in Wirklichkeit der Durchschnitt der Kleinwohnungsmieten sehr beträchtlich über den vom Statistischen Amt als Norm angenommenen 27 g je Krone Vorkriegszins liegt. Die Richtigstellung des Lebenshaltungsindex ist gewiß keine leichte Aufgabe, sie ist jedoch im Interesse einer brauchbaren Wirtschaftsstatistik unbedingt notwendig.

*

Aus Prag wird uns geschrieben:

Unter dem Eindruck der gespannten mitteleuropäischen Lage hat Ministerpräsident Malypetr alles daran gesetzt, um die durch die Devaluationspläne der Regierung ausgelöste innenpolitische Krise mit größter Beschleunigung zu lösen. Das Abschwenken der Nationaldemokraten in die Opposition ließ sich nicht verhindern. Auf die Heranziehung von Ersatzparteien hat der Ministerpräsident verzichtet, um Komplikationen aus dem Wege zu gehen. So zeigt die neue Regierung eine nur wenig veränderte parlamentarische Zusammensetzung. Eine leichte Stärkung der tschechischen agrarischen Einflüsse ist insofern verspürbar, als das Innenministerium, das bisher durch einen, wenn auch den Agrariern nahestehenden Beamten verwaltet wurde, nunmehr in die Hände eines Parlamentarismus dieser Partei überging. Das Ausscheiden der Nationaldemokraten ist für die Technik der parlamentarischen Arbeit unerheblich, weil die Regierung im Abgeordnetenhaus dadurch lediglich um 14 Stimmen geschwächt wurde, aber weiterhin über 181 von 292 Stimmen verfügt. In der Frage der de jure Anerkennung der Sowjet-Union durch die Tschechoslowakei und des Abschlusses eines tschechoslowakisch-russischen Handelsvertrages tritt eine Erleichterung ein, da das hauptsächlich

innenpolitische Widerstandszentrum beseitigt ist. Denn von Dr. Kramar konnte die Zustimmung zu dieser Anerkennung nicht erreicht werden. Fraglich ist allerdings, ob jetzt die Lösung des Problems bereits gesichert ist, da seine Regelung nach dem neuen Organisationsstatus der Kleinen Entente eine gemeinsame Angelegenheit der verbündeten Staaten darstellt. Auf längere Sicht kann die Oppositionsteilung der Nationaldemokraten von Bedeutung werden. Infolge mangelnder Führung ist die Stribny-Gajda-Opposition, die einst bedrohlich erschien, heute kaum aktionsfähig. Von den Hemmungen einer Regierungspartei befreit, könnten die Nationaldemokraten zum Sammelplatz dieser Gruppe werden, wodurch im Verhältnis von Rechts zu Links eine neue Kräfteverteilung entstehen würde. In diesen Feststellungen jedoch mehr zu sehen als die Ansätze einer möglichen Entwicklung, wäre verfrüht.

*

Bedeutsamer als die Umbildung des Kabinetts ist die Demission der Leitung der Tschechoslowakischen Nationalbank. Wie bei dem Abschwenken der Nationaldemokraten in die Opposition handelt es sich auch hier um einen scharfen Protest gegen die neue Währungspolitik. Wohl sind Bemühungen im Gange, sowohl den Gouverneur der Nationalbank Dr. Pospischil als auch die beiden Oberdirektoren Nowak und Kucera zu bestimmen, ihre Rücktrittsgesuche zurückzuziehen. Daß diese Bestrebungen zu einem Erfolg führen werden, ist jedoch wenig wahrscheinlich. Die Frage der Nachfolge ist noch ungeklärt. Es liegt in der Linie der Gesamtentwicklung, daß politische Parteien das Institut in ihre Machtsphäre zu ziehen gewillt sein werden. Verhängnisvoll wäre es, wenn es dazu kommen sollte. Oberdirektor Nowak hat das Noteninstitut seit der Staatsgründung nach sehr konservativen Grundsätzen geführt. Die Wirklichkeit hat die Richtigkeit seiner Grundsätze bewiesen. Nach Umwandlung des Bankrates in die Tschechoslowakische Notenbank hat Gouverneur Pospischil die Politik Nowaks zur Gänze gedeckt. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Tschechoslowakei seit Jahren von Währungskrisen verschont geblieben ist, daß die gesicherte Stabilität der Krone auch in den Krisenwirren der letzten Jahre außer Zweifel stand. Dieses Verdienst der Notenbankleitung in letzter Zeit dadurch zu verdunkeln, daß man ihr überspitzte Deflationspolitik zum Vorwurf machte und ihr einen Teil der Schuld an der Krise zuzuschreiben versuchte, war völlig unberechtigt. Vor die Frage gestellt, eine unpopuläre, aber solide Stabilisierungspolitik oder eine populäre aber gefährliche Inflationspolitik zu verfolgen, entschied sich die Notenbank jederzeit für die Stabilisierung. Welchen Weg die neue Notenbankleitung einschlagen wird, ist unklar, da man sie noch nicht kennt. Die neuen Männer werden jedenfalls nur die gleichen währungspolitischen Grundsätze anwenden können, die für Nowak und Pospischil bestimmend waren, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß man sie in einem späteren Zeitpunkt leichtfertiger Währungspolitik zeicht.

Dr. A. W.

*

Doumergue hat sein Kabinett der Nationalen Union mit bemerkenswerter Raschheit gebildet. Das Kabinett hat eine sehr große Spannweite, von Marquet auf der einen bis Marin auf der anderen Seite; außen stehen nur die kleine royalistische Rechte, die Sozialdemokraten und die links von ihnen stehenden Gruppen der Kommunisten. Es ist also ein Kabinett nach dem Muster des von Poincaré im Jahre 1926 gebildeten. Abweichungen von dem Herkommen zeigt es im übrigen allerdings genug. Nicht nur der Minister-

Rücktritt
der
National-
bank-
leitung

Kabinett
Doumer-
gue

präsident, sondern auch drei andere Kabinettsmitglieder, zwei Generäle und der Präsident der Frontkämpfervereinigung, die bei den letzten Straßenunruhen in Paris keine geringe Rolle gespielt hat, gehören weder der Kammer noch dem Senat an. Daß überhaupt zwei höchste Generäle im Ministerium sitzen, ist ungewöhnlich. Aber sie erfreuen sich des größten Ansehens und militärische Fragen werden in der nächsten Zeit von großer Bedeutung sein. Wird doch der Kampf um die Abrüstung neben der Erledigung des Budgets die nächste wichtige Aufgabe des Kabinetts bilden. Aber nicht nur in diesen Fragen wird Doumergue beweisen müssen, daß er wirklich der Mann der Vorsehung ist, für den ihn das französische Volk zum überwiegenden Teil zu halten scheint. Das unbedingte Vertrauen, dessen Doumergue sich erfreut, ist eigentlich nicht ganz verständlich. Trotz der glänzenden Karriere, die ihn bis ins Elysee geführt hat, hat er eigentlich niemals überragende Taten gesetzt, wie etwa Poincaré oder Clémenceau, ja selbst Caillaux, der unter Doumergues Vorsitz als Finanzminister jene wilden Kämpfe um die Einkommensteuer geführt hat, die ihren tragischen Abschluß in der Ermordung des verleumderischen Redakteurs des „Figaro“, Gaston Calmette, durch Frau Caillaux gefunden haben. Aber Doumergue war zu allen Zeiten beliebt und geachtet und die Eigenschaften, die ihm dieses Ansehen verschafft haben, zeigte er auch in der Art, wie er sein Kabinet gebildet hat, in dem kurzen Aufruf an das Volk, in dem er seine Aufgabe mit den drei Worten: Waffenstillstand, Beruhigung und Gerechtigkeit umschreibt, und in der klugen Art, mit der er dem Generalstreik begegnete. Er ließ die Arbeiter ihre eintägige Demonstration gegen die faschistischen Bestrebungen ruhig vollführen, trotzdem Beamte und Lehrer daran teilnahmen, und bewirkte so, daß der Streik bestenfalls als Teilerfolg der protestierenden sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaften bezeichnet werden kann. Er geht offenbar nicht auf Diktatur und nicht auf Faschismus aus. Freilich, seine Aufgabe ist schwerer, als die der Kabinette der Republikanischen Union im Kriege und Poincarés war. Während des Krieges ist die Einigkeit der Parteien überall gelungen, wo die Machthaber den Willen hatten, sie herbeizuführen, und Poincarés Aufgabe war begrenzt mit der Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt und der Rettung der Währung. Doumergue hat die Aufgabe, nach der Verabschiedung des Budgets, für die er nur die drei Wochen bis Monatsende zulassen will, und nach der finanziellen Sanierung Verfassungsreformen durchzusetzen, die der Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Arbeit, und Verwaltungsreformen, die der eingerissenen Korruption ein Ende machen sollen. Aber wird sich über Art und Ausmaß der Reformen zwischen Tardieu und Marin auf der einen, Herriot und Sarraut auf der anderen Seite eine Einigung erzielen lassen? Jedenfalls, Doumergue hat bisher nicht gezeigt, daß er darauf ausgehe, die Demokratie zu zerstören, die Reformen auf verfassungswidrigem, unparlamentarischem Wege durchzusetzen.

*

Am 12. Februar hat England für eine Reihe französischer Waren, vor allem für alle Seidenwaren, den Zoll auf 66⅔% verdoppelt und ihre Ausfuhr nach England damit praktisch unmöglich gemacht. Am gleichen Tag hat Frankreich den Handelsvertrag mit England mit dreimonatiger Frist gekündigt. Damit hat sich der Handelskrieg, den Frankreich bereits mit Deutschland führt, um die englische Front erweitert. Der Kampf geht um die Durchsetzung des neuen französischen Handelsgrundsatzes

der individuellen Einfuhrkontingente. Dieses System, das nicht nur auf Gegenseitigkeitsverträge abzielt, sondern um dessen Hilfe die Einfuhr nach Frankreich energisch gedrückt werden soll, widerspricht der Meistbegünstigung. Es hat bereits zu einem Einspruch Amerikas geführt und Frankreich mußte die Beschränkung der Einfuhr amerikanischer Waren weitestgehend zurücknehmen. Auch England gegenüber ist Frankreich bereits Mitte Februar teilweise zurückgewichen. Es hat die anfangs des Jahres verhinderte Kürzung der englischen Kontingente um 75% angesichts der Drohung Englands mit Gegenmaßnahmen für eine große Zahl von Waren zurückgenommen, für eine noch größere Zahl wurden sie jedoch auf 75% des vorjährigen Standes belassen. Unter die gekürzten Kontingente fallen fast alle englischen Textilwaren und Kohle. England gab sich damit nicht zufrieden. Es brach die Handelsvertragsverhandlungen abermals ab und wieder drohte es mit Gegenmaßnahmen. Diesmal hat aber Frankreich nicht nachgegeben und die englischen Strafzölle sind Wirklichkeit geworden. Man hofft aber in Paris, bald wieder zu Verhandlungen zu kommen, zumindest wird die Vertragskündigung so kommentiert, daß sie nur ein harmloses Druckmittel sei, Verhandlungen rasch in die Wege zu leiten. Darin hat sich Frankreich schon einmal getäuscht, nämlich bei der Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland. Ob aber Frankreich einen Handelskrieg mit seinen zwei wichtigsten Märkten allzu lange durchhalten kann, das ist sehr fraglich.

*

Eine neue protektionistische Welle ergießt sich über England. In einer durch Zollschranken und Währungsexperimente zerküffelten Welt erscheint internationale Arbeitsteilung als ein wirklichkeitsfremdes Theorem. Selbst in einem hochindustriellen Lande wie England wachsen die Bestrebungen nach agrarischer Selbstversorgung, Autarkistische Phantasien greifen nach Argumenten, die man von agrarischer Seite wahrlich nicht zu hören gewohnt war. Statt der üblichen Betonung der entscheidenden Bedeutung des Bodens als der Grundlage aller Wirtschaft, beruft man sich auf das Gegenteil: auf die die Wichtigkeit der natürlichen Hilfsquellen mildernde Wirkung des technischen Fortschritts, auf die Erschütterung der internationalen Arbeitsteilung durch eine künstliche Erzeugung organischer Rohstoffe! Sir Walter Elliot, Englands Landwirtschaftsminister, drechselte daraus ein neues protektionistisches Schlagwort: Wissenschaft und Technik öffnen die Tore zu einem Zeitalter, in welchem jegliches Gut wo immer erzeugt werden kann, und auf dem Weltmarkt der Wettbewerb aller Staaten in allen Produkten zur Regel wird. Als Ehrenrektor der Universität Aberdeen hielt Elliot jüngst eine Ansprache, in der er diese verführerische und dabei doch grundfalsche These mit folgender Erzählung zu belegen suchte:

„Im 19. Jahrhundert wurde eine neue und wichtige Geschäftsverbindung mit Südamerika geschaffen: das Salpetergeschäft. Wir führten dorthin Schienen aus und Salpeter wurde eingeführt, die Ausfuhr stieg, die Einfuhr stieg, große Vermögen wurden an südamerikanischen Anlagen verdient, die Kapitalausfuhr nahm zu und die Nationalökonomien strahlten über das ganze Gesicht. Inzwischen waren die Gelehrten an der Arbeit, diese unwissenden Geasellen, die nie etwas von den herrlichen Beweisführungen der Nationalökonomien über die Notwendigkeit internationaler Arbeitsteilung gehört haben. Die Luft, sagten diese Einfältigen, besteht doch überwiegend aus Stickstoff. Es schwebt also auf jedem Joch Boden, dem der Stickstoff so mühevoll aus Weltenfernen zugeführt wird, eine Stickstoffsäule von 60 bis 100 Kilometer Höhe. Wollt ihr wirklich Stickstoff?“ frugen sie Europa. Europa

antwortete: „Jawohl, gewiß.“ Darauf die Gelehrten: „Macht es auch etwas aus, wenn wir ihn zu Hause herstellen?“ Die Landwirte flüsterten ganz leise, damit es die Nationalökonomien nicht hörten: „Nein, wir machen uns nicht das geringste daraus.“ Inzwischen wurden neue Anleihen und neue Schiffe von Stapel gelassen, bis eines Tages plötzlich einer der Gelehrten auf einen Kontakt drückte, ein Motor zu surren begann und in den gleichen Gegenden der Erde, denen die Schiffe zueilten, Stickstoff aus der Luft herunter zu schneien begann.“

Für den Welthandel, sagte der Minister, sei das freilich ein arger Schlag gewesen. Aber keineswegs auch für die Erzeuger, die Landwirte inbegriffen. Europa war in Stickstoff selbstversorgend geworden, wenn es nur wollte. Denn Stickstoff ist Stickstoff, wie und wo immer er erzeugt wird. Künstlicher Stickstoff ist natürlichem an Qualität durchaus gleichwertig und dabei noch billiger. Das gleiche erleben wir, sagte Elliot, mit dem Gas Neon, das, ebenfalls aus der Luft hergestellt, schon morgen vielleicht die Petroleumvorkommen entwerfen mag. Und bereits kündigt die Wissenschaft die Herstellung eines künstlichen, kneibaren Holzstoffes an, der, aus Azetylgas gewonnen, einzig an das Vorhandensein von Kalk und Kohle gebunden ist. Nichts bezeugt so sehr die Kraft des Zeitgeistes als die Schwäche der Argumente, die hier zur Wirkung gelangen. Bisher hatten sich nur Romanschriftsteller wie Jules Verne oder H. G. Wells eine solche Uebertreibung der möglichen wirtschaftlichen Tragweite künstlicher Herstellungsprozesse gestatten können. Sind doch neun Zehntel aller Rohstoffe — von den Metallen gar nicht zu reden — vorerst und auf absehbare Zeit nicht Kunst-, sondern Naturprodukte. Dennoch ist der überprotektionistische Einfluß Walter Elliots in England stark im Wachsen. K. P., London.

*

Die Reise des polnischen Außenministers nach Moskau, die seit Ende des vorigen Jahres ohne festen Termin auf dem Programm zur Pflüge der russisch-polnischen Beziehungen stand, ist nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes beschleunigt und in dieser Woche in besonders feierlicher Form durchgeführt worden. Die Regierungen der Sowjet-Union und Polens sind darin einig, aus diesem diplomatischen Besuch eine Demonstration für die Unabhängigkeit Osteuropas vom Westen zu machen. Die Warschauer Außenpolitik will beweisen, daß sie mit dem Berliner Pakt keine einseitige Bindung an Deutschland übernommen hat. Moskau wünscht als Beweis dafür engere Zusammenarbeit mit Polen im Baltikum. Aber die offiziöse Warschauer „Gazeta Polska“ warnt in ihrem Begleitwort zu der Reise Beck's bereits andeutungsweise davor, die Friedenssicherung zwischen den beiden großen Oststaaten auf Kosten dritter Länder zu suchen. Inzwischen hat auch die Haltung der baltischen Staaten selbst jede öffentliche Interessierung der großen Nachbarn für ihr Schicksal erschwert. Litauen, das als unmittelbarer Nachbar des Deutschen Reiches die Moskauer Garantiepläne noch am freundlichsten aufgenommen hatte, ist inzwischen in seiner inneren Nationalitäten-Politik wieder so scharf gegen die polnische Minderheit vorgegangen, daß Warschau sich dadurch brüskiert fühlt. Beck wird seine Moskauer Freundschaftskundgebungen also kaum mit Bindungen belasten müssen, die ihm die Bewegungsfreiheit gegenüber Mitteleuropa beengen. Französische Träume von einer Antirevisionsfront, die Paris, Warschau und Moskau umfassen könnte, finden gegenwärtig nur in der polnischen Oppositionspresse vorbehaltlose Zustimmung. Die Pilsudski-Regierung spart ihre Kräfte dagegen für die

Bekämpfung derjenigen Gefahren auf, die Polens eigenen Besitzstand und Einfluß schmälern könnten.

F. R., Warschau.

*

Der Balkanpakt ist nun doch zustandegekommen. Um diesen Erfolg richtig zu werten, muß man sich erinnern, daß in den Meldungen, welche im Herbst 1933 Europa überraschten, von gar nicht mehr die Rede war als von eben diesem Pakt der vier Staaten Rumänien, Südslawien, Türkei und Griechenland. Der Plan wurde also durchgeführt. Der Eindruck des Erfolgs wird dadurch geschmälert, daß in den letzten Wochen starke Bemühungen eingesetzt hatten, Bulgarien zur Teilnahme zu veranlassen, Bemühungen, die die Unterschrift verzögert haben. Man hat im Lauf der Verhandlungen die Wünsche immer höher gespannt. Wollte man zuerst sehr zufrieden damit sein, einen revisionsfeindlichen Block zustandezubringen, so griff man dann nach dem schöneren Ziel, ein Friedenswerk zu errichten. Dazu aber reichte die Opferbereitschaft der Teilnehmer nicht aus. Zum Glück hat man wenigstens nicht versucht, Bulgarien zum Beitritt zu pressen. Der gute Wille freilich, eine Entspannungspolitik fortzuführen, die den späteren freiwilligen Zutritt Bulgariens erleichtern soll, muß sich erst erweisen. Deutlich richtet sich der Pakt in zwei wesentlichen Punkten gegen Bulgarien, da die Teilnehmer sich nicht nur ihre gegenseitigen Grenzen verbürgen, sondern ganz allgemein den status quo, und da kein Mitglied ohne Zustimmung der anderen Abmachungen mit außenstehenden Mächten schließen darf. Bulgarien wird es also in Zukunft immer mit allen vier Staaten zu tun haben. Auch wenn unbestrittenmaßen der Balkanpakt vor allem den status quo auf dem Balkan im Auge hat und nicht ebenso die ungarischen Grenzen zweier seiner Teilnehmer, wirkt er naturgemäß doch auch unmittelbar als Kräftigung der Kleinen Entente. Der Wunsch Belgrads, mit Bulgarien ins Reine zu kommen, wurde, als er den Paktabeschluß verzögerte, offenbar erheblich überschätzt. Die Südslawen hätten einen Fünfmächtepakt, also ein wirkliches Balkan-Locarno, dem Viermächtepakt gewiß bei weitem vorgezogen. Nicht aber eine südslawisch-bulgarische Sonderverständigung dem Viermächtepakt. Die interessanteste Frage ist wohl die, ob zu den „Balkangrenzen“, die Gegenstand der gegenseitigen Bürgschaft sind, auch die dalmatinische Küste Südslawiens gehört, wodurch sich der Pakt geradewegs auch gegen Italien richten würde. Die nähere Bestimmung des Begriffs „Balkangrenzen“ ist zweifellos in einem Geheimprotokoll enthalten. Da zu diesen Grenzen gewiß die gegen Albanien gehören, die man ohne allzuviel Uebertreibung auch als Grenzen gegen Italien bezeichnen kann, wäre es fast widersinnig, wenn die dalmatinische Küste den Schutz des Paktes nicht genösse. Wie immer aber das sei, steht doch fest, daß die Einflußmöglichkeiten Italiens im Südosten erheblich verringert worden sind.

*

Große Ereignisse haben im letzten Halbjahr Spaniens politischen Boden aufgewühlt, größere noch wird, wenn nicht alles täuscht, schon eine sehr nahe Zukunft bringen. Ein deutliches Alarmsignal ist die jetzt vollzogene Umstellung der spanischen sozialistischen Partei. Schon der Wahlkampf vor zwei Monaten brachte die ersten Anzeichen ihrer taktischen Wendung. Das deutsche Geschick hat diese Wandlung veranlaßt, verschärft wurde sie, als kurz danach die spanische Sozialdemokratie aus der Regierung gedrängt und das Steuer des Landes nach rechts geworfen wurde. Erste Phase: Der Wahlkampf im Herbst. Der „spanische Lenin“, Largo Caballero, bestritt die

Balkanpakt

Unruhe in Spanien

daß die in den ersten Monaten der Krise notwendig gewordenen Sparmaßnahmen sich vor allem in der Pensionierung des überflüssigen Personals sowohl in der öffentlichen als auch in der Privatwirtschaft geltend machten. Die Steigerung in der Gruppe der Angestellten der staatlichen und öffentlichen Verwaltung ist eine Folge der in der Konjunktur vorgenommenen Gehaltserhöhung.

Die in den Erhebungen des Jahres 1920 sich widerspiegelnde Einkommensumschichtung läßt aber bereits die im weiteren Krisenverlauf aktuell werdenden Probleme in voller Klarheit erkennen. Dem sinkenden Unternehmereinkommen steht erhöhtes Lohn- und Gehaltseinkommen gegenüber, wobei erhebliche Teile der Steigerung gerade auf jene Gruppen entfallen, die bereits aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind. So mußte sich in der weiteren Folge der zermürbende, auf einen neuen Gleichgewichtszustand hinzuliehende Einkommensumschichtungsprozeß vollziehen, der zu keinem Ruhepunkt kommen konnte, weil die sich steigende Krise immer wieder neue Ertragsschrumpfungen zur Folge hatte.

Dr. A. W. Peng.

Die internationale Handelskammer hält den Zeitpunkt für gekommen, um einen Vorstoß für die allgemeine Wiederherstellung der Goldwährung zu wagen. Das geschieht auf Grund der Feststellung, daß

„die Zeit des Wettlaufes um die schlechteste Währung, die eine systematische Steigerung der Zellschutzmaßnahmen im weitesten Sinne des Wortes zur Folge hatte, für den Augenblick vorüber ist.“

Die Währungsschwankungen haben sich wesentlich vermindert, es ist eine Art de facto Gleichgewicht eingetreten, auch hat sich die Lage allgemein gebessert, die Produktion hat zu- die Arbeitslosigkeit abgenommen. Daß sich dies alles während der Zeit relativer Währungsstabilität ereignet hat, beweist, daß ein gewisses natürliches Gleichgewicht von selbst entstanden ist, wodurch Kosten und Preise in den Ländern, in denen vorher zwischen ihnen ein Mißverhältnis herrschte, ausgeglichen sind. Da seit Beginn der Weltkrise die Währungsstabilität nicht genutzt werden, dann bestünde die Gefahr, daß noch Länder vom Goldstandard abgingen mit den schlimmsten Folgen für die Wirtschaft. Wie wenig das Abweichen vom Goldstandard in den Ländern, die den Kampf gegen die Krise auf diese Weise führen zu können glaubten, die Erwartungen erfüllt hat, zeigt der Berichterstatter des Währungsausschusses der Handelskammer Professor T. E. Gregory in seinem kurzen, aber inhaltsreichen Bericht.

Was die gegenwärtige Wirtschaftskrise scharf von den Vorkriegskrisen unterscheidet, ist das allgemeine Abgehen vom Goldstandard und die Einführung der Devisenkontrolle, begleitet von vielfachen Teil- und Vollmoratorien für den Dienst der Auslandsschulden. Neuestens zeigen beide Systeme eine auffallende Tendenz der Angleichung. Die entwerteten Währungen werden ergänzt durch Einfuhrkontingente, Antidumping- und andere Maßnahmen, andererseits gelangen die Länder, die mit Devisenzwangswirtschaft begonnen haben, auf den Weg der Geldentwertung. Beides geschah unter Berufung auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Preisturz und die ihn begleitenden Einschränkungen des nationalen und internationalen Handelsvolumens mit sich bringen. In Wirklichkeit aber bilden Zölpolitik und Devisenbewirtschaftung ein erhebliches Hindernis der Gesundung des Welthandels und die Politik der Geldentwertung hat ebenso wenig den Erwartungen entsprochen. Sie hat sich entgegen aller Voraussicht wie eine Deflationserscheinung ausgewirkt. Die Geldentwertung mag eine binnenländische Preissteigerung zur Folge haben, wird jedoch gleichzeitig eine Geldentwertung in vielen Ländern, noch dazu in Krisenzeiten, durchgeführt, so wird dadurch die Position keines einzigen Staates verbessert. Eine Währungsstabilisierung müßte keineswegs von einem Preisrückgang begleitet sein, viel eher wäre das Gegenteil zu erwarten. So wäre eine all-

gemeine Stabilisierung wahrscheinlich das Zeichen für eine preiszettende Tendenz, sie bildet auch die Voraussetzung für die Wiederherstellung des internationalen Anleihemarktes.

Gregory schlägt aus diesen und anderen Gründen vor, daß sich ein kleines Staatengremium — etwa Vereinigte Staaten, England, Japan, Frankreich und Deutschland — zusammensinde, um die Richtlinien für die Gesundung der Währungen aufzustellen. Die Weltwirtschaftskonferenz war nach Umfang des Programmes und Zahl der Teilnehmer viel zu groß, doch mußten an der Stabilisierungskonferenz der Goldwährungsblock, der Sterlingblock und jene Staaten, welche Devisenkontrolle üben, vertreten sein. Das Ziel wäre, daß alle Länder gleichzeitig zum Goldstandard zurückkehren, daß die Vereinigten Staaten und Japan sich verpflichten, nicht weiter abzuwerten, und daß Großbritannien den gegenwärtigen Dollar-Pfund- und Pfund-Yen-Kurs als Stabilisierungsbasis anerkenne. Alle Staaten müßten sich verpflichten, die Währungsschwankungen innerhalb vorher bestimmter Grenzen zu halten, um dann zur de facto und schließlich zur de jure Stabilisierung zu gelangen. Endlich sollen alle Devisenkontrollbestimmungen aufgehoben werden. Programm und Begründung sind gut. Ist aber die Welt bereits reif zur Einsicht oder wird sie noch weiter in der Katastrophopolitik beharren?

Nicht so sehr in Berlin wie in London liegt augenblicklich der Schlüssel zur Abrüstungsfrage — dies ist der Kern der französischen Antwortnote auf das englische Abrüstungs memorandum vom 29. Jänner. Denn entscheidend sei heute einzig und allein das Ausmaß, in welchem England zu Frankreichs Sicherheit beizutragen bereit ist. Willigt England nur in eine allgemein gehaltene Verbürgung der Abrüstungskonvention, dann könne und werde diese nicht zustande kommen. Denn das bloße Versprechen, über die durch einen Bruch der Konvention geschaffene Lage zu „beraten“, könne Frankreich für den Verlust an Sicherheit nicht entschädigen, den es durch die Zustimmung zur deutschen Aufrüstung erleidet. Frankreich wünscht ganz wesentlich mehr. Es wünscht, daß England sich zum sofortigen militärischen Eingreifen verpflichte, wenn Deutschland, sei es wo immer, Truppen über seine Grenzen schickt. Nicht nur Schutz gegen jeden Bruch der Abrüstungskonvention, sondern auch Schutz gegen jeden Angriff wird damit verlangt. (Doch wäre dies von einer politischen Verbürgung der Grenzen gegen jegliche Aenderung noch immer weit entfernt. Dazu ist England nach wie vor unter keinen Umständen zu haben.) In London wird jetzt sehr ernsthaft das mögliche Maß des Entgegenkommens an Frankreich erwogen. Noch hat man dort nicht jede Hoffnung aufgegeben, daß es zu einer Konvention kommt, in der irgendwer darauf verzichtet, irgendetwas zu tun, was er sonst vielleicht täte oder zumindest zu tun das Recht hätte. England selbst strebt dabei nur zweierlei an: daß Deutschland für wenigstens zwei Jahre keine militärischen Flugzeuge besitzen dürfe und daß das Reich in den Völkerbund zurückkehre. Jones Verlangen erklärt sich selbst und zeugt von dem radikalen Durchbruch der Erkenntnis, daß die Gefahr von der Luft her drohe. In den Völkerbund aber soll Deutschland zurückkehren, um die Verbürgung der Konvention allen Staaten aufzulasten und Frankreichs Verlangen nach englischen Sondergarantien abzuwehren. London wäre nun heute bereit, einen Schritt weiterzugehen, wenn es damit die Chancen eines Abkommens verbesserte. Doch irgendwo zwischen Konsultativpakt und Gemeinbürgschaft gegen den Angreifer liegt die Grenze, die England nicht überschreiten

Frank-
reichs
Antwort
an Eng-
land

wird, und sei es selbst um den Preis des Verzichtes auf eine Abrüstungskonvention. Die Stimmung im Unterhaus ist ohnehin von der Einsicht beherrscht, daß Englands Aufrüstung so gut wie unvermeidlich sei. Aber diese Ueberzeugung ist im heutigen England mit einer Isolierungspolitik lange nicht gleichbedeutend. Es ist wichtig, zu erkennen, daß Englands Gefühl eines militärischen Bedrohseins durch keinerlei praktisch erreichbare Aufrüstung beschwichtigt werden kann. Nicht einmal das Vielfache unserer gegenwärtigen Rüstungen, sagte Eden jüngst im Unterhaus, könnte uns das Gefühl der Sicherheit zurückgeben. Das war eine Anspielung auf die Unvermeidlichkeit von Kriegsgefahren in der Zukunft. Aus dieser sehr realen Einsicht schöpft in England nicht nur der völkerverfeindliche Militarismus, sondern auch der Internationalismus seine Kraft. Er kann auf den Völkerbund als die praktisch nächstliegende Lösung des Bündnisproblems hinweisen. Englands Bereitwilligkeit, dem französischen Sicherheitsbedürfnis in einem gewissen Grade entgegenzukommen, wird auch von dieser Seite her genährt.

Dr. K. P. London.

*

Fransö-
nische
Kredit
in Holland

Der Kredit, den eine holländische Bankengruppe dem französischen Schatzamt gewährt, ist aus einer Reihe von Gründen sehr bemerkenswert. Zunächst, weil das von Gold und bei den Großbanken brachliegenden Einlagen strotzende Frankreich immer wieder genötigt ist, kurzfristige Vorschüsse — diesmal handelt es sich um einen einjährigen Schatzscheckkredit, den Frankreich auch nach drei, sechs oder neun Monaten zurückzahlen kann — im Ausland aufzunehmen. Nämlich es im vergangenen Jahr englischen Kredit in Anspruch, so war das doch noch eher verständlich, als daß Frankreich sich Geld — und keine geringe Summe, es sind 100 Mill. hfl. oder 1000 Mill. fr. — beim kleinen Holland ausborgt, dessen Währung bei Ausbruch der amerikanischen Währungskrise unter den Ländern des Goldblocks am gefährdetsten schien. Bemerkenswert ist ferner, daß dieser Kredit in effektivem Golde gewährt wird, ohne daß deshalb der Goldschatz der holländischen Nationalbank in Anspruch genommen würde, d. h. die Banken sind es selbst, die große Mengen Goldes gebortet und zinslos liegen gelassen haben. Es sind allerdings nicht nur holländische Banken, die unter Führung des Amsterdamer Zweighauses Mendelssohn & Co. den Kredit gewähren, auch schweizerische und französische Banken beteiligen sich, die holländischen Banken selbst übernehmen nur 30 Mill. hfl. (amerikanischen Banken wurde die Beteiligung von Washington verweigert, weil Frankreich mit dem Kriegsschuldendienst in Verzug ist). Nun denken die beteiligten Banken durchaus nicht daran, ihre Goldvorräte endgültig wieder abzustößen. Im Gegenteil, das französische Schatzamt hat sich mit einer bisher ungewohnten Präzision verpflichtet müssen, den Kredit über Verlangen in effektivem Golde zurückzahlen. Die Verpflichtung geht angeblich dahin, 1. auf Wunsch der Schatzscheckbesitzer die Rückzahlung sei es in hfl., sei es in effektivem Golde vorzunehmen, 2. das Gold dorthin zu liefern, wo es von den Schatzscheckbesitzern verlangt wird, 3. wenn die französische Regierung aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sein sollte, die Zahlung in effektivem Golde vorzunehmen, dem Bankhaus Mendelssohn, Amsterdam, entsprechende Beträge in Gulden oder in anderen Devisen zur Verfügung zu stellen, damit die Firma die erforderlichen Goldmengen auf dem freien Goldmarkt behufs Weitergabe an die Schatzscheckbesitzer anschaffen könne. In Streitfällen ist das Internationale Haager Schiedsgericht zuständig. Nach lang-

stens einem Jahr werden also die kreditgewährenden Banken wieder ihr Gold zurück erhalten, nachdem es ihnen 4% Zinsen getragen hat.

*

Verschiedene Pläne sind aufgetaucht, um die schlecht funktionierende Einfuhrkontingentierung in Rumänien durch ein besseres System zu ersetzen. Alle trachten, eine Anzahl von Waren von der Kontingentierung zu befreien, da mit ihr keinerlei Vorteil für die rumänische Wirtschaft zu erlangen war. Der Handel wurde nur erschwert. Das System hat insofern enttäuscht, als die Handelsbilanz passiv blieb, wo sie normalerweise schon passiv war. Hingegen hat die Kontingentierung keine verlässliche Handhabe geboten, um weniger wichtige Einfuhren zu unterbinden und den knappen Devisenvorrat den wirtschaftlich unerlässlichen Einfuhren vorzubehalten. Nun soll bei der Erteilung von Kontingentbewilligungen eine Taxe eingehoben werden, welche der Ministerrat für die einzelnen Waren je nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung festsetzen würde. Für Rohstoffe wäre die Taxe sehr klein, bei Fertigwaren größer und bei Luxuswaren soll sie prohibitiv wirken. Aus dem Erlös dieser Taxe würde man einen Fonds für Ausfuhrprämien schaffen. Die Höhe der Kontingenttaxen und der Exportprämien zu bestimmen, was große Fachkenntnis und Elastizität voraussetzt, wird ein staatliches Organ bestellt. Bis jetzt erfolgte dieser Ausgleich auf dem freien Markt, indem die Notenbank Kompensationsgeschäfte in der Regel zuhause und dabei der Importeur dem Exporteur eine entsprechende Devisenprämie bezahlte, und zwar 17 bis 20%. In letzter Zeit hat aber die Notenbank solche Bewilligungen nur noch in Ausnahmefällen erteilt, wodurch die Prämie bis auf 12% zurückgegangen ist.

M. Th., Bukarest.

*

Im November 1933 ist zwischen der griechischen Regierung und den Gläubigervertretern ein Uebereinkommen abgeschlossen worden, wonach die während des Budgetjahres 1933/34 fälligen Zinsen der auswärtigen Staatschuld mit 27½% und die des Budgetjahres 1934/35 mit 32½% in Pfunden, bzw. in Dollars transferiert, die nichttransferierten Beträge der griechischen Regierung in Schatzbonds zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Gläubiger haben jedoch, obwohl das Budgetjahr 1933/34 bereits abgelaufen ist, bisher nichts erhalten. Die griechische Regierung trifft aber hieran kein Verschulden; der Grund für die Verzögerung liegt in einem Streit zwischen den französischen und den englischen Gläubigerorganisationen.

Die Verwaltung der griechischen Staatsschuld obliegt einer Internationalen Finanzkommission, die aus Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens zusammengesetzt ist. Bei ihr sind alle für den Schuldendienst verpfändeten Einnahmen einzuzahlen und sie hat der griechischen Regierung die überschüssenden Beträge freizugeben. Es bestehen nun sowohl Aufbringungs- als auch Transferschwierigkeiten. Während der Schuldendienst bis April 1932 voll geklärt wurde, kam im Jahre 1932 aus diesen Gründen ein Uebereinkommen zustande, wonach 30% der fälligen Zinsen für das Jahr 1932/33 gezahlt wurden. Schon damals verlangten die französischen Gläubiger die Zahlung in Goldpfunden und, da die griechische Regierung diese nicht leistete, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, während die englischen Gläubiger sich mit der Zahlung in Papierpfunden einverstanden erklärt hatten. Nach Abschluß des Uebereinkommens des Jahres 1933 erneuerten die französischen Gläubiger diese Forderung, wobei sie noch zwei neue Beschwerden erhoben. Sie begehrten die Zahlung in Gold auch für die Obligationen der Eisenbahn Saloniki—Monastir und eine ausdrückliche Verpflichtung Griechenlands, nunmehr binnen kürzester Zeit seinen Anteil an der alten türkischen Staatsschuld zu übernehmen. Obwohl

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 5. MÄRZ 1938

NR. 23

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52-5-43

	Hauptblatt ausw.	mit der Beilage „Die Bilanz“ vierteljährlich	Hauptblatt A. 1938	mit der Beilage „Die Bilanz“ vierteljährlich
Für Oesterreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk. 8.— Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengo 11.—	Pengo 17.—	Für Rumänien	Lei 220.— Lei 530.—
Für die Tschechoslowakei	CK 64.—	CK 100.—	Für Italien	Lira 38.— Lira 64.—
Für Polen	Zloty 14.—	Zloty 22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr. 11.— schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 118.—	Din. 180.—		

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengo 1.50, CK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezieher des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach dem im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.861, Warschau 193.498, Budapest 37.768, Berlin 122.846.
Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

„Englands Außenpolitik ist, was sie vorige Woche war“, sagte Lord Halifax, nachdem er seinen Einzug in Downing Street vollzogen hatte. Gerade weil ihm niemand Klugheit und Begabung streitig machen kann, wirkt der Ausspruch beinahe herausfordernd. Und dennoch ist sein Sinn klar. Soweit die Grundlagen zukünftiger Außenpolitik zwischen Halifax und Eden strittig gewesen sein mögen, war darüber eine Entscheidung nie gefallen. Ihre Hinauszögerung war in der Tat das Kennzeichen der Aera Eden. Völkerbundpolitik und Mächtegleichgewicht wurden auf einmal verfolgt — einer Wahl zwischen den beiden wich man aus. In diesem Bereich hatte England keine bestimmte Außenpolitik, und so kann formell auch kein Wechsel erfolgt sein. In der Sache braucht dies nicht genau zuzutreffen. Wie weit kollektive Sicherheit und Völkerbundlinie verlassen worden sind, dürfte sich ja bald weisen. Zwar hat Lord Halifax in seiner House of Lords-Rede den Beweis an, daß keine Abkehr von den Wahlversprechungen der Baldwin-Regierung geschehen sei; dürfte doch auch ein Völkerbundfreund vom Völkerbund nicht mehr erwarten, als dieser leisten konnte; wer mehr verlange, gefährde, was er zu wahren wünscht. Dieses vor allem innenpolitisch gemeinte Argument sollte auch die Franzosen darüber beruhigen, daß England keine neue Grundlinie einschlagen wolle. Aber auch soweit nicht Englands gesamtpolitischer Ausblick, sondern der italienische Sektor allein gemeint war, blieb Lord Halifax' Ausspruch formell richtig. Eden hatte Verhandlungen mit Italien zugestimmt. Der inoffiziell vermittelte Wink Mussolinis mit dem Abbruch der Besprechungen, falls nicht innerhalb der kurz gefaßten Frist die Verhandlungen ohne italienische Vorleistung aufgenommen würden, ist eine Tatsache, muß aber für die englische Regierung nicht bestimmend gewesen sein.

„Jetzt oder nie“ wollte Italien verhandeln, so hatte zwar nicht Graf Grandi persönlich, aber immerhin jemand für ihn Chamberlain mitgeteilt. Eden sah darin einen Grund mehr, auf der Vorleistung zu beharren; das Kabinett blieb bei der ursprünglichen Absicht, zu verhandeln. Aber Edens Entschluß wurde erst endgültig gefaßt, als Hitlers Rede vorlag. Die vermutete Meinungsverschiedenheit über die Ratsamkeit der Halifax-Reise war nach Edens Meinung spruchreif geworden. Er weigerte sich, gegenüber Italien eine Politik zu verfolgen, deren Gegenstück er im Falle des Reichs vergeblich zu verhindern versucht hatte. Das Kabinett stimmte ihm nicht zu. Halifax selbst übernahm das Ruder, war es doch seine eigene Aktion, die im Grunde umstritten gewesen. Eden hatte aus Anlaß des italienischen Jetzt oder Nie die Folgerungen aus der Halifax-Reise gezogen. Da er ihr schließlich und endlich zugestimmt hatte, darf sein Nachfolger feststellen, daß Englands Außenpolitik ist, was sie war.

K. P., London.

In den großen Reden von Schuschnigg, Chamberlain, Delbos und Chautemps wird der neue Kurs in ein Wort zusammengefaßt: Vertrauen. Der „Temps“ nennt es „die neue Erfahrung“, die man machen will und die nicht gestört werden soll. Schuschnigg hat Vertrauen in das Wort Hitlers, Chamberlain hat Vertrauen in Mussolini und Hitler und die französischen Staatsmänner haben Vertrauen in das Vertrauen Chamberlains. Eden ist gegangen, weil er das Vertrauen nicht hat, und so sieht man, daß die europäische Politik sich wirklich anschickt, ihre Wegrichtung radikal umzustellen, und wie innig das Zentrum unseres Erdteils mit dem Westen und dem Mittelmeer zusammenhängt. Der „deutsche Frieden“ ist ebenso ein Teil des Ganzen wie die Sicherheit im Mittelmeer, und vielleicht ist der stimmungs-mäßige Gleichklang seit 1918 noch nie so echt gewesen wie

Italien
und die
neue
Lösung

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 26. FEBRUAR 1938

NR. 22

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTLEITUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R-52-543

Hauptblatt allein		mit der Beilage „Die Bilanz“ vierteljährlich		Hauptblatt allein		mit der Beilage „Die Bilanz“ vierteljährlich	
Für Oesterreich	Schilling	12.50	Schilling	20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk.	8.—
Für Ungarn	Pengo	11.—	Pengo	17.—	Für Rumänien	Lei	320.—
Für die Tschechoslowakei	öK	64.—	öK	100.—	Für Italien	Lire	38.—
Für Polen	Zloty	14.—	Zloty	22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr.	11.—
Für Südslawien	Din.	118.—	Din.	190.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengo 1.50, öK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagecheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.498, Budapest 27.768, Berlin 122.846.
Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Aus London wird uns geschrieben:

Im harten Licht einer neuen weltpolitischen Lage werden alle Bruchlinien der Weltpolitik überdeutlich sichtbar. England hat sich in diesen Tagen losgesagt vom politischen Prinzip der Kollektividee und damit in gewissem Sinn von der Völkerbundlinie, die bisher richtungweisend für seine Weltpolitik war. Das heißt jedoch gewiß nicht, daß Englands Kurs in allen Fragen einen Wechsel erfahren müsse. Für den Sturz des Außenministers Eden war die italienische Verhandlungsbereitschaft der letzte Anstoß, weil er nicht gewillt war, sie ohne ausreichende Sicherungen zu nutzen. Den Grund für sein Ausscheiden aus dem Kabinett Chamberlain gaben aber tieferliegende Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der weltpolitischen Schwierigkeiten, denen England neuerdings begegnet. Eine Annäherung an Italien will Chamberlain „ethisch“ versuchen, um durch realpolitisches Entgegenkommen im einzelnen dem Druck zu begegnen, den Deutschland ausübt. So bedeutungsvoll der Wandel ist, so wäre es doch ein Irrtum, ihn als Eingeständnis der Schwäche auszulegen. Er ist bedeutsam, weil er einer Auffassung der Gesamtlage entspricht, die sich bisher nur gelegentlich Bahn brechen konnte. Sie zielt hin auf eine Atempause, eine Entspannung der internationalen Lage, selbst auf Kosten grundsätzlicher Zugeständnisse. Völkerbund, kollektive Sicherheit, Generalabkommen müßten den Erfordernissen des Augenblicks weichen. Das ist die Grundthese für Chamberlains Experiment. Die Edensche Politik bekannte sich zur Auffassung, daß die Gefahren kurzfristiger Erfolge gegenüber langfristigen Problemen zu groß seien. Als Schwäche Englands darf man das neue Verhalten gegenüber Italien schon deshalb nicht werten, weil sein Ministerpräsident nicht zur Schule derjenigen Politiker gehört, die einseitige Zugeständnisse als

ausichtsvolle Friedensmittel erachten. Aufrüstung und Anleihen sind das Doppelgeleise einer von der City unterstützten Realpolitik. Unterdeessen aber will England kaltblütig seine Stellungen wahren und eine Machtprobe nicht scheuen. Nicht Krieg oder Frieden ist der auch um den Preis einer Kabinettskrise gewagte Einsatz, sondern kurz- oder langfristige Friedenssicherung. Innenpolitisch richtete sich Eden mehr auf eine gleichfalls langfristige Bearbeitung der öffentlichen Meinung ein, während die nunmehr eingeschlagene Linie einen Meinungskampf in außenpolitischen Fragen bringen dürfte. Ein Zwiespaß innerhalb der öffentlichen Meinung Englands selbst könnte sich von der Außenpolitik her entwickeln. Zunächst wird die Regierung alles versuchen, um alle Kräfte im Land auf ihr Ziel zu einigen. Wenn dies nicht gelingen sollte, wird die Frage nach der Tragweite der oppositionellen Gegenstellung Edens zum Problem werden. Im Augenblick steht der außenpolitische Aspekt seines Rücktritts im Vordergrund.

Hitlers Rede hat in London fast in allen ihren Teilen als Ueberraschung gewirkt. Unter ihrem Eindruck waren der Regierung die Verhandlungen mit Italien noch wichtiger geworden, als sie ohnedies schon waren, und verlangten sofortige Entscheidungen über die nächsten Ziele und Methoden, vor allem der englischen Außenpolitik selbst. Man hat hier mit Aufmerksamkeit festgestellt, daß die Vorgänge vom 4. Februar im Reich und die Begegnung mit dem österreichischen Bundeskanzler in dieser Rede kaum mehr als gestreift worden sind. Man hat die volle Bedeutung des Ausbleibens der erwarteten Gegenleistung auf die Zugeständnisse Oesterreichs erkannt, weil man gerade in diesem Punkt in London hellhöriger geworden ist. Die englische Außenpolitik hat, das bestätigt sich nun, ebenso wie Frankreich, Roms Bindungen an seine frühere Donaupolitik überschätzt. Außerordentlichen Eindruck haben die unerwarteten Themen der

Englisches
Echo

Rede des Reichskanzlers gemacht: die Ankündigung weiterer schändlicher Erhöhungen der Wehrmacht, und zwar als Antwort auf englische Pressestimmen, die Erwähnung der Möglichkeit blutiger Verwicklungen, die Verkündigung deutscher Rechte gegenüber den zehn Millionen deutscher Anruher. Ganz unerwartet kam auch die Art der Rede selbst, die hier im Zusammenhang mit ihrer Vorgeschichte als gescheitert beunruhigend empfunden worden ist. Der Sturz Edens, mitverursacht durch die Frage der Taktik gegenüber Italien, war eine ihrer nächsten Folgen. Dr. K. P.

Italiens
Imperium

Italiens Außenpolitik ist dem einen Ziel untergeordnet: Das Imperium soll seine völkerrechtliche Anerkennung finden. Weil der Völkerbund das Haupthindernis bot, ist Mussolini antikollektivistisch geworden. Weil sich Eden zum Vorkämpfer der Kollektividee machte, wurde er als Hauptgegner betrachtet. Weil Rußland sich auf die gegnerische Seite schlug, hat Mussolini die Fahne des Antikommunismus wieder gehißt. Auf diesem Weg hat sich der Duce mit dem Führer getroffen und die schroffen Gegensätze ausgeglichen, die die beiden Länder bis dahin getrennt hatten. Es ist eine geradlinige Politik, die zum 12. und zum 20. Februar hinführt, zur deutsch-österreichischen Aussprache und zur Italienisch-englischen Entspannung, aber man darf nicht aus den Augen verlieren, daß sie mit dem Einmarsch in Abessinien ihren Anfang genommen hat. Italiens Politik in Mitteleuropa steht in Funktion zu seiner neuen Reichspolitik. Die Achse wird bleiben, aber alle „Anti“-Politik kann verschwinden, braucht nicht mehr als Friedensgefahr aufgefaßt zu werden, wenn Italien über die Anerkennung der afrikanischen Eroberung wieder Zugang zum Völkerrecht der heutigen Gegner findet. In Hitlers großer Reichstagsrede ersuchten manchen ausländischen Beobachter das Interessante, was sie nicht enthielt. In den italienischen Pressekommentaren war ebenfalls das Interessante, was sie gar nicht oder nur nebenbei kommentiert haben. Spanien wurde ganz ausgelassen, weil man am gleichen Tag den Botschafter in London instruiert hatte, die englische Regierung wissen zu lassen, daß man den Vorschlägen über die Rückziehung der Freiwilligen und der Gewährung der Anerkennung Francos als kriegsführender Partei zustimme. Chamberlain wird recht behalten, daß er sich auf dieses Versprechen verlassen kann, wenn Lord Perth in Rom mit Ciano über die sonstigen italienisch-englischen Streitfragen verhandelt. Heber Italien ist Eden gestürzt, und Mussolini wird jetzt den Nachweis erbringen wollen, daß das Mißtrauen des englischen Außenministers falsch war und die Befriedung verhindert hat. So werden die englisch-italienischen Verhandlungen alle Fragen berühren, in denen man sich bisher freundlich und feindlich begegnet war. Zu diesen Fragen gehört selbstverständlich auch Mitteleuropa, an dem sich England nicht desinteressiert, weil es seine Funktion im deutsch-englischen Verhältnis zu erfüllen hat. In Rom stellt man das ebenso in die Rechnung ein wie Hitlers Anspruch, sich nicht am Schicksal von zehn Millionen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen zu desinteressieren. Es ist das eine völkerrechtliche Auffassung, die die italienischen Politiker nicht teilen, die sie dem Nationalsozialismus etwa so zubilligen wie seinen Rasseantisemitismus. In einer amtlichen Erklärung ist die italienische Regierung von diesem abgerückt und hat damit die Verständigung mit England vorbereitet. Die Begegnung von Berchtesgaden hat eine innenpolitische Seite für Österreich, und sie hat ihren außenpolitischen Aspekt, die sich wechselseitig bedingen, wo bald die eine, bald die andere mehr sichtbar wird. An Österreich ist unendlich viel

gesündigt worden, und diese Erkenntnis wird in manchen einflussreichen Kreisen zur bitteren Selbsterkenntnis. Trotzdem wird man mit Gewißheit voraussagen dürfen, daß die großen Mächte, die sich um das Schicksal des deutschen Volkes kümmern, auch weiter unsentimental und nur sachlich interessiert bleiben wollen. Mussolini hat Hitler den Sekundäntendienst erwidert, den dieser ihm während der Sanktionen geleistet hatte. Die Weltgeschichte geht weiter, und es wird für Europa viel davon abhängen, ob Italien und England die zerbrochene „traditionelle Freundschaft“ wieder zusammenschweißen können. Dr. Fr. Rom.

Von Versailles bis Moskau soll — nach der römischen „Tribuna“ — die gegen Deutschland und Italien gerichtete Politik getroffen werden. Diese Aufgabe will man, nach dem genannten Blatt, in Rom durch Rückkehr zum Viererpakt lösen, mit England, Frankreich, Deutschland und Italien als Partner. Mussolini hat seit dem Frühjahr 1933 diesen Plan verteidigt, der schließlich vor allem an der Völkerbund-Orthodoxie Frankreichs gescheitert ist; unermüdet verfolgt nun auch Chamberlain den Gedanken einer Viermächte-Aussprache. Mussolinis Leitgedanke war, Europa eine neue politische Ordnung zu geben, nachdem sich die durch die Friedensverträge geschaffene Zwangslage erschüttert schon damals als unhaltbar erwiesen hatte und die Gefahr von Blockbildungen nicht nur Mussolini beunruhigte. Frankreich befürchtete von einem Viererpakt eine Beeinträchtigung seiner militärischen Vormacht auf dem Kontinent, und seine Ostverbündeten mit ihm auch für den Bestand ihrer Sicherheit. Auch in England gab es manchen Widerwillen dagegen, obwohl MacDonald durch eine Fahrt nach Rom und Paris sich zum Gedanken des Viererpaktes bekannte. Der erste Entwurf Mussolinis hatte im Lauf der Verhandlungen wesentliche Veränderungen erfahren; Frankreich wünschte vor allem den Völkerbund zur Maschinerie des europäischen Direktoriums zu machen und ein zu rasches Entgegenkommen an Deutschland, ebenso wie eine Rangerhöhung Italiens, mit dem es mannigfache Streitpunkte hatte, zu verhindern. Seither haben sich die politischen Tatsachen entscheidend geändert. Deutschland ist im Besitz seiner vollen Souveränität und hat durch seine Wiederaufrüstung die damaligen Streitfragen um die Abrüstung uninteressant gemacht. Frankreichs Stellung und sein Zusammenhang mit den Ostverbündeten ist geschwächt und trotz der engen Zusammenarbeit mit England ist sein Vorherrschaftsanspruch nur noch eine Fiktion. Es ist nicht der von Frankreich angestrebte Block der Demokratien, sondern die Zusammenarbeit der Diktaturen Tatsache geworden. Wenn Italien nun Mussolinis Viererpaktplan in Erinnerung bringt, soll dies offenbar seinen guten Willen zum Ausdruck bringen. Er hat inzwischen auf eigene Faust jene Kolonialforderungen verwirklicht, die MacDonald aus seinem Viererpaktprogramm noch gestrichen hatte, und es wird ihm heute leichter, dem von den Westmächten für zehn Jahre geforderten status quo zuzustimmen. Deutschland braucht heute Viererpaktverhandlungen nicht zu scheuen. Daß es kein einziges Europa gibt — das ist die eigentliche Erklärung für die mangelnden Voraussetzungen einer neuen Friedensorganisation der Mächte.

Die erste öffentliche Kundgebung des neuen Sicherheitsministers Dr. Seyß-Inquart ist ein Bekenntnis zur Verantwortung. Sein Aufruf zu „Ernst, Sammlung und äußerster Disziplin“ hält sich völlig auf jener Linie, die er als Sprecher der nationalen Opposition schon im

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 19. FEBRUAR 1938

NR. 21

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52-5-43

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanz“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanz“ vierteljährlich
Für Oesterreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengó 11.—	Pengó 17.—	Für Rumänien	Lei 220.—	Lei 350.—
Für die Tschechoslowakei	ČK 64.—	ČK 100.—	Für Italien	Lira 38.—	Lira 64.—
Für Polen	Złoty 14.—	Złoty 22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 118.—	Din. 190.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengó 1.50, ČK 8.—, Złoty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 6.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezieher des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 49.361, Warschau 193.468, Budapest 37.768, Berlin 122.846.
Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Aus London wird uns geschrieben:

Die mit dem 4. Februar beginnende Woche sah Schwankungen im englisch-italienischen Felde, die einem rapiden Hin- und Her der diplomatischen Lage entsprachen. Ob Italien in ahnungsvoller Erwartung Berliner Klärungen den Nichteinmischungsdraht hatte behutsam spielen lassen, kann man nur mutmaßen. Sicherer scheint, daß Downing Street die Ernennung von Ribbentrop mit der Ankündigung neuer breit angelegter Verhandlungen mit Rom beantworten wollte. War dem so, dann wäre die englische Absicht vorerst gescheitert. Englands Bereitwilligkeit, nunmehr über die spanische Gesamtlage zu verhandeln, konnte an sich kaum genügen, die Achse zu knicken, da die drohende Note an Franco zugleich die Entschlossenheit beweist, eigene Interessen auf der iberischen Halbinsel zu wahren. Dennoch waren die Aussichten einer englisch-italienischen Annäherung nicht übel — wäre Berlin nicht gewesen. Salamanca ließ Großbritanniens Warnungsnote einfach unbeantwortet; der schroffe Ton aber, in welchem der spanische Rundfunk dies bekanntgab, ließ erraten, daß Franco diesmal auch von Deutschland (wenn nicht besonders von dort) Ermunterung erfuhr. Illusionslos und entschlossen, nur gegen Leistung zu leisten, wendet Eden den Blick wieder nach Berlin. Die Gelegenheit zum englisch-italienischen Ausgleich, falls sie je bestanden hatte, ist verpaßt. Die jüngste Aussprache im englischen Unterhaus hat Englands Interesse an Zentraleuropa erneut erwiesen. Der Außenminister hat für englische Verhältnisse sehr deutlich erklärt, daß seine Regierung sich über die österreichischen Angelegenheiten dauernd mit der französischen Regierung berate, daß es aber „nicht an England liege, die Initiative zu ergreifen“.

In diesem Zusammenhang erblickt England in der Begegnung vom Obersalzberg eine den innen- und außenpolitischen Hintergrund des 4. Februar verbindende Brücke. Die Gewißheit, daß keine Aktionen ohne sie geplant werden, muß zur Beruhigung der Armeeführer beitragen. Aber auch Italien mag eine warme Genugtuung darüber empfinden, daß es keine unvorhergesehenen Ereignisse zu befürchten braucht. Um so mehr, als der gleiche Atem auch kalt wehen könnte. Der Umstand allein, daß dem Ausbruch des 11. Juli keine inhaltliche Verständigung zwischen Rom und Berlin vorausging, unterscheidet ihn scharf vom 11. Juli selbst. Der ganze Vorgang bezeugt, daß die Partei sich innen- wie außenpolitisch stark macht, um in keiner der beiden Hinsichten dem Zufall Raum zu bieten. Selbst auf diesen zu rechnen, käme aber britischer Tradition abenteurerlich vor. Weder der 4. Februar noch der Obersalzberg ändert somit in amtlichen Augen an einer Lage, die man nur zu meistern hofft, indem man sich keinerlei Illusion über die Auswirkung von Tatsachen langibt, deren günstige Aspekte man dennoch mit aller Kraft zu nutzen entschlossen ist. Jede Entspannung zwischen Wien und Berlin wird hier begrüßt, die nicht auch zugleich Prag unterhöhlt. Eine über den 11. Juli hinausgreifende Bewegung würde hier ganz anders wirken; aber im Lichte der letzten anderthalb Jahre erscheint Oesterreichs Unabhängigkeitswille vorwiegend von den eigenstaatlichen Kräften unterbaut.

Eng-
lisches
Urteil

Aus Rom wird uns geschrieben:

Noch ist es unmöglich, eine klare Voraussage zu wagen, wie die Vorgänge in Oesterreich auf die italienische Politik einwirken werden. Gewiß ist nur, daß zwei Ereignisse, die Begegnung Schuschnigg-Hitler und die militärischen Erfolge Francos, die sich fort-

Italien
in Er-
wartung

30/20

Ob der neugeschaffene Geheime Kabinettsrat dem Schicksal entgeht, die Rolle des antiken Chors zu spielen, muß man abwarten, ebenso, wie die Methoden und Absichten des neuen Herrn in der Wilhelmstraße auf die Weltpolitik wirken werden. Im Augenblick ist nur allgemeine Beunruhigung feststellbar. Wenn die Außenpolitik Ribbentrops mit der nun einmal üblichen Parteidynamik nach Geltung streben sollte, würde Europa einer Machtpotenz nähererückt. Die Lage ist um so ernster, als diesem Auftrieb kein geeintes Europa gegenübersteht. Als Sprecher einer Führergruppe der Armee haben Generale in Übereinstimmung mit maßgebenden Wirtschaftsführern dem Reichskanzler Bedenken und Tatsachen vorgebracht, die eine Krise des Systems enthüllen. Hitler hat diesen ersten großen Versuch instinktsicher als gefährlichen Angriff auf das Diktatortum des Nationalsozialismus und seines Führerstaates erkannt; er hat nicht wie Kerkes die Wellen politisch lassen, aber die Frage nach dem Sinn des Ganzen, den Hinweis auf Falschsetzungen des Systems, als Lebensgefahr eingeschätzt und in diesem Augenblick sich selbst jene Rolle zugemessen, die ihm in der zweifellos fortdauernden schwierigen Lage völlig die Wahl läßt, ob er künftig mit der Partei oder mit der Armee gehen will. Daß hohe Offiziere zurückgetreten sind, entzieht der Armee manchen Fachmann. Das mag für sie und die Betroffenen selbst schmerzhaft sein. Es sind dieselben Offiziere, die der deutschen Rüstungspolitik ihren Schwung gegeben und zunächst nicht nach den konkreten Zielen der deutschen Außenpolitik gefragt haben. In Friedenszeiten sind politisierende Generale in der deutschen Armee eine traditionswidrige Erscheinung, die auch diesmal wieder beobachtete traditionelle Naivität ihrer Politik fand in der Partei überlegene Gegenspieler in einem großangelegten Intrigennetz. Das System hat aus diesem Vorfall die Nötigung abgeleitet, der gesetzlich schon längst erklärten Einheit von Partei und Staat vollen Nachdruck zu geben. Die Reichswehr hat ihre historische Stunde versäumt, die Partei hat sie wahrgenommen. Die deutsche Wirtschaft ist ungehört geblieben.

Aus London wird uns geschrieben:

Eng-
sche Be-
gebnis

Das Berliner Ereignis wird hier im Lichte der Ernennung des Londoner Botschafters zum Außenminister gelesen. Kein deutscher Staatsmann, mit der einzigen Ausnahme Hitlers, gilt dem Durchschnittsengländer so sehr als Verkörperung bestimmter politischer Zielideen als von Ribbentrop. Diese Ernennung erst gestattet dem Engländer, einem Ereignis, dessen gewaltige Ausmaße unbestritten sind, ein bestimmtes Vorzeichen zu setzen. Denn bis auf das Revirement im Außenamt wären die Ereignisse des 4. Februar bloß Anzeichen einer außerordentlichen Machtkonzentration gewesen, nicht auch an sich bedrohlich. Seit dem Rücktritt Dr. Schachts verhehlte sich die City nicht, daß die mittlere Linie im Reich an Boden verliere. Doch auch eine weniger behutsame Politik brauchte deshalb noch nicht Befürchtungen zu erwecken. Daß es im Reich nicht eine, sondern drei oder vier außenpolitische Richtungen gab, galt zwar als erwünschte Bürgschaft gegen allzu starr verfolgte Planideen, ließ aber auch erkennen, daß Vereinheitlichung noch nicht Verkrampfung bedeuten müsse. Die Verschlebung der Reichstagsitzung vom 30. Jänner wurde hier als Sturmzeichen gedeutet, eines Sturmes aber, der um hohe Ämter, nicht

notwendig auch um hohe Politik koste. Trotz der Rang-erhöhung von Neuraths schließt die Person seines Nachfolgers sich ansehlich-barbarische Wirkung des Gesamt-vorgangs aus. Die scharfen Konturen des neuen Außenministers verkörpern für den Engländer den ungestümen Tatendrang des nationalsozialistischen Reiches. Den ganzen Tiefgang der nationalsozialistischen Revolution ernennt der Engländer vielleicht das erstmal an der Offenheit, mit der hier ein gegnerischer gesamtpolitischer Umbruch vollzogen wird.

Dr. K. P.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Die Vorgänge in Berlin berühren Rom stärker als jede andere Hauptstadt. Die faschistische Presse verkündet eine Gleichschaltung in der deutschen Regierung, die auch eine Gleichschaltung zum totalitären System in Italien bedeuten soll. Das ist nicht nur formal, sondern auch inhaltlich gemeint. Denn, so argumentiert man in italienischen Kreisen, Hitler an der Spitze der Weltmacht wird abschließender als bisher eine Außenpolitik im Sinne der Parteideologie führen. Es kann nicht wundernehmen, wenn man Vorgänge und Personen in Deutschland nach den eigenen Erfahrungen bewertet. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß der italienische Außenminister durch seine Botschafter stets gut unterrichtet zu sein pflegt, so daß das Revirement in Berlin für ihn gewiß nicht überraschend kam, und daß er sich auch über den Wert der Gerüchte Rechenschaft ablegen kann. Mag die künftige innenpolitische Entwicklung in Deutschland günstiger oder ungünstiger ausfallen, die italienische Außenpolitik wird sich ohne besondere Schwierigkeiten darauf einrichten. Am Tage der Berliner Entscheidungen hat Grandi in London Eden unterrichtet, daß seine Regierung die Kontrolle im Mittelmeer ebenfalls verstärken will. Allen Mutmaßungen über italienische direkte oder indirekte Interventionspläne in Spanien ist nun der Boden entzogen und Rom erwartet, daß England aus diesem Entgegenkommen die entsprechenden Folgerungen ziehen wird. Noch einmal hat Italien seine Verhandlungsbereitschaft kundgegeben; auf der andern Seite rechnet es damit, daß England nicht mehr so einseitig wie bisher die Verständigung nach Berlin suchen wird, wo Ribbentrop ins Auswärtige Amt einzieht. Die Ereignisse auf dem spanischen Kriegsschauplatz werden wohl auch die Engländer davon überzeugen, daß Mussolini es nicht nötig hat, neue Truppen abzuschicken. Die Kriegslage scheint sogar die Rückziehungen von Freiwilligen zu erlauben, falls nicht Barcelona neuen Zuzug von außen erhält. Man darf also sagen, daß Italien heute eine friedliche und befriedigende Entwicklung für möglich hält. Es kommt nur auf England an. In anderthalb Wochen spricht Hitler vor dem Reichstag, 14 Tage später beschäftigt sich der große faschistische Parteirat mit der Außenpolitik. Er wird also schon darüber im Bilde sein, wie die Welt auf Hitlers Äußerungen reagiert. Heute kann man nur das eine sagen, daß Italien (oder die Achse) grundsätzlich an der Ablehnung der Kollektivpolitik, sei es des Völkerbunds, sei es des Van Zeeland-Plans, festhält, einerseits um die Achse, andererseits um die Autarkie zu erhalten. Wichtiger aber ist doch wohl, daß Italien von der Verständigungsbereitschaft wegen Spaniens zur Aussprache über Mittelmeer und Imperium zu gelangen wünscht.

Dr. Fr.

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 15. JÄNNER 1938

NR. 16

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.525-43

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich
Für Oesterreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengö 11.—	Pengö 17.—	Für Rumänien	Lei 320.—	Lei 530.—
Für die Tschechoslowakei	öK 64.—	öK 100.—	Für Italien	Lire 38.—	Lire 64.—
Für Polen	Zloty 14.—	Zloty 22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 118.—	Din. 190.—			

Einzelnummer: Schilling 1.50, Pengö 1.50, öK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 103.498, Budapest 37.768, Berlin 122.848.
Zürich VIII 10.330. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Downing Street urteilt über die Ereignisse des Südostens im Lichte ihrer Rückwirkungen auf die Machtlage im Mittelmeer. Eine Ablenkung Italiens in die Richtung auf die Donau hin erscheint auch dann als erwünscht, wenn sie das Prestige der italienischen Außenpolitik höbe. Denn westliches und östliches Mittelmeer sind es vor allem, wo Rom Englands Kreise stört. Jährer Druck auf Italien birgt die Gefahr einer Machtverschiebung innerhalb der „Achse“ zugunsten Berlins. Namentlich an der mittleren Donau müßte sie bald fühlbar werden. Soweit es an England liegt, zöge man hier eine das deutsche Vordringen eindämmende Teilnahme Italiens an der Südostentwicklung vor. So wäre es denn verfehlt, die im arabischen Rundfunkstreit wieder erklärte Rivalität zwischen Rom und London etwa als Quelle einer englischen Ressentimentpolitik im Südosten zu deuten. Vielmehr wird dem kühl aufgenommenen Regimewechsel in Rumänien immerhin zugute gehalten, daß es in der Außenpolitik das Hakenkreuz eher im Wappen als im Schilde führe. Auch der Budapester Konferenz der drei Kompaktstaaten wird die Glanzrolle Italiens nicht verübelt. Namentlich entgeht hier niemandem Ungarns Doppelstellung in der neuen italienischen Außenpolitik, deren rumänischer Aspekt ungarischen Revisionswünschen nicht hold ist.

Dr. K. P., London.

Die Römer Protokolle aus dem Jahr 1934 haben sich auch auf der eben stattgefundenen Budapester Konferenz der drei Paktstaaten als geeignete Grundlage für diplomatische Anpassungen erwiesen. Die Vertreter Oesterreichs sind mit dem entschiedenen Willen zu einer un-

abhängigen Politik und dem Anspruch voller Bewegungsfreiheit nach Budapest gekommen. Der italienische Partner hat sich seit der letzten Konferenz in der Achse Rom-Berlin ein neues Instrument geschaffen und fühlte von sich aus nun das Bedürfnis, die Frage nach der Gleichrichtung der Außenpolitik der Protokollstaaten und der Achsenmächte zu klären. Oesterreich konnte ihm diese Aufgabe durch den Hinweis auf sein Festhalten an den Abmachungen mit Deutschland vom 11. Juli 1935 erleichtern, die ihm gleichfalls seine Unabhängigkeit gewährleisten, und seine bereitwillige Rücksichtnahme auf die Linie der Außenpolitik des Deutschen Reiches bekunden. Die gemeinsame Erklärung der Römer Vertragsstaaten über das Ergebnis der Budapester Besprechungen läßt nach Form und Inhalt erkennen, daß die versammelten Staatsmänner in sehr ernsten Darlegungen Sinn und Richtung ihrer Politik dargelegt und verteidigt haben. Oesterreich, Italien und Ungarn haben ihre politisch-diplomatische Aktionsgemeinschaft auf der Grundlage der Römischen Protokolle in Budapest erneut bekräftigt; Oesterreich und Ungarn haben die politische Realität der Achse Rom-Berlin anerkannt, die vor allem für Rom einen doppelten Kontakt bedeutet, um

„die wirksamen Bedingungen der Eintracht, der Gerechtigkeit und der Stabilität in Mitteleuropa und Donaueuropa zu schaffen“.

Graf Ciano hat mit diesen Worten die italienische Doppelfunktion einer mitteleuropäischen Macht und eines ehemaligen Nachfolgestaates der Donaumonarchie gekennzeichnet und damit auch einbekannt, daß es einen engeren Interessenkreis der Donaustaaten gibt und einen weiteren der mitteleuropäischen Politik, an dem das Deutsche Reich hervorragend interessiert ist. Diese Analyse eines doppelten Vertragssystems entspricht auch den Interessen Oesterreichs und Ungarns, die ihre Freiheit zum Ab-

erlaubt
zu der
Südosten

Süd-
osten
interessa

Einflußnahme des allgemeinen Gewerkschaftsbundes auf die Führung der Betriebe zu erwehren. Im Juni 1938 war noch vor dem Abschluß der Tarifverträge die C. G. T. noch nicht so mächtig wie heute, wo sie 5 Millionen Arbeiter vertritt, und für sich allein die Aktivlegitimation für die gesamte Arbeitnehmerschaft beansprucht. Es ergeben sich drei Fragenkomplexe für den neu auszuarbeitenden „sozialen Friedenspakt“: die Regierung drängt auf Neuordnung des Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahrens, das erst am 31. Dezember 1936 gesetzlich geregelt wurde, das aber nur schwerfällig und langsam arbeitet. Der heftigste Streitpunkt ist die Regelung der Neueinstellung und der Entlassung von Arbeitskräften; bei jener sollen nach den Forderungen der C. G. T. allein die staatlichen Arbeitsvermittlungsbehörden mitwirken, und die C. G. T. sucht sich durch Ausschaltung aller anderen Arbeitnehmerverbände und der privaten Arbeitsvermittlungsorganisationen hierin praktisch ein Monopol zu schaffen. Endlich wollen die C. G. T. und mit ihr die Sozialisten den Streik, das soziale Kampfmittel selbst, gesetzlich genau geregelt wissen. Der Streikbeschuß soll nur durch geheime Wahl der Betriebsarbeiter in Anwesenheit des Arbeitsinspektors beschlossen werden können und für die ganze Arbeitnehmerschaft des Betriebes verbindlich sein. Der Staat soll vom Streikbeschuß ab bis zur Wiederaufhebung, die in den gleichen Formen zu beschließen ist, für die „Neutrollierung“ des bestreikten Betriebes sorgen, eine Zwischenlösung, die mit dem Begriff des Eigentums nicht zu vereinbaren ist. Die Mehrzahl der Unternehmer steht einem neuen Pakt mit der C. G. T. von vornherein ablehnend gegenüber, da die letzten Streiks im Widerspruch zur geltenden Gesetzgebung vor oder während des eingeleiteten Schlichtungsverfahrens ausgebrochen sind. Sie fragen sich, wozu neue Pakte und Gesetze dienen sollen, wenn schon die alten nicht respektiert werden und die Regierung den herrschenden Gesetzen nicht zur Durchsetzung zu verhelfen vermag. Aber auch die Arbeitgeber sind an dem Wiederaufleben der Arbeitskämpfe nicht unschuldig, sie haben vielfach versucht, die Einleitung der Schlichtungsverfahren zu verschleppen und die Kollektivarbeitsverträge nicht zu verlängern. Die Gegensätze scheinen so groß, daß wohl die Regierung allein mit Hilfe des Parlaments — ohne Abkommen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — das neue Arbeitsrecht schaffen muß. Die Arbeitgeber haben die Teilnahme abgelehnt. Die Ungewißheit über den Ausgang der sozialen Spannung hat die Währungsunsicherheit noch erhöht, die nach dem Aufhören der Kapitalrepatriierungen zur Deckung des Bedarfs des Jahresultimo wieder eingesetzt hat, als die Regierung 5 Milliarden neuer Vorschüsse bei der Bank von Frankreich in Anspruch nehmen mußte und im Zusammenhang damit der Notenumlauf einen neuen Höchststand erreicht hat. Somit kam es zur Spannung der Reportsätze auf dem Devisenmarkt, welche einen Stand aufweisen, der seit Anfang November 1937 nicht mehr zu verzeichnen war.

Dr. K. L., Paris.

Der spanische Wetterwinkel lichtet sich. Italiens Bereitschaft, die Mehrzahl seiner Freiwilligen zurückzuziehen, wurde vielleicht in der Annahme gemacht, daß die Barcelona-Regierung ohnehin ausgespielt habe. Aber die Ueberrumpfung Teruels mitten im härtesten Winter setzt sorgfältige Vorbereitung und Durchführung mannigfaltiger militärischer Aufgaben voraus; die erfolgreiche Verteidigung gegen die Einsatzarmeen bedirft den Eindruck von Feldtätigkeit, den die neue Armee macht.

Ob die eingeschränkte Blockade der spanischen Ostküste die Regierung in die Knie zu zwingen vermag, ist angesichts des nationalistischen Verzichtes auf volle Kriegsführungsrechte zweifelhaft. Und so eröffnet sich denn wieder die Aussicht auf einen langen Krieg, der sehr wohl in eine faktische Teilung des Landes ausmünden kann. Die englische Regierung sieht darin einen Erfolg ihrer Isolierungs- und Nichteinmischungspolitik, der die zahlreichen Widersprüche (und mehrfachen Demütigungen), die sie im Gefolge hatte, endlich zu rechtfertigen scheint. Die weltanschauliche Ueberdramatisierung des spanischen Konfliktes hat hier längst einer recht nüchternen Betrachtung Raum gegeben; die Verbürgerlichung der republikanischen Regierung hat ihren Eindruck im demokratischen Westen nicht verfehlt. Die Unterhausdebatten über Außenpolitik werden von der englischen Regierung (nicht ganz mit Unrecht) als unwillkürliche Bekundungen nationalen Einheitswillens hingestellt. Gewiß, die Opposition würde dem Völkerbund viel stärkere Unterstützung leisten, als Chamberlain es zu tun gewillt ist. Aber den spanischen Bürgerkrieg will auch sie nicht vor die Garter Versammlung bringen. Und so bleibt denn trotz Tarnel Nichteinmischung die Parole. Dr. K. P., London.

Es sind nun mehr als acht Monate her, daß der seit-her als belgischer Ministerpräsident zurückgetretene Professor Van Zeeland von den Regierungen Englands und Frankreichs mit der Aufgabe betraut wurde, die Frage der Wiederherstellung des internationalen Wirtschaftsriedens und der Weltwirtschaft zu studieren. Es war zu einer Zeit, wo Weltkonjunktur und Welthandel in sichtbarem Aufschwung waren, wo Rohstoffnot sich anzudeuten schien. Gleichzeitig erfolgten die Versuche, die Oslo Konferenz neu zu beleben und des amerikanischen Staatssekretärs Hull Bemühungen um Abbau der Handelszranken zur Milderung der weltpolitischen Gegensätze. Inzwischen hat sich die Rohstoffnot als trügerisch erwiesen und die Konjunkturlage hat sich erheblich verschlechtert. Um so wertvoller wäre ein Erfolg der Bemühungen von Zeelands, die ihn im Zuge seiner Vorarbeiten nach Amerika und ihn und seinen Mitarbeiter Maurice Frère in eine Reihe europäischer Hauptstädte, zuletzt nach Rom, geführt haben. Aber diejenigen, welche an van Zeelands Mission, der seither im Juli durch einen aufsehenerregenden Brief des belgischen Königs erhöhtes Renouveau gegeben wurde, große Hoffnungen geknüpft haben, werden gut tun, diese herabzustimmen. Van Zeeland hat seinen Bericht fertiggestellt — man hatte die Veröffentlichung schon für Weihnachten angekündigt — aber es erschien notwendig, vorher über die Schlussfolgerungen mit den Auftraggebern in London und Paris noch Rücksprache zu nehmen, und der vorige Woche erfolgte Besuch bei Neville Chamberlain und den Finanzsachverständigen des englischen Kabinetts hat van Zeeland offenbar zu einer wesentlichen Änderung oder Einschränkung seiner Vorschläge genötigt. Amtlich ist nur mitgeteilt worden, daß auf Grund der erfolgten Unterredungen van Zeeland nunmehr sein Gutachten beenden werde und daß nach dessen Kenntnisnahme durch die englische und die französische Regierung, bei der van Zeeland noch versprochen wird, der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stehe. Man hat auch vor falschen und ungenauen Meldungen gewarnt. Aber es ist dennoch ganz unzweifelhaft, daß die Meinungsverschiedenheiten schwerwiegend waren und worin sie bestanden.

V. Zeeland
Mission

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 11. DEZEMBER 1937

NR. 11

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52.5-43

Hauptblatt allein		mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein		mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich	
Für Oesterreich	Schilling	12.50	Schilling	20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk.	8.—
Für Ungarn	Pengo	11.—	Pengo	17.—	Für Rumänien	Lei	320.—
Für die Tschechoslowakei	öK	64.—	öK	100.—	Für Italien	Lira	38.—
Für Polen	Zloty	14.—	Zloty	22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr.	11.—
Für Südslawien	Din.	118.—	Din.	180.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengo 1.50, öK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezieher des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach dem im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.498, Budapest 37.768, Berlin 122.848.
Zürich VIII 19.820. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

„Nun ist die Luft von solchem Spuk so voll“, daß die Registrierung selbst unglaublicher Gerüchte nicht mehr vermeidbar scheint. Einige liberale Abgeordnete meinten zu wissen, daß die Regierung über die Halifax-Mission gespalten sei; sie wünschen zu verhindern, daß England dem Frieden zu Liebe Mitteleuropa seinem Schicksal überlasse. Umgekehrt lief auch ein Gerücht um, daß die Regierung sich nunmehr für den status quo an Donau und Moldau einsetze. Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte, sondern in einer Ebene, von der aus weder die eine noch die andere Entscheidung auch nur recht möglich wäre. Im Grunde setzte die Halifax-Reise die Aktion fort, die das Londoner Protokoll vom 3. Februar 1935 meinte, nur daß damals England scheinbar mit Frankreich verabredet vorging, während diesmal der Schein im umgekehrten Sinn täuschte. Damals hatten England und Frankreich beschlossen, Deutschlands Ziele und Absichten zu erkunden, selbst wenn sie dafür einen Preis zahlen mußten. Aber der durch die gemeinsame Note bewirkte Schein darüber hinausgehender Verabredung wurde dann durch den Abschluß des englisch-deutschen Flottenabkommens radikal widerlegt. Wiewohl England seine Handlungsfreiheit im Abschluß dieses Vertrages reichlich benützt hatte, war Frankreich nicht ernsthaft besorgt, da die vermutete gegenseitige Bindung gar nicht bestanden hatte. Diesmal schien es umgekehrt, als ob England seinen Erkundungsschritt in Berlin ohne Verbindung mit und vielleicht sogar gegen Frankreich unternommen habe. In Wirklichkeit wollte Downing Street nur erfahren, um welchen Preis Deutschland zum Generalausgleich zu haben sei. Das Gleiche war aber auch Frankreichs Ziel. Die in Paris wie in London herrschende Überzeugung von der natürlichen

Übereinstimmung der Interessen legt nun die Verhaltensregel nahe, einander gegenseitig volle Aktionsfreiheit zu lassen. Jede der beiden Mächte, ob England, ob Frankreich, soll in der Lage sein, den auffälligen Verhandlungspartner ehrlich versichern zu können, daß sie nicht als Teilhaber einer englisch-französischen Aktionsgemeinschaft, sondern frei und selbständig vorgehe. Fast noch wertvoller ist die allerdings nur für England geltende Wirkung im Innern. Auch nur der Schatten des Verdachtes, daß Downing Street dem Zwang französischer Bindungen gehorche, genügt in England, um jeglichen, selbst den vernünftigsten außenpolitischen Schritt unvollständig zu machen. Sei die englische Regierung ihrer Übereinstimmung mit Frankreich noch so sicher, so muß sie selbst auch nur den Schein vermeiden, als ob zwischen ihr und der französischen Regierung eine Verabredung bestünde. Weder den Katonen noch dem Prestige noch aber auch Frankreich zuliebe darf ein Ausgleich mit Deutschland gescheitert sein, das ist die innenpolitische Vorbedingung aller englischen Außenpolitik. Ueberrascht kann wurde von Downing Street die Szene der Halifax-Reise gesetzt, um solcher Notwendigkeit gerecht zu werden. Die wichtige Dialektik der Reihenfolge Hitler-Chautemps erfüllte ihren Sinn gerade in der Vollendung, mit der die englische Regierung das eigene Volk seiner Entscheidungsfreiheit versichert hatte. Dr. K. P., London.

Der Werbefahrt des französischen Außenministers Delbos zu den Südostverbündeten Frankreichs gab die Geste der Begrüßung durch den Außenminister Neurath auf der Durchfahrt in Berlin einen freundlichen Aspekt. Auf seinen späteren Stationen, Warschau, Bukarest und Belgrad, war die Atmosphäre freundlich; das Ergebnis aber dürfte karg sein. Das französisch-polnische Bündnis wird heute nicht mehr von der gleichen Stimmung getragen, die es begründet hat, weil die polnische Außen-

Französisch
Südost
polnisch

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 4. DEZEMBER 1937

NR. 10

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTLEITUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R-52-5-43

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich
Für Oesterreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich .	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengo 11.—	Pengo 17.—	Für Rumänien	Lei 320.—	Lei 530.—
Für die Tschechoslowakei .	čK 64.—	čK 100.—	Für Italien	Lire 38.—	Lire 64.—
Für Polen	Zloty 14.—	Zloty 22.—	Für das übrige Ausland .	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Sudetawien	Din. 118.—	Din. 190.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengo 1.50, čK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezüher des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.493, Budapest 37.763, Berlin 122.846. Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Die europäischen Gespräche beginnen im Jahre 1937 nicht mehr mit Bedingungen und Ultimaten. Dieser entscheidende Unterschied der jüngsten Londoner Konferenz zu früheren ist der Ausdruck der veränderten, nach Neuordnung Europas dringenden Machtlage: Vertrauen zur eigenen Stärke macht es den Westmächten dem erhöhten Selbstbewußtsein des Deutschen Reiches gegenüber leicht, jene Haltung zu bekunden, die letzte Entscheidungen verbißt oder zumindest weiter an den Rand künftiger Entwicklungen verschiebt. Das deutsche Echo auf die Londoner Verhandlungen ist karg, indes im Grundsätzlichen nicht verneinend. Die rückhaltlose englisch-französische Zusammenarbeit ist für die Außenpolitik des Reiches eine erste Tatsache, die auch der deutsche Widerwille gegen Totallosungen — wenn andere sie wollen — nicht leicht nehmen kann. Die einsichtsvolle Stellungnahme der Londoner Konferenz zur deutschen Kolonialforderung rechtfertigt jenes Zuwarten, welchem die Deutsche Diplomatische Korrespondenz Ausdruck gibt; sie erklärt gleichzeitig, daß Rom sich erst recht Zeit 1881 mit einer Ausdeutung und Wertung der Londoner Ergebnisse. Die Welt diplomatie versagt sich in diesem Stadium noch jede Formulierung, die als Bedingung empfunden werden könnte, rückt aber zugleich den Gesamtkatalog der Forderungen in das Blickfeld, die beseitigt werden müssen, wenn der Friede gesichert werden soll. So wird der Ausgangspunkt der Beteiligten verschieden sein, das Ziel das gleiche werden können. Im Westen wird es das Deutsche Reich sein, das stärker als Verhandlungsteilnehmer auftritt, in Zentraleuropa will der französische Außenminister Delbos es unternehmen, anders als vor ihm Barthou, der Rußland nach Europa zurückführte,

einer neuen europäischen Solidarität den Weg zu bahnen. Oesterreich liegt nicht auf seiner Reiseroute. Es sind die Frankreich verbündeten Staaten der Kleinen Entente, die dafür gewonnen werden müssen, innerhalb eines an sich gelockerten Bündnissystems, das für Versailles und sein Unrecht die Verantwortung trägt, Friedensanwälte zu sein. Es ist mehr als eine Umgruppierung, mehr als die Abkehr von Paragraphen nötig; Staatsmänner und Völker müßten die Kraft aufbringen, dem Krieg den Krieg anzusagen, indem sie auf manches verzichten, was ihnen der Niederbruch Mitteleuropas an Macht und Vorteilen gebracht hat. Die Aspekte der in London gewünschten Gesamtlösungen werden nur sehr allmählich erkennbar werden können.

Aus London wird uns geschrieben:

Sowohl Deutsche und Tschechen, wie Engländer werden Nachgiebigkeit zeigen müssen, mahnt das Sprachrohr des Außenamtes in einem Artikel, der den französischen Ministerpräsidenten in London bewillkommt. Großbritannien sei zu kolonialen Zugeständnissen bereit. Die Tschechoslowakei könne sich nicht dem politischen Schwergewicht fast 70 Millionen Deutscher entziehen. Und Deutschland selbst? Die Antwort ist dem Zusammenhang zu entnehmen, in welchem: Allmählichkeit der Wandlung und neue Sicherungen des Friedens gekoppelt werden. Aber auch schrittweise Entwicklung kann mit wichtigen Verlagerungen anheben. Vor allem betreffen sie die internationale Rechtsstellung der Sudeten Deutschen. Das Reich verlangt zwischenstaatliche Anerkennung der Rechte deutschen Volkstums. Deutschland, als Vorkämpfer solchen Rechtes, bietet die eigene Bürgschaft für die Einhaltung des neuen Zustandes an. Er wäre von einer internationalen Schutzherrschaft nur durch eine Berufung auf die Reichsidee zu unterscheiden. Die Erwähnung Oester-

Auf-
kernag
in
europä-
uropa

Chan-
tempa
Londo

teils ist geflissentlich noch unbestimmt gehalten. Nicht Frankreich und England, sondern Italien stünde das erste Wort in einer Angelegenheit zu, die längst vom Rechtsgrund der Friedensverträge in den Bereich der Tatsächlichkeiten abgewichen sei. Dafür verspreche sich England ein Abkommen über Rüstungsgrenzen. Bürgschaften gegen einen Ueberfall aus der Luft, und vielleicht auch andere zusätzliche Sicherheiten. Das englisch-deutsche Flottenabkommen einerseits, die neue Locarno-Bürgschaft Englands für die französische Ostgrenze andererseits wird als Fundament und Rahmen solcher Abmachungen erwähnt. Solche Gleichstellung der beiden Vertragsgruppen, denen so verschiedenes inneres Gewicht zukommt, wirkt durchaus gekünstelt. Gerade daran soll über Frankreich erkennen, daß der englische Verhandlungspol zwar manche berücksichtigungswürdige Interessen schwer gefährden muß, nicht aber auch unbedingt diejenigen Frankreichs selbst. So wird denn diese Betrachtung zur Berliner Fahrt Halifax' überaus gewichtige Fragen auf.
Dr. K. P.

Oester-
reichs
Selbst-
bewäh-
rung

Die österreichische Unabhängigkeitspolitik findet sich durch die Londoner Verhandlungen bestätigt. Nur eine allgemeine europäische Regelung kann Oesterreichs Eigendasein gewährleisten, ohne daß Regierung und Volk der Verpflichtung entgehen, mit höchster Kraftanstrengung selbst für die Sicherung des Staates zu sorgen. Voreiliger Optimismus auf Hilfe durch die Großmächte „um jeden Preis“ wäre gefährlichste Selbsttäuschung. Der Öffentlichkeit der Weststaaten, die nun einmal nichts weiß vom geschichtlichen Eigenleben Oesterreichs und der Besonderheit österreichischen Deutschtums, macht die Unterscheidung zwischen den beiden deutschen Staaten manche Schwierigkeiten. Kraftvolle Propaganda gegen Oesterreichs Selbstständigkeit tut das ihre, um die Vorstellung zu erwecken, daß Oesterreichs staatliche Selbstpreisgabe bereits Volkswille sei. Das politische Denken demokratischer Völker bedarf zum Verständnis fremden Volkswillens ihnen vertrauter Äußerungsformen des politischen Lebens. Daß sie bei uns nur zu sehr fehlen, beeinträchtigt das Verständnis für Oesterreichs politische Ziele. Dieser Tatbestand verpflichtet die Führung der österreichischen Politik zu verstärkten Anstrengungen vor allem im Sinn einer Bindung aller Kräfte, die zum Einsatz bereit sind für das unabhängige Oesterreich. Es muß der Versuch gewagt werden, auch aus den Reihen einer gesiechten Opposition von rechts und links Mitarbeiter heranzuziehen und jedem Totalitätsstreben derjenigen Kreise, die sich als die allein staatstragende Schicht anerkannt sehen wollen, zu widerstehen. Eine solche Innenpolitik bringt uns der Verpflichtung des Jult-Paktes zur Rücksichtnahme auf die „friedlichen Bestrebungen der Außenpolitik der Deutschen Reichsregierung“ näher, die jetzt durch die Mängel des innenpolitischen Systems nicht zum Ausdruck kommen kann. Das stärkste Argument für die Unabhängigkeit Oesterreichs wird eine Politik sein, die sich herleitet vom besonderen Charakter des Landes, seiner Wirtschaft, seiner Kultur. Methoden und Ergebnisse der deutschen politischen und wirtschaftlichen Führung mögen auf manche suggestiv wirken. Oesterreich kann das deutsche Experiment weder nachahmen, noch sich ihm gleichrichten. Jene, die es wollen, muten Oesterreich zu, die übersehbaren Opfer der letzten Jahre durch neue unbekannten Ausmaßes vergeblich zu machen.

Niemand ist mehr in der Lage, die Entwicklungslinien des Bundeshaushaltes zu erkennen und darzustellen, und niemand mehr berufen, vor unerwünschten Entwicklungen zu warnen, als der Präsident des Rechnungshofes. Dr. Ender hat sich dieser Aufgabe in seinem, vor wenigen Tagen gehaltenen Vortrag formell und inhaltlich in vorbildlicher Weise unterzogen. Anschauliche Auszüge aus dem Bundeshaushalt seit 1925, die er seinen Zuhörern zur Verfügung stellte, ermöglichten es dem Vortragenden, sich bei der Anführung des spröden Zahlenmaterials auf das Notwendigste zu beschränken, dagegen, da die Zuhörer das Entwicklungsbild vor Augen halten, mit um so größerer Präzision seine Schlussfolgerungen zu ziehen. Und diese sind, wenn auch der Bundeshaushalt während der letzten Jahre im wesentlichen im Gleichgewicht ist, nicht frei von Sorgen. Wir haben die Stuerschraube in den Jahren der Hochkonjunktur und in den Jahren der Krise angezogen, wir ziehen sie auch jetzt wieder in den Jahren des Wiederaufstiegs an, und sind bereits bei einem Punkt angelangt, der ein weiteres Anziehen nicht mehr gestattet. Schon jetzt liefern die Steuern eben wegen ihrer Ueberhöhung nicht mehr Höchstserträge, weil sie die Bildung von Einkommen und Vermögen selbst beeinträchtigen. Schon darunter und andererseits wegen der Ungerechtigkeit einzelner Steuern und Steuerstufungen mußte die Steuerredlichkeit leiden, was wieder die Ergebligkeit nachteilig beeinflusst. So enthält der Bundeshaushalt auf der Einnahmenseite keine Reserven für den Fall eines Rückschlags der Konjunktur, der früher oder später kommen muß und den Dr. Ender bereits herannahend sieht. Die vorsichtige Konjunkturprognose des Rechnungshofpräsidenten ist ein Vorzug, denn die Entwicklung unserer Staatsfinanzen wie unserer Wirtschaft überhaupt hat schwer gebüßt, daß die damalige, in anderer Beziehung so verdienstvolle Finanzverwaltung sich in den auf die letzte Hochkonjunktur folgenden Jahren lang gestraubt hat, die kommende schwerer Krise zur Kenntnis zu nehmen, immer mit einer raschen Erholung gerechnet hat. Man braucht nur darauf zu verweisen, daß die Vorausschläge damals mehrere Jahre hindurch gar nicht für die Deckung der wachsenden Fehlbeträge der Bundesbahnen vorgesorgt haben, von denen zu sprechen Dr. Ender in seinem Vortrag keine Zeit mehr fand. Auch wenn Dr. Ender mit seiner Wirtschaftsvoraussicht unrecht behielte, wäre dies keinesfalls von Uebel, denn die Maßnahmen, die er vorschlägt, sind unter allen Umständen nötig und im Wirtschaftsaufstieg leichter durchzuführen. Erhöhung der Steuerlasten kommt nicht in Betracht, wohl aber Erleichterungen, wo ungerechte Verteilungen und wirtschaftsschädigendes Uebermaß besonders augenfällig sind. Da aber eine Einnahmenerhöhung ausgeschlossen ist, so muß um so mehr auf Sparsamkeit Gewicht gelegt werden. Ein großer Teil der Ausgaben ist aber zwangsläufig. Wo das nicht der Fall ist, muß im kleinen und im großen gespart werden. Dr. Ender hält eigentlich nur in den Sachausgaben Ersparungen für möglich, weil er zu dem Maß an Willen kraft, das zur Senkung der Personalausgaben nötig ist, geringes Vertrauen hat und weil in Zeiten des Konjunktualabstiegs Personalabbau Arbeitslose schafft. Die Schwierigkeiten des Personalabbaues zu verkennen, hieße Vorkriten des Personalabbaues zu verkennen, hieße Vorkriten des Strauß-Politik spielen. Das zweite Argument können wir nicht gelten lassen. Erfahrungsgemäß bringen unterlassene Sachausgaben viel mehr Wirtschaftsschäden und erzeugen eher Arbeitslosigkeit als im Personalbudget erzielte Ersparnisse. Und Personalabbau wäre selbst dann nützlich, wenn man die Abgebauten gar nicht in den dauernden Ruhestand übersetzt und damit den Arbeitsmarkt belastet. Vere

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 20. NOVEMBER 1937

NR. 8

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52.5-43

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich
Für Österreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich .	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengo 11.—	Pengo 17.—	Für Rumänien	Lei 320.—	Lei 530.—
Für die Tschechoslowakei .	öK 84.—	öK 100.—	Für Italien	Lira 38.—	Lira 64.—
Für Polen	Zloty 14.—	Zloty 22.—	Für das übrige Ausland .	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 118.—	Din. 180.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengö 1.50, öK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 6.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezieher des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonten: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.498, Budapest 37.768, Berlin 122.845.
Zürich VIII 19.830. Probennummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Aus London wird uns geschrieben:

Berlin ist der Schlüssel der internationalen Lage. Lord Halifax' Entscheidung nach der deutschen Hauptstadt bedeutet die offene Anerkennung dieser Tatsache seitens der englischen Regierung. Weiter mit Rom, noch mit Tokio sind Abreden von wirklichem Wert, wenn sie mit den deutschen Kolonialforderungen nicht in Beziehung zu setzen sind. Neun von zehn Engländern würden einer Diskussion über die Rückgabe deutscher Kolonien zustimmen, wenn Deutschland dafür eine den Weltfrieden sichernde Regelung in Aussicht stellte. Lord Halifax' Reise soll dies vor aller Welt bezeugen. Wenn es so etwas wie eine umgekehrte Prestigepolitik gibt, so soll sie hier bekundet werden. Der Grund dafür liegt in der inneren Politik dieses Landes, welche seit dem Weltkrieg unter gesamtinternational eine Haltung zu verstehen gewohnt ist, die der inneren Einigkeit zuliebe alle äußere Prestigerücksicht von sich weist. Daß dies nicht allen Die-hards nach dem Herzen ist, und überhaupt eher eine Linie der Vernunft als der im Ernstfall trotz allem entscheidenden Gefühle darstellt, ändert nichts an der Allgemeinheit einer Erwartung, die an eine starke Außenpolitik nur unter der Voraussetzung überzeugend vorgebrachter Versöhnlichkeit glauben will. An eine unmittelbare Kriegsgefahr denkt man hier so wenig wie in den anderen Hauptstädten, unter denen gerade die tonangebenden auf Zeitgewinn bedacht sind. Nicht die zeitliche Nähe, sondern die logisch gesetzte Wahrscheinlichkeit eines Zusammenstoßes beherrscht das außenpolitische Denken, eine Wahrscheinlichkeit, aber, die durch den Lauf der Zeit allein nicht unbedingt geringer werden dürfte. In diesem Licht besehen, war Brüssels harte Antwort an Japan sowie die Vertagung des Parallelgesprächs mit Rom nur eine illusionistische Aus-

deutungen geflissentlich entmutigende Begleitscheinung der Berliner Reise. Weder Kolonien, noch weitanschaulichen Werten zuliebe will England in einen Krieg gezogen sein. Das ganze Volk möge wissen, daß Regierung und Parlament darüber einig sind. Die erzwungene Abwesenheit Litwinows von Brüssel und die Anzeichen einer entschlagen bürgerlichen Linie der Barcelona-Regierung sollen Halifax gestatten, Englands weitanschauliches Desinteressement auf die gleiche Stufe mit seiner kolonialen „Opferbereitschaft“ zu stellen. Weder ein imperialistisches Veto gegenüber deutschem Gebietsverlangen, noch eine antifaschistische Festlegung sollen Halifax daran hindern, die eigentlichen Schwierigkeiten einer Einigung Großbritanniens mit dem Dritten Reich zu erörtern. Man wäre in London nicht überrascht, wenn er einen Antrag zur langfristigen Vertagung der Kolonialfrage nach Hause brächte. Ähnliches wurde Warschau im Jahre 1934 mit Erfolg nahegelegt. Die Gegenleistung würde heute etwa auf der gleichen Linie liegen müssen wie damals.

Die Beschlüsse von Brüssel schlagen einen Ton an, der Mächtekonferenzen seit langem nicht eignet. Nyon war stark in der Sache, doch behutsam in der Weise. Die Genfer Versammlungen aber sprachen oft nur deshalb so laut, weil sie nicht Mächte, sondern bloß Versammlungsmitglieder vertraten, die von den eigenen Regierungen desavouiert wurden. Brüssel verriet Edens Hand, aber Roosevelts rauhe Stimme. Die Auferstehung des Kellogg-Paktes aus solchem Anlaß beweist, wie weit Europa und Amerika seit 1923 voneinander abgetrieben sind. Der sanktionslose Kellogg-Pakt galt dem alten Kontinent als Paradigma papierener Diplomatie, die sich in der Einbildung wiegt, die harte Wirklichkeit mit Hilfe einer lex imperfecta meistern zu können. Aber Amerika kennt diese Kategorie nicht. Auch sanktionslose Gesetze sind wirkliche Gesetze, wenn man sie

Halifax
in
Berlin

Neu
mach
konfe
in Bri

ernstnehmen will. Hier erweist sich der scheinbar Illusionistische Amerikaner als der Realist. Denn kommt es in der Tat nicht allein auf den Willen an, sich an Recht und Gesetz zu halten? Ist er vorhanden, dann wird jedes Gesetz zur *lex perfecta*, selbst wenn es keine Sanktionsklausel enthält, während ohne solchen Willen kein noch so genauer Wortlaut die Herrschaft des Rechtes verbirgt... Der Isolierung Italiens folgte die Isolierung Italiens. Ob China noch lange durchhalten kann, ist zweifelhaft, unzweifelhaft dagegen die Abneigung der U. S. A. und Englands, militärisch in den Konflikt gezogen zu werden. Aber so argumentieren sie: Japans Aufgabe in China ist auf lange Sicht nicht militärisch, sondern politisch-wirtschaftlich. Gegen amerikanischen und englischen Dauerwiderstand könnte es unlösbar werden.

Dr. K. P.

Die Zeit, in der auch aus den Verfassungsgesetzen auf den Zustand eines Staates zu schließen pflegt, liegt hinter uns. Man blickt heute mehr auf die Männer an der Führung. In Österreich war die Verfassung seit 1918 mannigfachen Wechsel unterworfen: von der fast tausendjährigen Monarchie zur Republik einer freiesten Republik, dann vom sogenannten Volkstaat zum Bundesstaat, weiter über die halb faschistische *ex-lex*-Ära von 1927 bis 1932 mit jähem Umbruch zur Diktatur, bis 1934 die Mai-Verfassung das autoritär geführte, christlich-ständisch aufgebaute Österreich brachte. Der ständischen Verfassung hat ihr Mentor Altkanzler Ender die Idee der Volkserziehung unterlegt, den Freiheitsmißbrauch der demokratischen Ära sollten Jahre kargen Mitbestimmungsrechtes sühnen. Dieser Methodik entgeht, daß der politische Sündenfall im Österreich der letzten eineinhalb Jahrzehnte fast unvermeidlich war. Die Freiheitsideen des 18. und 19. Jahrhunderts waren nicht dem amorphen Volk als solchem zugeordnet, das geistig-politisch ungeschult ist, noch einer in der Führung der Massen unerfahrenen Staatsleitung, sondern beruhten auf völlig anderen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen. In Österreich ist zeitlich ein geschichtlicher Umbruch von außen mit einer völligen inneren Neukonstruktion zusammengetroffen, der staatsrechtliche Versuchrahmen bewährte sich dadurch nicht für die Dimensionen des neuen Lebens, das folgte. Den Ständestaat-Versuch seit 1934, zwischen Abbruch und Aufbau, hat die Phantasie der Massen bisher nicht erfaßt. Sie sehen seine Struktur, vermissen aber sein Leben. Der zuständige Verfassungsminister greift nun zu: er will das Vier-Kammern-System vereinfachen; der Wirtschafts- und der Kulturrat sollen künftig als „Ständerat“ zusammengefaßt werden, der Länderrat sich im Staatsrat einordnen bei Wahrung seiner Sonderaufgaben, der vom Ständerat und Staatsrat zu beschickende Bundestag würde also auf einem Zwei-Kammern-System ruhen. Der ständischen Isolierungstendenz wird erstmals Halt geboten — dem ist gut so. Ein Staat lebt, nach dem alten Römer Sulla, aus den Kräften, die ihn geschaffen haben; ob Vertretungskörper in sich politische Lebenskraft haben oder nur als tibetanische Gebetsmühlen laufen, dafür hat das Volk ein gutes Ohr. Altkanzler Ender hat dem Übergang zum Zwei-Kammern-System in wohlabgewogenen Darlegungen in der „Monatsschrift für Kultur und Politik“*) mit der Forderung präludiviert, daß Männer „einsichtig, geschickt, gewissenhaft und erfolgreich“ uns nottun! Es steht dem Altkanzler, der sein Leben im Dienst der Gesamtheit verbracht hat, gewiß zu, den Ruf nach einem Austausch der mit wichtigen öffentlichen Aufgaben betrauten Männer zu erheben.

*) Siehe Novemberheft.

Die nationale Opposition in Österreich hat sich ein neues Sprachrohr geschaffen, die „Alpenländische Korrespondenz“. Im programmatischen Einführungsaufsatz über das neue Ringen der zum Staat positiv eingestellten Kreise, das nun „beginnen soll“ und dem vor allem die „Reichspost“ Gastfreundschaft gewährte*), heißt es u. a.:

„Wir alle lieben dieses Land, dem wir entstammen. Wir alle tragen den Staat, den ein wertvoller, stolzer und an großer Überlieferung reicher Teil des deutschen Volkes in diesem Lande errichtet hat. Wir bekennen uns zu dieser Überlieferung und wir bekennen uns zu Österreich. Wir kennen kein Deutschland ohne Österreich und kein Österreich ohne Deutschland. Wir wissen: dieser deutsche Staat Österreich lebt im Strom deutscher Geschichte. Wir verteidigen seine Freiheit und Unabhängigkeit aus einer Verantwortung heraus, die unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volke entspringt. Wir wollen mitarbeiten an seiner Erneuerung... Wir wollen Glauben, Sitte und Recht erhalten, die unserer Art entspringen und uns überliefert wurden... Ein neues Ringen hebt an, ein friedlicher Wettstreit der Güten und Bester, nach anständigen Gesetzen der gleichen Ehre und gleichen Rechte, ein stolzer und froher Kampf, in dem wir alle Kräfte einsetzen nicht mehr gegeneinander, sondern für einander, für Österreich!“

Man best gerne „Wir lieben dieses Land“ — gestern war für gewisse Unentwegte noch ein Verräter, wer mutig den Haßgesängen gegen Österreich Ohr und Herz versagte, wer zum Einsatz bereit war für eine Haltung, die der Würde dieses Landes als des zweiten deutschen Staates angemessen, seiner Aufgabe gemäß war. Umkehr der nationalen Opposition — ist es Umkehr? — ist ehrenvoll. Allzulange hat sie der Entscheidung, dem Bekenntnis zur Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs, sich entziehen wollen und vorgegeben, nur im kulturellen Bereich Bewegungsfreiheit zu fordern. Dieser Halbheit hat die Politik des Juli-Paktes sich widersetzen müssen, und so ist nun der Entschluß der nationalen Opposition zugunsten einer eindeutigen Verpflichtung auf die Unabhängigkeit Österreichs gefallen. Die Erinnerung an die politische Tragkraft kultureller Organisationen aus der Zeit der alten Monarchie, die Erfahrung, daß nationale Kulturmacht unabwiesbar vom Nationalismus führt, hat die Regierung gewarnt vor unklarem Paktieren. Wenn die nationale Opposition in Österreich nun beginnen will staatspolitisch mitzuarbeiten, erfordert das Verantwortungsbewußtsein, wachsam zu verfolgen, wie die nationale Opposition nun für die „Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs“ kämpfen wird.

Die geplante Errichtung des Berufsstandes der freien Berufe wird für diese bisher in ihrer Leistung und Schicksalsgestaltung wenig an Vorschriften gebundene Berufsgruppe manche Neuregelung bringen. Wir wollen nicht vorschnell sagen, daß diese soziale Schicht aufhören wird müssen, sich als eine freie Berufe ausübende Standesgruppe, die bisher keinen geschlossenen Kreis umfaßte, aber doch ihre unzweifelhaften berufseigenen Merkmale hatte, betrachten zu dürfen; Immerhin aber scheint es geboten, rechtzeitig zu erinnern, daß Sicherheiten geschaffen werden mögen, um manche der vielleicht nur formal gedachten Bestimmungen künftig nicht zur Hemmung werden zu lassen. Der Monopolcharakter der Berufsstands-Korporationen wird unsere Sozialgliederung künftig zweifellos in ein starres Schema pressen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß Berufskorporationen Formalvorschriften unterworfen werden. (Überwachung der Geschäftsführung und vor allem öffent-

*) Siehe „Reichspost“ vom 14. November.

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 6. NOVEMBER 1937

NR. 6

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52.543

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“				
	vierteljährlich			vierteljährlich					
Für Oesterreich	Schilling	12.50	Schilling	20.—	Für das Deutsche Reich .	Goldmk.	8.—	Goldmk.	13.—
Für Ungarn	Pengö	11.—	Pengö	17.—	Für Rumänien	Lei	320.—	Lei	530.—
Für die Tschechoslowakei .	zK	64.—	zK	100.—	Für Italien	Lira	38.—	Lira	64.—
Für Polen	Zloty	14.—	Zloty	22.—	Für das übrige Ausland .	schw. Fr.	11.—	schw. Fr.	18.—
Für Südslawien	Din.	118.—	Din.	190.—					
Einzelnnummer: Schilling 1.60, Pengö 1.50, zK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 5.—, schw. Fr. 1.40									

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengö 1.50, zK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.498, Budapest 37.768, Berlin 122.846.
Zürich VIII 19.830.

Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Edens Unterhausrede spiegelte die besinnliche Stimmung wider, die in England am Vorabend der unwiderruflich vorletzten Tagung des Nichtmischungsausschusses herrschte. Das logische Positionsspiel der Russen und der Achsenmächte war in dem Ausbruch mit einem Aufwand haarfeiner Unterscheidungen und Gegenunterscheidungen geführt worden, denen der Mann auf der Straße einfach nicht mehr gewachsen war. Bald bestanden die Russen auf Einstimmigkeit (wobei sie die eigene Stimmenthaltung als „Stimme“ rechneten), bald beharrten die Achsenmächte auf der gleichen Einstimmigkeit (wobei sie aber eine nicht-abgegebene russische Stimme als gegnerische zählen wollten). Bald schien man in verkehrter Stellung zu stehen: die Russen stritten für ein Vorgehen ohne sie selbst, während die andere Seite von ihrer Gesellschaft nicht lassen wollte. Die Beweggründe der Achsenmächte waren immerhin verständlich: sie wünschten, die Verantwortung für ein allfälliges Scheitern der von Italien selbst angeregten Verhandlungen Rußland aufzulasten, im Fall eines positiven Ausgangs aber ein ohne (und also gegen) Rußland vorgehendes Konzert der Mächte zu schaffen. Weniger durchsichtig ist der Grund der russischen Unnachgiebigkeit. Der Schlüssel dazu ist wohl in Valencia zu suchen. Die demokratische Linie, die die Valencia-Regierung innenpolitisch zur Schau trägt, hat sie um die Unterstützung der Syndikalist und Anarchisten gebracht. Sollte die innenpolitische Mäßigung der die Regierung unterstützenden Kommunisten ihr nicht einmal die russische Hilfe eintragen, dann könnte die Stellung der Kommunisten in der Regierung unhaltbar werden. Wie dem nun auch sei, Eden hat die Russen überredet, ihre Gegnerschaft auf eine Stimmenthaltung zu beschränken, und nachdem ihm dies gelungen war, ließ er Italien erkennen, daß

eine Isolierung der Russen (vielleicht schon wegen der fernöstlichen Lage) nicht beabsichtigt sei. Eine andere Deutung der russischen Beweggründe lieferte Edens Erklärung über die großen Kriegsmateriallieferungen, die Rußland dank der Seekontrolle Valencia zukommen ließe. Dies wirkte hier überraschend. Mit Recht oder Unrecht, hatte die Öffentlichkeit die möglichen Vorteile, die selbst eine lückenhafte Seekontrolle für Valencia haben könnte, bisher kaum zur Kenntnis genommen. Doch bedeutsamer als die allfälligen Tatsachen selbst ist ihre Erklärung in einem britischen Exposé, welches die weltanschauliche Frontenbildung gerade in dem Augenblick ablehnt, da die Presse vom Beitritt Roms zum Berlin-Tokioter Pakt widerhallt. Aber die Unruhen in Palästina und Marokko führen eine beredte Sprache. Noch vor kurzem hätte man sie ohne weiteres bolschewistischer Agitation zugeschrieben und offen oder im Stillen seine weltpolitischen Folgerungen gezogen. Nun gewöhnt man sich allmählich daran, Meldungen über koloniale Unruhen gedanklich mit antibolschewistischer Propaganda zu verbinden. Die entsprechenden Folgerungen, so ungern man sie auch sonst zieht, können um so weniger ganz ausbleiben, als neuerlich Rom selbst mit der Handgreiflichkeit kindertümlichen Anschauungsunterrichts (in Edens Worten „von den Dächern“) auf den Zusammenhang Kolonialforderung und Antikommunistenpakt hinweist.

Dr. K. P., London.

Jeden Tag fast wirft die Göttin der Zwietracht einen neuen Apfel zwischen die Völkerschaften Europas. Wo immer der Streit aufflammt, stets geht es um das eine Grundproblem: Völkerrecht. Theoretisch ist der Gegensatz am schärfsten auf deutscher Seite ausgesprochen worden. Er heißt Kollektivismus und Bilateralismus. In der Praxis ist Mussolini der maßgebende Vorkämpfer der neuen, dynamischen Gerechtigkeit. Auf der Gegenseite stehen die Demokratien, die innerlich unsicher geworden sind, weil auch sie

Völkerrecht-
krise

spricht. Es läßt sich vorläufig nicht beurteilen, in welchem Umfang alle diese Maßnahmen zur Ersparung von Devisen beitragen können. Vorauszusehen aber ist, daß damit eine neuerliche Strukturwandlung in einem wichtigen deutschen Industriezweig verbunden sein wird.

Nachklang
zu
Stuttgart

Der politische Sinn des Durchschnitts-engländers begnügt sich mit einer überaus simplen Analyse der jeweiligen Lage. Aber das bedeutet keineswegs auch, daß er über ihre wesentlichen Momente leicht irrt. Schnell, weil im Grunde völlig unbefangen, stellt er sich auf neue Tatsachen ein. Wenn man z. B. meinen sollte, daß die Oesterreich-Politik des Dritten Reiches hier noch immer als der Angelpunkt der mitteleuropäischen Situation gilt, so würde man übersehen, wie geschwind Englands Öffentlichkeit Prag statt Wien als den Wetterwinkel an der Donau eingesetzt hat. Während aber Oesterreichs Nöte mehr als einmal über Genf und die verschiedensten Donaupläne zum weltmännischen Gesprächsstoff wurden, hilft Gleiches von der Tschechoslowakei nicht zu. Dieser Staat gilt nun einmal als die kühnste Rechtfertigung eines Friedenssystems, dessen Revision stets nur als Verbesserung eines im Grunde gerechten und vernünftigen Kriegsausgangs erwünscht war. Das um Irischen und am Indischen Problem zur allseitigen Erfassung der Nationalitätenfrage wie kein anderes geschultes Land fühlt sich zur Beurteilung der Sudetendeutschen Klagen durchaus berufen. Daß diese mit dem Vorwurf allzu großer Nachgiebigkeit gegen bolschewistische Minderheiten verqu coasten, ist eine Zeiterscheinung, zu deren leidtragendem Objekt England selbst in mehr als einer Bewandnis geworden ist. Mit wissendem Verständnis, wenn auch beileibe nicht mit Zustimmung, vernimmt man, daß deutsche Nichtermischung in tschechische Angelegenheiten sehr wohl mit einer völkerrechtlich geregelten Dauerbürgschaft des Reiches für die Volksstumsrechte des Sudetendeutschen vereinbar sei. Nicht vergeblich hat das englische Volk die reichen Erfahrungen der Empire-Erbauer in sich aufgenommen. Und gerade weil sein Denken nicht am juristisch-formalen klebt, ist es geübt im Erfassen inhaltlich neuer Herrschaftsformen zwischenstaatlicher Art. Die in Stuttgart auf der Tagung der Auslandsdeutschen in Unrissen hervortretende Umstellung von Minderheitenrecht auf Volksstumsrecht wird in ihrer kühnen Neuerungabsicht zugleich gewürdigt und gefürchtet. Nichts wäre verfehlter als die Annahme, daß tschechoslowakische Minderheitsfragen dem englischen Volke gegebenenfalls kaum nahegehen würden; denn sowohl Mittel und Wege wie Ziele und Zwecke der Nationalitätenpolitik sind ihm als Instrumente der Machtpolitik vertraut.

(Dr. K. P., London.)

Im Einklang mit der Weltwirtschaft ist auch in der Tschechoslowakei die Industriebeschäftigung einheitlich geworden. Im ganzen hält der Konjunkturstand wohl noch an, in einigen Industrien ist aber nicht nur eine Verlangsamung des Auftragseinfahs, sondern auch schon eine merkliche Produktionseinschränkung eingetreten. Am stärksten ist, wie wir schon berichtet haben, die Textilindustrie betroffen, die einen ziemlich heftigen Rückschlag verzeichnet. Auch in der besonders konjunkturbegünstigten Metallindustrie konnte die Spitzenbeschäftigung nicht gehalten werden, wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern anzeigt, die sich allerdings nach wie vor nur im Rahmen weniger Tausend bewegt. In der bisher glänzend beschäftigten Proßnitzer Konfektionsindustrie ist ein merklicher Rückgang im Auftragseingang aufgetreten, die Be-

schäftigung für den Winter droht um etwa 20% schwächer zu werden. Saisoneinflüsse werden diese Erscheinungen in den nächsten Monaten voraussichtlich noch verstärken. Die Abschwächungen sind aber zum Teil konjunkturell bedingt, wie in der übrigen Welt auch. Die Konjunkturdiskussion ist auch hier lebhaft, einstweilen überwiegt die Ansicht, daß es sich nur um eine vorübergehende „Atempause“ handle, der eine Erholung folgen werde. Ob diese Erholung zu den bisherigen Gipfeln der Beschäftigung hinaufführen wird, ist eine noch offene Frage. Die bisherigen Abschwächungen haben, das sei betont, noch nichts mit einer Krise zu tun, auch das abgeschwächte Beschäftigungsniveau ist noch sehr beträchtlich und liegt fast überall bedeutend über dem Vorjahr, ausgenommen Teile der Textilindustrie. Immerhin zeigt die Konjunktur Bruchstellen und am meisten scheint wieder die Industrie der deutschen Randgebiete betroffen, die ihrer wirtschaftlichen Struktur nach besonders empfindlich gegen Konjunkturschwankungen sind. Zerbrach man sich im Frühjahr, ausländischen Beispielen folgend, noch den Kopf über „Konjunkturdämpfung“, weil der Aufstieg allzu rasch erschien, so wäre jetzt Nachdenken über eine neue, aktive Konjunkturpolitik wieder durchaus angezeigt.

W. Th., Prag.

Der Bericht Tylers über das erste Quartal der Budgetperiode 1937/38 verzeichnet die Tatsache, daß Ungarns Finanzen und Wirtschaftsleben sich auch weiterhin in einer aufsteigenden Richtung bewegen. Das Tempo dieses Aufstieges hat aber im Vergleich zum Vorjahr merklich nachgelassen. Obwohl die Produktion und der Güterverkehr sich erweiterten, wirkt sich dies nicht entsprechend in der Hebung des Lebensstandards breiter Schichten aus. In der Landwirtschaft wird der hinter dem Durchschnitt zurückbleibende Brotgetreideertrag durch die sehr reiche Ernte an Futtermitteln ausgeglichen. Die Viehzucht zieht hiervon entsprechend Nutzen, doch bewegen sich die Preise, namentlich für Rinder, auf zu hohem Niveau, so daß der Export nach den meisten Relationen behindert wird. Der Exportüberschuß der vergangenen neun Monate ist immerhin der größte, der in der Nachkriegszeit erreicht wurde, das Außenhandelsaktivum beträgt 88 Mill. gegen 33 Mill. P. in der gleichen Vorjahrszeit, wobei der Gesamtexport sich auf 432 gegen 360 Mill. P. im Jänner-September 1936 belief. Der Umsatz mit Oesterreich hat sich im Rahmen der allgemeinen Belebung des Außenhandels etwas mehr als im Durchschnitt erhöht, die Einfuhrquote aus Oesterreich stieg während der Monate Juli-August von 15,6 auf 18,1%, die Ausfuhrquote von 16,8 auf 17,2% an.

Im Staatshaushalt haben sich die Steuereinnahmen um 6% vermehrt, die Ausgaben stiegen vor allem wegen der Neuregelung der Auslandsschulden, ferner infolge des erhöhten Aufwandes für Investitionen. Vor den im Sommer dieses Jahres getroffenen Arrangements erfolgten bekanntlich im allgemeinen keine Zinszahlungen nach den auswärtigen Schulden des Staates, das Erfordernis wurde nur (bis auf die Transferierung von 50% der Zinsen der Völkerbundanleihe) in Schatzwechseln hinterlegt. Die neuen Vereinbarungen sehen eine endgültige Regelung für die Völkerbundanleihe auf Grund der Leistung von 60% der ursprünglichen Zinsen vor, daneben sind für die übrigen Schulden für eine dreijährige Periode mäßige Zinszahlungen — zumeist 1,5% — vorgesehen. Nach der Schätzung Tylers werden auf Grund dieses Arrangements, wenn sie sich auf sämtliche ausländischen Staatsschulden erstrecken, 13 bis 20 Mill. P. jährlich erforderlich. Die Regelung konnte bisher, da die Caisse-Commune-Lösung immer wieder aufgeschoben wurde, nur für einen Teil der staatlichen Auslandsschuld in Kraft gesetzt werden. Endgültig geregelt ist, wie schon erwähnt, die Völkerbundanleihe auf Grund einer 4%igen Zinsbasis und der Auf-

Un
Fi
lag
An
sel

Industrie-
beschäfti-
gung
in der
Tschecho-
slowakei

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 30. OKTOBER 1937

NR. 5

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52.5.43

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich
Für Oesterreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich .	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengo 11.—	Pengo 17.—	Für Rumänien	Lei 320.—	Lei 330.—
Für die Tschechoslowakei .	SK 64.—	SK 100.—	Für Italien	Lire 38.—	Lire 64.—
Für Polen	Zloty 14.—	Zloty 22.—	Für das übrige Ausland .	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 118.—	Din. 190.—			

Einzelnnummer: Schilling 1.50, Pengo 1.50, SK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.498, Budapest 37.768, Berlin 122.846, Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Die Geschichte der letzten Woche ließ auch den Mann auf der Straße einen Hauch des Geistes zeitgenössischer Weltpolitik verspüren. Ueber ihn ergoß sich ein Strom atemberaubender Peripetien, die sich aber fast schon im Augenblick des Geschehens als pointenlose Steigerungen enthüllten. Man ward zum Zeugen hinreißender Plaidoyers, die vor leeren Geschworenensbänken verhallten... Eden überredet Frankreich, dem die Dreimächteinigung zurückweisenden Italien noch einmal vor dem Nichteinmischungsausschuß zu begegnen. Riesenerfolg Mussolini, da doch niemand voraussetzt, daß der von ihm als moralische Leiche verscharrte Ausschuß Meritorisches leisten könne. Aber der soeben als Schwächling enthaltene Eden bläst in Ländudno ins Kriegshorn und übernimmt kühn den Vorsitz im Nichteinmischungsausschuß. Und nun geschieht das Unerhörte. Grandi verliest eine fürdliche Kapitulationsschrift Italiens und das halbamtlich auf den unvermeidlichen Zusammenbruch vorbereitete Großbritannien begrüßt am nächsten Morgen den Sieg seines moralisch gestülpten (und nunmehr auch militärisch unterbauten) Durchhaltewillens. Der Triumph Edens ist so gewaltig, daß die Plakate der Abendblätter wie die Parlamentsgebäude am nächsten Tag nur so vom goldenen Schimmer der dem weichenden Gegner gebauten Brücken widerstrahlen. Palmenwedel grüßen den Friedensmann Mussolini, der den Sieg über sich selbst erfochten. Eine berausende Katharsis war dem schlichten Ja Grandis entströmt, das er als Antwort auf Edens Frage gab, ob Italien sich im vorhinein verpflichte, die Zahl der Freiwilligen als bindend anzuerkennen, die von der nach Spanien zu entsendenden zwischenstaatlichen Kommission erhoben werden würde. Beschämt stand eine bereits dem Aberglauben der Gewalt verfallende Welt vor der Größe solch

antlicher Tat. Und beinahe vierundzwanzig Stunden lang hielt die Umwertung aller Werte ihren Kurs. Aber nachdem sich das Lamm neben dem Löwen ausgeschlafen, verkündete ein furchtbares Gebrüll die Rückverwandlung der Szene. Das bestürzte Publikum erfährt, daß das tausendjährige Reich abgesagt und der gewohnte Weltuntergangsrummel wieder eingesetzt hat. Italien zieht alle Einräumungen zurück, wirft den Mantel der Schuld über das Haupt der in gewohnter Harmlosigkeit obstruierenden Russen, erklärt, daß es gezählte 40.000 Freiwillige in Spanien habe und daß nur ein Lump dies leugne. Statt die goldenen Brücken zum Rückzug zu verwenden, stößt Rom über sie ins Herz des feindlichen Lagers vor. Im Scharlach der Sünde steht der Friedensmann von gestern da. Doch inzwischen ist in Frankreich (Gott weiß warum) einige Beruhigung eingezogen, Eden und der ertüchtete Blätterwald haben also Zeit, sich über die wahre Deutung dieser verwirrenden Gesichte zu verständigen. Es ist der Große Krumme des Peer Gynt: „Hin und zurück ist's der selbe Weg, Hin und zurück ist's der selbe Steg.“ Ob durch Gewalt oder ihr Gegenteil, immer wird der Friede gerettet... Schade bloß, daß der Resonanzboden aller diplomatischen Argumente, nämlich ein für ihre Effekte empfängliches Publikum, längst nicht mehr vorhanden ist.

Dr. K. P., London.

Das faschistische Revolutionsfest fällt in diesem Jahr in einen weltpolitischen Augenblick von tragischer Größe. Der Krieg im Fernen Osten ist für Europa doch wohl verhängnisvoller als die Streitereien im eigenen Lager. Auch fehlt es noch immer an einer europäischen Solidarität gegenüber der Umwelt. Dennoch gewinnt der Beobachter den Eindruck, daß die Politik des Gentlemen agreement, die Mussolini vor einem Jahr den Engländern angeboten hat, langsam Fortschritte macht. Kein Zweifel, daß

Der
28. Ok-
tober in
Italien

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 23. OKTOBER 1937

NR. 4

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R-52-543

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich				
Für Oesterreich	Schilling	12.50	Schilling	20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk.	8.—	Goldmk.	13.—
Für Ungarn	Pengö	11.—	Pengö	17.—	Für Rumänien	Lei	320.—	Lei	530.—
Für die Tschechoslowakei	ČK	64.—	ČK	100.—	Für Italien	Lire	38.—	Lire	64.—
Für Polen	Zloty	14.—	Zloty	22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr.	11.—	schw. Fr.	18.—
Für Südafrika	Din.	118.—	Din.	160.—					

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengö 1.50, ČK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 193.488, Budapest 27.368, Berlin 122.846, Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Die Wiedereinberufung des Londoner Nichteinmischungs-Ausschusses nennt die Presse der Diktatur-Staaten einen Erfolg Mussolinischer Taktik. Daß sie ein achtenswertes Musterbeispiel englischer Elastizität ist, die einem in Dauer-Atemlosigkeit Politik machenden Gegenspieler jederzeit wieder eine Chance gibt, sollte nicht übersehen werden. Am 14. Juli scheiterten die Londoner Sitzungen an italienisch-deutschen Widerständen gegen den Vorschlag des englischen Außenministers Eden über die Fortführung der Kontrolle der spanischen See- und Landgrenzen, offensichtlich, weil der Punkt nicht zu finden war, an dem die englisch-italienischen imperialen Interessen in Franco-Spanien sich treffen könnten. Der „Popolo d'Italia“ hatte kurz vorher die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien als innere Angelegenheit Spaniens erklärt, und Franco hat sie — in zweifelloser Übereinstimmung mit Italien — abgelehnt. Der Eden-Vorschlag war gedeutet worden als Bereitschaft, unter gewissen Voraussetzungen ihrem Sieg Francos Vorschub zu leisten: die Gefahr, daß der auf ihn folgende französische Vorschlag durchdringen und die Öffnung der Pyrenäengrenze neue Verwirrungen der Lage bringen könnte, ließ nun Italien zum Eden-Vorschlag und nach London zurückfinden. Während diese Zeilen in Druck gehen, geben italienische Vorschläge Hoffnung auf einen Spanien-Kompromiß. Die Erfahrung der letzten Monate varnt, auch die italienische Presse tut es eben, vor übertriebenem Optimismus. Im englischen Unterhaus hat Eden davon gesprochen, daß nach einer Regelung des Spanien-Problems die „Rückkehr zur traditionellen Freundschaft der Mittelmeerstaaten“ möglich werden könnte.

Aus London wird uns geschrieben:

Der Landesparteitag der Konservativen ist an sich kein hohes Forum englischer Politik, vielmehr ein bloßer Anzeiger herrschender Luftströmungen. Zu diesen gehört aber die von Lord Lothian geführte weltpolitische Richtung offenbar nicht, wenn man nach der Einstimmigkeit urteilen soll, mit der die Rückgabe deutscher Kolonien auf dem Parteitag abgelehnt wurde. Noch vor kurzem hatten sich dort wohl warnende Stimmen erhoben, die in Nürnberg hervorgekehrte Linie der Weltpolitik nicht durch ein hartes Nein in Bahnen zu lenken, denen die britische Regierung noch weniger Freude abgewinnen konnte als einem vielleicht nicht so unbedachten deutschen Kolonialprogramm. Aber die Nachklänge der Berliner Zusammenkunft haben Tory-England verstimmt. Ob die umfänglich nach Libyen befohlenen 60.000 Mann Italiens auch wirklich dorthin finden oder sich nachher nach Spanien verirren, ist für die englische Öffentlichkeit eine Unterscheidung ohne Unterschied. Denn erstererfalls ist im Wege über Ägypten der Nahe Osten bedroht, wo die palästinensischen Wirren eine gewisse Verlegenheit bedeuten. Andernfalls geht es allem Leugnen zum Trotz um die westlichen Seewege des Mittelmeers, um eine Plottenbasis in Minorca. Kein Wunder, daß die von den Konservativen angezeigte Windrichtung von der wenigsten Weiterfahne des Landes bestätigt wird. David Lloyd George, der stets nur dem Zug des Wetters folgt, welches er selbst gemacht zu haben vorgibt, überschüttet die „Lahmlackerten“ Kollegen des Außenministers mit Hohn, und die bisher nur um den Sport bekümmerte Presse der Arbeiterpartei entdeckt mit einem Mal die Regionen hoher Politik, in welchen die Regierung lang nicht genug scharf vorzugehen versteht. Tory, Liberale, Labour, sie sind alle im selben Boot. Edens Diplomatie ist wiederum auf die dem Engländer so vertraute und den Ausländer unfehlbar so verwirrende Kunst einer elastischen Taktik aufgebaut, die dem Land die volle

Londoner
Verhand-
lungen

Gewißheit bieten soll, daß es weder aus Prestige-Gründen, noch aus weitenschaulicher Parteinahme noch genuin zufälligen imperialen Interessen zuliebe plötzlich vor den Ernstfall gestellt werde. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Nichtinterventionsausschuß hätte leicht als Zeichen eines Einklinkens mißverstanden werden können, welches in Wirklichkeit gar nicht beabsichtigt war. Die Valencia-Regierung gilt heute in England als die sicherste Gewähr für ein gemäßigtes Regime in Spanien. In keinem Punkt ist der Meinungswandel so groß als in diesem.

Dr. K. P.

Mussolini's
diploma-
tische
Taktik

Will man Mussolini's Politik verstehen, so darf man nicht nur auf den hohen Einsatz blicken, mit dem er spielt, sondern man muß sich ihre vorsehensreiche Methode näher ansehen. Den Widerzusammenritt des Nichtinterventionsausschusses hat Mussolini erreicht, und nun kann er, wenn es sein muß, die Karte ins Spiel werfen, die die Westmächte schon gezogen hatten. Sie wollten erst Dreiergesprächen, dann Ausschuß. Mussolini macht es umgekehrt: Erst Ausschuß, und wenn er durch Rußland sabotiert wird, dann Fortsetzung etwa in der Form von Vierergesprächen. Daß die Demokratien nicht Italien die Schuld am Scheitern zuschieben können, dafür hat er gesorgt, erstens durch die Annahme des Vorschlags zur Rückziehung einer symbolischen Zahl von Freiwilligen und dann durch die Bekanntgabe des Effektivbestands, der in Spanien kämpft. Kommt es zur Verständigung über die Rückziehung der Freiwilligen, so kann es nur durch eine Glanzleistung der italienischen Diplomatie möglich werden, und dafür ist Grandi der richtige Mann, der in seiner Völkerbundzeit vom verstorbenen Scialoja gelernt hat, das Völkerrecht mit lateinischer Klarheit auszuwerten. Kommt es aber nicht dazu, was im Grunde wahrscheinlicher ist, so haben die Diskussionen ihren Zweck auch schon erreicht, wenn es nicht zum Bruch zwischen West- und Mitteleuropa führt. Mit dieser Alternative sollte es eigentlich dem Italienischen Geschick gelingen, aus dem Rückziehungsproblem einen politischen Erfolg herauszuholen. Dies um so eher, als nun auch das Wetter in Nordspanien besser geworden ist und der Fall von Gijón erfolgt ist. Wir haben mit Absicht die diplomatische Gewandtheit der italienischen Staatskunst ins Licht gerückt, weil sie in so überraschendem Gegensatz zu der Pressepolitik steht, die das grobe Geschütz ebenso liebt wie die Ruhmredigkeit. War es nötig, so offen von den Heldentaten der italienischen Freiwilligen zu sprechen? Doch nur darum, weil irgendwer an ihrer Tapferkeit gezweifelt hat, aber ein außenpolitisches Ziel konnte man dadurch nicht erreichen. War es jetzt noch nötig, den Engländern mit der proarabischen Sympathie zu drohen, sind die englischen Phlegmatiker wirklich nur mit solchen Mitteln aus ihrer Ruhe zu scheuchen? Hier wagen wir nicht, mit einem einfachen Ja oder Nein zu antworten. Mit der sogenannten „Erpresserpolitik“ hat Italien gelegentlich gute Geschäfte gemacht, und die Engländer hätten sich manche Niederlage, sei es gegenüber Italien, sei es gegenüber Deutschland, erspart, wenn sie heilhöriger gewesen wären. Eine Weltmacht ist nicht nur stark, sondern auch empfindlich. Klingt die Sorge um den Fernen Osten etwas ab, so nimmt die palästinensische Gefahr wieder zu. Man täte den Italienern sehr unrecht, wenn man glaubte, sie merkten nicht, daß England heute an einer Erledigung der spanischen Frage so sehr gelegen ist, daß Italien für seine Wünsche und Forderungen wieder ein geneigteres Ohr finden wird als noch vor einer Woche.

Dr. Fr., Rom.

Der Weg Oesterreichs von den Jahren der Gründung bis zu seiner gegenwärtigen Festigung als unabhängiger Staat hat viele Stationen. Bundeskanzler Dr. v. Schuschnigg sieht seine Verantwortung für das Schicksal dieses Landes allein erleichtert durch die Gewißheit, daß die europäische Sendung hat, es als freies Staatswesen erhalten. Oesterreich vom autoritären zu einem von der M. verantwortung seiner Bürger getragenen Staat weiterzuführen, ist seine nächste Aufgabe. Das Jahr 1933 soll die Verfassungsvollendung bringen, und im Juni 1938 auch die Wahlen zum Staatsrat, Bundeswirtschaftsrat, Bundeskulturrat usw. Nach Äußerungen des Kanzlers in d. „Independence“ vom 19. Oktober wird bei d. Wahlen „für die demokratischen Körperschaften, die in d. Verfassung vorgesehen sind . . . die Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs und die absolute Treue zu diesem Grundsatz . . . selbstverständliche Bedingung“ sein. @ Wahlprinzip dieses Inhalts kann die Zustimmung aller finden. Seine Annahme bedeutete auch die logische und politische Übereinstimmung mit den außenpolitischen Grundsätzen des Kanzlers:

„Unser Ziel ist, in enge Beziehungen zu den Nachbarstaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie zu treten, und ich kann Ihnen versichern, daß wir uns beglückwünschen können über die Art d. Beziehungen, die uns gegenwärtig mit Ungarn, mit d. Tschechoslowakei und mit Südslawien verbinden. Wir stehen fest auf dem Boden der Römer Protokolle, deren Wert in meinem Lande sehr wohl geschätzt wird. Sie sind wichtig sowohl vom wirtschaftlichen wie auch vom Gesichtspunkt einer stabilen, starken Politik aus. Was d. Anschluß betrifft, so sage ich: Nein, frank und frei! Unsere Rasse, unsere Sprache, unsere Kultur, unsere Geschichte ist deutsch, gewiß; aber wir haben zwei Staaten, der eine ist das Deutsche Reich, der andere ist Oesterreich. Wir wollen keinen Anschluß, unter keinem Vorwand. Wir halten über alles an unserer integralen Unabhängigkeit fest.“

Nach dem österreichisch-deutschen Abkommen vom 11. Juli 1936 ist diese Stellungnahme des Kanzlers erstmalig wieder von klärender Bedeutung. Auch das Juli-Abkommen hat die Erhaltung eines selbständigen und unabhängigen Oesterreich bestätigt. Die Nebel, die über unserer zuweilen sehr zaghaften und verschwommenen Innenpolitik liegen, hat der Kanzler kräftig zerissen. Die freie Sicht auf sein außenpolitisches Ziel ist hergestellt. Daß Oesterreich d. zweite deutsche Staat sein und in freundschaftlichen Beziehungen zum Reich leben will, bleibt unbestritten; auch d. eigene Kulturauffassung, die es, wie der Kanzler betont, vom Reich trennt, ist eine politische Tatsache. Manche andere Tatsachen von gleicher Bedeutung, die bisher in unserer politischen Zone empfindlich fehlen müßten, wenn man sie setzen wollte, beweiskräftig für Oesterreichs Weg werden.

Die Auflösung von Gemeindetagen in d. Absicht, für Arbeitervertreter in der Gemeindeverwaltung Platz zu schaffen, wirft interessante Fragen auf. Die Maßnahme gehört zu den vielfältigen, vom Bundeskanzler selbst angeregten Versuchen, die Arbeiterschaft politisch zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Atmosphäre hat sich fraglos gebessert. Die Arbeiterschaft hat nichts von dem vergessen, was sie an ihre Errungenschaft zu werten gewohnt war, sie ist ind. genügend realpolitisch geschult, um eine Politik vorsichtiger Mitgehens jeder Selbstisolierung vorzuziehen. Der Gewerkschaftsbund zählt heute bereits über 400.000 Mitglieder, also mehr als einstmals die freien Gewerkschaften; die im M.A.

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30. JAHR

WIEN, 16. OKTOBER 1937

NR. 3

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R-52-543

Hauptblatt allein		mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein		mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich	
Für Oesterreich	Schilling	12.50	Schilling	20.—	Für das Deutsche Reich	Goldmk.	5.—
Für Ungarn	Pengö	11.—	Pengö	17.—	Für Rumänien	Lei	320.—
Für die Tschechoslowakei	öK	64.—	öK	100.—	Für Italien	Lire	33.—
Für Polen	Zloty	14.—	Zloty	22.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr.	11.—
Für Südslawien	Din.	118.—	Din.	150.—		schw. Fr.	18.—

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengö 1.50, öK 3.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezieher des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach dem im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.501, Warschau 103.498, Budapest 37.768, Berlin 122.848. Zürich VIII 19.830. Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Keine Regierung neigt so wenig wie die amerikanische dazu, ihre Pläne durch Andeutungen zu verraten. Wäre dem anders, so hätten sich die Achsenmächte in ihren Berliner Beratungen vielleicht auf eine weniger starre Haltung geeinigt... Wie die Dinge liegen, war das Nein Roms als Antwort auf die engsch-französische Spanien-Note vorzuziehen. Die Weigerung, an Hinkunft an einer Beratung teilzunehmen, bei der das Reich nicht mitanwesend ist, wirkte fast wie ein Versuch Italiens, einen Teil der Verantwortung für sein Nein wieder abzuwälzen. Downing Street hatte antwortend dringend um eine Antwort ersucht; die soeben veröffentlichte Rede Roosevelts wurde damit unverhohlen zur Quittierung präsentiert. Es geht um die Balearen. Von einer Öffnung der Pyrenäengrenze allein erwartet man hier keine Wendung in der spanischen Gefechtslage. Ganz anders würde sich eine französisch-englische Besetzung der Insel Minorca auswirken, da Mallorca jetzt von italienischen Truppen besetzt ist. Doch über diesen Schritt scheinen Paris und London nicht einig. Aus der Öffnung der Pyrenäengrenze müßte eine Kriegsgefahr nicht erwachsen; ein Zwischentritt im Mittelmeer wäre ungleich gefährlicher. Zumindest besorgt dies Großbritannien, dessen Denken herkömmlich im Kielwasser seiner Flotte steuert. Innenpolitisch fühlen sich Frankreich durch den Wahlerfolg der Radikalen Partei, England durch den Ausspruch des Labour-Führers Dr. Dalton gestärkt, daß die Arbeiterschaft für ein „mächtig gerüstetes“ Großbritannien stehe. Winston Churchill hätte es nicht anders gesagt. Kein Wunder, daß selbst die fernöstliche Lage nicht ganz hoffnungslos beurteilt wird. Wenn auch die englischen Gemüter Roosevelts weltpolitischen Trompetenstoß nur mit Abzug des stimmungsmäßigen Gegenstoßes

werten, dem in Amerika alles Demokratische von republikanischer Seite (und umgekehrt) begegnet, so bleibt noch immer eine Aussicht auf die Beschickung einer pazifischen Neunmächtekonferenz übrig, deren Abhaltung — siehe Nyon — durch die Abwesenheit des Unterzeichnerstaates Italien ebensowenig verhindert werden müßte wie durch die des nichtunterzeichnenden Deutschen Reiches. Die Errichtung eines besonderen Staatsrates in Tokio wird von hiesigen Gemütern bereits als Oelzweig gepriesen.

Dr. K. P., London.

Obwohl die italienische Antwortnote in Paris und London sofort für recht unbefriedigend erklärt worden ist, hat sie doch wohl das Eine erreicht, daß die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht zugeschlagen wird, daß das Schlimmste nicht eintritt. Die Regierung in Rom hat sich durch die drohenden Worte von offiziellen, offiziellen und sonstigen Politikern nicht einschüchtern lassen, sondern spekuliert mit Erfolg auf den nichtvorhandenen Willen der anderen, ihre Nichtinterventionspolitik einfach aufzugeben. Es kann immer noch sein, daß auch Italien Haare lassen muß, wenn man so sagen darf. Aber es könnte noch manches Zugeständnis machen, ohne den Kürzeren zu ziehen. Wie sich zur Stunde zeigt, wird die Achse als Kernstück in der europäischen Politik weiter funktionieren. London und Paris haben sich von Rom und Berlin überzeugen lassen, daß der Nichtinterventionsausschuß doch etwas Nützliches leisten könnte. Es käme ja nur auf den guten Willen dieser vier Großmächte an, um ein russisches Störungsmanöver zu vereiteln. Fast täglich kann man beobachten, wie Schritt für Schritt die bolschewistische Gefahr an Wichtigkeit verliert. In Frankreich haben die Kommunalwahlen, in England die Absage von Labour an die Volkfrontvorschläge innenpolitisch die Wogen geglättet (relativ

Offene
Tür

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

30/21

30. JAHR

WIEN, 9. OKTOBER 1937

NR. 2

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: R.52.543

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich
Für Oesterreich	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich .	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengo 11.—	Pengo 17.—	Für Rumänien	Lei 120.—	Lei 130.—
Für die Tschechoslowakei .	ČK 64.—	ČK 100.—	Für Italien	Lira 38.—	Lira 64.—
Für Polen	Zloty 14.—	Zloty 22.—	Für das übrige Ausland .	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 118.—	Din. 180.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengo 1.50, ČK 8.—, Zloty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lira 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlascheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach dem im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonten: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 49.361, Warschau 193.498, Budapest 27.768, Berlin 122.546. Zürich VIII 19.539.

Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Roosevelts Appell an Vernunft und Sittlichkeit der Kontinente trifft die Mächte in einem schweren Zwiespalt. Es besteht grundsätzliche Meinungsverschiedenheit darüber, in welchem Ausmaß die Kontrolle der Großen sich über die Kleinen erstrecken soll, ein Problem, vor dem schon Metternichs „Heilige Allianz“ stand. Als damals Präsident Monroe die Nichtintervention und die Nichtkolonisierung durch europäische Mächte für den gesamten amerikanischen Kontinent verkündete und gegen jede engere Verbindung mit europäischen Mächten sich aussprach, fand er vor allem die Zustimmung Englands, das gegen die Heilige Allianz, der es nicht angehörte, die Ansicht vertrat, daß die innere Verfassung die eigene Sache der einzelnen Staaten sei. Damals haben Oesterreich — in Italien — und Frankreich — in Spanien — jene Interventionskriege geführt, die niemandem zu dauerndem Vorteil gereichten. Heute ist die Lage merkwürdig genug. Mächte mit ungleichen Interessen intervenieren in Spanien, wo sich Intervention so wenig bewährt hat, und weisen alle Einwände von sich. Das amerikanische Staatsoberhaupt ist nun als Wortführer für die Zusammenarbeit der Nationen aufgetreten. Völlig zu Unrecht wird ihm das Flasko seines Vorgängers Wilson entgegengehalten. Dessen geschichtliche Schuld hatte der amerikanische Senat immerhin soweit einkennet, daß er dem Versäßer Diktat die Genehmigung verweigerte und den Völkerbundplan der Siegermächte durch Nichtannahme verwarf. Die Berufung auf 1919 ist so billig wie unüberlegt und zeigt jene Mächte als Vertreter toter Beharrungspolitik, die sonst laut den Anspruch erheben, die dynamischen Kräfte in Europa zu sein. Es trifft schon zu, daß die Diktate von 1919 mit der erzwungenen Machtlosigkeit der europäischen Mitte, mit dem Versuch, das Deutsche Reich auf die Dauer bei internatio-

nalen Fragen auszuschalten, den Niedergang Europas beschleunigt haben. Der fehlende Ausgleich zwischen Machtpolitik und Lebensinteressen hat Europa verarmen lassen und hält es im Fieber. Dennoch wurden die Achsenmächte und mit ihnen Japan nicht auf die Dauer abseits bleiben können, wenn Roosevelt aktive Politik macht und es nicht bei Worten bleibt. Sein Eingreifen vermochte wohl letzte Klarheit über die Weltlage von heute und ihre inneren Kräfte zu schaffen.

Das erstmal ist die Entschlußkraft der Völkerbundversammlung an der Einstimmigkeitsklausel gescheitert. Es gilt nicht mehr die Regel, daß ein einziges Großbritannien und Frankreich Völkerbundmacht verharren. Gegen das ferne Japan reicht es noch; weder Albanien noch Portugal brachten mit ihrer Stimme damals die Maschine zum Stehen. Der Protest Gents verhallte endlich im Leeren oder, genauer, in den Lüften, aus denen Japan unbekümmert seine Bomben weiter regnen läßt. Aber der englisch-französische Beschlußantrag über Spanien betraf das nahe Mittelmeer, in dessen Umkreis jene Klienten Italiens selbst leben. Der Wortlaut des Antrages wies eindeutig auf Rom als den Sitz der Interventionsmacht und ermächtigte die beiden demokratischen Weststaaten, Valencia Waffen zu liefern, falls Italien seine Truppen nicht zurückriefe. Daß sich 32 Staaten zur Annahme des Beschlußantrages bereit erklärten, ist in Anbetracht der Erfahrung von Nyon realpolitisch nicht ganz bedeutungslos. Aber auch das liberum veto Tiranas und Lissabons trägt einen, wenn auch negativen Sinn, der über den Anlaß hinausgeht, eben den der fortschreitenden Politisierung des Genter Tribunals... Die englisch-französische Note selbst ist hehutsamer gehalten, als es der Entwurf jenes verunglückten Beschlußantrages war. Aus der lauten Drohung mit der Öffnung der Pyrenäen-Grenze ist ein Flüstern über allfällige Überlegungen geworden, denen sich die beiden Antragsteller gegeben-

Drei-
mächte-
gespräch?

faßt nicht verschließen könnten. Damit sollte sowohl eine Annahme des Vorschlags durch Italien erleichtert als auch die böse Wirkung einer Ablehnung schwermütig gemildert werden. Im Augenblick ist die Gesprächslage nur allzu sehr derjenigen ähnlich, welche Anfangs August so zielgerecht in eine Sackgasse führte. Die eine Seite verlangt, daß ein bedeutender Teil der fremden Truppen Spanien verlassen habe, ehe den Nationalisten die Rechte Kriegführender eingeräumt wurden, während die andere Seite auf der umgekehrten Reihenfolge im Tauschgeschäft beharrt. Das Deutsche Reich will seine allgemeinen Belange nicht denen der spanischen Verwicklung unterordnen. Kolonnen, nicht sein Teil an einer immerhin möglichen konstruktiven Intervention der Mächte in Spanien werden von der Führung dem Ausland in Erinnerung gebracht. Auch darin wirkt der Ferne Osten auf den nahen Süden zurück. Denn im Lichte der brennenden Speicher von Shanghai liegt sich die jüngste Geschichte Spaniens dem deutschen Volk anders. Und die zunehmende Nationalisierung der Labour Party verleiht imperialer Besorgnis den Resonanzboden der Massenstimmung. Politisch wirken heute auch an den üblichen Gegnern vorbeigezogene Tiefenindungen S. M. S. Basilisk als Voltreffer.

Dr. K. P. London.

Hoff-
nung
auf
Franco

Wenn Franzosen und Engländer mehr als eine Woche gebraucht haben, um sich über die Note zu einigen, so darf auch Mussolini sich mit der Antwort Zeit lassen. Für seine Spanienpolitik kommt es gar nicht darauf an, ob die beiden Demokratien morgen oder übermorgen offiziell erfahren, daß er zum Nichtinterventionsausschuß zurück will. Dieser ganze Streit um die Prozedur ist nur dazu da, um Zeit zu gewinnen. Für wen? Für die Heere Francos. Auch darüber ist die Welt hinreichend unterrichtet, daß Mussolini unbedingt den Sieg Francos erreichen will, und daß ihm dafür alle Mittel recht sind. Der schlimmste Feind sind gegenwärtig gar nicht mehr die „Roten“ in Spanien, sondern es ist das Wetter. Sowie es sich wendet, muß das Vormarschtempo beschleunigt werden. Denn zum Winter soll alles erledigt sein. „Zweck der Rückziehung der Freiwilligen: Francos Heer gerade im Augenblick der letzten Anstrengung den Kern von ausgewählten Truppen zu rauben“, schreibt die Tribuna, und da das nicht sein darf, so hat die Diplomatie den Schild der Verzögerungstaktik zu gebrauchen. Diese Politik ist nicht so zynisch, wie sie scheint, weil auf der Gegenseite Rußland jede Verständigung zwischen Italien und den Westmächten verhindern oder sabotieren will. Absurd ist bei solchen Gegensätzen vielmehr die englische Neutralitätspolitik, weil sie einerseits eine rasche Belagerung wünscht und andererseits die Entscheidung durch das Lavieren zwischen der französischen Volksfront und den faschistischen Mächten hinauszögert. Will man der offiziellen englischen Presse glauben, so soll der energische Vorstoß von Nyon eine Episode bleiben, und man überläßt es Italien, die vollendete Tatsache mit zu schaffen, gegen die man im Grunde nichts einwenden will. Würde aber England noch einmal fest auftreten, so würde Italien dem Rechnung tragen und so handeln, daß der Draht nach London nicht abreißt. Oder spart sich England seine ganze Energie für den Augenblick auf, wo Franco über ganz Spanien gebietet? Mancher Italiener beurteilt die englische Politik so, daß sie sich die spanischen Kohlen vom faschistischen Italien aus dem Feuer holen lassen will, ohne ihm dafür danken zu müssen.

Dr. Fr., Rom.

Die Finanzorganisation des Völkerbundes hat einen neuen Bericht über die Finanzgebarung Österreichs ausgegeben; er umfaßt den Zeitraum von April bis Juli 1937. Es ist dies der dritte Bericht, der im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung des Völkerbundes ausgegeben wird, die im Herbst des Vorjahr zwischen Österreich und dem Völkerbund vereinbart worden ist. Die meisten der darin enthaltenen Wirtschafts- und Finanzdaten sind aus Veröffentlichungen anderer Stelle schon bekannt und fallweise auch hier besprochen worden. Aufmerksamkeit verdient aber die Darstellung der Entwicklung im Bundeshaushalt, weil sie bereits den Monat Juli mit einbezieht, während der in der Vorwoche hier besprochen Zwischenbericht des Rechnungshofes bloß die Gebarung bis zum Abschluß des ersten Halbjahres dargelegt hat. Die beiden Aufstellungen können allerdings nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da der vom Rechnungshof überprüfte Rechnungsschluß auf Grund des Nettoystems der Ueberschüsse, den der Bericht der Völkerbundorganisation jedoch auf dem Bruttosystem beruht. Immerhin läßt sich aus der Gegenüberstellung erkennen, daß die Entwicklung des Bundeshaushalts im Juli sehr günstig gewesen sein muß. Die Gebarungübersicht über die Zeit von Januar bis Juli 1937 zeigt folgendes:

	Jänner— Juli 1937	Sieben Budget- zwölftel	Ergebnis 1936
1. Laufende Gebarung:			
Ausgaben	1148,6	— 54,7	— 5,0
Einnahmen	1163,3	+ 23,3	+ 12,6
Ueberschuß	14,7	+ 78,0	+ 17,6
2. Investitionen	10,2	— 11,4	— 8,2
Gesamtgebarung:			
Ueberschuß	4,5	+ 66,4	+ 25,8

Während die laufende Gebarung im ersten Halbjahr (lt. Rechnungsschluß) noch einen Abgang von 5,7 und die Gesamtgebarung einen solchen von 13,7 Mill. S. auswies, hat sich, unter Einbeziehung des Juli-Gebarungserfolges, in der laufenden Gebarung ein Ueberschuß von 14,7 Mill. ergeben, der auch durch den in diesem Monat auf 10,2 Mill. angewachsenen Investitionsaufwand nicht zur Gänze aufgezehrt wird. Die Ausgaben haben sich weiterhin unter den Ansätzen gehalten, die sich aus den veranschlagten Jahresausgaben für sieben Monate errechnen lassen. Die Gründe dieses Zurückbleibens sind, wie kürzlich schon erwähnt, hauptsächlich in der ungleichen Saisonverteilung der Zahlungen zu suchen. Außerdem greift ja ein Teil des in der Sachaufwand der laufenden Gebarung einbezogenen Aufwandes für die Arbeitsbeschaffung auch noch ins nächste Jahr hinüber. Gegenüber den internen Monatsvoranschlägen der Finanzbehörden sind die Unterschiede weniger bedeutend. Wesentlich günstiger, als nach diesen Monatsvoranschlägen anzunehmen war, haben sich die Einnahmen entwickelt. Die Bruttoeinnahmen (Abgabenerträge und Einnahmen der Monopole und Betriebe usw.) haben in den sieben Berichtsmonaten 1163,3 Mill. S. erreicht und sich damit um 49,7 Mill. S. höher erwiesen, als intern veranschlagt worden war. Gegenüber dem Einnahmenerfolg der gleichzeitigen Zeit des Vorjahres hat sich allerdings nur ein Mehr von 12,6 Mill. S. ergeben. In die ersten Monate 1936 sind jedoch außerordentliche Einnahmen gefallen, die das Gebarungsergebnis des ersten Halbjahres überdurchschnittlich an

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

27. JAHR

WIEN, 6. OKTOBER 1934

NR. 1

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG — SCHRIFTFÜHRUNG UND VERWALTUNG:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — FERNSPRECHER: A.16-1-43
PRAGER BUREAU: DR. ADALBERT WORLICZEK, PRAG XII, BLANICKA 13

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Blauen“ vierteljährlich		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Blauen“ vierteljährlich
Für Deutschösterreich . . .	Schilling 12.50	Schilling 20.—	Für das Deutsche Reich . .	Goldmk. 8.—	Goldmk. 13.—
Für Ungarn	Pengő 11.—	Pengő 17.—	Für Rumänien	Lei 320.—	Lei 530.—
Für die Tschechoslowakei . .	ČK 64.—	ČK 100.—	Für Italien	Lire 38.—	Lire 64.—
Für Polen	Złoty 14.—	Złoty 22.—	Für das übrige Ausland . .	schw. Fr. 11.—	schw. Fr. 18.—
Für Südslawien	Din. 113.—	Din. 190.—			

Einzelnummer: Schilling 1.60, Pengő 1.50, ČK 8.—, Złoty 1.70, Din. 15.—, Goldmk. 1.20, Lei 50.—, Lire 5.—, schw. Fr. 1.40

Die Beilage wird nur an Bezahler des Hauptblattes abgegeben.

Der Bezug des „Oesterreichischen Volkswirt“ und der Beilage kann mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Verwaltung sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden. Nach den im Buchhandel herrschenden Usancen wird der Bezug als erneuert betrachtet, wenn er nicht rechtzeitig abgemeldet wird.

Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Agram 40.361, Warschau 190.559, Budapest 37.768, Berlin 122.845.
Probenummern auf Verlangen kostenlos.

AUS DER WOCHE

Da vor Genf allzu viel von einem Hilfspakt für Oesterreich die Rede war, ist man leicht geneigt, die Erklärung der drei Großmächte, die dann herausgekommen ist, zu unterschätzen. Der zähe, diplomatische Kampf, der ihr vorausgegangen ist, gibt ihren eigentlichen Sinn an. Es war bekanntlich Südslawien, das den Gegenstand — Schutz Oesterreichs vor der Gleichschaltung — mit anderen Dingen belasten wollte. Nicht nur mit dem Verlangen, Oesterreich solle auch dauernden Verzicht auf die Wiederherstellung der monarchischen Staatsform aussprechen, sondern auch mit der Vorsorge dagegen, daß die Beschützerrolle Italiens in eine Herrschaft über Oesterreich ausarte. Weil keine dieser beiden Forderungen befriedigend für Belgrad erfüllt werden konnte und weil man andererseits mit Recht feststellte, daß der Völkerbund als Schutzmacht viel zu schwerfällig und langsam sei, begnügte man sich mit jener Erklärung. Aber aus dieser Vorgeschichte geht hervor, daß ihr dennoch die Bedeutung eines Hilfspakts der Großmächte zukommt. Gewiß, Frankreich und die Tschechoslowakei haben sich geschützt, den Südslawen in einer Form entgegenzutreten, die zu einem Bruch hätte führen können. Aber andererseits haben sie sich auch die Forderungen Belgrads nicht zu eigen gemacht. Schon seit dem Juli, erst recht aber seit Genf muß Südslawien wissen, daß Paris und Prag einen italienisch-südslawischen Zusammenstoß nicht als Bündnisfall ansehen würden, wenn er in einer neuen Juli-Situation entstünde. Würde Italien zum Schutz Oesterreichs vor einer erneuten nationalsozialistischen Bedrohung in Oesterreich einmarschieren und würden die Südslawen gleichfalls einrücken, so stünden sie, falls sich daraus ein südslawisch-italienischer Krieg entwickelte, gegen Italien allein. Frankreich und die Tschechoslowakei könnten den Südslawen nicht zu Hilfe

kommen, wenn das zugleich eine Hilfeleistung für das Reich gegen Italien wäre. Das ist ein klarer Tatbestand, der in Genf wohl von jedem Zweifel befreit worden ist. Und weil Belgrad ihn kennt, könnte Italien auf Grund der Dreimächteerklärung seine Beschützerrolle spielen, ohne einen südslawischen Flankenangriff befürchten zu müssen. Es ist ungewöhnlich, über solche Fragen so offen zu reden. Aber die Offenheit und nur sie ist in solchem Fall Friedenssicherung. Nur wenn es feststeht, daß die Dreimächteerklärung wie ein Hilfspakt wirken kann, bleibt es allen Beteiligten erspart, die Probe aufs Exempel zu machen.

Außenminister Berger-Waldenegg hat nach seiner Rückkehr aus Genf erklärt, es hätten sich dort die Versuche wiederholt, das österreichische Verhandlungsthema mit Problemen zu verquicken, die Sonderinteressen dienen sollten. Barthou habe das abgewehrt und „es verdiene auch anerkannt zu werden, daß der tschechoslowakische Außenminister hierfür volles Verständnis bewies und seine politische Geschicklichkeit in den Dienst einer großen Konzeption der europäischen Politik stellte“. In der vorangegangenen Glosse haben wir angedeutet, worauf sich das vor allem bezieht. Die Prager Außenpolitik wird alles tun, um niemals vor die Wahl zwischen Frankreich und Kleiner Entente gestellt zu werden. Aber auch in der österreichischen Frage hat Beneš bewiesen, daß, wenn es dennoch zu dieser Wahl käme, er sich für Frankreich entschied. Im Gegensatz zu Gömbös, der in seiner letzten Rundfunkrede denjenigen einen Verweis erteilt hat, die wie Graf Bethlen die lateinische Einigung vorwegnehmen, rechnet Beneš mit dieser Einigung. Er tut auch das seine, um sie zu fördern. Nicht nur in der österreichischen Frage hat er sich den Franzosen besser angepaßt als Belgrad dies tat, auch den Ungarn ist er weiter entgegengekommen als die

beiden anderen Mitglieder der Kleinen Entente. Benes hat eingesehen, daß man den ungarischen Revisionismus nur beschwichtigen kann, wenn man das Unrecht mildert, das den magyarischen Minderheiten zugefügt wird. Der Wunsch, das gute Verhältnis zu Rom und Budapest mit einem ebenso guten zu Prag vereinbar zu machen, ist bereits Tradition des Ballhausplatzes. Unter den Kanzlern Renner, Schober, Stresemann und wieder Schober ist das besonders sichtbar gewesen, aber auch Seipels Außenpolitik war nicht gegen Prag, sondern nur gegen Prager Vormundschafftsgelüste gerichtet. Wenn Benes auf diese verzichtet, hat jene Tradition gute Aussichten, mit größerem Erfolg als früher wieder aufzuleben. Kommt die lateinische Einigung und bessert sich in ihrem Gefolge die Lage der magyarischen Minderheiten, so wird auch Ungarn sich dieser Politik nicht entziehen, die vor allem auf den Beitritt der Tschechoslowakei zum römischen Dreipunkt zielt. Das deutsche Oesterreich kehrt zu der geschichtlichen Rolle des Mittlers im Donaubecken zurück.

„Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“ nennt sich die nunmehr vom Bundeskommissär für Heimatdienst herausgegebene Publikation, in der die Juliereignisse zum erstenmal zusammenhängend dargestellt werden. Sie heißt nicht Brauchbuch, denn sie ist nicht eine bloße Dokumentensammlung nach der Art der Farbbücher und sie bezieht sich auch nicht ausschließlich auf den Konflikt der beiden Staaten. Da seit der Macht ergreifung des Nationalsozialismus die Grenze zwischen staatlicher und parteilicher Sphäre verwischt ist, hätte sich auch das Thema eines eigentlichen Farbbuches nicht darauf beschränken lassen, was sich von Staat zu Staat abgespielt hat. Denn dann wäre der 25. Juli und das Jahr, das ihm voranging, nur zu einem geringen Teil verständlich zu machen gewesen. Daß die Stoßkraft der nationalsozialistischen Aktion in Oesterreich nur mit der reichsdeutschen Unterstützung zu erklären ist, dafür bedurfte es nicht erst dieser Belege. Allen Abweignungs- und Vernebelungsversuchen zum Trotz war bisher schon kein Zweifel, daß die nationalsozialistische Partei des Deutschen Reiches ihre Machtmittel in den Dienst der Aktion gegen Oesterreich gestellt hatte. Was bisher in der Öffentlichkeit dokumentarisch nur zum Teil belegt war, war das Maß der Verantwortung, das die Reichsregierung unmittelbar trifft, inwieweit die Münchener Aktion sich auf die Billigung des Chefs der Reichsregierung berufen konnte, wie weit sie auf Duldung oder vielleicht gar auf dem Unvermögen, sich gegenüber einer einmal entfesselten Partelaktion durchzusetzen, beruhte. Auch Duldung und Schwäche hätte natürlich die Verantwortlichkeit der Reichsregierung und ihrer Chefs weder moralisch noch völkerrechtlich gemindert. Die Broschüre des Bundeskommissärs für Heimatdienst erbringt aber den Nachweis, daß den Reichskanzler die volle Verantwortung nicht nur für die Nichtverhinderung, sondern auch die für die Durchführung der antioesterreichischen Aktion trifft. Für den Ausbruch des Konfliktes stand dies im vornherein insofern fest, als ja die Verhängung der 1000-Mark-Sperre auf einem Beschluß der Reichsregierung beruhte, der auch den von dem Konfliktswillen auf reichsdeutscher Seite überzeugten mußte, der die Rundfunkrede und die Oesterreichreise des Reichsjustizkommissärs Dr. Frank und seine Berufung darauf, daß er als Stellvertreter und im Namen des Reichskanzlers aufträte und spreche, noch für eine in der Hitze des Angriffs begangene Eigenmächtigkeit gehalten haben

mochte. In welchem Maß die Reichsregierung aber für die Fortsetzung und Verschärfung des Konfliktes verantwortlich zu machen war, darüber war der österreichischen Öffentlichkeit bisher ein amtliches Dokument nicht vorgelegt worden. Nunmehr ist auch darüber Klarheit geschaffen: In einem Bericht des österreichischen Gesandten in Berlin ist die Äußerung des Reichsaussenministers niedergelegt, daß sich in der österreichischen Frage der Reichskanzler alle Entscheidungen selbst vorbehalten habe. Ist auch nicht bekannt, welche Entscheidungen er in den Einzelheiten der nationalsozialistischen Aktion gegen Oesterreich getroffen hat, so dokumentiert doch dieselbe Äußerung des Reichsaussenministers, daß Habicht in der österreichischen Frage der absolute Vertrauensmann des Reichskanzlers gewesen sei. Es ist daher belanglos, ob jede Angriffshandlung gegen Oesterreich und jede von München aus in Gang gebrachte Aktion der nationalsozialistischen Partei gegen die österreichische Regierung die Billigung des Reichskanzlers gefunden hat. Wesentlich ist nur, daß der Reichskanzler mit einer Entscheidung, die eine Abkehr von der bis dahin geübten Politik bedeutet, bis zur Nacht vom 25. auf den 26. Juli zögerte, bis sie ihm die an der Brennergrenze aufmarschierenden italienischen Divisionen anzeigten.

Noch eine zweite Verantwortlichkeit war zu klären: Wie der nationalsozialistische Putschversuch in Wien im ersten Anlauf gelingen konnte. Hier bringt die Publikation des Bundeskommissärs für Heimatdienst zum erstenmal Licht in das Dunkel, das bisher über dem Vormittag des 25. Juli lag. Schon aus den Prozessen gegen die Auführer weiß man, daß der Putschversuch ursprünglich auf den 24. Juli angesetzt worden war. Er war damals von einem Führer der Auführer rechtzeitig einem beamteten Sicherheitsorgan verraten und von diesem auch der zuständigen Sicherheitsbehörde weitergegeben worden. Man hat bei der Lektüre der daraufhin getroffenen Sicherheitsmaßnahmen nicht den Eindruck, als ob wirklich alles vorgekehrt worden wäre, um einen Auführversuch bei der Entstehung abzufangen. Aber an diesem Tage wurde die Probe aufs Exempel nicht gemacht. Auch am nächsten Tag waren die Putschabsichten und nunmehr offenbar auch schon mit genauen Einzelheiten drei Stunden vor dem Ausbruch neuerlich verraten worden. Es ist kein Zweifel, daß sie im Keime hätten erstickt werden können, wenn nicht ganz unverständliche Versägen an verschiedenen mit der Wahrung der Sicherheit betrauten Stellen vorgekommen wären. Zuerst von der geplanten Aktion benachrichtigte Exekutivorgane aus der Umgebung des Generalstaatskommissärs für Sicherheit scheinen geglaubt zu haben, den Putschversuchen mit Methoden von Privatdetektiven wirksam begegnen zu können. Daß ihre Schritte noch durch eine Reihe widriger Zufälligkeiten verzögert wurden, enthebt sie nicht der Verantwortung dafür, daß ihr Verhalten zu einer Verständigung der in erster Linie zum Einsatz berufenen Polizeidirektion erst in einem Zeitpunkt führte, in dem die Vorbereitung des Ueberfalls auf das Bundeskanzleramt schon sehr weit gediehen war. Aber noch wäre wahrscheinlich Zeit gewesen, den Abmarsch der Autokolonne der Auführer von ihrem Sammelort zu verhindern. Die polizeiliche Gegenaktion wurde aber nicht nur mit wahrscheinlich unzureichenden Kräften, sondern vor allem zu spät unternommen, weil die Polizei ihren Apparat auf die Verhinderung eines gegen den Bundeskanzler auf der Straße beabsichtigten Attentates eingestellt hatte. Ganz unbegreifliche technische Fehler haben

Der
Juli

Zur
Schul-
frag

also den Putschisten schon den Weg ins Bundeskanzleramt freigegeben und erst die Vorbedingung für die politisch weittragenden Geschehnisse der nächsten Stunden geschaffen.

Nach
Genf

Wer über den Aermelkanal nach Oesterreich blickt, wird es nicht unbegreiflich finden, wenn man sich heute dort vor allem auf sich selbst verlassen möchte. Als erste und allgemeinste Sicherungslinie möchte man noch vor kurzem an den Völkerbund gedacht haben. Verabredungen der im Rat vertretenen westeuropäischen Mächte, die Oesterreichs Unabhängigkeit im Rahmen der Satzungen verbürgen wollten, hätten rechts- wie machtpolitisch offenbaren Vorteil gebracht. Doch Italien möchte den Völkerbund nur nützen, ohne ihn zu stärken. Es wünscht deshalb keine Genfer Bürgschaft für Wien. Auch sind im Rat außer den Ueberseeländern, deren Beteiligung Rom für unnötig hält, auch noch die unvermeidlichen Kleine-Entente-Staaten anwesend —, zwei weitere Gründe für Rom, eine Völkerbundgarantie nicht zu befürworten. Doch ist es vielleicht gar nicht so schade darum, war doch Englands Neigung, diese Bürgschaft durch Sonderverpflichtungen für scharf umrissene Fälle wasserdicht zu gestalten, ohnehin nie stark. Darin lag von vornherein eine Schwäche der sogenannten Dreimächte-Erklärung, dieser zweiten Linie im diplomatischen Aufmarsch. Nicht nur Italien, auch England zog es vor, die Genfer Verhandlungen nur „am Rande Genfs“, nicht aber auch „im Genfer Rahmen“ zu führen, da sonst gerade in der wesentlichen Frage der Völkerbundgarantie gewissermaßen eine Vorentscheidung gefällt worden wäre. Die gleiche Behutsamkeit bewies nun Downing Street im Rahmen der Drei-Mächte-Gespräche. Wer deshalb etwa wahrte, daß England vergessen habe, welche strategische Bedeutung Wien für den europäischen Frieden zukomme, der würde die Wachheit der englischen Öffentlichkeit für die Anzeichen der latenten Weltkrise vernachlässigend unterschätzen. Aber aus vielen, von uns oft herführten Gründen hält sich Großbritannien sorgfältig abseits von allzu genauen Verpflichtungen und verweist damit Oesterreich auf die diplomatische Reservestellung französisch-italienischer Zusammenarbeit. Daß auch diese nicht so energisch in Erscheinung trat, wie es vielleicht manche Symptome einer engeren Annäherung erwarten ließen, deutet auf den düsteren Weiterwinkel im Süden, dessen Bosartigkeit sich zur Unzeit wieder bestätigt hat. Dr. K. P., London.

Rompakt
und
Handels-
statistik

Die auf Grund des Dreieckpaktcs vom März abgeschlossenen handelspolitischen Begünstigungsverträge sind im Laufe des Juli in Kraft getreten. Sie sind somit erstmals im August ganzmonatig wirksam gewesen. Eine Erweiterung des Verkehrsumfanges zwischen Oesterreich und Italien läßt sich jedoch in der Augustbilanz noch nicht feststellen. Die österreichische Ausfuhr nach Italien hält sich mit 7,2 Mill. S auf der Höhe des gleichen Vorjahrsmonats und bleibt sogar etwas unter den Werten der beiden vorangegangenen Monate. Das gleiche gilt für den Verkehr in umgekehrter Richtung, da die italienische Ausfuhr nach Oesterreich im Werte von 3,3 Mill. S nicht höher ist als im August des Vorjahres und geringer als im Juli und Juni des heurigen Jahres. Freilich muß man bei Beurteilung dieser Zahlen die unvermeidlichen Anlaufhemmungen bedenken. Dagegen hat der Verkehr mit Ungarn, der allerdings schon länger eingefahren ist, im August beiderseitig eine Ausdehnung erfahren. Sowohl gegen den Vormonat, besonders aber gegen den gleichen Vorjahrsmonat

ist die österreichische Ausfuhr wesentlich gestiegen; gleichzeitig aber auch die Ausfuhr Ungarns nach Oesterreich, so daß nach der vorübergehenden Aktivierung des Handelsverkehrs zugunsten Oesterreichs im Juli wieder das strukturell bedingte Passivum, wenn auch in geringer Höhe, in Erscheinung getreten ist. Das vertraglich festgesetzte Austauschverhältnis von 1 zu 1½ ist allerdings im bisherigen Jahresverlauf noch nicht erreicht. Ungarn ist im August an die Stelle des zweitgrößten Bestimmungslandes der österreichischen Ausfuhr vorgerückt (hat also Italien überflügelt) und hat den dritten Platz in der österreichischen Einfuhr behauptet. Gegenüber dem Deutschen Reich ist eine weitere Bilanzverbesserung eingetreten; nach dem Rückgang der Ausfuhr im Juli ist diese fast wieder auf die Junihöhe gestiegen, was zum Teil eine Wirkung des neuen Zahlungsverkehrsabkommens sein mag. Im Jahresverlauf ist das Passivum gegenüber dem Reich auf 45,9 (Vj. 67,9) Mill. S zurückgegangen. Die Tschechoslowakei ist im August, nachdem sie seit dem Spätwinter stärker als im Vorjahr als Abnehmer aufgetreten war, wieder bloß mit 4,8 Mill. S an der österreichischen Ausfuhr beteiligt und reibt als Abnehmerstaat nur noch wenig über der Schweiz, deren Anteil an der österreichischen Gesamtausfuhr übrigens ebenfalls im Abnehmen ist.

Seit Beginn dieser Woche verlangt die Oesterr. Nationalbank bei Anforderung von Devisen für eingeführte Rohstoffe von den Importeuren eine Erklärung, aus der die beabsichtigte Verwendung des zu importierenden Materials hervorgeht, insbesondere ob und wo der eingeführte Rohstoff im Inland verarbeitet und ob er nach Bearbeitung als Halbfabrikat oder Fertigware wieder ins Ausland verbracht werden soll. Zu dieser Kontrolle geben die auch nach der Verweisung der Devisenanforderung an das Privatelearing noch fortbestehenden Bestimmungen der Devisenverordnung die rechtliche Handhabe, da der Devisenbezug von der Genehmigung der Nationalbank abhängig ist. Diese Genehmigung ist im Laufe des letzten Jahres mit dem hinreichenden Devisenangebot praktisch fast zu einer Formalität geworden. Wenn nun vor der Devisenzuteilung für die Rohstoffzufuhr wieder ein eingehender Verwendungsnachweis gefordert wird, so steht dies im Zusammenhang mit der Befürchtung, die deutsche Einfuhrbewirtschaftung könnte dazu führen, daß reichsdeutsche Rohstoffimporte über Oesterreich bezogen werden, das die hierfür erforderlichen Weltdevisen an das ursprüngliche Lieferland zu bezahlen hätte, während es die Gegenwerte nur im Clearing in Mark gutgeschrieben bekäme. Dadurch würde der für die eigentlich österreichischen Importe benötigte „freie“ Devisenbestand verknappt, die Devisenversorgung der inländischen Wirtschaft also verschlechtert; andererseits würde sich die Gefahr steigern, daß österreichische Guthaben im Reich einfrieren. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, berechtigen die bisherigen Beobachtungen noch nicht zur Annahme, daß deutsche Rohstoffimporte auf diesem Weg einen nennenswerten Umfang erreicht haben. Die nun eingeführte Verwendungskontrolle der Rohstoffzufuhr ist also einstweilen eine Vorbeugungsmaßnahme, die den Vorteil hat, daß der angestrebte Zweck auf eine verhältnismäßig einfache, den Verkehr wenig störende Art erreicht werden kann, im Gegensatz etwa zu einer zentralen Bewirtschaftung des österreichischen Exports nach dem Reich, die verschiedentlich in der Presse für notwendig erklärt wurde, um eine Verschlechterung der österreichischen Devisenbilanz hintanzuhalten.

AUS DER WOCHE

Politik als Kampf um die Macht im Staat
 Ist uns Österreichern seit jenem unglücklichen 4. März 1938 unmittelbares Erlebnis, an dem das Parlament wegen eines ungeklärten Abstimmungszwischenfalls ausgeschaltet wurde.

Volksbefragung Wenn wir forschen nach der Realität der Ideen, die seit der Politik der österreichischen Regierung — bis zum 25. Juli 1934 unter Dollfuß und seither unter Kanzler Schuschnigg — bestimmt haben, so begegnen wir ihnen in dem Aufruf, mit dem der Bundeskanzler die Volksbefragung am 13. März eingeleitet hat. Der Primat des Willens in dem vierjährigen Kampf um das unabhängige Österreich lag allezeit klar zutage und hat Zustimmung gefunden. Man mußte heute keine Volksbefragung veranstalten, wenn die Methoden im Kampf für dieses Ziel die gleiche Zustimmung hätten finden können. Es ist in einem Augenblick, in dem das Volk zu einer geschichtlichen Entscheidung aufgerufen wird, Pflicht, über den Methodenstreit zu schweigen. Es ist gleicher Art Pflicht zu sagen, daß der Bundeskanzler für seine Parolen berechtigten Anspruch auf Gefolgschaft hat und — daran ist kein Zweifel möglich — vom Volk in seiner Mission bestätigt werden wird. Das Unglück des Bruderkampfes hat Österreich und Deutschland seit 1933 entzweit, von jenem Zeitpunkt an, in dem die parteimäßige Einmischung von außen her in unsere Verhältnisse immer unerträglicher geworden ist. Der Pakt von 1936 und der Deutsche Friede von 1938 haben in diesem Kampf zwei Marksteine gesetzt: der Juliabakt von 1936 hat Österreich die Anerkennung seiner vollen Souveränität und den Verzicht jeder Einflußnahme auf die „innenpolitische Gestaltung einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus“ gebracht; der deutsche Friede vom 12. Februar hat noch einmal den Versuch unternommen, die trotz der Juliabmachungen fortdauernden Einmischungen und inneren Kämpfe zu beenden, indem das Deutsche Reich die erneut getroffenen Abmachungen als „Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli 1936“ ausdrücklich anerkannt hat. Die aus dem Februar-Pakt erfließende Zuerkennung der politischen Gleichberechtigung an die österreichischen Nationalsozialisten hat innerhalb weniger Wochen im politischen Bild Österreichs optische und tatsächliche Veränderungen hervorgerufen, welche es geboten erscheinen lassen, die Frage zu klären, ob eine Volksmehrheit den Kampf um die Unabhängigkeit unseres Landes mit ihrem Einsatz zu decken bereit ist. Diese Frage ist nun gestellt; sie soll nicht bedeuten, daß Österreich sich von den erwähnten beiden Abkommen entfernt, sondern soll bestätigen, daß es in Österreich keine nationalsozialistische Volksmehrheit, keinen Willen zur Totalität in ihrem Sinn gibt. Österreich kann nur eine Entwicklung aus seinen geschichtlichen und lebendigen Kräften wollen, wie sie der Kanzler in seiner Berchtesgadener Aussprache vertreten und verteidigt hat. Das österreichische Volk wird den Kanzler durch sein Bekenntnis zu Österreich vor aller Welt legitimieren, weiter den Kampf für die Unabhängigkeit zu führen. Damit ist die Frage nach der Realität der Ideen dieses Kampfes, der Österreich seit vier Jahren nicht zur Ruhe kommen läßt, eindeutig bejaht. Sie sind in Uebereinstimmung mit jenen politischen Richtlinien, die nach Art. 93 unserer Verfassung der Bundeskanzler zu bestimmen hat. Die Nationalsozialisten allerdings bestreiten diese verfassungsrechtliche Grundlage der Volksbefragung. Nach dem 13. März, gestützt auf seine Ergebnisse, werden ihre Gründe sowie die politische Gesamtlage ernstlich zu prüfen sein.

Die Innsbrucker Rede des Kanzlers Dr. Schuschnigg ist nicht nur als Einleitung zur Volksbefragung zu werten. Es kommt ihr eine programmatische Funktion zu, nämlich klarzulegen, daß der Kanzler und seine Regierung den Pakt von Berchtesgaden, einen harten, der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegten Pakt, zu halten willens sind. „Buchstaben- und sinngetreu“ soll gehalten werden, was abgemacht und verkündet wurde. Diesen Entschluß will der Kanzler mit seiner ganzen Verantwortung decken, denn, so sagte er, „das muß sein und das muß durchgeführt werden; darüber hinaus nicht einen Beistrich“. Diese Betonung des Charakters der Abmachungen als Vertragswerk ist keine zufällige, sie richtet sich gegen die willkürlichen Auslegungen jener, die von einer einseitigen Verpflichtung der Regierung wissen wollen. Deshalb unterstreicht Schuschnigg auch die Verpflichtungen der Gegenseite. Es kann desgleichen kein Zweifel obwalten, daß nach der Volksbefragung das Verhalten der nun in volle politische Gleichberechtigung eingesetzten österreichischen Nationalsozialisten entscheidend werden wird für die Entwicklung der Beziehungen zum Reich. Die Garanten des Vertrages sind hüben und drüben die beiden Staatslenker, und ihr erklärter Wille ist die volle Respektierung und Sicherung des Deutschen Friedens. Niemand ist berechtigt, in die Pakt-treue der Partner Zweifel zu setzen. Wo es an Disziplin und Respekt fehlen sollte, wird der staatliche Machtwille sich Raum zu schaffen wissen. Die von der Volksbefragung erwartete Legitimierung seiner Führung wird zweifellos auch auf die Entschlüsse des Bundeskanzlers von entscheidendem Einfluß sein. Dem Formalakt vom 13. März folgt dann aber erst recht die politische Bewährungsprobe, jene neue Phase des innenpolitischen Lebens, das in Formen vor sich gehen soll, die Friedensstörungen ausschließen. Der am 13. März bekundete Wille zur staatlichen Unabhängigkeit Österreichs hat dann nicht allein den Zweck, nach außen hin Österreichs Unabhängigkeit zu erweisen, er muß vielmehr auch innenpolitisch volle Geltung haben. Seine primäre Funktion liegt unter den Umständen, unter denen die Volksbefragung vor sich geht, sogar in der innenpolitischen Geltung. Künftig soll das gesinnungsmäßige Bekenntnis aller österreichischen Volksschichten allein den österreichischen Gesetzen unterliegen und die uneingeschränkte Gleichberechtigung aller bei der Bildung des Volks- und Staatswillens gewährleistet sein. Noch ist es nicht an der Zeit, die Formen dieser politischen Willensbildung zu erörtern, aber diese Zeit kann nicht mehr fern sein. Darin möchten wir den inneren Sinn der Volksbefragung sehen. Der Weg zum Volk, den der Kanzler mit seiner Innsbrucker Rede angetreten hat, ist ein Anfang, der im Licht geschichtlichen Werdens steht. Es gibt kein Stehenbleiben auf diesem Weg, weil die Volksbefragung ihren Zweck erfüllt habe. Am Tag nach der Volksbefragung muß hiezulande ein neuer Prozeß geistiger Klärung, eine neue Entwicklung für den staats- und volkspolitischen Lebenswillen und ein Zueinanderfinden von Volk und Führung in jenen Formen innenstaatlichen Lebens erfolgen, auf die ein Volk Anrecht hat, das aufgerufen ist, für den staatlichen Unabhängigkeitswillen zu zeugen.

Aus London wird uns geschrieben:

Der Kampf um die Selbständigkeit Österreichs wird hier immer mehr als innerdeutsches Ereignis verfolgt. Das heißt lange nicht, daß die Eigenkraft Österreichs unterschätzt wurde. Aber da man einmal entschlossen ist, eine Verbürgung des status quo abzulehnen, so soll zu-

mindest falschen Hoffnungen keine Nahrung geboten werden. Um so wacher ist man für die Erkenntnis, daß Berlin sich vor ein Problem gestellt sieht, das durch die Ausschaltung der zwischenstaatlichen Verwicklung nicht an Ernst einbüßt. Gerade weil das Reich nunmehr als militärische Großmacht gilt, würde Gewaltsamkeit als Beweis der inneren Schwäche des neuen Gefüges beurteilt werden. Nur wenige Iren sind Keiten der Abstammung, und noch weniger sind es der Sprache nach; die meisten sind angelsächsischen Blutes und alle englischer Zunge. Und dennoch — welcher Engländer wollte heute leugnen, daß die irländische Grenzmark Englands ein irisches Volk geboren habe, dessen Schicksalsgemeinschaft mit dem englischen durch Gewaltsamkeit mehr geschädigt als gefestigt worden ist? Die erzwungene Gleichschaltung Irlands wurde zur schwärenden Wunde des britischen Reichskörpers, weil das kulturelle und religiöse Eigenleben der zur Selbständigkeit erwachsenen irländischen Grenzmark unter dem von London ausgeübten all-englischen Diktat litt. Daß die fanatischen Groß-Engländer Nord-Irlands, die Ulster-Leute, selbst den Bürgerkrieg nicht scheuen wollten, um Süd-Irland unter die Botmäßigkeit Londons zu halten, vergiftete freilich erst vollends die Beziehungen zwischen London und Dublin. So ist man denn hier der inneren Problematik der Reichsbildung viel zu bewußt, als daß man die geistig-moralische Stärke der österreichischen Stellungen übersehen würde.

Englands Verhandlungen mit Italien lassen sich gut, die mit dem Reich weniger gut an. England wünscht ehrlich die Verständigung im Mittelmeer und ist bereit, Italien wichtige Einräumungen zu machen. Sie sollen Mussolini im östlichen, wenn auch nicht im westlichen Teil des Binnennetzes die Sicherheit der Verbindungen im Kriegsfall gewährleisten. Ein Kondominium im Suezgebiet würde Englands Wacht am Isthmus kaum wesentlich beeinträchtigen, da seine Macht, den Kanal zu sperren, im abessinischen Konflikt ohnehin versagt hat. Der Kampf um den Tsanasee mag heiklere Fragen aufwerfen, da eine italienische Besiedlung dieser Gegend von Ägypten als Druck empfunden werden müßte. Der Ausgleich über Spanien braucht Chamberlain und Mussolini nicht zu trennen; eine Zurückziehung der italienischen Truppen würde durch eine Sperre der Pyrenäengrenze weitgemacht sein. Die Hauptfrage bleibt, ob das frühere Vertrauensverhältnis zwischen England und Italien wieder hergestellt werden kann oder nicht. Letzterenfalls ist höchstens ein neues Kräftegleichgewicht zu erhoffen, das sich in der Demilitarisierung bestimmter Landstriche und Inseln, in Abkommen über Flottenstärken und dergleichen ausdrücken mag. Aber die Achse Berlin—Rom bliebe unberührt. Eine englisch-italienische Entente im Mittelmeer wäre ausgeschlossen. Solcher Tatsachenlage scheint der Ton zu entsprechen, mit dem Berlin die geplanten Gespräche von Ribbentrop mit Lord Halifax begleitet. Während von Rom zuversichtliche Stimmen herüberschallen, ist das Berliner Echo nicht ermunternd. Daß Völkerbund und Völkerbundpolitik für Deutschland nicht in Betracht kämen; daß kollektive Sicherheit abgelehnt würde; daß Deutschland für keinen Konferenzplan zu haben sei; daß natürliche und rechtliche Ansprüche keinem politischen Kuhhandel geopfert werden könnten — gilt für Berlin als selbstverständlicher Ausgangspunkt jeglicher Gespräche. Aber was England wünscht und wofür es auch Opfer bringen will, wenn es sein muß, ist gerade ein Abkommen über die Grenzen dessen, was das Reich als seinen natür-

lichen und rechtlichen Anspruch geltend macht. Die Unterscheidung zwischen verzichtbaren und unverzichtbaren Ansprüchen wird hier einfach als Willensentschluß gedeutet, über einiges zu verhandeln, über anderes nicht. Solche Unterscheidung ist man vom Verhandlungspartner gewohnt. Geht der Ausgleich um begrenzte Interessen, so ist die darin enthaltene Abgrenzung des Gegenstandes oft sogar erwünscht. Aber wenn der Sinn der Gespräche in ihrer Zielrichtung auf dem Gesamtausgleich liegt (wie es für die Engländer diesmal der Fall ist), kann solche Einschränkung des Gesprächsthemas einer Ablehnung des Gespräches überhaupt gleichkommen.

K. P.

Der Besuch des polnischen Außenministers Beck und die Rückkehr des englischen Botschafters Lord Perth liefern einen Beratungstoff, der an innerem Gehalt zugenommen hat. Die Zuversicht ist gewachsen, seit die ausgiebigen Debatten im englischen Unterhaus gezeigt haben, daß Chamberlain Herr der Lage bleibt. Ohne Besorgnis nimmt man in Rom zur Kenntnis, daß der englische Optimismus sich gegenwärtig auf die Verhandlungen mit Italien beschränkt. Es wird nicht mehr als ein Attentat auf die Achse angesehen, wenn die Engländer hoffen, zuerst mit Italien ins Reine zu kommen, um von hier aus vielleicht auch die Auseinandersetzung mit Deutschland zu fördern. Der polnische Außenminister kommt also im Augenblick sehr gelegen, und Italien mutet ihm ebensowenig wie seinerzeit Österreich und Ungarn zu, dem Antikominternpakt beizutreten. Gayda sagt es ausdrücklich. Polen wird willkommen geheißen, weil es „genau wie Italien Gegner von Sektenbildung und ideologischen Blockad“ ist. Von jeher war Italien dafür, daß ein Viererpakt auch als Fünferpakt ins Leben treten dürfe, aber die ausländischen Zeitungen gatopieren doch wohl weit vor der Wirklichkeit voraus, die aus Chamberlains Wort von der Verständigung zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland und Italien anderseits bereits auf einen Pakt schließen wollen. Das erscheint viel zu „kollektivistisch“ gedacht. Jedenfalls denkt Italien gegenwärtig mehr an das Nächstliegende und überläßt der Zukunft, was sich daraus entwickeln wird. Diesmal ist nicht das Endziel, sondern der Anfang wichtig: die Verständigung mit England über das Impero, wozu Beck's Besuch die richtige Folie bildet. Denn er gilt mit Recht als der eigentliche „Initiator“ der Entkristallisierungspolitik in Gené. Er hat den anderen neutralen Mächten Europas Mut gemacht, seinem Beispiel zu folgen. Die Moskauer Prozesse tragen ihrerseits dazu bei, die Entspannung in Europa zu fördern und die ideologischen Dogmatiker aus der außenpolitischen Arena zu verdrängen. Italien macht diese Wendung zur Mitte, wenn man es so nennen darf, mit. Es vergißt dabei aber gewiß nicht seinen Achsenfreund, und so werden in regelmäßigen Abständen in die Tagespolitik große Ankündigungen über Hitlers Empfang in Rom und Neapel eingestreut. Das ist keine verschlagene Regie, um irgend jemand irreführen, sondern es ist eine sehr verständliche Geste, um die Achse als Rückhalt der italienischen Politik allseits in Erinnerung zu bringen. Der Wagen fährt jetzt auf dem richtigen Geleis, und nun wird man bald sehen, wie weit in sachlicher Hinsicht die Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten gehen wird. In Rom weiß man ganz genau, daß Chamberlain von der Opposition die „Chance“ gegeben ist, um mit der neuen Taktik des Vertrauens praktisch das zu erreichen, was auch Eden gewollt hat. Hat er keinen Erfolg, so wird er im Parlament einen schweren Stand haben. Das ist die Gefahr, die Italien, soweit es an ihm liegt, wird vermeiden wollen.

Dr. Fr., Rom.

Ita-
lienisch
Außen-
politik

Englands
neue
Tafel

30/15

Lage in Europa zu sein, daß man über die Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Staaten auf Vermutungen angewiesen ist, weil die westlichen Großmächte nicht zum Einsatz bereit oder zum Einsatz willig sind. Darum entschließen sich die kleinen Staaten dazu, ihre Beziehungen zu den Achsenmächten zu verbessern, weil man ihnen die Energie zutraut, um die größere wirtschaftsstrategische Macht der Westmächte zu kompensieren. Die Haltung der Kleinstaaten, und zwar aller Kleinstaaten im Westen, Norden und Osten, soll den neuen Beziehungen zwischen den Großmächten Rechnung tragen; man versucht, eine Mittelstellung einzunehmen. Diese Wandlung legt dafür Zeugnis ab, daß sich die Kleinstaaten früher auf eine westliche Hegemonie eingestellt hatten, während sie jetzt die Lage als eine Balance of Power ansehen. Für manche von ihnen mag das Gefühl der Sicherheit früher größer gewesen sein, dafür tauschen sie jetzt eine größere Selbständigkeit ein, zum mindesten so lange, als die Großmächte nicht zusammenstoßen oder sich vertragen. Ob es sich dabei um ein Provisorium von kürzerer oder längerer Dauer handelt, wird, hängt von der Politik der großen und nicht der kleinen Staaten ab. Die italienische Phase stellt den Umschwung in Rumänien so dar, als werde sich das neue autoritäre Regime ganz zu den Achsenmächten hinwenden, sie verschweig, daß der Außenminister Micaescu auch an andere Außenminister, an Delbos wie an Litwizow u. a. Telegramme gerichtet hat, und daß die alten freundschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten bleiben sollen. So lange sich der rumänische Rasse-Nationalismus auf Antisemitismus beschränkt, hat man in Berlin und Rom nichts dagegen einzuwenden. Aber wenn er sich gegen die Deutschen richten sollte, wäre man im Reich unzufrieden, und wenn er die Ungarn betrifft, wird Italien Einspruch erheben. Holland will das italienische Imperium noch nicht de jure anerkennen, weil es am internationalen Recht festhält, und die Schweiz sieht in der internationalen Rechtsordnung des Völkerbundes immer noch ein Ideal, dem sie treu bleibt. So sind die kleinen Staaten wie der Chor in der antiken Tragödie, der Lob und Tadel auf die Hauptdarsteller gerecht verteilt. Sie lösen sich von der kollektiven Sicherheit, obwohl sie glauben, bei den Gegnern dieser Rechtsform ein Rechtavakuum zu entdecken.

Dr. Fr.

Es sind zehn Jahre her, seit die Genfer Wirtschaftskonferenz ihren Vorschlag zur allgemeinen Zollsenkung machte und hoffte, so einer gesunden Welt den sicheren Aufstieg zu erleichtern. Wer zweifelt heute, daß dieser Aufstieg nicht nur ausblieb, weil jenen Vorschlägen der Widerhall versagt war, sondern wegen einer Europa umspannenden Gleichgewichtstörung im politischen Kräftefeld, die unter anderem auch jene Zollsenkungsvorschläge im Rückblick als utopisch erscheinen läßt. Die im Jahr 1927 beklagten Handelshemmnisse waren wie ein Kieselstein im Vergleich mit dem Erdbeben einer seither hereingebrochenen, alle Auswege verammelnden Selbstgenügsamkeitspolitik. Die scheinbare Ueberwindung der Kriegs- und Nachkriegsschwierigkeiten täuschte 1927 die Sachverständigen über die wahre Lage. Die in Mittel- und Osteuropa bereits 1923/24 und in Westeuropa 1925/26 erfolgte Rückkehr zum Gold war nur die Einleitung zu einer durch eine künstliche Niedrighaltung des Zinsfußes ermöglichten Stützungsaktion Amerikas für Europa gewesen, an deren Ausgang eine ins Phantastische gesteigerte amerikanische Wirtschaftskrise stand. Mitteleuropa hielt sein zu früh hergestelltes Gleichgewicht nur mit Hilfe englischer und (im Falle Deutschlands) amerikanischer Kredite und Anleihen aufrecht, deren Bürde zuletzt in Amerika konzentriert

war. Im Rückblick muß man feststellen, daß der unter tausend Leiden gemachte Versuch fast aller Staaten, besonders aber der kleinen Länder Mitteleuropas, die Anpassung an die veränderte Nachkriegslage mit den herkömmlichen Mitteln alter Wirtschaftspolitik zu bewerkstelligen, zum Scheitern verurteilt war. Die insbesondere im Verlauf des Weltkriegs vollzogene gegenseitige Durchdringung von Staat und Wirtschaft hatte eine Starrheit des Preissystems, einen Mangel an Elastizität der gesamten Volkswirtschaft bewirkt, die eine derartige Anpassung ohne eine Zerstörung des gesellschaftlichen Gewebes selbst einfach ausschloß. Der begangene Fehler sollte sehr bald der schärfsten Gegenbewegung Raum geben. Denn kaum hatte die 1929/31 eingeleitete Weltwährungskrise zur wenigstens vorübergehenden Preisgabe der Goldwährung gezwungen, als die zur neuen Anpassung gezwungenen Staaten ihre Methoden änderten und sich statt um den äußeren, um den inneren Kurs ihrer Währungen besorgt zeigten. Nicht eigentlich Anpassung an ein neues Gleichgewicht, sondern Anpassung an eine Lage, in der kein freies weltwirtschaftliches Gleichgewicht mehr vorhanden sein sollte, war die Signatur der Zeit. Das ist der Zustand, den wir seither mit dem Wort Selbstgenügsamkeit zu bezeichnen gewohnt sind. Kein Land der Erde konnte sich solcher Entwicklung ganz entziehen. Aber der Hauptunterschied bleibt: manche Länder sind darauf bedacht, die neuen Instrumente einer Selbstgenügsamkeitspolitik im antagonistischen Sinn auszuwerten, während die Mehrzahl richtig erkannt hat, daß die Wiederherstellung der Weltwirtschaft das Ziel sein muß.

Dr. K. P. London.

In der Erörterung, mit welchen Mitteln bei Fortbestand des zwischenstaatlichen Verrechnungsverkehrs der Entstehung von Clearingspitzen möglichst entgegengeartet werden könnte, ist kürzlich ein neuer Vorschlag gemacht worden. Generaldirektor Dr. Ernst Geiringer ist im letzten Heft der „Industrie“, des offiziellen Organs des österreichischen Industriellenbundes, für einen Umbau des zweiseitigen Verrechnungsverkehrs eingetreten, bei dem an die Stelle der Clearingabrechnung ein Kompensationsverkehr treten soll. Auch sein Vorschlag geht von der Ansicht aus, daß sich Clearingspitzen häufig aus unechten Clearingumrechnungskursen ergeben, und daß es zur Ermöglichung des Zahlungsausgleichs notwendig sei, auf die den jeweiligen Austauschverhältnissen entsprechenden Kurse umzustellen. Der erwähnte Vorschlag sieht als ein hierzu geeignetes Mittel die Einführung eines frei handelbaren Kompensationscheines an.

„Das kann nur auf die Weise geschehen, daß an Stelle des Clearingsverkehrs der Kompensationsverkehr tritt und daß der Kompensationschein, das heißt die Bestätigung über die erfolgte Ausfuhr, die zur Einfuhr der Ware gleich hohen Wertes berechtigt, zum Gegenstand des freien Handels gemacht wird. Die Prämie, die für den Kompensationschein auf freiem Markt gefordert wird, stellt dann jene Korrektur dar, die die Währung des betreffenden Staates erfahren muß, um in einem speziellen Fall des bilateralen Verkehrs den Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen herzustellen. Das besondere Charakteristikum dieses Systems im Gegensatz zum Clearing besteht nun darin, daß die Zahlung des Warenschuldners der direkten Verfügungsmöglichkeit durch den Gläubiger überantwortet wird.“

Die Anregung hat vor der kürzlich an dieser Stelle erörterten,*) die ebenfalls für das Fallenlassen eines festen Umrechnungskurses im Clearingverkehr eingetreten ist, ein optisches Moment voraus. Den Clearingpartnern wird

*) Vgl. „Clearingfragen“, Nr. 1814 vom 25. Dezember.

abruch
r Welt-
wirtschaft

F
Vorn
21
Clea
spit
ausf

Dr. Karl Polanyi, London: Englische Haltung.



Was dem Engländer der Tag zutrifft: Die Japaner stürmen Nanking. Italien verläßt den Völkerbund. Deutschland wird in Zukunft keinerlei System kollektiver Sicherheit beitreten; die besitzenden Staaten, England, Rußland, Frankreich, hätten überall den kräftigen jungen Staaten Italien, Japan, Deutschland zu weichen. Wie stellen sich Englands Führer zu dieser Weltumwälzung?

Der Kolonien halber wird England nicht kämpfen!

Das Wort selbst ist in Ungrace, seitdem die Weltgeschichte den Bestand des Britischen Reiches auf die Formel gebracht hat: Wie wird England seine Kolonien los, ohne das Empire zu zerstören? Die rotgemalten Flecken auf der Landkarte sind britisch, aber nicht englisch. Die ungeheuren Landstriche Kanadas, Australiens, Südafrikas gehören selbständigen Staaten an; wer deren Souveränität leugnet, ist der Sabotage des Empiregedankens verdächtig. Weit davon, als Kolonien zu gelten, sind die Tochterstaaten selbst Besitzerinnen von Kolonien geworden, und es verstöße gegen ein ungeschriebenes Gesetz, diesen Tatbestand etwa als bloße Formalität abzutun. Denn nicht erst um die Kolonien vor Deutschlands Zugriff zu sichern, sondern um dem Selbstständigkeitsdrang der Dominien Raum zu geben, hat England Kolonien an die Tochterstaaten abgegeben.

Indien ist eine Kategorie für sich. Auf dem Wege zum Dominionstatus hält es lange Rast. Aber die Inkubationszeit der nationalen Revolution Indiens entbehrt England nicht der Sorge um den Ausgang eines Prozesses, an dessen Abschluß selbst der Blinde die Unabhängigkeit Indiens stehen sieht. Seit langem ist Indiens Zollpolitik indisch, nicht englisch. Jeder Tag lehrt Lancashire den Unwert einer Landkartenpolitik. Und die eigentlichen Kolonien und Mandatgebiete? Die im Friedensschluß Deutschland entrissenen Gebiete? Dem Durchschnittsengländer dämmert die Erkenntnis auf, daß Hitlers Abneigung gegen einen Generalausgleich im Tausch für Kolonien der eigenen wachsenden Neigung entspricht, überlebte Mythen kolonialer Dorados den handfesten Vorteilen friedlichen Geschäftes zu opfern. Ohne Erstaunen nimmt er Deutschlands Weigerung zur Kenntnis, die Liquidierung englischer Kolonialherrschaft zum Eckpfeiler der künftigen Weltordnung zu machen.

Unvergessen sind auch die Lehren der Wirtschaftskrise. Die grenzenlosen Leergebiete britischer Uebersee brachten dem Mutterstaat keine Entlastung von volkreverberender Arbeitslosigkeit. Nicht Auswanderung nach, sondern Einwanderung von der Uebersee wies die Bilanz der Bevölkerungsbewegung auf. Und dem verblissenden Wirtschaftsgedanken entspricht ein wacheres Bewußtsein volklicher Verbundenheit. Die Dominien drängen geistig der englischen Muttermilch und leiblich dem schützenden Lauf moderner Schiffskanonen nach. Nicht England, sondern die „Kolonien“ beherrschen den Gang der Politik.

Des Prestiges halber wird England nicht kämpfen

Mit dem Zweikampf hat es auch den Gedanken der Ehre als Attribut der Existenz aus dem Bewußtsein ge-

bracht. „Gott gebe, daß die Deutschen wirklich bloß unter einem geschichtlich bedingten Minderwertigkeitskomplex litten“, sagte mir vor drei Jahren ein englischer Gelehrter, der rechts wie links als Vertreter erzenglischen Wesens gilt, „denn mit Ehren“, meinte er, „werden wir wahrlich nicht kargen.“ Die um vierundzwanzig Stunden vorgerückte Abreise Lord Halifax' nach Berlin spricht für die prophetische Gabe meines Gewährsmannes. Die Abreise war vorverlegt worden, als an mancher Stelle im Reich kein Hehl mehr daraus gemacht wurde, daß der Lord nicht allein erwünscht kommt. Downing Street ließ so das gesamte Volk merken, daß die englische Regierung jede Prestigerücksicht mißachte.

Auch Frankreich zullebte wird England nicht kämpfen

Die diplomatische Geschichte der Nachkriegszeit ist eine einzige Kette englischer Versuche, den in Frankreichs Außenpolitik verkörperten Zwangsläufigkeiten einer radikal widerspruchsvollen europäischen Struktur zu entgehen. Lloyd George anerkennt Sowjetrußland, um Frankreichs Machtbereich zu schmälern. Lord Curzon richtet eine Reihe polemischer Schreiben an den größten französischen Polemiker Poincaré. Snowden vergoldet die blassen Lorbeeren der Labourregierung durch forsches Auftrumpfen im Haag. Dies ist die große Tradition der Nachkriegszeit. Sie entspringt halb unbewußtem Drängen nach einem neuen Gleichgewicht der Mächte auf dem Festland, aber auch dem bitter gerügten Fehler französischer Starrheit in der Verteidigung eines kaum mehr als eingebildeten Status quo in Europa. Als Barthou im Frühjahr 1934 Hitlers Anbot deutscher Rüstungsbeschränkung abwies, hat er „die Blaue verpaßt“ („He missed the bus“, hatte Eden in einer denkwürdigen Rede gesagt). Seither ist Frankreichs Außenpolitik (unsichtbar) in englischem Schlepptau. Französische Anerkennung dieses Sachverhalts ist gegenwärtig die unausgesprochene Voraussetzung aller englisch-französischen Entente.

Aber warum würde England, wenn es sein müßte, kämpfen? Ist es ideologische Geltung? Sind es reine Machtstellungen? Und welche der drei raumgreifenden Mächte erscheint dem Engländer als vor allem gefährlich?

Ist es Italien?

Im abessinischen Konflikt unterlag England, weil es Frankreich nicht an seiner Seite hatte. Die englische Flotte hätte den Kampf um Suez wagen und die langfristige Ueberlegenheit seiner ozeanischen Stärke nützen können, wäre sie von keinem Laval-Mussolini-Vertrag im Rücken bedroht worden. Fällt dies weg, so braucht England einen Krieg im Mittelmeer nicht zu fürchten.

Ist es Japan?

Diese Gefahr ist viel ernster. Während italienisches Raumgreifen im Mittelmeer Englands Reichstraßen nur länger machen, aber das Reich nicht unmittelbar gefährden kann, würde Japans Alleinherrschaft über Ostasien das Ende des Britischen Reiches bedeuten. Noch hofft England auf einen langen Krieg in China; auf einen nationalen Widerstand unter Tschiang-Kai-Schek; auf eine Dauerentfremdung der chinesischen Massen von ihren japanischen Besatzern. Aber eines ist sicher: Japans Vorstoß ins Herz Chinas hat alle englischen Hoffnungen auf eine Ablenkung japanischer Expansion in der

Haben Sie schon von unserem

neuen Tarif mit Auslösung gehört?

Sie erhalten alle gewünschten Auskünfte bei der

Oesterreichischen Versicherungs A. G.

Wien, I. Bez., Freyung

Fernsprecher R-29-5-60 und U-22-3-95

Richtung auf Sibirien hin zunichte gemacht. Die in der Nachkriegszeit Englands Ostasienpolitik bestimmenden Umstände waren der wachsende japanische Druck und dessen zwiefache Wirkungsmöglichkeit, nach Mittelchina einerseits, nach Sibirien andererseits. Downing Streets Anstrengungen waren auf die Ablenkung Tokios zum Stoß nach Wladiwostok eingestellt. Das englisch orientierte Jangtse-Tal sollte durch die Preisgabe des russischen Amurgebietes bewahrt werden. Die Bezwingung der mittelm chinesischen Hauptstadt, Nanking, durch Japan vernichtet die Voraussetzung solcher Politik. Rußland, gestern noch ein Diversionsojekt, kann morgen der Verbündete sein. Damit verschwände die geheime Schwäche englischer Weltpolitik seit 1933, nämlich ihre Unfähigkeit, sich für oder gegen Rußland zu entscheiden, indem die Rücksicht auf Frankreich und auf Japan, auf Rhein und Amur entgegengesetzte Haltungen verlangten. Solch weitausholende Beurteilung legt Englands Führern Zuwartan nahe. Die unterirdischen Kräfte nationalen Erwachens in China tragen nur langsam Früchte. Auch die Entfaltung russischer Macht ist ein langatmiger Vorgang, wenn schon nicht aus anderen, so aus Gründen wirtschaftlicher Organisationstechnik.

Im Jahre 1931 stand der englische Industriellenverband auf der japanischen Seite und rühmte die Weisheit der Simonschen Manöver, die den Völkerbund weniger zum Hindernis als zur Deckung für den japanischen Angriff auf die Mandchurei machten. Die City verließ sich auf die Tokioter Zusicherungen der „offenen Tür“ in Mandschukuo und wollte in ihnen ein förmliches Quotenabkommen sehen. Seither ist sie eines Besseren belehrt worden. Die offene Tür war eine Einbahn — Englands Handel wurde aus dem Lande gejagt. Diesmal ist dem Selbstbetrug nur wenig Raum gelassen und auch kühnste Einbildung vermag den nipponesischen Ueberfall auf das Schanghai Revier britischen Kapitals nicht in die Idylle eines stillen Gesellschaftsvertrages umzu-dichten.

Das Dritte Reich gilt als der Gegner

Nicht etwa wegen seiner ideologischen Entschlossenheit, der Demokratie die Grabinschrift zu schreiben. England glaubt an seine Einrichtungen mit einer dem Ausland nicht nur unbegreiflichen, sondern auch völlig unvorstellbaren Festigkeit. Englische Demokratie ist eine in halbfeudaler Hülle aufbewahrte Volksgemeinschaft, die mit einem hohen Maß persönlicher Freiheit

vereinbar ist. Aber nicht die Freiheit, sondern die in gemeinsamer Beratung bewährte Gemeinschaft meint der Engländer vor allem, wenn er Demokratie sagt. Atomistischer Individualismus ist ihm fremd. Mit einem Wort Professor A. Loewes: Englands Bevölkerung eignet ein „spontaner Kollektivismus“, der seit Jahrhunderten freiwillig betätigte Volksgemeinschaft zur Voraussetzung hat. Festländischer Liberalismus war in Englands Wirtschaftsleben in der Praxis nie und selbst in der Theorie nur geringe Zeit allein herrschend. Aber in dieser kurzen Spanne waren grauenhafte Verheerungen an Lebenswerten die Folge gewesen, eine förmliche Gesellschaftserkrankung, wie sie kein kontinentaler Staat zu erdulden hatte. Daher die seit fast einem Jahrhundert einsetzende Gegenbewegung, die durch Kirche und Staat, Gewerkschaften und Berufsverbände getragen, dem liberalen Wettbewerbsgedanken starre Grenzen setzt.

Auch nicht wegen der im Kirchenkampf oder in der judenfeindlichen Gesetzgebung hervorbrechenden weltanschaulichen Festlegung des deutschen Nationalsozialismus. Solange dialektische Argumente Kurs hatten, waren diese geistig und gemüthlich tiefempfundenen Gegensätze bewußtseinsbildend. Aber seitdem die Möglichkeit einer schicksalhaften Auseinandersetzung gegeben ist, verläßt alles, was nie als Kriegsgrund verantwortet werden könnte.

Deutschland ist der Gegner, weil das Reich seine Macht in den Dienst einer als unerfüllt empfundenen Weltbewegung stellt. Weil England als Handelsstaat nur im Frieden gedeihen kann, die deutsche Weltbewegung aber mit einem langen Zeitabschnitt von Kriegen droht. Weil die Wucht dieser Bewegung vorerst so groß ist, daß nicht einmal ihre nächsten Ziele umrissen werden können. Böte sich ein Kompromiß, Englands Staatsmänner würden danach greifen. Kaltblütig suchen sie die Front ab, um einen Riß zu erspähen, der (trotz allem) einen opferreichen Ausgleich gestatten würde. Sie bereiten ihr Volk auf die Entscheidungen vor, die jederzeit fallen können. Ohne Erregung richtet sich England auf die kommende Spanne des Friedens ein. „Business as usual.“

Werbet für den
„Oesterreichischen Volkswirt“

Dr. Karl Polanyi, London: Die japanische Faust.

Seit sechs Jahren dringt Japan Schritt für Schritt in China vor. Militärische Expeditionen, umfassende Besetzungsmärsche, dramatische bewaffnete Zusammenstöße hat es während dieser Zeit gegeben, aber keinen Krieg. Weder im völkerrechtlichen Verstand einer erklärten bewaffneten Auseinandersetzung, noch auch im Sinn eines faktischen militärischen Kampfes, in welchem zwei Völker die Mittel der Gewalt erschöpfen, um dem anderen den Willen aufzuzwingen. Es hat den Anschein, als sollte es nun doch dazu kommen. Ein neuer Unruheherd ist auf dem Erdball im Entstehen. Die Räumung Schanghai durch die Briten ist ein Feuerzeichen. Die Rückwirkungen einer ostasiatischen Konflagration auf die schwebende Masse politischer Probleme in Mittel- und Osteuropa müßten tiefgreifend sein. Die Natur des japanischen Stoßes verdient genaue Beachtung.

Die einzige zulängliche Erklärung der Geschichte der japanischen Vorherrschaftskämpfe ist ihre Zurückführung auf die zum Teil unbewußte Furcht vor der nationalen Erstarkung Chinas. Nur so werden die zwei hervorstechendsten Züge dieses Kampfes erklärlich, nämlich das überhastete Raumgreifen und der schließlich Angriffskrieg eines im Besitz befindlichen Eroberers.

Das japanische Vordringen, in der Hauptsache friedlich vollzogen, war von fast beispiellosem Tempo. Die 1931 besetzte Mandschurei (die Kämpfe hatten verhältnismäßig geringen Umfang) zählt etwa 30 Millionen Einwohner. Die Invasion der Inneren Mongolei traf zwar ein menschenarmes, jedoch sehr ausgedehntes Gebiet. Zusammen mit der geographisch zur Mandschurei, aber völlig zur Mongolei zählenden Provinz Jehol (nordöstlich von Peiping) sind damit weitere Millionen Seelen zum japanischen Herrschaftsgebiet gestoßen. Die wichtigste der innermongolischen Provinzen ist das 1933 eroberte Chahar (nordwestlich von Peiping). Dies ward das Sprungbrett zur Errichtung des vielgenannten Autonomen Provinzialrates Chahar-Hopei. Die Provinz Hopei gehört zum eigentlichen China, hieß früher Tschili am gleichnamigen Meerbusen und zählt zu dem Kerngebiet des Himmlischen Reiches. Peiping selbst liegt in Tschili (oder Hopei). Die Verbindung Chahar-Hopei muß chinesischen Ohren merkwürdig klingen, etwa wie eine neue Provinz Burgenland-Wien dem Österreicher vorkommen würde. Mit Hopei dringt Japan in eines der volkreichsten Gebiete der Erde ein.

Als der abessinische Krieg ihm das Stichwort (und die Gelegenheit) lief, wurden zwei andere Kernprovinzen Nordchinas, Schansi und Schantung, in den Kreis seiner Bestrebungen gezogen. Die Fünfprovinzen entstanden (die fünfte ist die innermongolische Provinz Süüyan, westlich von Chahar, deren Bedeutung bloß in ihrer gegen die äußere Mongolei, d. h. Rußland vorgeschobenen Flankenstellung liegt). Aber noch sind die Fünfprovinzen nicht mehr als ein diplomatischer Begriff, eine politische Karte in der *pénétration pacifique* des fernöstlichen Festlands durch das nipponische Reich. Ihre Ausdehnung ist ungefähr eineinhalb Millionen Quadratkilometer; ihre Bevölkerung etwa 75 Millionen! Der Vollständigkeit halber wollen wir klar machen,

daß, während es die Fünfprovinzen nur als Zielsetzung gibt (d. h. nur halb von Japan abhängige), die halb autonome Provinz Chahar-Hopei seit Dezember 1935 bis zu einem gewissen Grad bestant, eine völlig autonome (d. h. ganz von Japan abhängige) Ost-Hopei Provinzialverwaltung aber tatsächlich existiert. Uebrigens gibt es einen verhältnismäßig schmalen, aber etwa 375 Kilometer langen Streifen auf der südlichen, also China zugewendeten Seite der Großen Mauer in der Provinz Hopei, nördlich von Peiping, der „demilitarisiert“ ist, d. h. unter japanischer Militäraufsicht steht. Er ist die eigentliche Militärgrenze, innerhalb der die sich stufenweise verdünnenden Einflußzonen politischen Charakters liegen: das botmäßige Ost-Hopei-Regime; das nur halb durchsetzte Chahar-Hopei; endlich das als imperialer Traum Japans Armeeführer lockende Nordchina der Fünfprovinzen. Die Mandschurei lag nun geographisch, ja politisch außerhalb Chinas; nur völkerrechtlich und, zum Teil wirtschaftlich zählte sie dazu, Hopei, Schansi, Schantung sind China selbst. Der Vorstoß südlich der Großen Mauer stellt Japan vor völlig neue Aufgaben, deren militärische Bewältigung beinahe undenkbar ist, und deren wirtschaftliche Lasten ins Uferlose wachsen können. Was zwang Japan zu solch stürmischer Ausdehnung, weshalb die scheinbar ohne militärische Not unternommene Vorwärtstreibung des Angriffs weit über alle natürlichen Grenzen hinaus?

Ein Blick auf die Landkarte genügt, um den Zwang zur Besetzung Jehols zu begreifen: Diese Provinz liegt wie ein westlicher Keil zwischen dem nördlichen und dem südlichen Schenkel der Mandschurei eingeschoben. Ihre Besetzung war militärisch unabweislich, so lang China selbst auf die Mandschurei nicht wirklich verzichtet hatte. Gleiches trieb den Eroberer zum Angriff auf den ungeheuren Landstrich, der China im Norden von Rußland trennt. Denn, so lange China einen Zugang zu Rußland besitzt, konnte die Mandschurei militärisch nicht als gesichert gelten. Es gibt nun zwei Zugänge vom Norden her in die chinesische Ebene. Der eine führt im Osten von der Mandschurei über Schanhaikwan am Meer entlang, der andere über Kalgan im Westen von der Mongolei her über die Gebirgspässe. Sie treffen sich in Peiping, dem Tor der großen Ebene. Japan war im Besitz des östlichen Zugangs; es konnte ihn endgültig nur sichern, indem es das mongolische Hinterland von Kalgan gleichfalls in die Gewalt bekam. Aber eine Landenge wie Schanhaikwan, ein Gebirgspass wie Kalgan lassen sich schließlich militärisch besetzen und befestigen — was aber mit Riesenstädten wie Peiping, mit überfüllten Provinzen wie Hopei tun? Eine ganze Reihe örtlicher politischer Experimente war die Folge. Doch mit Ausnahme der Mandschurei, wo ein starker japanischer Besatzungskörper militärischer und ziviler Art, von der hochgeschulten Verwaltung der südmandschurischen Eisenbahn versteift, dem scheinautonomen Staatskörper immerhin ein gewisses Leben einhauchte, blieben Nippens politische Marionetten steif wie Holz und tot wie Lehm. Das Leben aber, das Tokioter Staatskunst vergeblich einzuführen versuchte, regte sich beängstigend in der gegnerischen Welt. Kaum zehn Jahre, nachdem die aus Kanton losgelassene Welle der ersten nationalen Revolution sich in Nanking und Wuhan müde gelaufen hatte, so daß nur ihr trüber Schaum die nördlichen Provinzen erreichte, wuch die Schlaftheit des scheinbar wieder in die Ohn-

macht verfallenden gigantischen Volkskörpers neuem beunruhigendem Leben. Ein nationales politisch-militärisches Erwachen Chinas ist mehr als ein Schreckgespenst japanischer Generale. Es ist, wenn auch mit Einschränkungen wichtiger Art, bereits eine feststehende Tatsache. Japan hat nur die Wahl, dem langsamen aber sicheren Ende seines Festlandtraumes entgegenzuhalten oder aber die nationale Erstarkung Chinas mit aller Kraft, mit allen Mitteln, ohne Zeitverlust zu verhindern.

Damit ist Japans Feldzugsplan gegeben. Der Krieg, wenn er kommt, kann nur als Eroberungskrieg geführt werden. Denn keine militärische Niederlage Chinas kann für das japanische Raumstreben ein machtpolitisches Unterpfand bieten. Hierzu braucht es einer von Japan abhängigen Lokalverwaltung, deren Verlässlichkeit durch eine militärische Besetzung verbürgt ist. Damit ist die strategische Linie auch geographisch festgelegt. Der Angriff muß vom Norden her geführt werden, weil es der Norden ist, der besetzt werden muß.

Somit kennzeichnet sich Schanghai als eine chinesische Diversion. Zum chinesischen, nicht zum japanischen strategischen Vorteil dient eine Zusammenhaltung von Militärmächten in Schanghai. Für Japan ist jedes Bataillon und jedes Schiff ein Verlust, das dort eingesetzt wird, vom militärischen Schaden eines unbeachteten Prestigeinsatzes ganz zu schweigen. Auch die skandalöse Verletzung einer völkerrechtlich durch die heiligsten Verträge verbürgten Neutralität in der internationalen Niederlassung hat, wie die Dinge liegen, mehr in chinesischen als in japanischen Augen einen politisch ausmüßbaren Publizitätswert. Die Welt sollte gewarnt sein. Während noch 1932 die Niederlassung ihre Unverletzlichkeit mit Hilfe britischer Seesoldaten behaupten konnte, streicht Großbritannien jetzt die Fahne. Es ist als ob die schwarze Flagge der Anarchie bereits alles unter ihrer Botmäßigkeit ließe.

Dreimal, wenn nicht viermal, seit dem Sommer 1933 hat Chinas Regierung vor japanischer Uebermacht kapituliert. Im Waffenstillstand von Tangku vom 31. Mai 1933 hat Nanking auf die Mandchurei verzichtet. Nicht ausdrücklich aber tatsächlich, indem es auf dem eigenen Hoheitsgebiet militärische Einräumungen machte, die die Straße von Schanghai zum Eindringen überließ. Am 23. April 1934 verlas der japanische Botschafter in Washington die berühmte Erklärung einer neuen, diesmal nipponesischen Monroedoktrin. Der Einspruch der Britischen Regierung erreichte bloß eine lahme Abschwächung. Nanking wurde unter furchtbarem Druck gesetzt. Ein Rutenlaufen demütigender Forderungen wurde Tschangkaischeks Kabinett aufgezwungen. Zu Ende des Jahres begann die Abtrennung von Kerngebieten in Nordchina. Immer und überall aber war Diplomatie von Waffengewalt begleitet. Die Errichtung des Osthepei-Rates brachte die Evakuierung von mehr als 100.000 Mann regulärer chinesischer Truppen. Auch der jüngste Vorstoß lief auf die Zurückziehung einer chinesischen Armee hinaus. Die Eigenart des Vorgangs bestand in der politischen Rolle der Offensivarmee. Sie, nicht die Tokioter Regierung verhandelte mit China und wiederum nicht mit der chinesischen Regierung, sondern mit der chinesischen Armee. Von Armee zu Armee wurden die Vereinbarungen geschlossen. Völkerrechtliche Verträge nahmen so die Form eines Waffenstillstandsabkommens an (siehe Tangku). Dies wiederum gestattete

Nanking ein Vogel Strauß-Spiel prestige politisch art, indem es die eigene Kapitulation nie zur Kenntnis nehmen brauchte. Die Zweigeleisigkeit von Zivilmilitärführung in Japan erleichterte dieses Verhalten.

Im Vergleich zu östlicher Diplomatenkunst Europas Verhandlungstechnik klobig und stumm steht zu erwarten, daß das militärisch schwächer kling die letzte Karte noch nicht gespielt hat. Der Lauf der Schanghai Kämpfe wird erweisen, ob Nanking auf Kapitulation hinsteuert oder ob es diesmal ein bitteren Ende gehen wird.

Alex. R.: Die Futtermittelzgebühr.



In verschiedenen Diskussionen im Mittelhandel sowie die Entwicklung des Fleischverbrauchs lassen es als zweckmäßig erscheinen, die tatsächlich eingetragenen Wirkungen der Futtermittelzgebühr mit den bei ihrer Einführung gehegten Erwartungen zu vergleichen.

Absicht

Die Futtermittelzgebühr, kurz Lizenz genannt, wurde vor allem als Hilfe für die Gebirgs eingeführt.^{*)} Man argumentierte dabei etwa folgendermaßen: Die Not der Bergbauern ist vor allem durch die niedrigen Preise des von ihnen verkauften Rindviehs verursacht. Das von den Bergbauern gezüchtete Rind wird in der Ebene gemästet und dann als Schlachtkörper verkauft. Die Ursache der niedrigen Einstellpreise für die Bergbauern erhalten, sind die niedrigen Preise für Schlachtkörper und des Rindfleischs. Die Rindfleischpreise wurden durch die starke Senkung der Schweinepreise herabgedrückt. Die niedrigen Schweinepreise sind aber, abgesehen vom Rückgang der Kaufkraft der Konsumenten, wiederum eine Folge des verstärkten Schweineauftriebs aus dem Inland, der durch die Futtermittel ermöglicht wurde. Will man den Rindviehpreisen, so muß man bei der letzten Ursache der niedrigen Rinderpreise, bei den billigen Futtermitteln der Schlachtkörper, einsetzen. Eine Verteuerung der Futtermittel würde eine Verringerung des Schlachtkörperauftriebs, ein Steigen der Schweinefleischpreise und der Rindfleischpreise und letzten Endes auch der Rindviehpreise mit sich bringen. Der finanzielle Ertrag der Lizenzgebühr wurde als wichtiger weiterer Vorteil angenommen.

Am 18. August 1933 wurde eine einheitliche Gebühr von 1 S für 100 kg Futtermittel eingeführt. Und nach, wie aus der Zusammenstellung ersichtlich, 9 S bei Mais und Futtergerste erhöht, für Mais dann des zu stark gestiegenen Preises auf 7 S ermäßigt.

	18. 8.	3. 2.	15. 11.	9. 5.	24. 7.	21. 1.
	1933	1934	1934	1935	1935	1936
Heu und Stroh	1.—					
Futterrüben; *)						
Spüllicht usw.	1.—		3.—			
Futtermehle und Hafer	1.—	3.—	4.—			
Gerste zu Futterzwecken	1.—	3.—	4.—	5.—	9.—	
Mais	1.—	3.—	4.—	6.—	9.—	6.—

*) Ferner getrocknete oder gedörrte Zuckerrübenschnitzfütter aus Fleisch- oder Fleischabfällen; Kleie (mit Ausnahme Futtermehl); Malzkorn, Spreu; Schlempe; Spüllicht usw.

*) Siehe die Denkschrift der Präsidentenkonferenz landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften Österreichs über die Maßnahmen zur Sicherung des weiteren Bestandes Bergbauernschaft.

Karl Polanyi, London: Mit englischen Augen gesehen.



Das Schattendasein entleerter Formeln ist alles, was vom Londoner Nicht-einmischungsausschuß übrig bleibt.

Was sind die Wirklichkeiten? Worin liegt der Sinn des diplomatischen Kampfes, der sich auf so zahlreichen Schlachtfeldern zugleich abspielt und der jeden Augenblick über das Diplomatische hinauszugreifen droht? Weshalb Chamberlains Lawinen-Rede, dessen dramatischer Anruf, den Frieden zu retten, ausdrücklich „auch an alle Verantwortlichen im Ausland“ gerichtet war? Worum geht es den Engländern?

Auf die kürzeste Formel gebracht: In englischen Augen dient der spanische Bürgerkrieg deutsch-italienischer Einmischung nur zum Vorwand, um auf der Iberischen Halbinsel leichter Fuß zu fassen. Aber während welches für Italien Selbstzweck sein mag, will sich Deutschland dieser Positionen bloß als Atout im diplomatischen Spiel um die eigentlichen, in Mitteleuropa liegenden Ziele bedienen. Der Kampf um Mitteleuropa ist der Kampf um den Weltfrieden. Deshalb wird um jede Vorteilsteilung erbittert gerungen. Das entscheidende Glücke aber liegt auf dem Gebiet politisch-diplomatischer Methoden. Zuerst kam von Mussolini, zaghaft und in halb starische Formen gekleidet, dann aber von Hitler klar und emphatisch das Verlangen nach neuen Methoden internationaler Politik. Ob plastisch, elastisch, dynamisch, revisionistisch, evolutionär und revolutionär — es bedeutet hier immer das gleiche. Und doch wiederum auch nicht ganz das gleiche. Die Spannungen und Abstufungen, die zwischen diesen Varianten abnormaler Vorgangsweisen aufscheinen, gewinnen mit jedem Tag an Bedeutung.

Ein anderes ist es, bestehenden Verträgen die Sanktion der Unantastbarkeit abzustreifen, ein anderes, Vereinbarungen unter dem Vorbehalt ihrer Nichteinhaltung zu schließen. Der erstere Fall wird durch den Ausdruck Revisionismuszulänglich umrissen. England namentlich hat sich längst mit der These abgefunden, daß die Friedensverträge nicht heilig sind. Die Reform des Völkerbundes dreht sich um diese Frage, welche die Regelung von Sanktionen, Völkerbandexekutive und so weiter umfaßt. Aber selbst fait accompli Methode ist nichts grundstürzend Neues, wiewohl die Nutznießer des Status quo solcher Stoßtruppentaktik nie hold waren. „Vollzogene Tatsachen“ sind zwar rechtswidrig, aber der Rechtszustand, den sie abändern, gehört einer vergangenen Periode an: er war gewissermaßen geschichtlich errötet. Die wahre Schwierigkeit entsteht, wenn der Umbruch der Methode nicht überkommenes, sondern neu zu schaffendes Recht betrifft. Denn Vereinbarungen werden nun einmal unter der Voraussetzung geschlossen, daß sie auch gehalten werden.

Im deutsch-englischen Verhältnis hat diese vertragstechnische Frage eine besondere Bewandnis: Seit der einseitigen Aufkündigung von Locarno drängen die Briten auf Sicherungen deutscher Vertragstreue, während das Reich, umgekehrt, auf die unvergleichliche Verbürgungskraft seiner totalitären Staatsform hinweist.

Das deutsche Argument, das auch in England als gewichtig galt, konnte sich auf das polnische Abkommen

sowie auf die Saarabstimmung berufen, schließlich — dies war sein letztes Aufscheinen — auch auf das Juliabkommen mit Oesterreich. Hitler pochte auf seine Machtvollkommenheit als Staats-, Partei- und Regierungsoberhaupt, um der Welt ein Beispiel unvergleichlicher Bürgschaften der Einhaltung auch national schwer tragbarer Verträge zu bieten. Damit wurde aber unwillkürlich eine beinahe herausfordernde Note angeschlagen, die des Reiches Zuverlässigkeit als Vertragspartnerin ins Rampenlicht rückte. Dies war ein sinnvolles Vorgehen, welches den Wert deutscher Zusicherungen sehr erhöhen mußte, solange die Grundhaltung dem auch entsprach. Es war die folgerichtige Vollendung der Politik des Reiches, die sich geweigert hatte, undurchführbare Verpflichtungen anzuerkennen. Eine hohe Einschätzung völkerrechtlicher Pflichten sprach daraus. Sie führte zum Verlassen der Abrüstungskonferenz, zum Ausscheiden aus dem Völkerbund und zur offenen Aufrichtung einer revisionspolitischen Linie. Ein wegweisendes Verantwortungsbewußtsein hatte dazu die innere Anleitung gegeben. Als Ergebnis konnten Deutschlands Vertreter im Ausland den taktischen Vorteil einer wesentlichen Aufwertung ihrer Unterschrift buchen.

All dies mußte ins schroffste Gegenteil umschlagen, sobald jene Grundhaltung nicht mehr vorhanden war. Wenn an Stelle des Grundsatzes unverbrüchlicher sekularer Reichsverträge der entgegengesetzte Grundsatz einer elastischen Vertragstechnik trat. Durch solchen Wechsel wurde nicht nur der Wert zukünftiger, sondern selbst auch schon abgeschlossener Verträge wankend. Es eröffnete sich ein neuer Abschnitt diplomatischer Geschichte. Er dauert an.

Der Uebergang fiel in die Zeit der Locarno-Verhandlungen im Frühjahr 1936. Das Reich erklärte einen Vertrag für nichtig und bot zugleich langfristige Friedenssicherungen. Eine förmliche Inflation drückte auf den Kurs seiner Angebote. Ähnlich der fatalen Selbstbeschleunigung des Marksturzes 1923 brach der mühsam errichtete Bau langfristigen Vertrauens zusammen. Einige in England genau verfolgte Parallelererscheinungen, wie der Kurswechsel gegenüber der Bekenntniskirche im Reich oder der harte Bruch in der Konkordatspolitik, rissen ganze Vertrauensblöcke mit sich. Und als ob praktische Diplomatie aus der Not eine Tugend machen wollte, schlug das Reich einen neuen Ton an. Unter dem Titel der Diskriminierung seiner weltanschaulichen Gegner führte es die These der relativen Geltung internationaler Verpflichtungen ein. Will Valencia im Unterschied zu Burgos angeblich Verträge nicht einhalten, so wird London vor die Wahl gestellt, entweder gar keine Abreden oder aber solche zu treffen, die nur die Engländer binden, nicht auch den anderen Vertragsteil.

Zwischen offenem und geheimem Vertragsbruch klappt in der Praxis eine weite Lücke. Geheimer Waffenschmuggel vermag die Wirksamkeit des eigenen Ausfuhrverbots um 30% zu schmälern. Offener Vertragsbruch schmälert sie um 100%. Der geheime Sünder ist um 70% geschädigt. Als System vermag sich solcher Vorgang nicht durchzusetzen.

Ideologische Interessen der Linken wiegen für die konservative Regierung Englands leicht. Daß das Land ganz überwiegend zur Sympathie mit der Valencia-

Regierung neigt, ist durchaus national und reichspolitisch bestimmt. Italien ist der Feind. Und nirgends mehr als im Mitteländischen Meer fürchtet man seinen Biß. So blieb man denn in Rechtsfragen unversöhnlichen. Grell mußte sich von solchem Hintergrund die Praxis der Interventionsmächte abheben, deren Beziehung zum Recht in seiner ausdrücklichen Verweigerung gegenüber den Verfeimten besteht. Was ihnen als Kreuzzug der Zivilisation erscheint, muß dem Engländer als eine gradlinig zu Ende geführte Reihe kalblütiger Rechtsheugungen vorkommen.

Dieser Punkt ist von großer Bedeutung. Denn zu den sachlichen Hindernissen eines Ausgleichs mit Deutschland (die bisher keineswegs im Spanischen, sondern im Europa- und Weltpolitischen lagen) tritt die Vertrauensfrage nunmehr hinzu. Die Geschichte der jüngsten Krisen spreit eine Sternsche, die England neuarrumt. Desiderat wurde dem Reich bedeutet, daß der andere nunmehr nicht mehr mache. Die Wirkung war prompt. Spanien-Marokko, deutsche Truppenkontingente nach Spanien, schließlich die „Leipzig“ — Festigkeit des Gegners trennte jedesmal den Ausbruch des Pendels an.

England blieb von der Rückwirkung der Moskauer Generalschließungen unberührt; der Vorteil einer im Rußland vorbeiziehenden außenpolitischen Linie kam nun Eden zugute. Denn worauf er nicht offen gebaut hatte, das konnte ihm auch nicht entzogen werden — der Glaube an die Kraft der russischen Armeen. Dabei neigt man in Downing Street keineswegs zur Übersetzung der russischen Ereignisse. Man will nur der taktischen Vorteile eines Desinteresses nicht verlustig gehen, dessen man sich stets beflissen gezeigt hatte.

Um so mehr will man sich einem Frankreich nähern, dessen Regierung einen zunehmend bürgerlichen Anstrich hat. Winston Churchill, der idealtypische Führer aller britischen Imperialisten überschreibt einen Aufsatz „Vive la France!“ Und Lloyd George, der die Volksstimme so fein wittert, hält seine erste franzosenfreundliche Rede im Unterhaus. Die englisch-französische Zusammenarbeit ist heute der ruhende Pol konservativer Außenpolitik.

Als nach Chamberlains Lawinen-Rede noch am gleichen Abend „eine freundliche Aufnahme“ aus Berlin gemeldet wurde, verriet nichts am nächsten Tag im britischen Blätterwald, daß das ganze Land sich eines großen Sieges bewußt war.

Man hatte das Äußerste gewagt — und gewann. Die Disziplin der Presse ist so groß, daß kein Zeichen verriet, wie man jubelte. Und dennoch — das Volk war um eine unverlierbare Erfahrung reicher, die sich unfehlbar auch politisch auswirken muß, wenn es einmal hart auf hart geht. Der Engländer hält es einfach für unweise, dem Gefühl der Genugtuung Ausdruck zu verleihen.

Alle Karten sind auf dem Tisch. Italien bezeugt selbst im gewohnten halbamtlichen Auftatz, daß es in Spanien nicht neutral war, noch auch sein will. „Wo es einen Sieger gibt, gibt es eine Beute.“ Hitler erklärt in Würzburg, daß das Reich auf kollektive Zusammenarbeit verzichte. Die Viererkontrolle ist erledigt. Die Nichtteilnahme hat ausgespielt. Die Anerkennung Francos als kriegführende Partei ist nähergerückt.

Dr. Wilhelm Becker: Die Handelskammern in der berufständischen Neuordnung.

Der leitende Kammersekretär Herr Hofra Dr. Wilhelm Becker, Wien, nimmt das eben erschienene Handelskammergesetz zum Anlaß, um die Bedeutung der Kammern aufzuzeigen und die ihnen in ihrer neuen Organisationsform zuzufallen wichtigen Aufgaben darzustellen. Die Schrift



ist dem vom Bundestag am 21. Juni angenommenen Handelskammergesetz hat den Neuaufbau der Wirtschaft auf ständische Grundlage einen gewissen Abschluß erreicht. In diesem Aufbau spielen die Handelskammern oder, wie sie künftig heißen sollen, die Kammern für Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Finanzen, eine maßgebende Rolle. Es erscheint daher angebracht, einiges Grundsätzliche über die Stellung dieser Kammern innerhalb der neuen Ordnung zu sagen.

Handelskammern als Wegbereiter

In der Frage des Aufbaues und der Gliederung der gewerblichen Wirtschaft begegnete man bis in die letzte Zeit hinsichtlich der Handelskammern oft Auffassungen, die ein Eingehen in das Wesen und die Aufgaben dieser Kammern vermissen ließen. Es dürfte sich auch manchmal um Kritiker gehandelt haben, die kaum jemals ein Kammergebäude betreten, geschweige denn die Einrichtungen der Kammern kennengelernt haben. Ansonsten hätte es solchen Kritikern nicht entgehen können, daß schon die bisherigen Handelskammern bei der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben das Wohl der Gesamtwirtschaft höher stellten als das Interesse der einzelnen Gruppen. So haben die Handelskammern ideenmäßig vorweggenommene berufständische Ordnung bedeutet, womit gesagt sein soll, daß sie ihrem inneren Wesen nach von jeher darauf gerichtet waren, Hüter und Vertreter nicht egoistischer Einzelinteressen, sondern des Gemeinwohles zu sein.

Leitgedanke: Gemeinwohl

Um sich über die Bedeutung der Handelskammern klar zu werden, muß man von ihrem Wesen ausgehen, wie es sich im Laufe der Entwicklung herausgebildet hat. Dabei soll betont werden, daß es nicht darauf ankommen kann, seit langem bestehende Einrichtungen auf jeden Fall zu erhalten, sondern darauf, ob diese Einrichtungen der heutigen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung entsprechen und notwendig sind, um die von der Gegenwart gestellten wirtschaftspolitischen Fragen lösen zu helfen. Die vor neun Jahrzehnten zur Vertretung der Interessen von Industrie, Gewerbe, Handel und Finanzen errichteten Handelskammern hatten bereits im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Vertretung von Sonderinteressen den gesetzlichen und freien Organisationen der aufgezählten Berufstände immer mehr und mehr überlassen und sich im wesentlichen auf die Vertretung der Gesamtinteressen dieser Gruppen und auf den Interessenausgleich der zwischen ihnen bestehenden Gegensätze beschränkt. Damit dienten die Handelskammern dem Staat und dem

Dr. Karl Polanyi, London: England und die Donau.

Englands Weltstellung bedingt Englands Weltblick. Wenn dieser heute in tätigem Sinn zu deuten ist, so liegt dies nicht so sehr im Wandel der Dinge als im Wandel des Betrachters. Großbritannien steht anders da als vor einem Jahr, da es vergeblich seinen Fragebogen nach Berlin sandte.

Der Wandel hat seine Wurzel im Pazifischen Ozean. Dort war seit Jahr und Tag Englands Schwäche verankert. Japanischer Druck auf das Festland hielt seit 1931 Englands fernöstliche Macht in einem Zustand förmlicher Lähmung. Zwei Jahre vor dem deutschen Erlebnis hatte Sir John Simon sein japanisches in Genf gehabt. Der Völkerbund, der einmütig Japans Überfall auf die Mandschurei verurteilt hatte, konnte China keinen Schutz bieten. England war aber nicht stark genug, Japan in dessen heimischen Gewässern die Stirn zu bieten. Stimmens Unterstützung krankte an dem militärischen Gebrechen der ungenügenden Rüstung Amerikas zur See. China blieb vereinsamt. Die nach Europa herüberreichende Wirkung dieser Tatsache aber lag darin, daß Japans Vorstoß gegen die Sowjetunion kein Halt geboten werden konnte. Dies machte einen Zusammenstoß im Fernen Osten fast unvermeidlich. Englands Politik richtete sich darauf ein, einem allfälligen japanischen Angriff auf die Sowjetunion als wohlwollender Zuschauer beizuwohnen. Als Frankreich im Juli 1934 Rußland sein erstes Vertragsangebot machte, als im September Rußland dem Völkerbund beitrug, als schließlich am 2. Mai 1935 Frankreich einen Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnete, dem fast unmittelbar der tschechoslowakisch-russische Vertrag folgte, fand sich England in der höchst unerwünschten Lage, Frankreich mit einer Macht verbunden zu sehen, mit dessen Todfeind in Asien es sich selbst verhalten muß.

Allmählich, aber doch deutlich hat hier die Szene gewechselt. Japan übernahm sich im Fernen Osten und würgt nun schwer an der verschlungenen Beute. Die Japans innere Lage mit dem vorrevolutionären Rußland vergleichenden Kritiker mögen völlig irgehen; aber daß sich Staat und Nation dort vor die Notwendigkeit grundlegenden Formwandels gestellt sehen, wird durch die sich häufenden Anzeichen des Versagens sowohl im Innen- wie im Außenpolitischen erhärtet. Zugleich baute die Sowjetunion den Fernen Osten zur Festung aus, die durch einen eigenen Rüstungs- und Materialunterbau vom Westen des Landes unabhängig gemacht wurde.

Unzweideutig lassen sich die Wirkungen solchen Wechsels an den neuen Bahnen englischer China-Politik ablesen. Der Nanking gebotene finanzpolitische Rückhalt wirkt sich ebenso aus, wie die Weigerung Englands, Japans Spiel in der Inneren Mongolei durch eine Ueberschätzung der bolschewistischen Bedrohung Chinas zu erleichtern.

Hiemit hängt ein anderes zusammen. Nicht nur aus imperialen, sondern auch aus sozialen Gründen widerstrebte Großbritannien einer Verständigung mit der Sowjetunion. Es dauerte lange, bis die den Franzosen von Moskau gegebenen Zusicherungen ins englische Bewußtsein drangen und noch länger, bis sie Glauben fanden. Es sind nun mehr als zwei Jahre her, daß die Komintern

unter dem Druck der Weltlage jenen denkwürdigen Schritt vollzog. Seit einem halben Menschenalter war die Sowjetunion der Forderung ausgewichen, eine Einschränkung kommunistischer Propaganda zu verbürgen. Ihr Hinweis auf die formale Trennung zwischen Staat und Partei überzeugte niemanden. Jetzt aber wurde jene Bürgschaft nicht nur geboten, sondern auch mit eiserner Folgerichtigkeit durchgehalten. Mit anderen Worten, Moskau hat mit dem Beschluß des VII. Kominternkongresses ernst gemacht, daß der Faschismus der Feind sei und jeder, der ihn bekämpfe, Freund. Wenn die Kommunisten der Regierung Blum das Leben auch nicht leicht machen, so machen sie es ihr doch überhaupt erst möglich. In Spanien wirkt der Kommunismus als wahres Gegengift des Anarchismus und damit als Träger linksbürgerlichen Regierens. Daß die Bolschewiken plötzlich ihre Prinzipien fallen gelassen hätten, glaubt niemand. Aber wenn ihr Frontwechsel auch nur Taktik wäre, so ist doch diese einer Periode angepaßt, die nicht von heute auf morgen vorübergeht. Dies verfehlt in England nicht seinen Eindruck.

Englands eigenes Aufrüsten aber verleiht erst der veränderten Lage Stetigkeit und Beharrung. Von fernöstlichem Alpdruck und sozialen Befürchtungen befreit, sieht sich England wieder unbefangener im Erdkreis um. Eigener Kraft vertrauend, glaubt es den Gefahren gewachsen zu sein, die ihm von der Anziehung artfremder Allianzen drohen. Weniger denn je gedenkt es sich dem Zwang der Wahl zwischen Deutschland und Frankreich zu unterwerfen. Doch ungleich weniger als ehemals braucht es diesen Zwang zu scheuen.

Und so ist denn eine Entscheidung gefallen, die man freilich nicht zu eng fassen darf, wenn man ihren Sinn ausschöpfen will. England ist bereit, um seine Weltstellung zu kämpfen. Aber bis zum letzten Augenblick wird es jeder Friedensmöglichkeit die Tore offen halten. Eine Ablenkung des möglichen Gegners vom eigenen gefährdeten Interessenkreis kann freilich erwünscht sein. Eine derartige Stärkung des Gegners aber, die die eigene Lage im Ernstfall aussichtslos machen würde, darf durch jene Ablenkung nicht bedingt sein.

In die Sprache der Tatsächlichkeit umgesetzt: Englands Ausblick auf den Donauraum ist von der Zwangsläufigkeit der Wahl beherrscht. Wird dem Reich im Osten ein Riegel vorgeschoben, so muß die Gefahr einer Explosion wachsen. Wird seinem Raumgreifen der Weg nicht verlegt, so wächst ihm im Falle eines dennoch erfolgenden Zusammenstoßes entscheidende Uebermacht zu. In verschiedenen Ebenen liegen die Wahrscheinlichkeiten, deren gegenseitige Abschätzung im Lichte wechselnder Tatsachen das tatsächliche Verhalten vorschreiben.

Am 7. März 1936 kündigt das Reich Locarno in Wort und Tat. Sir Austen Chamberlain nannte es den folgenschwersten Schritt seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Die am 31. März formulierten deutschen Vorschläge zur Schaffung neuer umfassender Friedenssicherungen entschwinden auf mehr als ein Jahr der Erörterung als Folge des Britischen Fragebogens vom 6. Mai. Im Jänner laufenden Jahres erfährt Deutschland aus Edens und Blums Reden, daß nunmehr „nicht Worte, sondern Taten“ allein überzeugen könnten. Hitlers Reichstagsrede vom 30. Jänner erteilt die Antwort. Der Vierjahreplan wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit wird durchgeführt, ob Deutschland einen Zugang zu Rohstoff-

gebieten erhält oder nicht. Mit der Sowjetunion wird nicht verhandelt. Unter Deutschlands Nachbarn, zu denen man freundlich stehe, sowie in der Reihe neuer nationaler Dauergebilde wird der Tschechoslowakei nicht Erwähnung getan. Abrüstungsbeschränkung komme nicht in Frage. An Eden persönlich ist die Rede gerichtet. Sie spricht klar aus, daß zwischen Frankreich und Deutschland kein erdenklicher Grund zum Streit liegt. Zugleich wird der Kolonialfragen mit Nachdruck gedacht. England war mit dem Zaunpfahl gewinkt worden.

Die Rede war eine klare Antwort auf eine klare Frage. Sie schuf eine Lage, von der aus England die Dinge gegenwärtig sieht. Der Antrag, den Hitler ablehnte, war in einem Aufsatz der „Times“ vom 21. Dezember als ein Kompromiß umgrenzt, in welchem dem deutschen Reich wirtschaftliche Dauervorteile im Austausch für Rüstungsbeschränkung geboten wurden. Diese dehnbare Formel konnte die Kolonialfrage einerseits, aber auch die Sicherheitsfrage andererseits einbeziehen. In diesem Licht ward erst der neue Vierjahresplan und die neue Verfeinerung Sowjetrußlands zum vorbehaltlosen Nein. Zwölf Tage später teilte Seitzkanzler Chamberlain im Unterhaus das Ausmaß der englischen Aufrüstung mit.

Zwischen den 21. Dezember und den 11. Februar fallen wichtige Züge als Einleitung zum gegenwärtigen Stellungskrieg. Frankreich läßt am 7. Jänner dem Reich eine Warnung vor einem Raumgreifen in Spanisch-Marokko zukommen. Hitler gibt am 11. Jänner dem französischen Botschafter eine beruhigende Zusicherung. England hatte diesmal Frankreichs Schritt unterstützt.

Zwei Tage darauf trifft Goering in Rom ein. Am 17. enthält der „Völkische Beobachter“ Mussolinis Ausspruch: „Wir haben die Achse Berlin-Rom geschmiedet.“ Die Demokratien seien erledigt. Sie seien nichts als Bazillenträger des Bolschewismus. Auf beiden Seiten werden wichtige Karten aufgedeckt.

Am 15. Jänner erhielt der britische Militärattaché die tschechische Einladung, die Flughäfen und Militärlager des Landes zu besuchen, allerdings ohne ihr nachzukommen. Verantwortliche Stellen im Reich hatten von russischen Militärübungen auf tschechoslowakischem Gebiet gesprochen.

Am 21. Jänner betont der Außenminister Finnlands, die enge Verbundenheit seines Staates mit Großbritannien und kündigt seine Reise — die erste seit dem Bestehen Finnlands — nach Moskau an.

Am gleichen Tag schwächt der japanische Außenminister die Bedeutung des mit Deutschland geschlossenen antikomunistischen Vertrages in seinem Exposé ab. Er richtet seine Erklärung an die Adresse Englands, dessen Freundschaft Japan jetzt besonders wertvoll sei.

Helsingfors und Tokio — Englands Arme reichen weit. Frankreich räumt Polen einen Militärkredit von rd. 2600 Millionen Franken ein. Die Tschechoslowakei verleiht einen Militärkredit an Rumänien. Goerings römischer Besuch stärkt Italiens spanische Stellungen. Bulgarien und Jugoslawien schließen einen Freundschaftsvertrag am 24. Jänner. Er wird innerhalb von vierundzwanzig Stunden ratifiziert. In Belgrad wird Hitlers Rede begrüßt. Italien und die Türkei knüpfen ihre Beziehungen enger. Die Balkankonferenz in Athen nimmt den jugoslawisch-bulgarischen Vertrag zur Kenntnis. Die Türkei strebt nach Bewegungsfreiheit im Rahmen ihrer Freundschaft mit Rußland.

Als die englische Aufrüstung beschlossen und verkündet wurde, war das Spiel auf beiden Seiten schon gut wie aufgedeckt. Die kleinen Staaten schauten nach Deckung aus. Belgien löste seine Locarno-Verpflichtungen. Die Schweiz betonte ihre Neutralität und ließ sich dies von Deutschland beeineichtigen. Holland legte Weisung darauf, die Unversehrtheit seines Gebietes außer Diskussion zu halten. Es war dies sich selber sowohl wie seinen guten englischen Beziehungen schuldig. Im Donauraum lagte fast jeder Staat nach Rückversicherung an.

Die Venediger Zusammenkunft hatte den für England vielleicht überraschenden Ausgang. Deutschlands Anteilnahme an Spanien und zugleich die Italiens an Oesterreich abzuschwächen. Hier wie dort wurde der Handel ohne den Wirt gemacht. Hier wie dort dem England nicht an Intervention. Aber hier wie dort heil Nichtintervention alles eher denn Teilnahmslosigkeit. Eine solche glaubt sich England an keinem Punkt der Scheibe mehr leisten zu können, die sich um die „Achse“ dreht.

Eduard Stark: Wert und Unwert der Arbeitslosenstatistik.

Der Leiter der Arbeitslosenberatungsstelle der Wiener Arbeiterkammer schreibt uns:

Die — auch im „Oesterreichischen Volkswirt“ — wiederholt vorkommenden Hinweise auf die Entwicklung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen und auf deren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung, lassen es sehr notwendig erscheinen, einmal die Frage aufzuwerfen, inwieweit überhaupt aus der Entwicklung der Zahl der im Bezug der Unterstützung stehenden Arbeitslosen Rückschlüsse auf wirtschaftliche Veränderungen gezogen werden können. Ohne daß die nachfolgenden Bemerkungen Anspruch darauf erheben wollen, die Frage erschöpfend und ausführlich zu behandeln, sei darauf hingewiesen, daß wir es bei der Arbeitslosenstatistik (in Oesterreich wie in allen anderen Ländern) vor allem mit einer Verwaltungsstatistik, das heißt: mit der Aufzeichnung der Ergebnisse eines Verwaltungsverfahrens, zu tun haben. Insoweit können aus der Arbeitslosenstatistik — mag sie nun die zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen oder bloß die im Bezug der Unterstützung stehenden Arbeitslosen zum Gegenstand haben — überaus wertvolle Anhaltspunkte gewonnen werden. Der Wert der auf diese Weise geschöpften Erkenntnisse liegt vor allem auf sozialpolitischem Gebiet. Wirtschaftspolitische Erkenntnisse lassen sich aus den Veränderungen, die zahlenmäßig die statistischen Veröffentlichungen periodisch wiedergeben, nur bei geheimer Kenntnis der jeweiligen Verwaltungspraxis schöpfen. Selbst dann aber muß noch bedacht werden, daß die Entwicklung des Arbeitsmarktes (ein vor allem sozialpolitisches Problem) nur einen beschränkten Einblick in die Konjunkturentwicklung gibt, auf deren Feststellung es ja denen in erster Linie ankommt, die sich zu diesem Zweck auf die Entwicklung der Arbeitslosen zahlen berufen.

Die Statistik der im Bezug der Unterstützung stehenden Arbeitslosen ist eine Stichlags-Statistik. Nun ist der Monatsletzte keineswegs

Karl Polanyi, London: Englands Abwehr.

England ist erbost. Es fühlt sich beleidigt und gedemütigt. Gereizt folgt die Öffentlichkeit den Ereignissen. Italiens afrikanischer Triumph sammelt alle Leidenschaften nationalen und imperialen Ehrgeizes in dem Brennpunkt des Willens zur Abwehr. Doch je mehr die Wunde schmerzt, um so stärker die Entschlossenheit, keinem sturen Rachgefühl zu weichen. Keine überreife Geste, kein unbedachtes Wort verrät, wie tief der Wandel greift, wie weit der Abwehrplan ausholt.

Unter den Augen der versammelten britischen Geschwader führten italienische Konvois Verstärkungen nach Afrika. Auf Antrag Englands ist der Angriff auf Abessinien von 50 Staaten feierlich als Rechtsbruch verurteilt worden, aber die britische Flotte muß talentlos zuschauen, wie der Eindringling den wehrlosen Gegner in die Knie zwingt. Die Ohnmacht seiner Flotte, das ist die Ohnmacht Englands. Daß diese Flotte auch ohne Schlachten, ja trotz verlorener Schlachten zu siegen versteht, das bewies sie im Weltkrieg. Aber auf der Höhe von Alexandria widerfuhr ihr ein anderes Schicksal: sie versagte, weil sie den Kampf nicht wagen konnte. Sie wurde vom Gegner ignoriert.

Manche mögen an die technische Unzulänglichkeit der britischen Seestreitkräfte glauben. Die Regierung selbst nährt geflüchtend die Legende der Schwäche der Flotte — das blüht die Segel des Aufrüstungsprogramms. Vergeblich aber sucht man unter den Sachverständigen nach Gewährsmännern solcher Behauptung. Gewiß, kaum einer würde leugnen, daß die Entstehung der Luftwaffe den militärischen Wert der Flotte in Binnenmeeren in Frage gestellt hat. Doch niemand wagt es, einem Zusammenstoß zwischen Bombengeschwadern und Schlachtschiffen das Horoskop zu stellen: noch weniger auszusagen, wann eine Flotte wirklich gerüstet sei, einem Luftangriff standzuhalten. Die in England weitverbreitete Ansicht, daß allein die Rückständigkeit der eigenen Seestreitkräfte im Machtkampf mit Italien den Ausschlag gab, ist zumindest eine einseitige Spiegelung des Sachverhalts.

Wäre dem so, so würde in der Tat durch eine Verstärkung und Modernisierung der Flotte das Mittelmeerproblem Englands sich von selbst lösen. Das wirtschaftlich schwächere Italien könnte einen Rüstungswettstreit mit England nicht lange durchhalten. Der Sieg wäre den stärkeren Finanzen sicher. Keine Methode läge dem Engländer mehr als diese, um dasjenige wiederzuerlangen, was er als sein nationales Erbgut anzusehen gewohnt ist: die Herrschaft im Mittelmeer.

Das Mittelmeer ist die Drehscheibe aller Machtwege, die von der britischen Insel nach Asien und Afrika führen. Englands Stellung auf den beiden Kontinenten der westlichen Halbkugel ist in seiner Herrschaft über das Mittelländische Meer verankert. Jetzt, da Italien ihm diese streitig gemacht, gibt es im Grunde nur zwei Lösungen: entweder die Rückeroberung oder den Ersatz dieser zentralen Position durch völlig neue Methoden. Rückeroberung? Das könnte nur mit Frankreichs Hilfe geschehen. Ihre vereinigten Streitkräfte vermöchten Italien zu schlagen. Aber ganz abgesehen von dem frei-

lich maßgeblichen Umstand, daß Frankreich aus den gleichen Gründen wie bisher auch weiter abgeneigt sein wird, sich Italien zum Feind zu machen, bliebe im Grunde die militärtechnische Schwäche Englands unbeboren: denn selbst ein geschlagenes Italien könnte nach einiger Zeit Englands Mittelmeerstellung aus der Luft wieder bedrohen.

Ob es nun mehr der Aussichtslosigkeit einer auf die französische Bundesgenossenschaft abgestellten Linie oder mehr der schlechthin mangelnden Lösbarkeit des englischen Seeherrschaftsproblems im Mittelmeer zuzuschreiben ist: das politische Denken Englands wendet sich radikal neuen Auswegen zu.

Der Landweg nach Indien

„Scrutator's“ Aufsätze in der „Sunday Times“ finden in Diplomatenskreisen ständige Beachtung. Am 17. Mai, unmittelbar nach Edens Pariser Aufenthalt, erschien dort ein Aufsatz dieses Verfassers, der das Problem in ein neues Licht rückt. Wir lassen „Scrutator“ sprechen:

Der letzte Krieg hat unser Denken auf ein Schema internationaler Konflikte festgelegt, das an sich nichts Zwingendes hat. Der nächste Großkampf mag unter völlig anderen Bedingungen als der Weltkrieg vor sich gehen. Ein Angriff Deutschlands auf Frankreich kommt vorerst nicht in Betracht. Oder richtiger, es lohnt sich nicht, zuviel Aufmerksamkeit auf diesen Frontabschnitt zu verwenden. Man sollte sich damit begnügen, die bezüglichen regionalen Sicherheitsabreden in Geltung zu halten, und wenn Hitler diesen noch eigene Zusicherungen hinzuzufügen wünscht, solche zur Kenntnis zu nehmen, ohne ihnen allerdings übertriebene Bedeutung beizumessen. Es gibt für England, ja sogar vielleicht auch für Frankreich, ungleich realere Gefahren. Sie liegen nicht im nordwestlichen, sondern im süd-östlichen Europa; nicht am Rhein, sondern am Mittelländischen Meer.

Westliche oder östliche Orientierung ist eine nicht nur für Deutschland geltende Alternative. Auch Italien hat eine westliche und eine östliche Front — das abessinische Reich Italiens macht die Lage im östlichen Mittelmeer zum Fragezeichen ...

Für England mag dies eine Umstellung seiner mitteleuropäischen Politik zur Folge haben. Solange England westeuropäisch dachte, mochte ihm das Problem der aus der alten Donaumonarchie durch Aufteilung, Schrumpfung oder Anstückelung hervorgegangenen Staaten als eine Angelegenheit erschienen sein, die diese Länder eher selber lösen sollten, als mit der fragwürdigen Hilfe Frankreichs und Italiens. Doch ob dies auch dann gilt, wenn sich die östliche Einstellung durchsetzt, ist eine Frage, die durch die plötzliche Bedrohung der afrikanischen und asiatischen Belange Englands Aktualität erhält. Denn unter dem Gesichtswinkel Europas betrachtet, liegt Oesterreich abseits der englischen Interessen. Unter dem asiatischen und afrikanischen Aspekt braucht dies durchaus nicht der Fall zu sein. Der abessinische Krieg, der England die östliche Orientierung aufzwingt, bringt eine Umwälzung seiner gesamten Einstellung zu Mitteleuropa und dem Donaugebiet.

Italiens Vorstoß, meint „Scrutator“, wirft Fragen auf, die, wenn sie ungelöst bleiben, sehr wohl zum Gegenstand des nächsten Krieges werden müssen. Und

diese Fragen stehen im engsten Zusammenhang mit der von Deutschland im östlichen Europa betriebenen Politik. Die Stresa-Front verleiht angesichts solcher Situation jedes Interesse. Es ist die den Seeweg nach Indien beherrschende Mittelmeerfront, welche für England heute so lebenswichtig ist wie der Sueskanal selbst.

Die italienische Gefahr liegt nicht am Tana-See. Dort mögen die Italiener unbedrückt werden, aber wirklichen Schaden stiften sie nicht. Ungleich ernstester ist die Gefahr der Schaffung einer großen, schlagkräftigen schwarzen Armee. Vollends entscheidend gegen die Beherrschung der schmalen Meerstraße von Dardan durch konzentrierte Luftkräfte, deren Band und ausgleichende Gründe nicht Gleichwertiges entgegenzusetzen hat, gibt es da einen Ausweg?

„Scrutator's“ Andeutungen sind sehr beachtenswert. Schon das alte Rom kannte ein griechisches Mittelmeer. Aber nur die Küsten dieses Mittelmeeres werteten sich die Landarmeen. Nachdem strebte den Landweg nach Indien über Vorderasien an. Sollte Deutschland morgen, vom Drang nach dem Osten gepackt, einen Weg nach dem Orient suchen, so muß es sich dabei mit einem im östlichen Mittelmeer interessierten Italien abfinden. Deutschland könnte sich mit dem nördlichen Strich über Rumänien und die Ukraine hinweg bescheiden, während Italien den Weg zum Schwarzen Meer über den Balkan ginge. Ein deutsch-italienisches Zonenabkommen in Südosteuropa sei keineswegs undenkbar. Dann aber erst wäre England von Asien und Afrika auch auf dem Landweg endgültig getrennt.

Wer politischen Inspirationen offiziöser Art nachspüren gewillt ist, wird daran vorerst auffällig finden, daß eine Abwehrstellung gegen Italien und Deutschland zugleich den stillschweigenden Ausgangspunkt dieses Gedankenganges darstellt. Zweitens ist die Selbstverständlichkeit zu erwähnen, mit der Englands Gegeninteressen an einem deutsch-italienischen Mitteleuropa angenommen wird. Drittens führt solcher Gedankengang zu einem unmittelbaren Zusammenhang zwischen fernöstlicher, afrikanischer und mitteleuropäischer Politik. Man dürfte kaum fehlgehen, wenn man darin eine behutsame Tendenz zu einer neuen weltpolitischen Gesamthaltung Englands sähe. Die Abwendung von Japan im Fernen Osten, ein positives Interesse in Zentraleuropa und eine Annäherung an Rußland sind die drei Elemente, aus denen sich das Muster zusammensetzt. Daß solches nicht außerhalb des Bereiches des Möglichen liegt, bezeugt sowohl das wiedererwachte Interesse Englands an der Unabhängigkeit Chinas, wie die rußlandfreundliche Haltung des Foreign Office im diplomatischen Streit um die äußere Mongolei, wie schließlich der Lauf der jüngsten Ereignisse in Oesterreich selbst.

Dr. Benedikt Kautsky: Das billige Frühstück.

Der folgende Artikel war vor dem Rücktritt des Landwirtschaftsministers Dr. Strobl geschrieben worden; dessen weitreichende Vorarbeiten zur Verbrauchsverbilligung führt hoffentlich sein Nachfolger im Amt weiter. Die Schriftleitung.



Die im November 1935 vorgenommene Umgestaltung des Bundesvoranschlags hat die Frage der Milchwirtschaft neuerlich zur Erörterung gestellt. Aus den Ertragsmüssen der Lizenzeckuhr, die für 1936 mit 35 Millionen Schilling veranschlagt wird, sind nur 2,5 Mill. für den Milchausgleichsfonds abgezweigt, wobei allerdings vorgesehen ist, daß ihm über dem Budgetansatz eingehende Beträge nach einem bestimmten Schlüssel zufallen sollen. Immerhin bedeutet das eine wesentliche Kurzung der Fondsmittel. Wenn daher nicht auf einem anderen Weg eine Entlastung eintritt, so ist nicht zu erkennen, wie die Schwierigkeiten des Fonds behoben werden können.

Diese Entlastung suchte Landwirtschaftsminister Dr. Strobl in einer Senkung des Preises für Verbrauchsmilch sowie für Butter, wovon er mit Recht eine Hebung des Verbrauchs erwartete. Dabei sollten anscheinend die der Landwirtschaft zufließenden Erlöse im wesentlichen unverändert bleiben, die Preise vielmehr durch Verringerung der Handelsspanne herabgesetzt werden. Bei der jüngsten Butterpreiserhöhung war das bereits der Fall. Der Kampf um „das billige Frühstück“ hat einst, im England der Vorkriegszeit, eine große Rolle gespielt. Nun ist er, freilich in anderer Gestalt und unter anderen Voraussetzungen, in Oesterreich aktuell geworden.

Um die Möglichkeit einer

Milchpreissenkung

festzustellen, ist es notwendig, den Preis in seine einzelnen Faktoren aufzulösen.

Nach dem Milchpreissetz beträgt der Detailpreis in Wien mindestens 46 und höchstens 47 Groschen für den Liter Schankmilch im Laden des Verkäufers. Hiervon erhält die Landwirtschaft den sogenannten Grundpreis von 30 Groschen, von dem 3 Groschen (für aus Niederösterreich gelieferte Milch 4 Groschen) als Beitrag für den Milchausgleichsfonds abzuziehen sind. Die Spanne zwischen diesem Grundpreis, der alle Kosten bis zur Anlieferung zum Wiener Lahnhof enthält, und dem sogenannten Einstellpreis, der dem Detailhändler von seinem Lieferanten angerechnet wird — die sogenannte Molkereispanne — beträgt mindestens 11 und höchstens 12 Groschen. Die großen Wiener Molkereien arbeiten mit einer Molkereispanne von 12 und einer Detailspanne von 5 Groschen.

Es hat in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt, daß der Bauer von dem Verschleißpreis nur etwa die Hälfte bekommt. Denn rechnet man neben dem Beitrag für den Milchausgleichsfonds noch Fracht, Spesen für die Amortisation und Reinigung der Kanne sowie für eventuelle Kühlung und sonstige Behandlung der Milch in einer Sammelstelle, so kommt man zu einem Nettoerlös für den Bauern, der etwa 23 bis 24 Groschen für den Liter beträgt. Wenn man bedenkt, daß die auf Butter und Käse verarbeitete Milch selbst unter Einrechnung der Verwertung der Magermilch wohl in keinem

ZUSENDUNGEN

JEDLICHER ART

mögen niemals an einzelne Redakteure, sondern stets an die Schriftleitung schlechthin gerichtet werden.

¹⁾ Vgl. auch unsere Aufsätze „Krise der österreichischen Milchwirtschaft“ in Nr. 9 vom 25. Nov. 1933 (S. 225), und „Probleme der Fettwirtschaft“ in Nr. 32 vom 5. Mai 1934 (S. 692).

Karl Polanyi, London: Englands außenpolitische Krise.

Mussolinis afrikanischer Triumph hat über das Britische Reich eine offene Krise seiner gesamten Weltstellung gebracht. Niemand wußte zu sagen, welche Gefahren Mussolinis Zukunftspläne für England noch bergen mögen. Zwischen London und Rom gibt es seit geraumer Zeit nur noch diplomatisch-formale Beziehungen. Auf der Londoner März-Konferenz der Locarno-Mächte war Rom von Downing Street ignoriert worden. Als Mussolini seine Zustimmung zu den Londoner Beschlüssen verweigerte, erklärte Eden kurz, daß England mit oder ohne Italien zu Locarno stehe. Die Bereitschaft Englands zur Anwendung von Oelsanktionen folgte bald darauf. Diese diplomatischen Kampfhandlungen beweisen zur Genüge, daß Rom sich jeder Bindung in Afrika entzogen hatte. Heile Selassies Flucht beraubt nun England plötzlich des Schutzes seiner schwerbedrohten Flanke. Italiens militärischer Erfolg trifft den Sieger in günstigster Lage.

Wahlen und Diplomatie

Um so schwieriger ist die innere und äußere Stellung Großbritanniens. In einem demokratischen Lande müssen auch diplomatische Feldzüge mit Argumenten geführt werden, und die englische Regierung beging den Fehler, die falschen zu wählen. Baldwin verschmähte es, im afrikanischen Streit die herkömmliche patriotische Note anzuschlagen, die das Vordringen einer fremden Macht im eigenen Interessengebiet allein schon als feindliche Bedrohung ansieht. Statt ein Schwenken des Union Jack gab es ein Pochen auf die Genfer Satzungen. Wie weit hier Mittel und Zweck vertauscht wurden oder eine logisch unhaltbare Verbindung eingingen, bleibe dahingestellt. Sicher ist, daß die Bevölkerung Englands selbst über die national-imperialen Tragweite der nordostafrikanischen Bedrohung völlig im Dunkel blieb. So unglaublich dies im Ausland klingen mag, so ist dem doch buchstäblich so. Nur eine Handvoll Leute auf der extremen Rechten und — sonderbare Entsprechung — auf der extremen Linken machten anfangs eine Ausnahme. Sie zeigten auf die rot bepinselten Flächen der Landkarte hin und wiesen mit dem Finger warnend oder höhnisch, je nachdem, auf die Nilquellen und die Engen des Roten Meeres. Doch weder die chauvinistischen Diehards noch die anti-patriotischen Sozialisten machten viel Eindruck, um so mehr, als sie sich sehr bald selbst zu widersprechen begannen. Die Diehards hielten im Herzen zu Mussolini, weil sie dem Faschismus hold waren, die Sozialisten verlangten Sanktionen gegen Italien, um den Faschismus zu schlagen — beide hätten es als taktlos empfunden, ihre Argumente aus dem Tsana-See zu schöpfen. Ueber ihn schwiegen denn sowohl die Ankläger wie die Verteidiger des Imperialismus; wenn auch aus entgegengesetzten Gründen. Vollkommener noch als 1914 gelang es dem englischen Volke, sich selbst von der eigenen Uneigennützigkeit zu überzeugen. Sir Samuel Hoare stempelte in seiner Septemberrede die Zumutung englischer Eigeninteressen im abessinischen Streit geradezu als eine Verleumdung. Sein Nachfolger Eden wiederholte diese selbstgerechte Festlegung. Downing Street ist heute ein Opfer der eigenen geflissentlich zur Schau gestellten Unschuldsmiene.

Hoare-Laval-Plan

Denn hätten solche Argumente ihren Niederschlag bloß in Stimmungen und Meinungen gefunden, so wäre dies reparabel gewesen. Wenn man muß, strafft man sich selber Lügen. Doch es war nicht bei Druckerschwärze und Rundfunkworten geblieben. Die Unterhausmehrheit, die Englands Regierung trägt, ist auf Grund eben jener Argumente und der ihnen entsprechenden Wahlgelübde gewählt worden. Es war die ironisch-verkehrte Wiederholung der Khakiwahlen 1918. Lloyd George war in Versailles ein Gefangener der eigenen chauvinistischen, national-überhitzten Mehrheit gewesen. Als er Clemenceau etwas vom Völkerbundgeist beibringen wollte, fiel ihm das von ihm selbst geschaffene Khaki-parlament in den Rücken. Baldwin hatte sich angesichts der abessinischen Krise zum Sanktionsweg und zu Völkerbundwahlen entschlossen. Als er dann den englisch-imperialen Interessen durchaus günstigen Hoare-Laval-Plan unter Dach bringen wollte, machte ihm die eigene Mehrheit einen dicken Strich durch die Rechnung. Im Namen des Völkerbundsprestiges verwarf sie den Plan. Das Volk, das von seiner Regierung im Glauben an seine nationale Uneigennützigkeit gehalten wurde, schlug der eigenen Diplomatie die Beute aus der Hand, weil es den Sinn des Manövers nicht verstand. Vergeblich beteuerte Baldwin im Unterhaus, daß der Hoare-Laval-Plan weder ein Mißgriff noch eigentlich ein Bruch mit der Regierungslinie sei. Die Regierung habe nie versprochen, den Völkerbund über die eigenen Interessen des Landes zu stellen, sondern nur diese Interessen mit Hilfe des Völkerbundes statt auf eigene Faust zu wahren. Er sprach zu tauben Ohren. Mangels jeder Kenntnis der in Nordostafrika auf dem Spiel stehenden imperialen Interessen konnte das Land das Wahlprogramm der Regierung nicht anders als wörtlich verstehen. Baldwins Abdankung kann jetzt kaum sehr lange auf sich warten lassen. Sein Sturz wird die Folge des Umstandes sein, daß er durch seine pazifistische Wahlkampagne die Sicherung der handfesten national-imperialen Vorteile des Hoare-Laval-Plans unmöglich machte.

Dieser Punkt kann nicht genügend unterstrichen werden. Als am 8. Dezember die Pariser Bedingungen zwischen England und Frankreich vereinbart wurden, war der abessinische Streit der Großmächte mit dem Zurückweichen Italiens vor den Lebensinteressen des Britischen Reiches zum Abschluß gebracht. Denn daß Laval den Plan nur mit der inoffiziellen Zustimmung Mussolinis befürwortet haben konnte, war jedem Kenner diplomatischer Gepflogenheiten klar. Der Plan aber brachte nicht mehr und nicht weniger als die Belassung des Stromgebietes des Blauen Nil unter abessinischer Hoheit, während Italien sich mit südlichen und östlichen Landstrichen begnügen mußte; im Südwesten sollte seine Einflusssphäre unter Völkerbundüberwachung stehen. Mit anderen Worten, die Errichtung eines afrikanischen Reiches italienischer Nation sollte ausgeschlossen sein. Die sudanesishe Grenze blieb abessinisch (nicht italienisch). Mangels einer eigenständigen afrikanischen Militärmacht konnte Italien auch weiter nicht an die Schaffung einer Flottenbasis im Roten Meer denken. Und all dies geschah dem englisch-italienischen Vertrag vom Jahre 1925 zum Trotz, der im Aufteilungsfalle Westabessinien den Italienern zusprach. Die Mobilisierung der britischen Flotte und die weitausholende Völkerbundaktion hatten ihre Früchte getragen. Die Ablehnung des

Pariser Plans durch Englands öffentliche Meinung verschüttete den einzigen politisch-militärischen Ausweg aus dem Konflikt. Freilich wäre seine Annahme mit einer gewaltigen Einbuße an moralischem Prestige verbunden gewesen, denn der Plan hätte fast sämtliche Wünsche Englands und einige Italiens, doch diese wie jene auf Kosten des Völkerbundes erfüllt. An diesem tragischen Dilemma trug Baldwins zweifelhafte Wahlkampagne die Schuld.

Doch nicht nur innen-, sondern auch reichspolitisch ist eine Umbiegung der britischen Linie überaus schwierig. Die Dominien besitzen eine voll entwickelte Kleinstaaten-Psychologie. Sie sind jedem Imperialismus, auch dem britischen, abgeneigt; kollektive Sicherheit ist für sie kein Schlagwort, sondern eine inhaltlich bestimmte Außenpolitik. Nicht als ob ihr ehrliches Interesse an dem nunmehr in Afrika gefährdetem militärischen Zusammenhalt des Reiches zweifelhaft wäre. Das ist keineswegs der Fall. Aber es hat schwer genug gehalten, sie zur Unterstützung der aktiven Völkerbundlinie Downing Streets zu bewegen — sie gegen Italien in rein britisch-imperialen Sinne, ohne die völkerrechtliche Deckung Genfs zu führen, ist fast unmöglich.

Reform des Völkerbundes?

Denn darum und um nichts anderes geht es im Augenblick. Großbritannien steht gedemütigt vor den Völkern da, weil es sich zwar zu einer bedeutsamen weltpolitischen Linie aufgeschwungen, diese aber nicht mit genügender Entschlossenheit durchgehalten hat. Nun hat es zuzusehen, wie es seine eigenen Interessen mit den alten Methoden wahr. Völkerbund kennt keine Neutralität. Die Sperrung des Suez-Kanals im Auftrag des Völkerbundes wäre ebenso rechtmäßig wie unfehlbar friedensfördernd gewesen. Oelsanktionen waren zwingend vorgeschrieben. Ihre Verhängung hätte noch vor ganz kurzem die Lage ins Gleichgewicht gebracht. Aber selbst der Vorwand noch, unter welchem sie das letztmal verlagert wurden, zeugt seine Erfinder der Unaufrichtigkeit. Die Verschiebung des Genfer Sanktionsbeschlusses bis auf die Zeit nach den französischen Wahlen geschah in der stillschweigenden Voraussetzung, daß die Wahlen keine klare Entscheidung bringen würden. Nun haben sie sie dennoch gebracht, aber zu spät. Denn, wie die Mächte sehr wohl wissen mußten, genügt die Zwischenzeit, um Abessinien den Garau zu machen. Nicht einmal der allergrößte Wahlsieg vermag die Toten zu erwecken.

England steht in einer abgründigen Krise. Italiens Aufstieg zur selbständigen Macht im Mittelmeer ist kaum mehr hintanzuhalten. Schon die nächsten Monate müssen die Entscheidung bringen, ob diese neue Macht in engster Zusammenarbeit oder in der schärfsten Dauer-spannung mit England seinen Weg suchen wird. Mit welchen Mitteln vermag England in beiden Fällen die Lebensinteressen des Reiches zu schützen? Ist es dazu nicht bereits zu spät? Vor allem die finanziellen und wirtschaftlichen Machtmittel stehen zur Sprache. Doch auch solche brauchen zumeist einen bestimmten politischen Rahmen, um wirksam zu werden. Wie soll er beschaffen sein, das ist die Frage.

Vom Völkerbundgedanken kann keine englische Regierung in absehbarer Zeit los. Aber der Völkerbund wie er ist, hat schmachvoll versagt. Also Reform des Völkerbundes. Aber darunter kann völlig Entgegengesetztes verstanden werden. Vorige Woche schien es

noch, als habe Eden seine Linie im Kabinett durchgesetzt: Reform zur Stärkung des Völkerbundes. Inzwischen ist der Kaiser Abessinien zur unvergleichlichen Verlegenheit seiner Gastgeber unter palästinensischen Schutz geflohen. Laut melden sich wieder die Stimmen der Lord Lothian und anderer Völkerbundgegner, die eine Reform zwecks Schwächung des Völkerbundes wünschen. Aufs engste hängt dies mit der Stellung zu Deutschland zusammen. Wer die Hoffnung hegt, das Reich bald für einen dauernden Frieden gewinnen zu können, will einen Völkerbund, der solchen Trachten nicht im Wege stünde. Wer an eine solche Beschwichtigung der deutschen Unruhe in naher Zukunft nicht zu glauben vermag, blickt auf den Völkerbund, einen möglichst starken Völkerbund als Hort des Friedens und der Ordnung. Schnelle Entscheidungen tun hier jedoch nicht gut. England wird deshalb den Ton, in welchem es zum Reich spricht, so wählen, daß es keinen Abbruch der Verhandlungen zu fürchten braucht, solange es mit Italien nicht ins reine gekommen ist. Das wird dem Reich gewiß recht sein. Denn nicht in Berlin, sondern in Paris und in London dringt man auf Klärung. Eine Verzögerung ist nun unvermeidlich. Doch erst wenn sein Verhältnis zu Italien spruchreif geworden ist, dürfte England zur Hauptentscheidung schreiten.

Dr. Franz Breyer: Schiene und Straße.

Wir geben einer Erwiderung des Leiters der „Rona“ auf unsere Ausführungen zu dem durch das geplante Lastkraftwagenverkehrsgesetz beabsichtigten Verkehrsmonopol gerne Raum. Die Bemerkungen des geschätzten Einsenders können uns zu einer Aenderung unseres Standpunkts nicht veranlassen. Die Schriftleitung.

Unter den Merkwörtern „Eisenbahn und Auto“, bzw. „Verkehrsmonopol“, hat W. F. in den Nummern 22 und 30 Ihrer sehr geschätzten Zeitschrift kritisch zu der beabsichtigten Neuordnung des Gütertransports mit Kraftwagen Stellung genommen und damit in dankenswerter Weise einige der wichtigsten Gesichtspunkte des Problems zur Erörterung gestellt. Der gute Glaube, der von W. F., der für die Durchführung des geplanten Gesetzes in Aussicht genommenen Leitung der Rona zugebilligt wird, gestattet den Wunsch, im gleichen Rahmen einiges zum Gegenstand beizutragen.

1.

Die Oesterr. Bundesbahnen stellen einen wichtigen Teil unseres Volksvermögens in Ansehung der darin investierten Kapitalien dar. Darüber hinaus haben sie sowohl wegen der Verpflichtung des Bundes, den Betriebsabgang zu decken, wie auch wegen ihrer gesetzlich festgelegten Versorgungspflicht für 56.000 aktive und 81.000 im Ruhestand befindliche Bedienstete, die mit ihren Angehörigen fast ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung umfassen, ausschlaggebende Bedeutung für die heimische Wirtschaft, nicht zuletzt in Anbetracht ihrer Funktion als Großkonsument der inländischen Produktion. Ueber die eminente ökonomische Bedeutung der Oesterr. Bundesbahnen kann daher kein Zweifel bestehen, selbst wenn ihr Wert als Verkehrsmittel — wirtschaftstheoretisch — bestritten werden wollte.

T. V. A.
EIN AMERIKANISCHES
WIRTSCHAFTSEXPERIMENT

VON
KARL POLANYI
LONDON

Sonderabdruck aus dem
„Oesterreichischen Volkswirt“ Nr. 21, 22, 23
vom 22., 29. Februar und 7. März 1936.
WIEN

Eigentümer, Verleger u. Herausgeber: Maria L. Klausberger,
Wien, IX, Porzellangasse 27. -- Verantwortl. Redakteur:
Maria L. Klausberger. — Druck: Drucker- und Verlags-
A.-G. Ignaz Steinmann, Wien, IX, Universitätsstraße 6/8.

Der Verfasser bereiste im Vorjahr die sieben Staaten der U. S. A., über deren Gebiet sich der Tennessee-Plan erstreckt. Der Oberste Gerichtshof hat kürzlich das lang-erwartete Urteil über dieses großangelegte öffentliche Werk gefällt und die gegen den Bund erhobenen Klagen abgewiesen.

Die Schriftleitung.

Die T. V. A. ist Präsident Roosevelts persönlichstes Werk. Wie kein anderes Produkt des New Deal, trägt es die Züge der konstruktiven Geistesart, in der das Volk der Vereinigten Staaten sich den drängenden Fragen der Zeit stellt.

Die Tennessee Valley Authority ist eine seit knapp 2½ Jahren bestehende, der amerikanischen Bundesregierung gehörende Korporation, die mit der Verwaltung bundesstaatlichen Eigentums am Tennessee-Fluß und mit der Planung der wasser- und kraftwirtschaftlichen Zukunft des Stromgebietes betraut ist. Ihre unmittelbare Aufgabe ist die wasserwirtschaftliche Regelung des Flußbeckens, das heißt der Ueberschwemmungs-, Bewässerungs-, Dammbau- und Schifffahrtsfragen, einschließlich der Verwertung der Wasserkräfte. Doch darüber hinaus ist ihr auch die in kapitalistischen Staaten bisher undenkbare Aufgabe der industriellen, land- und forstwirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und kulturellen Gestaltung eines Landstriches anvertraut, der an Ausdehnung Oesterreich übertrifft. Die Bevölkerung des spärlich besiedelten eigentlichen Tennessee-Gebietes kommt etwa der Wiens gleich; in dem von der T. V. A. mittelbar und unmittelbar betroffenen Teil der sieben Staaten der U. S. A. wohnen nicht weniger als 6 Millionen Menschen.

Gewiß, die im Augenblick meist unstrittene Tätigkeit der T. V. A. ist die Lieferung von Strom an die

außerhalb des eigenen Gebietes liegenden Verbraucher. Der europäische Beobachter geht nicht fehl, wenn er in diesem Konflikt nur eine amerikanische Auflage des bei uns in den 90er Jahren erledigten Wettstreits zwischen privatkapitalistischen und gemeinwirtschaftlichen Methoden der Befriedigung derjenigen Gemeinbedürfnisse sieht, die wie Wasser, Beleuchtung und Verkehr eine der Natur der Sache nach stetige, lebenswichtige Nachfrage einem zum Mißbrauch verlockendem Angebotsmonopol ausliefern. Roosevelts Kampf um die T. V. A. ist in diesem Betracht bloß ein von der Stadt aufs Land versetzter Luegerscher Feldzug um die Entprivatisierung der Straßenbahnen und Gaswerke.

Dennoch ginge man am Wesen der T. V. A. vorbei, wenn man in ihr nicht auch die schattenhaften Umrisse der neuamerikanischen Schicksalsfragen erkannte. Sie sind wie Amerika selbst ein Zwitter der Alten und der Neuen Welt. Die allen modernen industriellen Großstaaten gemeinsamen Zeitprobleme stellen sich dort auf den ureigensten Hintergrund eines naturhaft überaus reichen und trotzdem von tausend uns unbekannten Nöten bedrängten neuen Kontinents.

Auf tückischem Grund

Im Frühjahr 1935 gab es in dem vom Verfasser bereisten weiten Tale des Tennesseees Tage, an denen bei hellem Sonnenschein eigenartige Nebelbildung den Blick in die Ferne verwehrt. Ein leiser Hustenreiz würgte in der Kehle. Die Bewohner der Staaten Kentucky, Tennessee, North Carolina, Ohio und Georgia, wo man die Belästigung am deutlichsten verspürte, erfuhren ihren Grund nur aus den Zeitungen. Was sie geplagt hatte, das waren die Folgen weit nach dem Osten verirrter Ausläufer der furchtbaren Staubstürme, die ein bis zwei Wochen vorher zehntausende von Quadratkilometern der fernwestlichen Präriestaaten in eine Einöde verwandelt hatten. Als Auswirkung der katastrophalen Dürre des Sommers 1934 war westlich des Mississippi, also tausend Meilen vom Tennessee-Tal entfernt, die einst von Buffalo-Gras festgehaltene, jetzt vom Pflug aufgelockerte Erddecke der Steppe von einem Sturm erfaßt in ihrer ganzen Tiefe weggewirbelt worden. Der nackte, kahle Lehmgrund schaute hervor. Tausende mußten in der Ferne ein neues Heim suchen.

Was in Texas, Oklahoma, Neu-Mexiko, Kansas und Nebraska stellenweise zur Tatsache geworden ist, eine physikalische Vernichtung des Grundes und Bodens selbst, geht heute als Gespenst in Amerika um. Die Vereinigten Staaten sind klimatisch ein anderer Erdteil, als sie zur Zeit ihrer Gründung waren. Das Herz des Landes, das Mississippi-Tal, ist aus einer von Waldwuchs und Präriegras geschützten Steppe in eine von Kanada bis zum Golf von Mexiko reichende offene Ackerfläche verwandelt worden, die den erbarmungslosen Kälte- und Hitzewellen des Polarkreises und des tornado-schwangeren Karibischen Meeres gleicherweise preisgegeben ist. Von den kanadischen Seen fegt der eisige Wind von keinem Forst in seinem Ansturm gebrochen fast bis zur Südküste hinunter, die Hitzewellen schlagen im Sommer die der waldgebundenen Ausdünstung ermangelnde Ebene mit Dürre. Hierzu kommt die Entfernung der schützenden Steppengrasdecke in den Präriestaaten, sowie die verhängnisvolle Pflügung erodeter, wildwasserbestrichener Abhänge in dem süd-östlichen Hügelland. Im Westen ist Wüstenbildung, im Südosten Verkarstung im Zuge.

Hier liegt die dem Europäer zumeist verborgene Quelle der amerikanischen Lebensangst, die sich zuweilen mit solchem Ungestüm in den Aktionen zur Wahrung der nationalen Rohstoffbestände, in riesenhatten Aufforstungsplänen, in der Schaffung von Naturschutzparken märchenhafter Ausdehnung, in der wütenden Anprangerung der Vergewer der staatlicher Erdölreserven kundgibt. Geophysikalische Kenntnisse sind in dem noch von Grenzerherkommen durchwobenen Amerika ungleich heimischer als im asphaltierten Europa. Prachtvoll bebilderte geographische Zeitschriften gehören zur Volkslektüre. Gleich wie eine außenpolitische Panik in anderen Ländern so schrecken düstere Vorhersagen sachkundiger Regierungskommissionen über die Zukunft von Land und Boden die Gemüter in der Neuen Welt auf.

Eines dieser geophysikalischen Gefahrenzentren ist das Tennessee-Becken. Fünf Jahre genügen, um einen erodeten Abhang dieses Hügellandes im Sommer in Rillen aufbrechen und zum Ackerbau unbrauchbar werden zu lassen. Noch einige Jahre und die Sprünge im Erdreich führen Wildwasser, die jede Spur der einstigen Bodendecke hinwegschwemmen. Millionen von

Aeres sind bereits vernichtet. Wie eine Mondlandschaft starrt dem Reisenden so manches noch vor einigen Jahren bebaute Tal entgegen. Kein Wunder, daß die Symptome eines allgemeinen Niedergangs die in Armut versinkende ländliche Bevölkerung zeichnen.

Ländliche Armut im Tennessee-Becken

Im Tennessee-Becken gibt es nun zwei Hauptquellen ländlicher Not: Erstens, die seit Menschenaltern fortgesetzte Verelendung der sogenannten Bergbewohner, d. h. der Nachkommen der im weiten Bergland der Appalachians gestrandeten Siedler. Diese „mountain poor“ sind vom reinsten angelsächsischen Geblüt. Als der Süd-Osten zur Baumwollpflanzung überging und die Negerklaven die weißen Farmer verdrängten, begann ein Bauernlegen auf seiten der Pflanzler. Die Bodensperre zwang die Siedler, in die westlich angrenzenden Berge der Appalachen Kette zu ziehen, deren mehrere hundert Kilometer breiter nordost-südwestlicher Zug den atlantischen Osten in einer Länge von rund 1500 Kilometern vom mittleren Amerika trennt. Aus diesem nur zur Jagd geeigneten Bergland gab es für die Siedler kein Entrinnen mehr. Als sie im Laufe von Generationen bis zum westlichen Ausgang der Berglande gedrängt wurden, fanden sie die Ebene bereits von Pflanzungen versperrt. Das Plantagenwesen hatte die Appalachen Kette vom Süden her umgangen. In erbärmlichen Holzhütten fristeten sie vereinzelt ihr Dasein, ohne Dörfer, ohne Zugang zu Märkten, bis jüngst ohne Behörden und Schulen.

Ein zwerghaftlicher Anbau entschädigt sie kaum für die schwindende Ausbeute der Jagd, die in dem zunehmend gerodeten Bergland unergiebig geworden ist. Der des Lesens und Schreibens unkundige ruthenische Bauer der östlichen Karpathen ist wirtschaftlich nicht schlechter daran als diese geistig regen, wehrhafter, in puritanischer Charakterstrenge erzogenen Nachkommen ältester Pioniergeschlechter. In einem der Bergkreise betrug im Jahre 1933 das durchschnittliche Geldeinkommen einer Farm 45 Dollar, davon 10 Dollar Unterstützungsgelder. Auf 200 Bergfarmen North Carolinas betrug das jährliche Durchschnittseinkommen nach Abzug von Steuern und Düngemitteln 88 Dollar. Für Nord-Amerika, wo Markterzeugung die Regel ist, eine erschreckend niedrige Ziffer.

Die andere Quelle der Verarmung, der wirtschaft-

liche Verfall der Bevölkerung der Baumwollgebiete, ist neueren Ursprungs.

Die metayage, sharecropping genannt, ist die landesübliche Form des Arbeitsvertrages. Der weiße oder farbige Landarbeiter wird samt Familie fürs Jahr gedungen. Er erhält eine Hütte und einen offenen Kredit im Laden des Gutsherrn. Die über eine gewisse Mindestmenge hinaus geerntete Baumwolle wird zwischen den Parteien geteilt und der Erlös seines Anteils zum Tagespreis zugunsten des sharecroppers verrechnet. Nur wenn der Betrag seine Schulden im Laden übersteigt, erhält er etwas auf die Hand ausbezahlt. Kündigung bedeutet aber den Verlust der Behausung. So ist denn nach gemeinem Urteil die Lage der Neger im Süden wirtschaftlich oft nicht besser als zur Zeit der Sklaverei. Nur teilen jetzt Zehntausende von „armen Weißen“, die sich als sharecropper auf den Plantagen verdingen, das gleiche Schicksal. Staatssekretär Henry Wallace hat im Frühling vorigen Jahres zugunsten der sharecropper von Arkansas eingegriffen, die einen Anteil an den unter der A. A. A. den Grundherren ausgezahlten Baumwollentschädigungsgeldern beanspruchten. Absentismus der Grundherrschaft, die übrigens häufig gar nicht eine Privatperson, sondern eine Baumwollpflanzungsgesellschaft ist, trägt zum Verfall des ländlichen Umkreises nicht wenig bei. Doch das Grundübel ist selbstverständlich der Niedergang der Baumwollwirtschaft selbst.

An sich würde nur vielleicht weder das Elend der sharecropper, das doch nur einen Ausschnitt aus der Baumwollkrise darstellt, noch die Armut der Appalachen Bergbewohnerschaft, dieser jammervollen Enclave inmitten einer vorwärtsschreitenden Entwicklung, das öffentliche Interesse übermäßig erregen, spielte sich all dies nicht auf dem Hintergrund einer offenkundig verfallenden geophysikalischen Umwelt ab. Einer massiven Vernichtung der Naturkräfte des Landes selbst kann der Amerikaner nicht gleichgültig zuschauen. Sein Gewissen mahnt ihn des Tages, da die im Raubbau verwendeten Urkräfte eines geplünderten Kontinents sich durch ein jähes Versiegen an ihren allzu gierigen Ausbeutern rächen könnten; sein Geschäftssinn deutet ihm eine Entwertung der Natur als einen Kapitalverlust, der an tausend Stellen unsichtbar hervortretend den wunderbaren Aufstieg der U. S. A. verhängnisvoll abbremsen könnte. Kahle Bergketten, künstliche Wüsten, allenthalben die wachsende Wut der Überschwemmungen, ein Häufigerwerden klimatisch be-

dingter Elementarkatastrophen machen heute den Durchschnittsamerikaner für jede Anregung empfänglich, die die Wälder zu retten, den Boden zu schützen, die Gewässer zu zähmen, das Klima zu mildern, das ländliche Bild wieder seiner Schrecken zu befreien verspricht.¹⁾

Das sind die Imponderabilien einer politischen Atmosphäre, aus der die T. V. A. geboren wurde, nicht ohne jedoch auch ungleich speziellere Interessen ins Spiel zu bringen — die der Stromerzeuger und der Stromverbraucher. Nur während hier massiven Interessen ebensolche Gegeninteressen die Waage halten, wirkt jene Unterströmung klimatisch-geographisch bedingter Lebensangst unbewußt in allen Amerikanern zugunsten der T. V. A. Denn die Elektrowirtschaft im Tennessee-Becken ist eben Teil eines viel größeren Ganzen — der rationellen Behütung und Gesamtwirtschaftung aller Naturkräfte des Landes. Diese unumgängliche Aufgabe ist es vor allem, die dem laissez-faire in den U. S. A. heute eine Grenze setzt. In dem Streit um die T. V. A. kommt der unlösliche Zusammenhang zwischen einer Ausnützung besonderer gemeinschaftlicher Kraftquellen großen Stils und der Versorgung für die Erhaltung des menschlich-naturreichen Rahmens aller Wirtschaft symbolisch zum Ausdruck.

T. V. A. und public utilities

Das handgreifliche Interesse der amerikanischen Bevölkerung an der T. V. A. ist unlöslich mit einem der wichtigsten Kapitel der modernen Wirtschaftsgeschichte des Landes verbunden: dem Kampf um die public utilities, das heißt der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Telephon, Telegraph, Straßenverkehrsmitteln und Elektrizität. Dieser Kampf dreht sich in

¹⁾ Der Kälteeinbruch im Februar 1933 hatte in Oklahoma, Texas, New-Mexico, Colorado und Kansas „cacaofarbenen“ Schneefall zur Folge. Die vom Sturm aufgewirbelten Staubmassen hatten sich mit den Schneeflocken vermischt. („Observer“, 16. Februar.) Der die Aussichten der T. V. A. Judikatur erläuternde amerikanische Berichtserstatter der „Times“ schrieb aus diesem Anlaß, es werde auch von Gegnern der T. A. V.-Gesetzgebung zugegeben, „daß, wenn nicht recht bald etwas Drastisches vorgekehrt wird, die Vernichtung des Erdbodens selbst durch ‚Staubstürme‘ und Wildwässer unaufhaltsam fortschreiten muß“. (17. Februar.)

den U. S. A. nicht so sehr um die privatwirtschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Erzeugung und Verteilung von Strom als um die wirksame Preis- und Leistungskontrolle der privaten Erzeuger im Interesse der Verbraucher. Die in Europa durchgedrungene Überzeugung, daß Gemeinnützigkeiten²⁾ in die öffentliche Hand — Gemeinde, Stadt, Staat — gehören, besteht in Amerika nicht. Sie gilt auch in Europa heute nicht ausnahmslos. Doch der Grund für die Allgemeinheit der amerikanischen Abneigung ist dennoch spezifisch amerikanisch: es ist Mißtrauen gegen Parteiwesen und Verwaltung. Europa kennt diese Ineinsetzung nicht — bei uns gab es eine Verwaltung, ehe es ein Parteiwesen gab. In Amerika ist eine „Politisierung“ der Verwaltung zum sehr ernststen Hemmnis der Ausdehnung der Verwaltungsbefugnisse geworden. Daher die Unvolkstümlichkeit des Gedankens, einer Gebietskörperschaft wie Staat oder Stadt die Besorgung der Gemeinnützigkeiten anzuvertrauen.

Nebenbei: Eisenbahnen, Telephon und Telegraph sind in den U. S. A. in privaten Händen. Nur die Brief- und Paketpost ist bundesstaatlich. Die Wasserversorgung ist fast überall in der Hand der Municipalitäten. Die Eisenbahnen werden durch zahlreiche Privatgesellschaften betrieben. Weder für die Verstaatlichung des Telegraphen noch des Telephonwesens erheben sich (außerhalb des kleinen sozialistischen Lagers) ernsthaft Stimmen; eine Verstaatlichung der Eisenbahnen käme nur dann in Frage, wenn ihre finanzielle Sanierung dies erzwingt; zur Zeit kann davon kaum die Rede sein.

Das Problem der public utilities betrifft also praktisch nur die Elektrizitätsgesellschaften. Und auch diese vor allem in der einen Hinsicht, wie sie nämlich in bezug auf Preis und Leistung durch den Verbraucher kontrolliert werden können. Wo Municipalitäten eigene Kraftwerke errichteten, geschah dies zumeist, um über eine Verhandlungswaffe zu verfügen. Im Jahre 1932 betrug die Zahl der privaten Gemeinnützigkeiten 1627, die der städtischen 1802.³⁾ Das verfassungsmäßige Recht der Gebietskörperschaften, Einzelstaat oder

²⁾ Die Ungewohntheit der von Prof. K. Brinkmann eingeführten Bezeichnung „Gemeinnützigkeiten“ wird durch die Vermeidung eines Ausdrucks wie „private public utilities“ aufgewogen.

³⁾ Vgl. C. O. Ruggles: „On public utility management and regulation.“ Harvard Business Review, Herbstnummer 1935. Der Umfang der municipalen Elektrizitätsgesellschaften ist jedoch verschwindend klein im Vergleich mit den privaten.

Municipalität, Elektrizität zu erzeugen und zu verteilen, ist unbestritten. Doch es besteht im Augenblick kein starker Drang danach. Amerikanische Gebietskörperschaften ziehen schon aus finanziellen Gründen einen guten Vertrag mit einer privaten Gesellschaft der Eigenerzeugung vor. Ihre Sorge gilt vor allem der Festsetzung niedriger Strompreise, besonders in Anbetracht der Entfaltung noch unentwickelter Gebiete und Industrien. Hauptträger der Preiskontrolle ist daher der Einzelstaat. Sogenannte public utility commissions sind mit ihrer Ausübung betraut.

Das Problem der public utilities zerfällt in mehrere Fragengruppen: vor allem Preisregulierung und Holding-Gesellschaften. Die erste betrifft das Recht der Einzelstaaten zur Regelung der Strompreise. Die Einzelstaaten verliehen Konzessionen an die auf ihrem Gebiet tätigen Elektrizitätsgesellschaften und behalten sich die Festsetzung angemessener Preise im Sinne der Konzession vor. Seit 1890 gestattet nun der Oberste Gerichtshof die Anfechtung der einzelstaatlichen Preisregelungen durch die Elektrizitätsgesellschaften unter dem Verfassungszusatz IV vom Jahre 1868, welcher Leben und Eigentum jedes Bürgers gegen einen „ohne rechtmäßiges Verfahren“ erfolgten Zugriff der Einzelstaaten schützt. Ein nicht genügend hoher Preis gilt demgemäß als „konfiskatorischer Zugriff auf das Eigentum der Gesellschaft“ und kann beim Obersten Gerichtshof angefochten werden. Was die Angemessenheit des Strompreises anlangt, hielt es seit 1898 (Smyth v. Ames) der Oberste Gerichtshof für rechtens, daß der „Gegenwartigswert“ der Anlagen angemessen verzinnt werde — eine theoretisch unhaltbare und praktisch unanwendbare These, die zugegebenermaßen zur Anarchie auf dem Gebiete der Preisregulierung geführt hat. Der volkstümliche Ruf nach dem „Yardstick“, d. h. einer objektiven Preisberechnungsnorm, entsprang aus den endlosen Mißlichkeiten solcher Lage.

Die seit dem Nachkriegsboom brennend gewordene Frage der Holdings liegt etwas abseits unseres Problems, wiewohl sie auf mancherlei Art hineinspielt. Daß eine weitgehende Abtrennung der Finanzierungsgesellschaften von den Betriebsgesellschaften und eine anüberlässliche Verschachtelung der erstern selbst ohne persönliche Mißbräuche wie im Fall Insull zur Schädigung des großen Publikums als Bondholders und auch als Verbraucher führen kann, ist klar. Denn die einzelstaatliche Kontrolle muß den weitverzweigten Holdings gegenüber versagen, eine andersartige Kontrolle gemeinnütziger Monopole ist aber nicht vorhanden. Daher die schweren Klagen nicht nur über vereinzelte Emissionenschwindel, sondern auch über eine engherzige Preis- und Entfaltungspolitik vieler Betriebsgesellschaften, die oft von industriefremden und rein spekulativen Interessen in eine die wirtschaftliche Gesamtentwicklung hammergehende Bahn gedrängt werden.

Als dritte mag sich zu Preisregulierung und Holding die Frage nach der vergleichswisen Leistungsfähigkeit privater und städtischer Elektrizitätserzeugung und -verteilung gesellen. Jener objektive „Yardstick“ könnte auch bei diesem unzähligen Interessen berührenden betriebswirtschaftlichen Vergleich seine guten Dienste tun.

Die T. V. A. tritt in allen diesen Belangen entscheidend auf den Plan. Sie ist nicht nur ein gemeinschaftlicher Versuch größten Stils auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft, sondern sie zielt auch bewußt auf die Schaffung eines „Yardstick“ ab. Mit der Privatwirtschaft jedoch tritt sie nur in einem einzigen Punkt in Wettbewerb, eben in der Elektrowirtschaft. Keinesfalls geht sie an den marktmäßigen Vertrieb irgend eines anderen Gutes als Wasserkraft heran. Ihre Planungstätigkeit ist bloß koordinierend: forschend, beobachtend, statistisch, beratend und erstreckt sich auf die reale Tätigkeit nur im üblichen Verwaltungswege des Damm-, Kanal-, Straßen- und Städtebaus, der Forstwirtschaft, der Bildungsorganisation usw. Die große Mannigfaltigkeit ihrer Tätigkeit erfließt nicht aus ihren besonderen Kompetenzen, sondern aus der neuartigen Aufgabe, die Zukunft einer ganzen Region in allen Entwicklungsrichtungen gestaltend zu erfassen.

Elektrowirtschaft der T. V. A.

Der Tennessee entspringt in den Appalachen Bergen und ergießt sich nach einem im allgemeinen westlichen Lauf von mehr als tausend Kilometern in den Ohio kurz vor dessen Vereinigung mit dem Mississippi. Der gemächlich dahinfließende Strom beschreibt hierbei einen großen Umweg nach Süden, der dem Tennessee-Becken einen beinahe quadratischen Umriß verleiht. Doch die Wasserkraftwirtschaft des Stromes ist von seinem geographischen Lauf ziemlich unabhängig. Sie kann auch ohne Karte deutlich gemacht werden.

Technische Grundaufgabe der T. V. A. ist die Schiffbarmachung und Ueberschwemmungssicherung des Stromlaufs. Die dazu nötigen Dammbauten liefern riesige Wasserkräfte, die vor allem der Gewinnung von synthetischen Düngemitteln dienen. Der sehr bedeutende Ueberschuß an Energie ist in der Elektrowirtschaft zu verwerten. Endziel ist die rationelle Höchstaussnutzung der Energiequellen des gesamten Stromgebietes.

Drei Dammbauten und zwei Kunstdüngerwerke bilden den Grundstock der T. V. A. Zwei dieser Dämme sind eng benachbart; sie befinden sich am Mittellauf des Flusses. Beide Kunstdüngerwerke liegen am unteren

Damm. Der dritte Damm wird im Quellgebiet des Tennessee errichtet und soll einen der größten künstlichen Stausen der Erde tragen.

Die zwei unteren Dämme liegen an den bekannten Sandbänken der s. g. Muscogee Shoals, etwa 23 km voneinander entfernt. Der Wilson-Damm, der untere der beiden, wurde noch im Kriege begonnen und wird nun, nach sechsjährigem Brachliegen, zur Krafterzeugung verwendet. Die ihm angeschlossenen beiden Kunstflügelwerke sind nicht in Betrieb gesetzt.

Der Wheeler-Damm, der sich an den Wilson-Damm räumlich anschließt, ist noch im Bau. Wie der Wilson-Damm ist er ein Schleusendamm, sein Hauptzweck ist die Schiffbarmachung des Flusses im Flachwassergebiet der Muscogee Shoals.

Der große Staudamm im Quellgebiet des Tennessee am Clinch River, Norris-Damm genannt, ist gleichfalls noch im Bau. Er wird die Wassermenge eines ganzen Jahres zu stauen fähig sein und sowohl die beiden genannten Dämme wie die etwa noch zu errichtenden durch Ausgleich der Wasserzufuhren ungleich leistungsfähiger machen.

Im einzelnen:

1. Wilson-Damm

Die Schiffbarmachung des durch die Muscogee Shoals unterbrochenen Tennessee-Laufes wurde schon vor hundert Jahren durch verschiedene Kanalbauten versucht. Das Flachwasser hat eine Länge von 60 km und ein Gesamtgefälle von nur 40 m. Der jetzt Wilson-Damm genannte ehemalige Muscogee Shoals-Damm wurde von der Heeresleitung mit Kosten von 47 Mill. Dollar zwischen 1918 und 1925 errichtet. Er liegt entlang des Flußlaufes 415 km von der Mündung und 630 km vom Norris-Damm entfernt. Die Hochspannungsleitung zwischen diesen beiden Dämmen ist 240 km lang; ihr Höhenunterschied ist 166 m. Der Wilson-Damm selbst hat eine Länge von 1450 m; seine Stauwirkung — er ist 32 m hoch — reicht etwas über den Wheeler-Damm hinaus stromaufwärts.

Das dem Wilson-Damm angeschlossene Kraftwerk hat eine Länge von 360 m und besitzt 9 Turbinen, darunter 4 von 35.000 PS; insgesamt sind 261.000 PS (184.000 KW) installiert.

Nach Kriegsende versuchten die Elektrogesellschaften die Fertigstellung des Dammes zu hintertreiben. Als der Bau 1925 trotzdem beendet wurde, verhinderten sie jahrelang die Inbetriebsetzung. Zwar gelang es der von Senator Norris geführten Kampagne zweimal, einen Kongreßbeschuß durchzubringen, der die Inbetriebsetzung befahl, doch jedesmal erhob der Präsident der Vereinigten Staaten Einspruch dagegen. Präsident Roose-

volt hat mit der T. V. A. diesem Zustand ein Ende gesetzt. Die neue Regierungs-Korporation erhielt den Auftrag zur Inbetriebsetzung des Wilson-Dammes und zur Verwertung des erzeugten Stroms, teilweise zur Kunst-
düngerherstellung in den bundesstaatlichen Muscle Shoals-Betrieben, teilweise zu anderen gemeinnützigen Zwecken.

Gegenwärtig ist der Wilson-Damm die einzige ausgebaute Wasserkraftanlage im Bereich der T. V. A.

2. Stickstoffwerk Nr. 1 (veraltet)

Während noch der Kampf um die Muscle Shoals tobte, war der ursprüngliche Zweck des Dammbaus bereits hinfällig. Der Wilson-Damm war von der Heeresleitung zur Betreibung des Stickstoffwerkes Nr. 1 errichtet worden, welches nach dem abgewandelten Haberschen Verfahren salpetersaures Ammonium zwecks Sprengstoffherzeugung liefern sollte. Gegenwärtig ist das Werk samt dem geplanten Verfahren technisch überholt. Die T. V. A., an die der Besitz des bundesstaatlichen Eigentum bildenden Werkes übergegangen ist, gedenkt nicht, es in Betrieb zu setzen.

3. Stickstoffwerk Nr. 2 (im Umbau)

Dieses Werk ist viel größer als Nr. 1. Sein ursprünglicher Zweck war die Bindung von Stickstoff nach dem Zyanamid-Verfahren; er kostete die Heeresleitung rd. 75 Mill. Dollar. Es ist mit einem dampfbetriebenen Generator von 76.000 PS ausgestattet. Das 1918 teilweise fertiggestellte Werk wurde nie in Betrieb genommen.

Gegenwärtig ist diesem Stickstoffwerk eine Versuchsstation der T. V. A. angeschlossen, die die Umstellung des Werkes auf Phosphaterzeugung erprobt. Unter den Bedingungen der Friedenswirtschaft würde sich die Herstellung von Stickstoffdünger hier nicht lohnen, dagegen ist der Bedarf nach billigen Phosphaten in diesem Landstrich besonders groß. Die Versuche zielen auf die Anwendung des elektrischen Hochofenverfahrens ab, wobei die gleichfalls geprüfte Verkokung von Braunkohle unterliegt wird, um einen wohlfeilen Koks niedriger Qualität zur Verfügung zu haben.

Zwecks Erforschung der Wirkungen von Düngungsmethoden auf den verschiedenartigen Böden hat die T. V. A. mit den landwirtschaftlichen Versuchstationen der sieben Uferstaaten Abreden getroffen, die die Einheitlichkeit der Versuchsbedingungen sicherstellen.

4. Wheeler-Damm (im Bau)

Dieser Schleusen-Damm, dessen Kosten mit 20 Mill. Dollar veranschlagt sind, ist 1800 m lang, besitzt aber nur eine Höhe von 14,5 m. Der Stausee wird eine Fläche von etwa 350 Quadratkilometern bedecken; die Schiffbarmachung des Flusses auf einer Strecke von 138 km für Fahrzeuge von 3 m Tiefgang wird der Erfolg sein. Vorerst sollen drei Generatoren mit je 35.000 PS eingestellt werden; fünf andere sind geplant. Die Kosten des Damms werden auf 20 Mill. Dollar geschätzt.

Der Wheeler-Damm wird in Gemeinschaft mit dem Wilson-Damm und dem im Bau befindlichen bisher noch unerwähnten Pickwick-Damm (rd. 80 km unterhalb des Wilson-Dammes) die Schiffbarkeit des Tennessee auf einer Strecke von 575 km von der Mündung gerechnet für Fahrzeuge von einem Tiefgang von 2,1 m durch fünf Sechstel des Jahres sicherstellen.

5. Norris-Damm (im Bau) ¹⁾

Dieser gewaltige Staudamm, der nunnmehr seiner Fertigstellung zueilt, hält technisch die Schlüsselstellung im Bereich der T. V. A. Die wasserstandbedingte Leistungsfähigkeit des Wilson-Dammes, die im Winter mehr als potenzielle 300.000 PS erreicht, sinkt im Hochsommer auf 50.000 PS herab. Die Dauerleistung ist also sehr viel geringer als die mögliche Spitzenleistung. Das soll durch die zeitlich gleichmäßigere Verteilung des Zuflusses korrigiert werden. Der Norris-Damm wird das während des Winters gestaute Wasser im Sommer abgeben und nicht nur selbst zur Elektrizitätserzeugung ausgenützt werden, sondern auch die Leistungsfähigkeit des Wilson-Dammes vervielfachen.

Mit einer Höhe von 78 m und einer Länge von 540 m wird der Norris-Damm einen künstlichen See von 320 km² und einer Uferlänge von 1240 km tragen. Zwei Vertikal-Kolbenturbinen von je 66.000 PS betreiben einen Generator von 50.000 KW (Spannung 13.800 Volt). Die Kosten des Damms werden auf 34 Mill. Dollar geschätzt.

In Gemeinschaft mit dem Wheeler-Damm und dem Wilson-Damm wird das gesamte Stromsystem eine installierte Kapazität von 377.500 KW besitzen. Unter den voraussichtlichen Schiffsverkehrsverhältnissen, Wasserständen und sonstigen Bestimmungsfaktoren darf auf eine 60%ige Ausnützung, d. h. auf eine ständige Belastung von 220.000 KW (zu 100%) gezählt werden. Mehr als die Hälfte davon ist dem Norris-Damm zuzurechnen.

Die Unterbringung der beim Dammbau Beschäftigten führte zur Gründung einer kleinen Stadt namens

¹⁾ Der Norris-Damm ist inzwischen fertiggestellt worden.

Norris (Tenn.), die planmäßig als Versuchsfeld neuer Siedlungs- und Wohnbaumethoden verwendet wird. Leitgedanke ist die systematische Anpassung neuester Errungenschaften an die örtlichen Lebensbedingungen.

Die Verquickung des Dammbaus mit den zahlreichen sonstigen Aufgaben der T. V. A. schuf einen Komplex engst verbundener Verwaltungsfragen wie Elektrifizierung der Landwirtschaft, Dezentralisierung der Industrie, Winterbeschäftigung, Freizeit, Einführung bodenschützender Pflanzenarten, Gewinnung phosphorhaltiger Erze im Tagbau, Massenausbildung von Handwerkern, Berufsberatung auf Grund umfassender Befähigungs-Tests usw., deren planende Zusammenschau eine grundstürzende Neuerung in einem Lande darstellt, in welchem fast jede über die Grenze des Einzelstaates hinausgreifende Wohlfahrtsverwaltung unbekannt ist.

Organisation und Methoden

Als Hauptgründe gegen jegliche Verbindung der öffentlichen Hand mit dem Wirtschaftsleben gilt in Amerika, wie die Dinge liegen, die Gefahr

1. politischer Protektionswirtschaft, die den Betrieb zum Turnplatz des „Parteiuchbeamten“ macht;
2. kontrollloser Kliquenwirtschaft, die jeglicher Korruption das Tor öffnet;
3. eines Bürokratismus, der zugreiffendes, anpassungsfähiges Handeln ausschließt und geschäftliche Untüchtigkeit hochzitiert;
4. unlauteren Wettbewerbs der öffentlichen Hand mit den mannigfaltig benachteiligten Privatbetrieben.

Die Organisation der T. V. A. versucht diesen Einwänden die Spitze zu nehmen.

Das Bundesgesetz vom 18. Mai 1933, das die T. V. A. schuf, war ein selbständiger und abgetrennter Teil der New Deal-Notgesetzgebung. Es befahl die Errichtung einer Regierungs-Korporation zwecks

„Instandhaltung und Betrieb des bundesstaatlichen Eigentums in der Gegend der Muscle Shoals, Ala., im Interesse der Landesverteidigung, sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Entfaltung; ferner zur Besserung der Schiffbarkeit des Tennessee und zur Minderung der Überschwemmungsschäden im Tennessee- und Mississippi-Becken.“

Die Corporation ist ermächtigt, 50 Mill. Dollar Regierungsbonds mit einer Verzinsung von 3½% und einer höchstens 50jährigen Laufzeit aufzulegen. Die T. V. A. hat ihren Sitz an den Muscle Shoals, im Staate Alabama.

Der Verwaltungsrat der T. V. A. besteht aus drei vom Bundespräsidenten mit Zustimmung des Senats ernannten Direktoren, deren einer auf 3, einer auf 6, einer auf 9 Jahre ernannt ist. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats wird durch das Ernennungsdekret bestimmt. Spätere Ernennungen erfolgen auf 9 Jahre. Die Mitglieder des Board sind zugleich Geschäftsführer. Alle Anstellungen durch die Direktion geschehen unter privatrechtlichem Vertrag; Entlassungen sind dem Ermessen der Direktion anheimgestellt. Der Gehalt der Direktoren beträgt 10.000 Dollar zuzüglich tatsächlicher Auslagen. Sie haben Anspruch auf die unentgeltliche Benützung eines zu den Muscle Shoals gehörenden Wohnhauses; die Zuweisung geschieht durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten selbst. Der Unverträglichkeit ihrer Stellung mit jeglicher Beteiligung an Elektrizitäts- oder Kunstdüngerunternehmungen wird durch Inkompatibilitätsbestimmungen Rechnung getragen.

Zum Vorsitzenden wurde Arthur E. Morgan, ein praktischer Ingenieur, ernannt, der sich als Präsident von Antioch College der Pflege des Genossenschafts- und Kleinindustriewesens gewidmet hatte. Er gilt als ein Hauptvertreter des neuamerikanischen Gedankens, individuelle Initiative in der Wirtschaft mit stärkerer gesellschaftlicher Stabilität zu verbinden. Er ist der Erbauer des Norris-Damms, der wasser- und energiewirtschaftliche Gesamtplan der T. V. A. einschließlich seiner sozialen und kulturellen Aspekte wird ihm zugeschrieben. Die beiden anderen Direktoren sind Harcourt A. Morgan*) und David E. Lilienthal. Der erstere war Präsident der staatlichen Universität von Tennessee und ist ein alter Verfechter der Dezentralisierung der Industrie. Als Agronom hat er das Gleichgewicht von Landwirtschaft und Gewerbe zu seinem Forschungsgebiet gemacht. Die Kunstdüngererzeugung der T. V. A. samt allen ihren Verflechtungen mit dem Planungswerk bilden sein Ressort. D. E. Lilienthal war selbst Anwalt der public utilities im Staate New Jersey, Verkauf und Verteilung der Elektrizität mit Einschluß der Fernleitungen und der Rechtsfragen wie Entschädigungen usw. gehören zu seinem Bereich.

Präsident Roosevelt nützte die ihm erteilte Vollmacht zur Bestellung der Direktoren weidlich aus, um einem unsachlichen Druck der eigenen Partei auszuweichen; grundsätzlich wählte er die leitenden Männer der T. V. A. — nicht aus demokratischen Kreisen! Partei-

*) Die Namensgleichheit der beiden Morgan ist zufällig; sie sind miteinander nicht verwandt.

empfehlungen werden von allen Stellen der T. V. A. ungelesen ad acta gelegt.

Die Personalunion zwischen Verwaltungsrat und Geschäftsführung läßt keinen Bürokratismus aufkommen. Die T. V. A. ist auf die Persönlichkeit ihrer führenden Köpfe, auf die Vorherrschaft Initiativen Willens abgestellt.

Jährlich einmal wird dem Kongreß schriftlich Bericht erstattet. Die Kontrolle des Rechnungshofs und die politische Verantwortung des Präsidenten sind die alleinigen äußeren Schranken der Vollmachten der Geschäftsführung.

Wettbewerb mit der Privatwirtschaft ist nicht der Zweck der T. V. A. Freilich fällt ihr der Natur der Sache nach die Aufgabe zu, die Privatwirtschaft im Dienst des Verbrauchers zu überwachen und nötigenfalls zu gemeinnützigem Verhalten zu zwingen. Vermeidbarer Wettbewerb würde aber nur zu verschwenderischer Doppelbesetzung und damit zu zweckloser Kapitalvergeudung führen. Worauf es im Widerstreit der Prinzipien ankommt, ist also die tatsächliche Kraftvertriebspolitik der T. V. A.

Das Gesetz bestimmt, daß die T. V. A. die verschiedenen Kraftwerke durch Fernleitungen in ein oder mehrere Kraftsysteme gruppieren, die erzeugte Kraft verkaufen, zu diesem Behuf langfristige Lieferungsverträge abschließen, sowie „Fernleitungen selbst errichten oder errichten lassen, pachten oder erwerben“ darf. Art. 12 spricht von Fernleitungen „ab Stromerzeugungsstelle oder zwecks Schaffung von Verbindung mit anderen Systemen“. Art. 10 ermächtigt die T. V. A., „den Ueberschuß an Kraft Einzelstaaten, Kreisen (Counties), Municipalitäten, Corporationen, Arbeitsgemeinschaften oder Einzelpersonen zu verkaufen“, jedoch unter Bevorzugung der öffentlichen Hand sowie der Genossenschaften von Bürgern oder Farmern. Kein Kenner amerikanischer Verfassungsjuristik wird bezweifeln, daß diese ganze Gruppe von elektrowirtschaftlichen Bestimmungen offensichtlich unter den Titel eines kriegs- und wasserwirtschaftlichen Gesetzes gebracht wurde, um den an sich durchaus sachbedingten Zusammenhang auch äußerlich zu unterstreichen.

Die veröffentlichten Richtlinien der Kraftvertriebspolitik (power policy) der T. V. A. gestalten sich nun folgendermaßen:

Wo öffentliche und private Interessen eine Versöhnung ohne Schädigung des öffentlichen Interesses zulassen, dort ist eine Versöhnung anzustreben.

Es ist das unbestrittene Recht der Gebietskörperschaften, Kraftwerke zu besitzen und zu betreiben. Dieses Recht dient zum Schutz gegen „ungebührlich hohe Strompreise“.

Ob die Gebietskörperschaft die Errichtung eines eigenen Wetthwerbbetriebs oder den Ankauf des bestehenden privaten Betriebs verzicht, ist von den Umständen abhängig.

Die T. V. A. soll nicht ohne gewichtigen Grund Handlungen unternehmen, deren wirtschaftliche Folgen für eine private Gemeinnützigkeit geschäftsschädigend sein können. Ausschlaggebend ist das jedoch nicht. Der entscheidende Gesichtspunkt ist die Förderung der öffentlichen Interessen durch Stromversorgung zu den niedrigsten, mit einer soliden Geschäftsgebarung vereinbaren Preisen und die Erzielung der durch eine wohlfeile Kraftstromversorgung erreichbaren sozialen Zwecke.

In diesem Sinn wurde ein vorläufiges Belieferungsprogramm ausgearbeitet, welches als nächsten Umkreis die Gegend der Muscle Shoals, des Norris-Damms und der die beiden verbindenden Hochspannungsleitung angibt. Als nächste Stufe kommt die Ausdehnung auf alle zum Tennessee-Becken gehörenden Teile der Staaten Kentucky, Alabama, Georgia, North Carolina und Tennessee in Betracht. Die Einbeziehung einiger mittlerer Städte in das Stromnetz, wie Chattanooga oder Knoxville (beide in Tennessee), sowie einer „größeren Stadt“, d. h. mit einer Einwohnerschaft über 250.000, wie Birmingham (Ala.), Memphis (Miss.), Atlanta (Ga.) oder Louisville (Ky.) sei kraftwirtschaftlich geboten. Nur wenn die privaten Gemeinnützigkeiten die Politik der T. V. A. durchkreuzen oder übermäßige Preise verlangen sollten, wird die T. V. A. über diese selbst gesetzten Grenzen hinausgehen. Um unnötige Leitungsverdoppelungen zu vermeiden, wird die T. V. A. überall, wo dies tunlich erscheint, einen bona fide-Versuch machen, die privaten Fernleitungen käuflich zu erwerben.

„Die Betriebsbuchung der T. V. A. ist im Hinblick auf die Schaffung eines Yardstick zu führen, der einen brauchbaren Vergleich der Leistungen privater und öffentlicher Geschäfts- und Betriebsführung derart gestattet, daß daraus beiden ein Antrieb erwächst.“

Die T. V. A. macht es bei der Großabgabe von Strom zur Bedingung, daß die vom Abnehmer dem Verbraucher angelasteten Preise eine gewisse Höhe nicht übersteigen.

Leistungen der Elektrowirtschaft der T. V. A.

Eine Würdigung der bisherigen Gesamtleistung der T. V. A. wäre verfrüht. Die Dammbauten, Fabrikations-

umstellungen, die Aufforstungen *) und ausgedehnte Bekämpfung von Bodenerosionen usw. sind zum Teil noch im Zuge, zum Teil zu frisch vollbracht, um ein Urteil zu gestatten. Auch die amerikanische Öffentlichkeit hält hier mit der Meinungsbildung noch zurück. Alles Interesse gilt dem allein einschätzungsreifen und dabei am leidenschaftlichsten umstrittenen Bereich der Elektrowirtschaft. Die Gesamterzeugung des Wilson-Damms an elektrischer Kraft betrug 1933/34 406,4 Mill. KWh, wovon 395,8 Mill. abgesetzt wurden, davon 386,5 Mill. an Kraftgesellschaften und vorerst nur 2,9 Mill. KWh direkt an einige kleine Städte.

Der Durchschnittsstrompreis für die verschiedenen Stromverbraucher betrug nun im Jahre 1931

1. Industrie	43,6 Md. KWh	1,5 Cent
2. Handel	13,5 " "	4 " "
3. Haushalte	11,7 " "	6 " "
4. Öffentliche Hand	3,0 " "	4 " "

Der niedrige Preis des Industriestroms ist u. a. dem Umstand zu verdanken, daß diese Großverbraucher den Strom aus weitem Umkreis beziehen und daher den Vorteil eines Angebotswettbewerbs genießen. Schon die Geschäftsleute haben für den Strom unverhältnismäßig mehr zu zahlen. Desgleichen die häuslichen Verbraucher, gegen die das Angebotmonopol rücksichtslos gehandhabt wird. Die öffentliche Hand bezieht Strom nur zur Straßenbeleuchtung zu sehr verschiedenen Preisen **).

Die Preisfestsetzung der T. V. A. geschah auf Grund einer möglichst genauen, wenn auch nur vorläufigen Bewertung des Wilson-Damms, um die Amortisierung des Kapitals sicherzustellen. Die Verzinsung wurde in der Höhe der Regierungsausleihungen (Bonds) angenommen. Ein den Steuern entsprechender Anteil wurde einkalkuliert. Die Großbezugspreise decken die

*) Die Civilian Conservation Corps (C. C. C.), in denen Jugendliche einer Art produktiven Arbeitslosenfürsorge zugeführt werden, finden im Rahmen der T. V. A. ebenfalls Verwendung. Die Zahl der C. C. C.-Jugendlichen in den U. S. A. betrug 1934 etwa 30.000; ihre Zahl soll nun auf 600.000 erhöht werden. Die T. V. A. verwendete 1934 rund 4000. Bisher sind von den C. C. C. rund 500 Millionen Bäume in den U. S. A. gepflanzt worden. Geplant wird die Pflanzung einiger Milliarden von Bäumen mit Hilfe der C. C. C.

**) Vgl. Art. „Public Utilities“ von John Bauer, in „Encyclopedia of Social Sciences“, Herausgeber Prof. Schigmann, Philadelphia, 1932.

Erzeugungs- und Fernleitungskosten; die vorgeschriebenen Verbraucherpreise enthalten auch die Verteilungskosten. Die auf Grund der Kapazität des Wilson-Damms erstellten Preise sind überaus niedrig; ihre Berechtigung hängt vor allem davon ab, ob die Elastizität des Marktes in der Tat genügend groß ist, um die gesamte Menge bei diesen Preisen in absehbarer Zeit aufzunehmen.

Eine recht brauchbare abgekürzte Darstellung der Preispolitik der T. V. A. enthält nun die folgende Ankündigung, die bald nach der Betriebsaufnahme geschah:

„Jede Stadt oder Gemeinde in dem anfänglich bedienten Gebiet, welche über ein eigenes Verteilungsnetz verfügt, kann von der T. V. A. unter Annahme eines halbtägigen Verbrauchs elektrischen Strom zum Preise von 0,7 c je KWh beziehen.“

„Diese Großabnehmer sollen den Haushalten den Strom zum Pauschalpreis von 3 c je KWh für die erste Stufe^{*)}, und von 2 c, 1 c und 0,4 c für die folgenden Stufen liefern.“

„Für den durchschnittlichen Verbraucher ergibt dies einen Preis von rund 2¼ c je KWh.“

„Dem Farmer soll für den Strom nicht mehr gerechnet werden als dem städtischen Haushalter. Ein gewisser Minimalverbrauch ist Voraussetzung. Dieser muß für den ländlichen Verbraucher höher angesetzt werden als für den städtischen.“

Praktisch bedeuten diese Preise die Halbierung des Bezugspreises für den Hausverbrauch.

Wesentlich für die Zulässigkeit der Kalkulationsbasis ist die Elastizität der Nachfrage. Die privaten Elektrizitätsgesellschaften, die eine längere Spanne un-

^{*)} Die Stufen sind für den Hausverbrauch: 50, 150, 200, 1000 KWh und darüber; für Geschäfte 250, 750, 1000 und darüber; für die Industrie 10.000, 25.000, 65.000, 100.000 und darüber. — Der Großverkaufspreis von 0,7 ergibt sich aus einem Spitzenbedarfspreis von 0,9 Dollar je KWh für die höchstbelastete Stunde im Monat, zuzüglich eines Strompreises von 0,4 c für die ersten 100.000 KWh, 0,3 für die nächsten 200.000 KWh, 0,25 c für die nächsten 700.000 KWh und 0,2 c darüber. Bei halbtägigem gleichmäßigem Verbrauch ergibt sich über einen Monat (30 Tage) die Rechnung:

$$400 : \frac{100.000}{30 \times 12} = 678 \text{ Dollar, d. i. ein Strompreis von } 0,678 \text{ c je KWh.}$$

rentabler Lieferung nicht auf sich nehmen können, leugnen eine schnelle Ausdehnungsfähigkeit des Strombedarfs. Dies ist ein ständiger Hauptstreitpunkt zwischen den public utilities und der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der Verbilligung der Stromabgabe waren nun die folgenden:

Tupelo im Staate Mississippi war die erste Bezieherin von T. V. A.-Strom. Tupelo ist eine Kleinstadt von rd. 6000 Einwohnern, ungefähr 135 km vom Willson-Damm gelegen. Die Stadt bezog viele Jahre hindurch Strom von der privaten Mississippi Power Company. Im Jänner 1934 betrug ihr Stromverbrauch 46.398 KWh bei einem Durchschnittsverbrauch von 49 KWh je Haushalt. Im Februar trat der Vertrag mit der T. V. A. in Kraft. In den folgenden 11 Monaten stieg der Verbrauch auf 107.570 KWh im Dezember und 104 KWh je Haushalt. Das ist eine Zunahme von 114%. Im Jänner 1934 hatte der Durchschnittspreis unter dem alten Vertrag für den Haushalter 7,4 c je KWh betragen. Im März fiel er auf 2,9 c und sank mit zunehmendem Verbrauch im Dezember auf 2,1 c je KWh hinab.

Der Stadtverwaltung wurde mit der Verpflichtung zur billigen Stromabgabe kein übertriebenes finanzielles Opfer zugemutet. Allerdings fiel ihr Reingewinn aus der Stromabgabe von 3435 Dollar im Jänner (unter dem alten System) auf 1199 Dollar im März, doch der Reingewinn stieg im Dezember wieder auf 2227 Dollar an. Der Reingewinn betrug weniger als 26,44% der rohen Betriebseinnahmen.*)

Athens, im Staate Alabama (Einwohnerzahl 4238), sowie Alcorn County, ein ländlicher Kreis im Staate Mississippi (Einwohnerzahl 23.653) wiesen eine vergleichbare Steigerung des Stromverbrauchs in sehr kurzer Zeit auf. In Alcorn County stieg der Verbrauch in 7 Monaten um 81%. In Athens im gleichen Zeitraum um 128%. In Athens sank der Strompreis von 5,51 c auf 2,14 c, in Alcorn County waren die entsprechenden Preise 5,37 c und 2,57 c. Der unverwendete Ueberschuß des „Verbraucherdollars“ betrug in Athens 16,62%, in Alcorn County sogar 37,4% — die Verteilungskosten waren also vollauf gedeckt.

*) Der Durchschnittspreis des gesamten von der Stadt abgegebenen Stroms (sämtliche Beziehergattungen) betrug 1,37 c je KWh (100%). Hievon gingen 0,65 c (47,44%) an die T. V. A. für den Strom; ferner 0,15 c (9,83%) auf sonstige Betriebsausgaben, also insgesamt auf Betriebsausgaben 0,80 c (58,97%); dies macht samt Steuern, Abschreibungen usw. 0,99 c (63,11%), somit reiner Betriebsgewinn 0,58 c (36,39%), Rohgewinn insgesamt 0,59 c (37,27%). Hievon ab für Zinsen 0,05 c (2,89%) und für Ertrag der eigenen Beteiligung 0,07 c (4,15%), ergibt Reingewinn von 0,47 c (30,23%). Nach Widmung von 0,06 c (3,79%) zur langfristigen Schuldentilgung verbleibt als unverwendeter Ueberschuß 0,41 c (26,44%).

Für einen „Yardstick“ sind diese Ergebnisse noch nicht ansreichend. Doch die große Elastizität des Strombedarfs selbst in ärmeren Gegenden steht nach diesen Ergebnissen wohl fest.

Urteil zugunsten der T. V. A.

Die große Frage war, ob der Oberste Gerichtshof die T. V. A. ebenso als verfassungswidrig erklären werde wie die A. A. A. und die N. R. A. Der Oberste Gerichtshof hat nun zugunsten der Verfassungsmäßigkeit der Tennessee Valley Authority und ihrer am meisten angefeindeten Tätigkeit erkannt. Diese bestand im Verkauf ferngeleiteten wohlfeilen Stroms an Großabnehmer unter der Bedingung, daß der Strom an die Verbraucher gleichfalls billig weitergegeben werde. Anfechtungsgrund: Daß durch eine derartige Tätigkeit gewisse Staatsbürger ohne rechtmäßiges Verfahren (without due process of law) ihres Eigentumsrechtes beraubt wurden. Gemeint ist natürlich die geschäftliche Schädigung, die privaten Elektrizitätsgesellschaften aus einem gemeinwirtschaftlichen Wettbewerb erwachsen. Klägerin war eine Minderheit der Aktionäre der Alabama Power Company. Sie focht den Beschluß der eigenen Gesellschaft an, mit welchem Fernleitungen, die 11 Kreise des Staates Alabama mit dem Wilson-Damm in Muscle Shoals verbunden, an die T. V. A. verkauft wurden. Das erstinstanzliche Urteil des Bundesgerichtes North Alabama gab den Klägern recht, annullierte den Verkauf der Fernleitungen und verbot 17 Municipalitäten des Staates Alabama, Gelder der unter dem New Deal geschaffenen Bundesverwaltung für produktive Arbeitslosenfürsorge (W. P. A.) zur Errichtung von städtischen Elektrizitätswerken zu verwenden. Auch wurde der Stadt Athens (Ala.), „die über ein eigenes Werk verfügt“, untersagt, Strom von der T. V. A. zu beziehen. Die Begründung des Urteils erklärte die gesamte Tätigkeit der T. V. A. als rechtswidrig, denn

„der offenbare Zweck der T. V. A. beim Verkauf des überschüssigen Stroms sei zwar die Sicherung von Einnahmen, doch zugleich versuche sie ihre privaten Wettbewerber zu unterbieten, um einen „Yardstick“ zu schaffen, der die Vorteile des öffentlichen gegenüber dem privaten Betrieb von Kraftwerken beweisen solle“.

Der Bundesappell-Gerichtshof in New Orleans hob dieses Urteil am 17. Juli v. J. auf. Der Gerichtshof er-

kannte zu Recht, daß das von der T. V. A. handelnde Bundesgesetz vom 18. Mai 1933 gegen das Recht der Einzelstaaten nicht verstoße,

da das Oberigentum des Bundes über alle Gewässer, soweit die Zwecke der Landesverteidigung sowie des Handels und Verkehrs zwischen den Einzelstaaten in Betracht kommen, mit den Rechten des Uferstaates nicht kollidiere. Die Untiefen der Muscle Shoals seien im Krieg in Ausübung dieser Kompetenzen von der Bundesregierung schiffbar gemacht und die überschüssige Wasserkraft der Dammbauten der Stickstoffherzeugung gewidmet worden. Die Verwertung des Ueberschusses an Wasserkraft stehe in sachlichem und vernünftigen Zusammenhang mit der Ausübung jener Bundesrechte. Daß die T. V. A. innerhalb ihrer gesetzlichen Statuten gehandelt habe, werde aber nicht bezweifelt. Daß die Bundesregierung zur Betreibung von Erwerbswirtschaften nicht berechtigt sei, behaupte ihr nicht das Recht, ihr Eigentum (die Wasserkraft) auch dann zu verkaufen, wenn sie dadurch mit privaten oder anderen öffentlichen Verkäufern in Wettbewerb tritt.

Ob der Oberste Gerichtshof diesem Standpunkt voll beigetreten ist, vermögen wir von hier nicht zu sagen. Manches spricht dafür, daß der Gerichtshof das T. V. A.-Gesetz nur in denjenigen Teilen bestätigt, in welchen es in diesem Fall herangezogen worden war, also namentlich betreffs des noch im Kriege begonnenen Wilson-Damms. Andererseits ist der Norris-Damm noch in größerem Maß als der Wilson-Damm wasserwirtschaftlich begründet, d. h. er dient hauptsächlich der Ueberschwemmungsregelung und Schiffbarmachung im Wege der Stauung; seine eigene Kräfteerzeugung ist gering. Es erscheint uns überhaupt fraglich, ob auf dieses im wesentlichen bejahende Urteil mehr als eine regelnde Einschränkung der T. V. A.-Kompetenzen nachfolgen kann. Roosevelt selbst hat den Schluß gezogen, daß die zahlreichen in Vorbereitung befindlichen gemeinwirtschaftlichen Behörden des T. V. A.-Typus nunmehr freie Bahn haben.

Die T. V. A. ist nur ein Zwerg neben den wirtschaftspolitischen Riesen, die der Oberste Gerichtshof mit einem Schlag gefällt hat. Sein die T. V. A. bejahendes Urteil mag jedoch gewichtigere Folgen zeitigen als alle seine bisherigen Urteilsentscheidungen. N. R. A. und A. A. A. waren bloße Notstandsmaßnahmen. Die T. V. A. ist ein in die Zukunftweisendes Zeugnis des schöpferischen Geistes, an dessen Bestand für das Schicksal Amerikas mehr als Alltagswerte hängen.

Ueber alle Fragen der Wirtschafts- und
Finanzpolitik unterrichtet Sie objektiv
und gründlich die seit 28 Jahren in
Wien erscheinende Wochenschrift

Der Oesterreichische Volkswirt

Herausgeber: M. L. Klausberger

Begründer: Walther Federn

Die Zeitschrift bringt interessante Beiträge hervorragender Fachleute über aktuelle Probleme der Wirtschaft und Politik. In der Rubrik „Aus der Woche“ werden alle wichtigeren Geschehnisse in und um Mitteleuropa einer eingehenden kritischen Würdigung unterzogen und ihre vielfältigen Zusammenhänge aufgedeckt. Ausführliche Konjunktur- und Börsenberichte. Bilanzbesprechungen

Probehefte kostenlos

durch die Verwaltung

Wien IX, Porzellangasse Nr. 27

den Landeshauptmann für die Genehmigung der Tarife vorgeschrieben, daß das Maß nicht „höher bemessen werden darf, als es zur Verzinsung und Tilgung der zur Errichtung der Anlage aufgewendeten Beträge und zur Erhaltung und zum Betrieb der Anlage erforderlich ist“ (§ 33 G. O.).

8. Bestimmung, daß schon die erste Ausübung einer Tätigkeit, die bei gewerbmäßigem Betrieb der Gewerbeordnung unterliegen würde, als unbefugte Gewerbetätigkeit anzusehen ist (§ 132, Buchstabe a) und rigorose Anwendung der Strafbestimmungen wegen Übertretung der Gewerbeordnung (Pflückerwesen);

9. Erschwerung der Ausverkäufe und Sonderverkäufe durch die neue Ausverkaufsordnung;

10. Beschränkungen im Aufsuchen von Bestellungen auf Waren bei Privatpersonen (§ 59 G. O.);

11. Erlassung von Hausierverböten;

12. Beschränkung des Feilbietens rasch verderblicher Waren im Umherziehen (§ 60 G. O.);

13. Verbot der Erteilung neuer Hausierbewilligungen (Hausiergesetznovelle 1934) und Beibehaltung strenger Vorschriften für die Verlängerung geltender Hausierbewilligungen.

Alle Bemühungen der Regierung, unsere wirtschaftliche Entwicklung von störenden Hemmungen zu befreien, verdienen Aufmerksamkeit und Förderung. Niemand wünscht Eingriffe des Staates in die Privatwirtschaft, die gegen ihre natürlichen Gesetze gerichtet wären. Eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise ist das Mißverhältnis von Wirtschaftskapazität und Wirtschaftsleistung. Es ist nicht mangelnde Bereitwilligkeit des Kapitals, dem Wirtschaftsorganismus neue Kräfte zuzuführen, sondern das Kapital ist durch die Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegswirtschaft fast auf der Flucht vor neuen Verwendungen. Nur die Privatwirtschaft aber kann die Krise überwinden helfen. Es gibt keine Wirtschaftsförderung gegen die berechtigten Interessen der Unternehmer. Die aktive Unterstützung der Privatwirtschaft vom Staat her — Verbrauchsförderung und Wirtschaftsentlastung sind hierbei von wesentlicher Bedeutung — muß in jener Richtung gesucht werden, die wir in einigen Hinweisen zu zeigen versucht haben.

Karl Polanyi, London: T.V. A. Ein amerikanisches Wirtschaftsexperiment.

Der Verfasser bereiste im Vorjahr die sieben Staaten der U. S. A., über deren Gebiet sich der Tennessee-Plan erstreckt. Der Oberste Gerichtshof hat dieser Tage das lang erwartete Urteil über dieses großangelegte öffentliche Werk gefällt und die gegen den Bund erhobenen Klagen abgewiesen. Allerdings dürften neue Klagen angestrengt werden.

Die Schriftleitung.

Die T. V. A. ist Präsident Roosevelts persönlichstes Werk. Wie kein anderes Produkt des New Deal, trägt es die Züge der konstruktiven Geistesart, in der das Volk der Vereinigten Staaten sich den drängenden Fragen der Zeit stellt.

Die Tennessee Valley Authority ist eine seit knapp 2½ Jahren bestehende, der amerikanischen Bundesregierung gehörende Korporation, die mit der Verwaltung bundesstaatlichen Eigentums am Tennessee-Fluß und mit der Planung der wasser- und kraftwirtschaftlichen Zukunft des Stromgebietes betraut ist. Ihre unmittelbare Aufgabe ist die wasserwirtschaftliche Regelung des Flußbeckens, das heißt der Überschwem-

mungen, Bewässerungs-, Dammbau- und Schifffahrtstragen, einschließlich der Verwertung der Wasserkraft. Doch darüber hinaus ist ihr auch die in kapitalistischen Staaten bisher undenkbare Aufgabe der industriellen, land- und forstwirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und kulturellen Gestaltung eines Landstriches anvertraut, der an Ausdehnung Oesterreichs übertrifft. Die Bevölkerung des spärlich besiedelten eigentlichen Tennessee-Gebietes kommt etwa der Wiens gleich; in dem von der T. V. A. mittelbar und unmittelbar betroffenen Teil der sieben Staaten der U. S. A. wohnen nicht weniger als 6 Millionen Menschen.

Gewiß, die im Augenblick meist unstrittene Tätigkeit der T. V. A. ist die Lieferung von Strom an die außerhalb des eigenen Gebietes liegenden Verbraucher. Der europäische Beobachter geht nicht fehl, wenn er in diesem Konflikt nur eine amerikanische Auflage des bei uns in den 90er Jahren erlebten Wettstreits zwischen privatkapitalistischen und gemeinwirtschaftlichen Methoden der Befriedigung derjenigen Gemeinbedürfnisse sieht, die wie Wasser, Beleuchtung und Verkehr eine der Natur der Sache nach stetige, lebenswichtige Nachfrage einem zum Mißbrauch verlockendem Angebotsmonopol ausliefern. Roosevelts Kampf um die T. V. A. ist in diesem Betracht bloß ein von der Stadt aufs Land versetzter Luegerscher Feldzug um die Entprivatisierung der Straßenbahnen und Gaswerke.

Dennoch ginge man am Wesen der T. V. A. vorbei, wenn man in ihr nicht auch die schattenshaften Umrisse der neuamerikanischen Schicksalsfragen erkannte. Sie sind wie Amerika selbst ein Zwitter der Alten und der Neuen Welt. Die allen modernen industriellen Großstaaten gemeinsamen Zeitprobleme stellen sich dort auf den ureigensten Hintergrund eines naturhaft überaus reichen und trotzdem von tausend uns unbekannten Nöten bedrängten neuen Kontinents.

Auf türkischem Grund

Im Frühjahr 1935 gab es in dem vom Verfasser bereisten weiten Tale des Tennessee Tage, an denen bei hellem Sonnenschein eigenartige Nebelbildung den Blick in die Ferne verwehrt. Ein leiser Hustenreiz würgte in der Kehle. Die Bewohner der Staaten Kentucky, Tennessee, North Carolina, Ohio und Georgia, wo man die Belästigung am deutlichsten verspürte, erfuhren ihren Grund nur aus den Zeitungen. Was sie geplagt hatte, das waren die Folgen weit nach dem Osten verirrter Ausläufer der furchtbaren Staubstürme, die ein bis zwei Wochen vorher zehntausende von Quadratkilometern der fernwestlichen Präriestaaten in eine Einöde verwandelt hatten. Als Auswirkung der katastrophalen Dürre des Sommers 1934 war westlich des Mississippi, also tausend Meilen vom Tennessee-Tal entfernt, die einst von Buffalo-Gras festgehaltene, jetzt vom Pflug aufgelockerte Erddecke der Steppe von einem Sturm erfaßt in ihrer ganzen Tiefe weggewirbelt worden. Der nackte, kahle Lehmgrund schaute hervor. Tausende mußten in der Ferne ein neues Heim suchen.

Was in Texas, Oklahoma, Neu-Mexiko, Kansas und Nebraska stellenweise zur Tatsache geworden ist, eine physikalische Vernichtung des Grundes und Bodens selbst, geht heute als Gespenst in Amerika um. Die Vereinigten Staaten sind klimatisch ein anderer Erdteil, als sie zur Zeit ihrer Gründung waren. Das Herz des Landes, das Mississippi-Tal, ist aus einer von Waldwuchs

und Präriegras geschützten Steppe in eine von Kanada bis zum Golf von Mexiko reichende offene Ackerfläche verwandelt worden, die den erbarmungslosen Kälte- und Hitzewellen des Polarkreises und des tornado-schwangeren Karibischen Meeres gleichermaßen preisgegeben ist. Von den kanadischen Seen fegt der eisige Wind von keinem Forst in seinem Ansturm gebrochen fast bis zur Südküste hinunter, die Hitzewellen schlagen im Sommer die der waldgebundenen Ausdünstung ermangelnde Ebene mit Dürre. Hierzu kommt die Entfernung der schützenden Steppengrassdecke in den Präriestaaten, sowie die verhängnisvolle Pflüfung erodeter, wildwasserbestrichener Abhänge in dem südöstlichen Hügelland. Im Westen ist Wüstenbildung, im Südosten Verkarstung im Zuge.

Hier liegt die dem Europäer zumeist verborgene Quelle der amerikanischen Lebensangst, die sich zuweilen mit solchem Ungestüm in den Aktionen zur Wahrung der nationalen Rohstoffbestände, in riesenhaften Aufforstungsplänen, in der Schaffung von Naturschutzparks märchenhafter Ausdehnung, in der wütenden Anprangerung der Vergewaltigung staatlicher Erdreserven kundgibt. Geophysikalische Kenntnisse sind in dem noch von Grenzerherkommen durchwobenen Amerika ungleich heimischer als im asphaltierten Europa. Prachtvoll bebilderte geographische Zeitschriften gehören zur Volkslektüre. Gleich wie eine außenpolitische Panik in anderen Ländern so stören düstere Vorhersagen sachkundiger Regierungskommissionen über die Zukunft von Land und Boden die Gemüter in der Neuen Welt.

Eines dieser geophysikalischen Gefahrenzentren ist das Tennessee-Becken. Fünf Jahre genügen, um einen gerodeten Abhang dieses Hügellandes im Sommer in Rillen aufbrechen und zum Ackerbau unbrauchbar werden zu lassen. Noch einige Jahre und die Sprünge im Erdreich führen Wildwasser, die jede Spur der einstigen Bodendecke hinwegschwemmen. Millionen von Acres sind bereits vernichtet. Wie eine Mondlandschaft starrt dem Reisenden so manches noch vor einigen Jahren behaute Tal entgegen. Kein Wunder, daß die Symptome eines allgemeinen Niedergangs die in Armut versinkende ländliche Bevölkerung zeichnen.

Ländliche Armut im Tennessee-Becken

Im Tennessee-Becken gibt es nun zwei Hauptquellen ländlicher Not: Erstens, die seit Menschenaltern fortgesetzte Verelendung der sogenannten Bergbewohner, d. h. der Nachkommen der im weiten Bergland der Appalachians gestrandeten Siedler. Diese „mountain poor“ sind vom reinsten angelsächsischen Geblüt. Als der Süd-Osten zur Baumwollpflanzung überging und die Negersklaven die weißen Farmer verdrängten, begann ein Bauernlegen auf seiten der Pflanze. Die Bodensperre zwang die Siedler, in die westlich angrenzenden Berge der Appalachen Kette zu ziehen, deren mehrere hundert Kilometer breiter nordost-südwestlicher Zug den atlantischen Osten in einer Länge von rund 1500 Kilometern vom mittleren Amerika trennt. Aus diesem nur zur Jagd geeigneten Bergland gab es für die Siedler kein Entrinnen mehr. Als sie im Laufe von Generationen bis zum westlichen Ausgang der Berglande gedrängt wurden, fanden sie die Ebene bereits von Pflanzungen versperrt. Das Plantagenwesen hatte die Appalachen Kette vom Süden her umgangen. In erbärmlichen Holzhütten



fristen sie vereinzelt ihr Dasein, ohne Dörfer, ohne Zugang zu Märkten, bis jüngst ohne Behörden und Schulen.

Ein zergewirtschaftlicher Anbau entschädigt sie kaum für die schwindende Ausbeute der Jagd, die in dem zunehmend gerodeten Bergland unergiebig geworden ist. Der des Lesens und Schreibens unkundige ruthenische Bauer der östlichen Karpathen ist wirtschaftlich nicht schlechter daran als diese geistig regen, wehrhaften, in puritanischer Charakterstränge erzogenen Nachkommen ältester Pioniergeschlechter. In einem der Bergkreise betrug im Jahre 1933 das durchschnittliche Einkommen einer Farm 45 Dollar, davon 10 Dollar Unterstützungsgelder. Auf 200 Bergfarmen North Carolinas betrug das jährliche Durchschnittseinkommen nach Abzug von Steuern und Düngemitteln 56 Dollar. Für Nordamerika, wo Markterzeugung die Regel ist, eine erschreckend niedrige Ziffer.

Die andere Quelle der Verarmung, der wirtschaftliche Verfall der Bevölkerung der Baumwollgebiete, ist neueren Ursprungs.

Die metayage, sharecropping genannt, ist die landesübliche Form des Arbeitsvertrages. Der weiße oder farbige Landarbeiter wird samt Familie fürs Jahr gedungen. Er erhält eine Hütte und einen offenen Kredit im Laden des Gutsherrn. Die über eine gewisse Mindestmenge hinaus geerntete Baumwolle wird zwischen den Parteien geteilt und der Erlös seines Anteils zum Tagespreis zugunsten des sharecroppers verrechnet. Nur wenn der Betrag seine Schulden im Laden übersteigt, erhält er etwas auf die Hand ausbezahlt. Kündigung bedeutet aber den Verlust der Behausung. So ist denn nach gemeinem Urteil die Lage der Neger im Süden wirtschaftlich etwa die gleiche wie zur Zeit der Sklaverei. Nur teilen jetzt Zehntausende von „armen Weißen“, die sich als sharecropper auf den Plantagen verdingen, das gleiche Schicksal. Staatssekretär Henry Wallace hat im Frühjahr vorigen Jahres zugunsten der sharecropper von Arkansas eingegriffen, die einen Anteil an den unter der A. A. A. den Grundherren ausbezahlten Baumwollentschädigungsgeldern beanspruchten. Apathismus der Grundherrschaft, die übrigens nicht nur nicht eine Privatperson, sondern eine Baumwollpflanzungsgesellschaft ist, trägt zum Verfall des ländlichen Einkommens nicht wenig bei. Doch das Grundübel ist selbstverständlich der Niedergang der Baumwollwirtschaft selbst.

An sich würde nun vielleicht weder das Elend der sharecropper, das doch nur einen Ausschnitt aus der Baumwollkrise darstellt, noch die Armut der Appalachen Bergbewohnerschaft, dieser jammervollen Enclave inmitten einer vorwärtsschreitenden Entwicklung, das öffentliche Interesse übermäßig erregen. Spielte sich all dies nicht auf dem Hintergrund einer offenkundig verfallenden geophysikalischen Umwelt ab. Einer massiven Vernichtung der Naturkräfte des Landes selbst kann der Amerikaner nicht gleichgültig zuschauen. Sein Gewissen gemahnt ihn des Tages, da die im Raubbau vergeudeten Urkräfte eines geplünderten Kontinents sich durch ein jähes Versiegen an ihren allzu gierigen Ausbeutern rächen könnten; sein Geschäftssinn deutet ihm eine Entwertung der Natur als einen Kapitalverlust, der an tausend Stellen unsichtbar hervortretend den wunderbaren Aufstieg der U. S. A. verhängnisvoll abbremsen könnte. Kahle Bergketten, künstliche Wüsten, allenthalben die wachsende Wut der Überschwemmungen, ein Häufigerwerden klimatisch be-

dingter Elementarkatastrophen machen heute der Durchschnittsamerikaner für jede Anstrengung empfänglich, die die Wälder zu retten, den Boden zu schützen, die Gewässer zu säubern, das Klima zu mildern, das ländliche Bild wieder seiner Schrecken zu befreien verspricht.¹⁾

Das sind die Imponderabilien einer politischen Atmosphäre, aus der die T. V. A. geboren wurde, nicht ohne jedoch, nach ungesehen speziellere Interessen ins Spiel zu bringen — die der Stromerzeuger und der Stromverbraucher. Nur während hier massiven Interessen ebensohohes Gegeninteressen die Waage halten, wirkt jene Unterordnung menschenspezifischer individueller Lebensangelegenheiten unbewußt in allen Amerikanern zumasten der T. V. A. Denn die Elektrowirtschaft im Tennessee-Ecken ist nur ein Teil eines viel größeren Ganzen — der rationellen Behütung und Genußwirtschaftung aller Naturkräfte des Landes. Diese unumgängliche Aufgabe ist es vor allem, die dem Lebenskreis in der U. S. A. heute eine Grenze setzt. In dem Streit um die T. V. A. kommt der unglückliche Zusammenhang zwischen einer Ausnützung wahrhaft gemeinwirtschaftlicher Kräftequellen großen Stils und der Vorsorge für die Erhaltung des menschlich-naturnahen Rahmens symbolisch zum Ausdruck.

T. V. A. und public utilities

Das handgreifliche Interesse der amerikanischen Bevölkerung an der T. V. A. ist unlöslich mit einem der wichtigsten Kapitel der modernen Wirtschaftsgeschichte des Landes verbunden: dem Kampf um die public utilities, das heißt der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Telefon, Telegraph, Straßenverkehrsmitteln und Elektrizität. Dieser Kampf dreht sich in der U. S. A. nicht so sehr um die privatwirtschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Erzeugung und Verteilung von Strom als um die wirksame Preis- und Leistungskontrolle der privaten Erzeuger im Interesse der Verbraucher. Die in Europa dargelegene Überzeugung, daß Gemeinnützigkeiten²⁾ in die öffentliche Hand — Gemeinde, Stadt, Staat — gehören, besteht in Amerika nicht. Sie gilt auch in Europa heute nicht ausnahmslos. Doch der Grund für die Abneigung der Amerikaner ist dennoch spezifisch amerikanisch: es ist Mißtrauen gegen Parteiwesen und Verwaltung. Europa kennt diese Ineinsetzung nicht — bei uns gab es eine Verwaltung, ehe es ein Parteiwesen gab. In Amerika ist eine „Politisierung“ der Verwaltung zum sehr ernststen Hemmnis der Ausdehnung der Verwaltungsbefugnisse geworden. Daher die Unvollständigkeit des Gedankens, einer Gebietskörperschaft wie Staat

oder Stadt die Besorgung der Gemeinnützigkeiten anzuvertrauen.

Nebenbei: Eisenbahnen, Telefon und Telegraph sind in den U. S. A. in privaten Händen. Nur die Brief- und Paket Post ist bundesstaatlich. Die Wasserversorgung ist fast überall in der Hand der Municipalitäten. Die Eisenbahnen werden durch zahlreiche Privatgesellschaften betrieben. Weder für die Verstaatlichung des Telegraphen noch des Telefons, wozu erheben sich (außerhalb des kleinen sozialistischer Lagers) ernsthaft Stimmen; eine Verstaatlichung der Eisenbahnen käme nur dann in Frage, wenn ihre finanzielle Sanierung dies erzwingt; zur Zeit kann davon kaum die Rede sein.

Das Problem der public utilities betrifft also praktisch nur die Elektrizitätsgesellschaften. Und auch diese vor allem in der einen Hinsicht, wie sie nämlich in Bezug auf Preis und Leistung durch den Verbraucher kontrolliert werden können. Wo Municipalitäten eigene Kraftwerke errichteten, gehen das meiste, um über eine Verhandlungswaffe zu verfügen. Im Jahre 1902 betrug die Zahl der privaten Gemeinnützigkeiten 1627, die der städtischen 1802.³⁾ Das verfassungsmäßige Recht der Gebietskörperschaften, Einzelstaat oder Municipalität, Elektrizität zu erzeugen und zu verteilten, ist unbestritten. Doch es besteht im Augenblick kein starker Druck danach. Amerikanische Gebietskörperschaften zielen schon aus finanziellen Gründen ihren guten Vertrag mit einer privaten Gesellschaft der Eigenenerzeugung vor. Ihre Sorge gilt vor allem der Festsetzung niedriger Strompreise, besonders in Anbetracht der Entfaltung noch unentwickelter Gebiete und Industrien. Hauptträger der Preiskontrolle ist daher der Einzelstaat. Sogenannte public utility commissions sind mit ihrer Ausübung betraut.

Das Problem der public utilities zerfällt in mehrere Fragegruppen: vor allem Preisregulierung und Holding-Gesellschaften. Die erste betrifft das Recht der Einzelstaaten zur Regelung der Strompreise. Die Einzelstaaten verliehen Konzessionen an die auf ihrem Gebiet tätigen Elektrizitätsgesellschaften und behalten sich die Festsetzung angemessener Preise im Sinne der Konzession vor. Seit 1890 gestattet nun der Oberste Gerichtshof die Anfechtung der einzelstaatlichen Preisregelungen durch die Elektrizitätsgesellschaften unter dem Verfassungssatz IV vom Jahre 1868, welcher Leben und Eigentum jedes Bürgers gegen einen „ohne rechtmäßiges Verfahren“ erfolgten Zugriff der Einzelstaaten schützt. Ein nicht genügend hoher Preis gilt demgemäß als „konfiskatorischer Zugriff“ auf das Eigentum der Gesellschaft⁴⁾ und kann beim Obersten Gerichtshof angefochten werden. Was die Angemessenheit des Strompreises anlangt, hielt es seit 1895 (Smith v. Ames) der Oberste Gerichtshof für rechtens, daß der „Gegenwartigswert“ der Anlagen angemessen verzinst werde — eine theoretisch unhaltbare und praktisch unanwendbare These, die zureichend zur Anarchie auf dem Gebiete der Preisregelung geführt hat. Der volkstümliche Ruf nach dem „Fairstick“, d. h. einer objektiven Preisberechnungsnorm, entsprang aus den endlosen Mißlichkeiten solcher Lage.

Die seit dem Nachkriegsboom brennend gewordene Frage der Holdings liegt etwas abseits unseres Problems, wiewohl sie auf mancherlei Art hineinspielt. Daß eine weitgehende Abtrennung der Finanzierungsgesellschaften von den Betriebsgesellschaften und eine unübersichtliche Verschachtelung der ersteren selbst ohne persönliche Mißbräuche wie im Fall Insull zur Schädigung des großen Publikums als Bondholders und auch als Verbraucher führen kann, ist klar. Denn die einzelstaatliche Kontrolle muß den weiter verzweigten Holdings gegenüber versagen, eine anderweitige Kontrolle gemeinnütziger Monopole ist aber nicht vorhanden. Daher die schweren Klagen nicht nur über vereinzelter Emissionsbetrug, sondern auch über eine engherzige Preis- und Entfaltungspolitik vieler Betriebsgesellschaften, die oft von industriefremden und rein spekulativen Interessen in eine die wirtschaftliche Gesamtentwicklung hemmende Bahn gedrängt werden.

Als dritte mag sich zu Preisregelung und Holding die Frage nach der vergleichswise Leistungsfähigkeit privater

¹⁾ Der Kältteeinbruch im Februar 1938 hatte in Oklahoma, Texas, New-Mexico, Colorado und Kansas „cacaofarbigen“ Schneefall zur Folge. Die vom Sturm aufgewirbelten Staubwolken hatten sich mit den Schneeflocken vermischte („Observer“, 16. Februar). Der die Aussichten der T. V. A. Indikatoren erörternde amerikanische Berichtserstatter der „Times“ schrieb aus diesem Anlaß, es werde auch von Gegnern der T. V. A. Gesetzgebung zugegeben, „daß, wenn nicht recht bald etwas Drastisches vorgekehrt wird, die Vernichtung des Erdbodens selbst durch „Staubstürme“ und Wildwasser unaufhaltsam fortschreiten muß“. (17. Februar.)

²⁾ Die Ungewohntheit der von Karl Bruchmann eingeführten Bezeichnung „Gemeinnützigkeiten“ wird durch die Vermeidung eines Ausdrucks wie „private public utilities“ aufgewogen.

³⁾ Vgl. C. O. Ruggles: „On public utility management and regulation.“ Harvard Business Review, Herbstnummer 1935. Der Umfang der municipalen Elektrizitätsgesellschaften ist in Amerika verschwindend klein im Vergleich mit den privaten.

und städtischer Elektrizitätserzeugung und -verteilung gesellen. Jeder objektive „Yardstick“ könnte auch bei diesem unzähligen Interessen berührenden betriebswirtschaftlichen Vergleich seine guten Dienste tun.

Die T. V. A. tritt in allen diesen Belangen entscheidend auf den Plan. Sie ist nicht nur ein gemeinschaftlicher Versuch größten Stills auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft, sondern sie zielt auch bewußt auf die Schaffung eines „Yardstick“ ab. Mit der Privatwirtschaft jedoch tritt sie nur in einem einzigen Punkt in Wettbewerb, eben in der Elektrowirtschaft. Keinesfalls geht sie an die Erzeugung oder den Vertrieb irgend eines anderen Gutes als Wasserkraft heran. Ihre Planungstätigkeit ist bloß koordinierend: forschend, beobachtend, statistisch, beratend und erstreckt sich auf die reale Tätigkeit nur im üblichen Verwaltungswege des Damm-, Kanal-, Straßen- und Städtebaus, der Forstwirtschaft, der Bildungsorganisation usw. Die große Mannigfaltigkeit ihrer Tätigkeit erwächst nicht aus ihren besonderen Kompetenzen, sondern aus der neuartigen Aufgabe, die Zukunft einer ganzen Region in allen Entwicklungsrichtungen gestaltend zu erfassen.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Schluß des redaktionellen Teiles

Geschäftliche Mitteilungen

Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix.

In der am 18. d. stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates und der Direktion der Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix hielt der Vorsitzende, Herr Generaldirektor Fritz Bauer, dem verstorbenen Direktor der Gesellschaft, Herrn Dr. Wilhelm Berliner, einen Nachruf, in welchem er dessen außerordentliche Verdienste um die Anstalt, das gesamte Versicherungswesen und die heimische Volkswirtschaft in tiefempfundenen Worten würdigte. In der am folgenden Tage unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers a. D. Präsidenten Carl Vaugoin abgehaltenen Geschäftssitzung des Verwaltungsrates wurde Bundeswirtschaftsrat Dr. Eberhard von Reininghaus, Generaldirektor der „Wechselseitigen Brandschaden-“ und „Janus“, allgemeine Versicherungs-Anstalt a. G. in Wien, in die Direktion der Gesellschaft mit dem Titel eines Generaldirektors berufen. Mit dem Vorsitz in der Direktion hat der Verwaltungsrat den Vizepräsidenten der Gesellschaft, Generaldirektor Bauer, und mit dessen Stellvertretung den Generaldirektor Dr. von Reininghaus betraut. Weiter wurden in das satzungsmäßig vorgesehene Exekutivkomitee die Herren Präsident Vaugoin, Generaldirektor Bauer und Generaldirektor Dr. Schlesinger gewählt und Herr Präsident Carl Vaugoin mit dem Vorsitz in diesem Komitee betraut.

Interessengemeinschaft „Wechselseitige Brandschaden-“ und „Janus“, allgemeine Versicherungs-Anstalt auf Gegenseitigkeit, und Anglo-Danubian-Lloyd, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Das Präsidium und Exekutivkomitee hat an Stelle des Herrn Generaldirektors Dr. Eberhard v. Reininghaus, der infolge seiner Berufung zum Generaldirektor der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix, aus seinem bisherigen Wirkungskreise scheidet, Herrn General-

direktor-Stellvertreter Dr. August Petsch mit den Funktionen des Generaldirektors betraut. Durch die Zugehörigkeit des Herrn Dr. v. Reininghaus zu den Verwaltungskörpern der Interessengemeinschaft, bleibt er mit den beiden Anstalten auch weiterhin dauernd verbunden.

Britisch-Ungarische Bank.

Die Direktion hat in ihrer am 15. Februar gehaltenen Sitzung die Schlussrechnungen für das Jahr 1935 festgestellt, die einschließlich des Gewinnvortrags vom vorangegangenen Jahr von Pengö 242.425,64 einen Reingewinn von Pengö 1.178.378,61 aufweisen.

Im Berichtsjahr zeigten sich neuere Merkmale einer Besserung im Wirtschaftsleben, auch die nachstehenden Bilanzdaten des Instituts sprechen für eine namhafte Zunahme des Verkehrs sowie für eine allgemeine Belebung des Geschäftsganges. Dementsprechend hat sich laut dem Verlust- und Gewinn-Konto das Bruttoertragnis, wiewohl der Zinsenertrag infolge der Landwirtschafterschutzverordnungen abgenommen hat, und trotz der Verringerung des Ertrags aus dem Warengeschäft auf 5,1 Millionen Pengö erhöht. Der Gewinn wurde dadurch geschmälert, daß sich die Post der Abschreibungen gegenüber P 539.000 des Vorjahres auf P 651.000 erhöhte, da — außer beträchtlichen außerordentlichen Reservierungen innerhalb der Bilanz — auch jene Nachlässe zur Abschreibung gelangten, die gemäß den neuesten Agrarschuldnerschutzverordnungen das Institut belasten. Außerdem wurde das Endergebnis durch die, wenn auch prozentuell nicht bedeutende Zunahme der Personal- und Sachspesen beeinflusst, hauptsächlich als Folge der den minderbesoldeten Beamten gewährten Gehaltserhöhungen und der Zunahme im Zusammenhang mit der neuerlichen Aufnahme von Mitgliedern in die Pensionskasse.

Der obige Gewinnsaldo würde wohl die Verteilung einer Dividende zulassen, mit Rücksicht jedoch auf die noch immer nichtgenügend konsolidierte allgemeine Wirtschaftslage vertritt die Direktion in Übereinstimmung mit den Großaktionären auch heuer den Standpunkt, den Gewinn zur internen Stärkung des Instituts zu verwenden und wird daher der für den 2. März einzuberufenden 45. ordentlichen Jahresgeneralversammlung den Antrag stellen, von der zur Verfügung stehenden Summe P 600.000 zur Dotierung der Reserven, P 350.000 für die Pensions- und Gnadengehaltsfonds zu verwenden und die verbleibenden P 228.378,61 auf Rechnung des Geschäftsjahres 1936 vorzutragen.

Bei Beurteilung der Bilanzposten ist hervorzuheben, daß sich sowohl die Spar-, als auch die Kontokorrent-Einlagen wesentlich erhöht haben. Die Spareinlagen erhöht sich von 33,7 Millionen auf 39,9 Millionen Pengö, die Kontokorrenteinlagen von 40,1 Millionen auf 43,2 Millionen, der gesamte Einlagenstand demnach von 73,8 auf 83,1 Millionen Pengö, was einer Zunahme von 9,3 Millionen Pengö entspricht. Diese bedeutende Zunahme des Einlagenstandes ist um so bemerkenswerter, als sie mit einer namhaften Steigerung der Anzahl der aus einem sehr weiten Kreis des Publikums stammenden Einleger einherging.

Für den günstigen Stand der Mobilität der Bank ist es bezeichnend, daß sie den überwiegenden Teil der bei ihr als Spar- und Kontokorrent-Einlagen placierten Beträge in Kassenbeständen, Bankiersforderungen und Wechseln gehalten hat; die Kassenbestände und Bankiersforderungen haben sich nämlich von den vorjährigen 13,1 Millionen auf 13,6 Millionen Pengö, das Wechselportafeuille von 48,1 Millionen des Jahres 1934 auf 53,2 Millionen Pengö erhöht. Der Wechselkomplettverkehr erhöhte sich von 326 auf 338 Millionen Pengö.

Die Post der Kreditoren verringerte sich von den vorjährigen 27,9 Millionen auf 27,4 Millionen Pengö. Der überwiegende Teil dieser Post besteht aus Krediten, die von den englischen und sonstigen befreundeten ausländischen Beziehungen der Bank für die Klienten unter Garantie des Instituts seinerzeit gewährt wurden.

Die Posten Debitoren und Vorschüsse auf Wertpapiere und Waren erhöht sich von 55,4 Millionen des vorangegangenen Jahres auf 57,4 Millionen Pengö. Die Zunahme dieser Posten, des Wechselverkehrs und der Aval-Debitoren ist ein Beweis dafür, daß die Bank die Kreditansprüche ihrer Klienten auch unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen mit weitestgehendem Verständnis befriedigt hat und dem

Entfernung von der Gemeindegrenze an als zusätzliche Frachtauslage von dem Verfrachter getragen werden muß! (Bekanntlich werden tarifmäßig oft viel größere Entfernungen berechnet als die wirklichen.) Man muß sich überhaupt fragen, wozu nun im Gesetzeswege weitgehende Regelungen des Straßenverkehrs beabsichtigt sind. Eisenbahn und Kraftfahrunternehmen haben sich zusammengeschlossen, sie haben sich über die der Eisenbahn und der Straßenbahn zufallenden Transporte geeinigt, über die Tarife und Transportbedingungen. Warum nun noch Einschränkungen des Straßenverkehrs, die über das, was die Partner des Rona-Vertrages vereinbart haben, noch hinausgehen? Denn die Spediteure haben sich ja verpflichtet, alle Transporte über Entfernungen von mehr als 50 km, für deren Durchführung die Eisenbahn in Betracht kommt, der Bahn zuzuführen. Aber der Sammeladungsverkehr auf Entfernungen auch über 50 km blieb den Spediteuren vorbehalten und die Bundesbahnen verpflichteten sich, „den Mitgliedern für den Sammelgutfernverkehr jene tarifarischen und transportdienstlichen Erleichterungen zu gewähren, die erforderlich sind, um unter Berücksichtigung der auflaufenden Umlaufkosten und der Leistungen der Spediteure der Straßenkonkurrenz wirksam zu begegnen“. Das werden sie künftig nicht mehr nötig haben. Denn die Straßenkonkurrenz wird viel wirksamer ausgeschaltet durch das Verbot, Transporte über 50 km zu führen, wenn die Bahn nicht mehr als die doppelte Entfernung rechnet. Dabei wird dem Handelsminister vorbehalten, die Entfernungen, auf denen sich der Lastkraftwagen betätigen kann, noch weiter einzuschränken! Daß in dem Gesetz den Ständen noch beratender Einfluß und dem Handelsminister in einer Reihe von Fragen Entscheidungen, auch Ausnahmen von der allgemeinen Regel, vorbehalten werden, fällt kaum ins Gewicht, da die im Gesetzentwurf festgelegten Grundsätze ja zeigen, in welchem Geist diese Befugnisse gehandhabt werden sollen. Auch wird die weitgehende Einschaltung des Handelsministeriums gewiß nicht den Bestrebungen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gerecht.

Die in Aussicht genommenen neuerlichen Beschränkungen des Werkverkehrs wie des gewerbmäßigen entgeltlichen Gütertransports, die der Eisenbahn geradezu das Transportmonopol zurückgeben, sind durchaus im Gegensatz zu dem, was eingangs als feststehende Meinung über die anzustrebende Lösung des durch den Aufschwung des Kraftwagenverkehrs entstandenen Verkehrsproblems bezeichnet wurde. Es sollen die Eisenbahnen nicht nur vor Entzug von Frachten durch Unterbietung in den ihnen bei bloßer Berücksichtigung der besseren Eignung naturgemäß zufallenden Transporten des Massenverkehrs und auf weite Strecken geschützt werden, sondern es soll ihnen der Nahverkehr für Stückgut, für den der Kraftwagen ihnen weit überlegen ist, zum Nachteil der Verfrachter, das heißt der Volkswirtschaft, zurückgegeben werden. Die in Aussicht genommenen Regelungen scheinen die Eisenbahnen von der Notwendigkeit zu befreien, sich den geänderten Verhältnissen anzupassen. Bisher waren sie immerhin genötigt, ihre Einrichtungen zu verbessern und sich auf rasche Beförderung von Gütern auf weiten Strecken zu spezialisieren. Die Bundesbahnen haben auch im Rahmen der durch ihre Finanzlage beengten Möglichkeiten Triebwagen angeschafft, um — allerdings vor allem im Personenverkehr — ihre Leistungsfähigkeit zu stärken. Ähnliches im Güterverkehr zu tun, werden sie künftig nicht mehr nötig haben. Sie werden auch nicht in die Lage kommen, Zwischenstationen mit geringem Verkehr oder passive, verkehrsarme Strecken aufzulassen, denn niemand kann ihnen die Transporte wegnehmen, auch wenn die Beförderung über die Bahn viel höhere Kosten und Tarife verursacht als im freien Wettbewerb auf der Straße. Allerdings wird das den Eisenbahnen auf die Dauer wenig nützen. Österreichs Stellung im internationalen Wettbewerb wird weiter zurückgedrängt, der Aufschwung

„DONAU“

Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

WIEN, I

Schoittenring, Wipplingerstraße 36-38

Telephon 19-5-45 Serie

VERSICHERUNGEN

in sämtlichen Zweigen der Sachschaden- und Lebensversicherung

des Kraftwagenverkehrs, der in so vielen Ländern einer der Hauptträger der konjunkturellen Erholung ist, wird unterbunden, der gesamte Güterverkehr vermindert werden, aber schließlich wird man den Fortschritten der Technik und der Verkehrsfreiheit wieder ihr Recht gewähren müssen, und die Eisenbahnen werden dieser Notwendigkeit schlechter gerüstet gegenüberstehen, als wenn ihnen nicht das Danaergeschenk einer kurzfristigen Wiederherstellung des Transportmonopols gewährt worden wäre. Man muß dringend hoffen, daß das schließliche Lastkraftwagengesetz ganz anders ausfallen wird als dieser nicht nur von Feindschaft gegen den Kraftwagen, sondern gegen den Verkehr und die Volkswirtschaft überhaupt getragene Gesetzentwurf.

Karl Polanyi, London: T. V. A. Ein amerikanisches Wirtschaftsexperiment. *)

Elektrowirtschaft der T. V. A.

Der Tennessee entspringt in den Appalachen Bergen und ergießt sich nach einem im allgemeinen westlichen Lauf von mehr als tausend Kilometern in den Ohio kurz vor dessen Vereinigung mit dem Mississippi. Der gemächlich dahinfließende Strom beschreibt hierbei einen großen Umweg nach Süden, der dem Tennessee-Becken einen beinahe quadratischen Umriss verleiht. Doch die Wasserkraftwirtschaft des Stromes ist von seinem geographischen Lauf ziemlich unabhängig. Sie kann auch ohne Karte deutlich gemacht werden.

Technische Grundaufgabe der T. V. A. ist die Schiffbarmachung und Überschwemmungssicherung des Stromlaufs. Die dazu nötigen Dammbauten liefern riesige Wasserkräfte, die vor allem der Gewinnung von synthetischen Düngemitteln dienen. Der sehr bedeutende Überschuß an Energie ist in der Elektrowirtschaft zu verwerten. Endziel ist die rationelle Höchstaussnutzung der Energiequellen des gesamten Stromgebietes.

Drei Dammbauten und zwei Kunstdüngerwerke bilden den Grundstock der T. V. A. Zwei dieser Dämme sind eng benachbart; sie befinden sich am Mittellauf des Flusses. Beide Kunstdüngerwerke liegen am unteren Damm. Der dritte Damm wird im Quellgebiet des Tennes-

*) Vgl. Nr. 21 vom 22. Februar.

nee errichtet und soll einen der größten künstlichen Stauseen der Erde tragen.

Die zwei unteren Dämme liegen an den bekannten Sandbänken der S. G. Muscle Shoals, etwa 21 km voneinander entfernt. Der Wilson-Damm, der untere der beiden, wurde nach im Kriege begonnen und wird nun nach sechsjährigem Bruchliegen zur Krafterzeugung verwendet. Die ihm angeschlossenen beiden Kunststickerwerke sind nicht in Betrieb gesetzt.

Der Wheeler-Damm, der sich an den Wilson-Damm räumlich anseht, ist noch im Bau. Wie der Wilson-Damm ist er ein Schleusendamm, sein Hauptzweck ist die Schiffbarmachung des Flusses im Flachwassergebiet der Muscle Shoals.

Der große Staudamm im Quellgebiet des Tennessee am Clinch River, Norris-Damm genannt, ist ebenfalls noch im Bau. Er wird die Wassermenge eines ganzen Jahres zu stauen föhig sein und sowohl die beiden genannten Dämme wie die etwa noch zu errichtenden durch Ausgleich der Wassermengen ungemein leistungsfähiger machen.

Im einzelnen:

1. Wilson-Damm

Die Schiffbarmachung des durch die Muscle Shoals unterbrochenen Tennessee-Laufes wurde schon vor hundert Jahren durch verschiedene Kanalbauten versucht. Das Flachwasser hat eine Länge von 60 km und ein Gesamtgerate von nur 40 m. Der jetzt Wilson-Damm genannte ehemalige Muscle Shoals-Damm wurde von der Heeresleitung mit Kosten von 47 Mill. Dollar zwischen 1918 und 1925 errichtet. Er liegt entlang des Flußlaufes 415 km von der Mündung und 630 km vom Norris-Damm entfernt. Die Hochspannungsleitung zwischen diesen beiden Dämmen ist 540 km lang; ihr Höhenunterschied ist 168 m. Der Wilson-Damm selbst hat eine Länge von 1450 m; seine Stauwirkung — er ist 33 m hoch — reicht etwas über den Wheeler-Damm hinaus stromaufwärts.

Das dem Wilson-Damm angeschlossene Kraftwerk hat eine Länge von 360 m und besitzt 9 Turbinen, darunter 4 von 35 000 PS; insgesamt sind 231 000 PS (184 000 KW) installiert.

Nach Kriegsende versuchten die Elektrogesellschaften die Fertigstellung des Dammes zu hintertreiben. Als der Bau 1925 trotzdem beendet wurde, verhinderten sie jahrelang die Inbetriebsetzung. Zwar gelang es der von Senator Norris geführten Kampagne zweimal, einen Kongreßbeschuß durchzubringen, der die Inbetriebsetzung befahl, doch beide Male erhob der Präsident der Vereinigten Staaten Einspruch dagegen. Präsident Roosevelt hat mit der T. V. A. diesem Zustand ein Ende gesetzt. Die neue Regierungs-Corporation erhielt den Auftrag zur Inbetriebsetzung des Wilson-Dammes und zur Verwertung des erzeugten Stroms, teilweise zur Kunststickerherstellung in den bundesstaatlichen Muscle Shoals-Betrieben, teilweise zu anderen gemeinnützigen Zwecken.

Gegenwärtig ist der Wilson-Damm die einzige ausgebaute Wasserkraftanlage im Bereich der T. V. A.

2. Stickstoffwerk Nr. 1 (veraltet)

Während noch der Kampf um die Muscle Shoals tobte, war der ursprüngliche Zweck des Dammbaus bereits hinfällig. Der Wilson-Damm war von der Heeresleitung zur Betreibung des Stickstoffwerkes Nr. 1 errichtet worden, welches nach dem abgewandelten Haberschen Verfahren salpetersaures Ammonium zwecks Sprengstoffherzeugung liefern sollte. Gegenwärtig ist das Werk samt dem geplanten Verfahren technisch überholt. Die T. V. A., an die der Besitz des bundesstaatlichen Eigentums bildenden Werkes übergegangen ist, gedenkt nicht, es in Betrieb zu setzen.

3. Stickstoffwerk Nr. 2 (im Umbau)

Dieses Werk ist viel größer als Nr. 1. Sein ursprünglicher Zweck war die Herstellung von Stickstoff nach dem Zyanamid-Verfahren; er kostete die Heeresleitung rd. 75 Mill. Dollar. Es ist mit einem dampfbetriebenen Generator von 76 000 PS ausgestattet. Das 1918 teilweise fertiggestellte Werk wurde nie in Betrieb genommen.

Gegenwärtig ist diesem Stickstoffwerk eine Versuchsanstalt der T. V. A. angeschlossen, die die Umstellung des Werkes auf Phosphaterzeugung erprobt. Unter den Bedingungen der Friedenswirtschaft wurde sich die Herstellung von Stickstoffdünger hier nicht lohnen, ungegen ist der Bedarf nach billigen Phosphaten in diesem Landstrich besonders groß. Die Versuche zielen auf die Anwendung des elektrischen Hochtemperaturverfahrens ab, wobei die gleichfalls geplante Verkokung von Braunkohle unterliegt wird, um einen wertvollen Koks neuerer Qualität zur Verfügung zu haben.

Zwecks Erforschung der Wirkungen von Düngemethoden auf den verschiedenartigen Böden hat die T. V. A. mit den landwirtschaftlichen Versuchsanstalten der sieben Unionsstaaten Abreden getroffen, die die Einheitlichkeit der Versuchsbedingungen sicherstellen.

4. Wheeler-Damm (im Bau)

Dieser Schleusen-Damm, dessen Kosten mit 20 Mill. Dollar veranschlagt sind, ist 1800 m lang, besitzt aber nur eine Höhe von 14,5 m. Der Stausee wird eine Fläche von etwa 350 Quadratkilometern bedecken; die Schiffbarmachung des Flusses auf einer Strecke von 138 km für Fahrzeuge von 3 m Tiefgang wird der Erfolg sein. Vorerst sollen drei Generatoren mit je 25 000 PS eingestellt werden; fünf andere sind geplant. Die Kosten des Dammes werden auf 20 Mill. Dollar geschätzt.

Der Wheeler-Damm wird in Gemeinschaft mit dem Wilson-Damm und dem im Bau befindlichen bisher noch unerwähnten Pickwick-Damm (rd. 56 km unterhalb des Wilson-Dammes) die Schiffbarkeit des Tennessee auf einer Strecke von 575 km von der Mündung gerechnet für Fahrzeuge von einem Tiefgang von 2,1 m durch fünf Sechstel des Jahres sicherstellen.

5. Norris-Damm (im Bau)

Dieser gewaltige Staudamm, der nunmehr seiner Fertigstellung zueilt, hält technisch die Schlüsselstellung im Bereich der T. V. A. Die wasserstandbedingte Leistungsfähigkeit des Wilson-Dammes, die im Winter mehr als potenzielle 300 000 PS erreicht, sinkt im Hochsommer auf 50 000 PS herab. Die Dauerleistung ist also sehr viel geringer als die mögliche Spitzenleistung. Das soll durch die zeitlich gleichmäßigere Verteilung des Zuflusses korrigiert werden. Der Norris-Damm wird das während des Winters gestaute Wasser im Sommer abgeben und nicht nur selbst zur Elektrizitätserzeugung ausgenutzt werden, sondern auch die Leistungsfähigkeit des Wilson-Dammes vervielfachen.

Mit einer Höhe von 76 m und einer Länge von 540 m wird der Norris-Damm einen künstlichen See von 520 km² und einer Uferlänge von 1240 km tragen. Zwei Vertikalkolbenturbinen von je 66 000 PS betreiben einen Generator von 50 000 KW (Spannung 13 800 Volt). Die Kosten des Dammes werden auf 34 Mill. Dollar geschätzt.

In Gemeinschaft mit dem Wheeler-Damm und dem Wilson-Damm wird das genannte Stromsystem eine installierte Kapazität von 377 500 KW besitzen. Unter den voraussichtlichen Schiffsverkehrsverhältnissen, Wasserständen und sonstigen Bestimmungsfaktoren darf auf eine 60%ige Ausnutzung, d. h. auf eine ständige Belastung von 220 000 KW (zu 100%) gezählt werden. Mehr als die Hälfte davon ist dem Norris-Damm zuzurechnen.

Die Unterbringung der beim Dammbau Beschäftigten führte zur Gründung einer kleinen Stadt namens Norris (Tenn.), die planmäßig als Versuchsfeld neuer Siedlungs- und Wohnbaumethoden verwendet wird. Leit-

Anke ist die systematische Anpassung neuester Eigenschaften an die örtlichen Lebensbedingungen.

Die Verquickung des Dammbaus mit den zahlreichen sonstigen Aufgaben der T. V. A. schuf einen Komplex engst verbundener Verwaltungsfragen wie Elektrifizierung der Landwirtschaft, Dezentralisierung der Industrie, Winterbeschäftigung, Freizeit, Einführung bodenschützender Pflanzenarten, Gewinnung phosphorhaltiger Erze im Tagebau, Massenausbildung von Handwerkern, Berufsberatung auf Grund umfassender Befähigungs-Tests usw., deren planende Zusammenschau eine grundstürzende Neuerung in einem Lande darstellt, in welchem fast jede über die Grenze des Einzelstaates hinausgreifende Wohlfahrtsverwaltung unbekannt ist.

Organisation und Methoden

Als Hauptgründe gegen jegliche Verbindung der öffentlichen Hand mit dem Wirtschaftsleben gilt in Amerika, wie die Dinge liegen, die Gefahr

1. politischer Protektionswirtschaft, die den Betrieb zum Turnplatz des „Parteiuchbeamten“ macht;
2. kontrollloser Kliquenwirtschaft, die jeglicher Korruption das Tor öffnet;
3. eines Bürokratismus, der zugreifendes, anpassungsfähiges Handeln ausschließt und geschäftliche Untüchtigkeit hochrichtet;
4. unlauteren Wettbewerbs der öffentlichen Hand mit den mannigfaltig benachteiligten Privatbetrieben.

Die Organisation der T. V. A. versucht diesen Einwänden die Spitze zu nehmen.

Das Bundesgesetz vom 13. Mai 1933, das die T. V. A. schuf, war ein selbständiger und abgetrennter Teil der New Deal-Notgesetzgebung. Es befahl die Errichtung einer Regierungs-Corporation zwecks

„Instandhaltung und Betrieb des bundesstaatlichen Eigentums in der Gegend der Muscle Shoals, Ala., im Interesse der Landesverteidigung, sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Entfaltung; ferner zur Besserung der Schifffahrt des Tennessee und zur Minderung der Überschwemmungsschäden im Tennessee- und Mississippi-Becken.“

Die Corporation ist ermächtigt, 50 Mill. Dollar Regierungsbonds mit einer Verzinsung von 3½% und einer höchstens 30jährigen Laufzeit aufzulegen. Die T. V. A. hat ihren Sitz an den Muscle Shoals, im Staate Alabama.

Der Verwaltungsrat der T. V. A. besteht aus drei vom Bundespräsidenten mit Zustimmung des Senats ernannten Direktoren, deren einer auf 3, einer auf 6, einer auf 9 Jahre ernannt ist. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats wird durch das Ernennungsdekret bestimmt. Spätere Ernennungen erfolgen auf 9 Jahre. Die Mitglieder des Board sind zugleich Geschäftsführer. Alle Anstellungen durch die Direktion geschehen unter privatrechtlichem Vertrag; Entlassungen sind dem Ermessen der Direktion anheimgestellt. Der Gehalt der Direktoren beträgt 10.000 Dollar zuzüglich tatsächlicher Auslagen. Sie haben Anspruch auf die unentgeltliche Benutzung eines zu den Muscle Shoals gehörenden Wohnhauses; die Zuweisung geschieht durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten selbst. Der Unverträglichkeit ihrer Stellung mit jeglicher Beteiligung an Elektrizitäts- oder Kunststicker-Unternehmen wird durch Inkompatibilitätsbestimmungen Rechnung getragen.

Zum Vorsitzenden wurde Arthur E. Morgan, ein praktischer Ingenieur, ernannt, der sich als Präsident von Antioch College der Pflege des Genossenschafts- und Kleinindustriewesens gewidmet hatte. Er gilt als ein Hauptvertreter des neuamerikanischen Gedankens, individuelle Initiative in der Wirtschaft mit starker gesellschaftlicher Stabilität zu verbinden. Er ist der Erbauer des Norris-Damms, der wasser- und energiewirtschaftliche Gesamtplan der T. V. A. einschließlich seiner sozialen und kulturellen Aspekte wird ihm zugeschrieben. Die beiden anderen Direktoren sind Harcourt



A. Morgan*) und David E. Lillenthal. Der erstere war Präsident der staatlichen Universität von Tennessee und ist ein alter Verehrer der Dezentralisierung der Industrie. Als Agronom hat er das Gleichgewicht von Landwirtschaft und Gewerbe zu seinem Forschungsgebiet gemacht. Die Kunststickererzeugung der T. V. A. samt allen ihren Verflechtungen mit dem Planungswerk bilden sein Ressort. D. E. Lillenthal war selbst Anwalt der public utilities im Staate New Jersey, Verkauf und Verteilung der Elektrizität mit Einschluss der Fernleitungen und der Rechtsfragen wie Enteignungen usw. gehören zu seinem Bereich.

Präsident Roosevelt nutzte die ihm erteilte Vollmacht zur Bestellung der Direktoren weidlich aus, um einem unsichlichen Druck der eigenen Partei auszuweichen; grundsätzlich wählte er die leitenden Männer der T. V. A. aus republikanischen Kreisen! Parteipfehlungen werden von allen Stellen der T. V. A. ungelesen ad acta gelegt.

Die Personalunion zwischen Verwaltungsrat und Geschäftsführung läßt keinen Bürokratismus aufkommen. Die T. V. A. ist auf die Persönlichkeit ihrer führenden Köpfe, auf die Vorherrschaft initiativen Willens abgestellt.

Jährlich einmal wird dem Kongreß schriftlich Bericht erstattet. Die Kontrolle des Rechnungswesens und die politische Verantwortung des Präsidenten sind die alleinigen äußeren Schranken der Vollmachten der Geschäftsführung.

Wettbewerb mit der Privatwirtschaft ist nicht der Zweck der T. V. A. Freilich fällt ihr der Natur der Sache nach die Aufgabe zu, die Privatwirtschaft im Dienst des Verbrauchers zu überwachen und nötigenfalls zu gemeinnützigem Verhalten zu zwingen. Vermeidbarer Wettbewerb würde aber nur zu verschwenderischer Doppelbesetzung und damit zu zweckloser Kapitalvergeudung führen. Womit es im Widerstreit der Prinzipien ankommt, ist also die tatsächliche Kraftvertriebspolitik der T. V. A.

Das Gesetz bestimmt, daß die T. V. A. die verschiedenen Kraftwerke durch Fernleitungen in ein oder mehrere Kraftsysteme gruppieren, die erzeugte Kraft verteilen, zu diesem Behuf langfristige Lieferungsverträge abschließen, sowie Fernleitungen selbst errichten oder errichten lassen, pachten oder erwerben darf. Art. 12 spricht von Fernleitungen „ab Stromerzeugungsorte oder zwecks Schaffung von Verbindung mit anderen Systemen“. Art. 10 ermächtigt die T. V. A., „den Ueberchuß an Kraft Einzelstaaten, Kreisen (Counties), Municipalitäten, Corporationen, Aktiengesellschaften oder Einzelpersonen zu verkaufen“, jedoch unter Bevorzugung der öffentlichen Hand sowie der Genossenschaften von Bürgern oder Farmern. Kein Kenner amerikanischen Verfassungsjuristik wird bezweifeln, daß diese ganze Gruppe von elektrowirtschaftlichen Bestimmungen wesentlich unter den Titel eines kriegs- und wasserwirtschaftlichen Gesetzes gebracht werden um den an sich durchaus sachbedingten Zusammenhang auch äußerlich zu unterstreichen.

Die veröffentlichten Richtlinien der Kraftvertriebspolitik (power policy) der T. V. A. gestalten sich nun folgendermaßen:

— Wo öffentliche und private Interessen eine Versöhnung ohne Schädigung des öffentlichen Interesses zulassen, dort ist eine Versöhnung anzustreben.

*) Die Namensgleichheit der beiden Morgan ist zufällig; sie sind miteinander nicht verwandt.

Es ist das unbestrittene Recht der Gebietskörperschaften, Kraftwerke zu besitzen und zu betreiben. Dieses Recht dient zum Schutz gegen „ungehörlich hohe Strompreise“.

Ob die Gebietskörperschaft die Errichtung eines eigenen Wettbewerbsbetriebs oder den Ankauf des bestehenden privaten Betriebs vorzieht, ist von den Umständen abhängig.

Die T. V. A. soll nicht ohne gewichtigen Grund Handlungen unternehmen, deren wirtschaftliche Folgen für eine private Gemeinnützigkeit geschäftsschädigend sein können. Ausschlaggebend ist das jedoch nicht. Der entscheidende Gesichtspunkt ist die Förderung der öffentlichen Interessen durch Stromversorgung zu den niedrigsten, mit einer soliden Geschäftsgebarung vereinbaren Preisen und die Erzielung der durch eine wonifelle Kraftstromversorgung erreichbaren sozialen Zwecke.

In diesem Sinn wurde ein vorläufiges Belieferungsprogramm ausgearbeitet, welches als nächsten Umkreis die Gegend der Muscle Shoals, des Norris-Damms und der die beiden verbindenden Hochspannungsleitung angibt. Als nächste Stufe kommt die Ausdehnung auf alle zum Tennessee-Becken gehörenden Teile der Staaten Kentucky, Alabama, Georgia, North Carolina und Tennessee in Betracht. Die Einbeziehung einiger mittlerer Städte in das Stromnetz, wie Chattanooga oder Knoxville (beide in Tennessee), sowie einer „größeren Stadt“, d. h. mit einer Einwohnerschaft über 250.000, wie Birmingham (Ala.), Memphis (Miss.), Atlanta (Ga.) oder Louisville (Ky.) sei kraftwirtschaftlich geboten. Nur wenn die privaten Gemeinnützigkeiten die Politik der T. V. A. durchkreuzen oder übermäßige Preise verlangen sollten, wird die T. V. A. über diese selbst gesetzten Grenzen hinausgehen. Um unnötige Leitungsverdoppelungen zu vermeiden, wird die T. V. A. überall, wo dies tunlich erscheint, einen bona fide-Versuch machen, die privaten Fernleitungen käuflich zu erwerben.

„Die Betriebsbuchung der T. V. A. ist im Hinblick auf die Schaffung eines Yardstick zu führen, der einen brauchbaren Vergleich der Leistungen privater und öffentlicher Geschäfts- und Betriebsführung derart gestattet, daß daraus beiden ein Antrieb erwächst.“

Die T. V. A. macht es bei der Großabgabe von Strom zur Bedingung, daß die vom Abnehmer dem Verbraucher angelasteten Preise eine gewisse Höhe nicht übersteigen.

(Schluß folgt.)

Schluß des redaktionellen Teiles

Geschäftliche Mitteilungen

Ungarische Allgemeine Creditbank.

Die Direktion der Ungarischen Allgemeinen Creditbank hat in ihrer am 25. Februar 1936 unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Baron Johann Harkányi abgehaltenen Sitzung die Bilanz für das Jahr 1935 festgesetzt. Das Gewinn- und Verlustkonto ergibt nach Durchführung von Abschreibungen im Betrage von 2.076.373,71 Pengö — ohne Einbeziehung des Saldo-vortrages — einen Reingewinn von 2.214.569,68 Pengö, gegen 2.093.997,87 Pengö im Vorjahre. Unter Hinzurechnung des Saldo-vortrages von 1.191.648,22 Pengö werden der Generalversammlung somit insgesamt 3.406.217,90 Pengö zur Verfügung stehen.

Die Direktion hat beschlossen, der für den 19. März l. J. einzuberufenden Generalversammlung den Antrag zu stellen, von diesem Betrage 500.000 Pengö zur Dotierung des ordentlichen Reservefonds, 200.000 Pengö zur Stärkung des Wertverminderungs-Reserve-

fonds, 900.000 Pengö zur Dotierung der Pensionsfonds der Angestellten zu verwenden und die verbleibenden 1.806.217,90 Pengö auf das Jahr 1936 vorzutragen. Die Direktion gelangte zur Überzeugung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen auch weiterhin die innere Kräftigung der Bank als führendes Prinzip ihrer Geschäftsgebarung zu gelten hat, und erbrachte daher den vorstehenden Beschluß, wonach auch in diesem Jahre keine Dividende zur Ausschüttung gelangen und demnach auch von der Auszahlung einer Tantieme abgesehen werden soll.

Im Lichte der vorliegenden Bilanzdaten treten vor allem zwei wichtige Momente hervor. Zunächst kann ein beträchtliches Anwachsen der Einlagenbestände festgestellt werden; ferner ist ersichtlich, daß die Bank auf dem Gebiete des Abbaues ihrer Auslandsverbindlichkeiten auch im abgelaufenen Jahre namhafte Fortschritte erzielt hat.

Die Einlagenbestände haben gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von 17,7 Millionen Pengö (von 181,5 auf 199,2 Millionen Pengö) erfahren, wovon 6,5 Millionen Pengö auf die Zunahme der Spareinlagen (von 56,7 auf 63,2 Millionen Pengö) und 11,2 Millionen Pengö auf das Anwachsen der Kontokorrenteinlagen (von 124,8 auf 136 Millionen Pengö) entfallen. Die Erhöhung der Einlagenbestände ist bloß zu etwa einem Siebentel bei den Einlagen der zum Konzern der Bank gehörenden Unternehmungen erfolgt, während der überwiegende Teil der Zunahme auf das Anwachsen der Einlagen der sonstigen Klientel des Instituts zurückzuführen ist.

Die Auslandsverbindlichkeiten der Bank haben eine weitere Verringerung um 18,6 Millionen Pengö erfahren, zu welcher die Kursrückgänge ausländischer Zahlungsmittel bloß im Ausmaße von nicht ganz einer Million Pengö beigetragen haben. Von der 18,6 Millionen Pengö betragenden Verringerung der Auslandsverbindlichkeiten des Instituts treten 7,2 Millionen Pengö bei der Bilanzpost der „sonstigen Kreditoren“ in Erscheinung, wodurch diese Bilanzpost von 51,1 auf 43,9 Millionen Pengö zurückgegangen ist; der Rest von 11,4 Millionen Pengö entfällt auf den Rückgang der ausländischen Avalverbindlichkeiten.

Die Kassenbestände und Giro Guthaben der Bank haben eine Erhöhung von 15,4 auf 16,6 Millionen Pengö erfahren. Der Betrag der Debitoren und des Wechselbestandes hat sich von 212,7 auf 216,1 Millionen Pengö erhöht, wovon auf den Debitorenstand 130,2 Millionen Pengö und auf das Wechselportefeuille 85,9 Millionen Pengö entfallen.

Die Effekten und Beteiligungen stehen in der Bilanz mit 58,7 Millionen Pengö gegen 52,1 Millionen Pengö im Vorjahre zu Buche; die Erhöhung ist vorwiegend auf die Beteiligung der Bank an Kapitalserhöhungen verschiedener Unternehmungen zurückzuführen. Das Institut hat in der vorliegenden Bilanz nicht nur davon abgesehen, die Bewertungsmöglichkeiten der Regierungsverordnung Nr. 100/1936 in Anspruch zu nehmen, es hat vielmehr die Effekten und Beteiligungen wesentlich unter den Tageskursen vom 31. Dezember 1935 bewertet.

Die Hypothekendarlehen der Bank — die bekanntlich ebenso wie die auf Grund derselben emittierten Pfandbriefe sämtlich auf Dollarwährung lauten — sind von 34,1 auf 32,6 Millionen Pengö zurückgegangen.

Einfuhrkontingentierung unwirksam gemacht worden. teilweise ist die Ausdehnung der Ausfuhr an der Schwäche der Kaufkraft Polens bisher gescheitert. Die Ausfuhr nach Jugoslawien hat sich seit der Krisenwende wertmäßig fast auf dem gleichen Stand erhalten, der Ausfuhranteil Jugoslawiens ist aber entsprechend der Steigerung des Gesamtausfuhrwertes zurückgegangen.

Die Tabakclearingländer.

Im weiteren Sinn sind zum agrarischen Osten noch Bulgarien, Griechenland und die Türkei zu rechnen, deren Warenverkehr mit Oesterreich sich seit 1932 ausschließlich in der Form des Kompensationsverkehrs abspielt, der von den mit diesen drei Ländern zunächst eingerichteten „Tabakclearings“ ausgeht. Die Ein- und Ausfuhranteile dieser Ländergruppe weisen folgende Bewegung auf:

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Einfuhranteil	2,3	2,0	4,3	4,7	2,3	2,5	2,1
Ausfuhranteil	2,6	2,2	2,8	3,3	2,4	2,4	2,9

An sich ist der Umfang dieses Warenverkehrs strukturell ziemlich eng begrenzt; er beruht im wesentlichen auf dem österreichischen Einfuhrbedarf an Roh-tabak und Süßfrüchten aus diesen Ländern. Demgemäß hat auch der konjunkturbedingte Rückgang der Tabakeinfuhr und der Rückgang des Tabakpreises die Ein- und Ausfuhranteile dieser Länder in den letzten Jahren gesenkt. Der Abschluß neuer Kompensationsgeschäfte mit Bulgarien und der Türkei hat deren Ausfuhranteile im Jahre 1935 allerdings wieder erheblich ansteigen lassen.

Karl Polanyi, London: T. V. A. Ein amerikanisches Wirtschaftsexperiment.

(Schluß *)

Leistungen der Elektrowirtschaft der T. V. A.

Eine Würdigung der bisherigen Gesamtleistung der T. V. A. wäre verfrüht. Die Dammbauten, Fabrikationsumstellungen, die Aufforstungen**) und ausgedehnten Bekämpfungen von Bodenerosionen usw. sind zum Teil noch im Zuge, zum Teil zu frisch vollbracht, um ein Urteil zu gestatten. Auch die amerikanische Öffentlichkeit hält hier mit der Meinungsbildung noch zurück. Alles Interesse gilt dem allein einschätzungsreifen und dabei am leidenschaftlichsten umstrittenen Bereich der Elektrowirtschaft. Die Gesamtzeugung des Wilson-Damms von elektrischer Kraft betrug 1933/34 106,4 Mill. KWh, wovon 395,8 Mill. abgesetzt wurden, davon 386,5 Mill. an Kraftgesellschaften und vorerst nur 2,9 Mill. KWh direkt an einige kleine Städte.

Der Durchschnittstrompreis für die verschiedenen Stromverbraucher betrug in den U. S. A. im Jahre 1931

*) Vgl. Nr. 21 vom 22. Februar und Nr. 22 vom 29. Februar.

**) Die Civilian Conservation Corps (C. C. C.), in denen Jugendliche einer Art produktiven Arbeitslosenfürsorge zugeführt werden, finden im Rahmen der T. V. A. ebenfalls Verwendung. Die Zahl der C. C. C.-Jugendlichen in den U. S. A. betrug 1934 etwa 30.000; ihre Zahl soll nun auf 300.000 erhöht werden. Die T. V. A. verwendete 1934 rund 4000. Bisher sind von den C. C. C. rund 500 Millionen Bäume in den U. S. A. gepflanzt worden. Geplant wird die Pflanzung einiger Milliarden von Bäumen mit Hilfe der C. C. C.

1. Industrie	43,6	Mill. KWh	1,5	Cent
2. Handel	13,5	„	4	„
3. Haushalte	11,7	„	6	„
4. öffentliche Hand	3,0	„	4	„

Der niedrige Preis des Industriestroms ist u. a. dem Umstand zu verdanken, daß diese Großverbraucher den Strom aus weitem Umkreis beziehen und daher den Vorteil eines Angebotswettbewerbs genießen. Schon die Geschäftsleute haben für den Strom unverhältnismäßig mehr zu zahlen. Desgleichen die häuslichen Verbraucher, gegen die das Angebotinopol rücksichtslos gehandhabt wird. Die öffentliche Hand bezieht Strom nur zur Straßenbeleuchtung zu sehr verschiedenen Preisen*).

Die Preisfestsetzung der T. V. A. geschah auf Grund einer möglichst genauen, wenn auch nur vorläufigen Bewertung des Wilson-Damms, um die Amortisierung des Kapitals sicherzustellen. Die Verzinsung wurde in der Höhe der Regierungsausleihungen (Bonds) angenommen. Ein den Steuern entsprechender Anteil wurde einkalkuliert. Die Großbezugspreise decken die Erzeugungs- und Fernleitungskosten; die vorgeschriebenen Verbraucherpreise enthalten auch die Verteilungskosten. Die auf Grund der Kapazität des Wilson-Damms erstellten Preise sind überaus niedrig; ihre Berechtigung hängt vor allem davon ab, ob die Elastizität des Marktes in der Tat genügend groß ist, um die gesamte Menge bei diesen Preisen in absehbarer Zeit aufzunehmen.

Eine recht brauchbare abgekürzte Darstellung der Preispolitik der T. V. A. enthält nun die folgende Ankündigung, die bald nach der Betriebsaufnahme geschah:

„Jede Stadt oder Gemeinde in dem anfänglich bedienten Gebiet (siehe Nr. 22 vom 29. Februar), welche über ein eigenes Verteilungsnetz verfügt, kann von der T. V. A. unter Annahme eines halbtägigen Verbrauchs elektrischen Strom zum Preise von 0,7 c je KWh beziehen.“

„Diese Großabnehmer sollen den Haushalten den Strom zum Pauschalpreis von 3 c je KWh für die erste Stufe**) und von 2 c, 1 c und 0,4 c für die folgenden Stufen liefern.“

„Für den durchschnittlichen Verbraucher ergibt dies einen Preis von rund 2 1/2 c je KWh.“

„Dem Farmer soll für den Strom nicht mehr gerechnet werden als dem städtischen Haushalter. Ein gewisser Minimalverbrauch ist Voraussetzung. Dieser muß für den ländlichen Verbraucher höher angesetzt werden als für den städtischen.“

Praktisch bedeuten diese Preise die Halbierung des Bezugspreises für den Hausverbrauch.

Wesentlich für die Zulässigkeit der Kalkulationsbasis ist die Elastizität der Nachfrage. Die privaten Elektrizitätsgesellschaften, die eine längere Spanne unrentabler Lieferung nicht auf sich nehmen können, leugnen eine schnelle Ausdehnungsfähigkeit des Strom-

*) Vgl. Art. „Public Utilities“ von John Bauer, in „Encyclopedia of Social Sciences“, Herausgeber Prof. Seligmann, Philadelphia, 1932.

**) Die Stufen sind für den Hausverbrauch: 50, 150, 200, 1000 KWh und darüber; für Geschäfte 250, 750, 1000 und darüber; für die Industrie 10.000, 25.000, 65.000, 400.000 und darüber. — Der Großverkaufspreis von 0,7 ergibt sich aus einem Spitzenbedarfspreis von 0,9 Dollar je KWh für die höchstbelastete Stunde im Monat, zuzüglich eines Strompreises von 0,4 c für die ersten 100.000 KWh, 0,3 für die nächsten 200.000 KWh, 0,25 c für die nächsten 700.000 KWh und 0,2 c darüber. Bei halbtägigem gleichmäßigem Verbrauch ergibt sich über einen Monat (30 Tage) die Rechnung:

$$400 + \frac{100.000}{30 \times 12} = 678 \text{ Dollar, d. i. ein Strompreis von } 0,673 \text{ c je KWh.}$$

bedarfs. Dies ist ein ständiger Hauptstreitpunkt zwischen den public utilities und der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der Verbilligung der Stromabgabe waren nun die folgenden:

Tupelo im Staate Mississippi war die erste Bezieherin von T. V. A.-Strom. Tupelo ist eine Kleinstadt von rd. 5000 Einwohnern, ungefähr 135 km vom Wilson-Damm gelegen. Die Stadt bezog viele Jahre hindurch Strom von der privaten Mississippi Power Company. Im Jänner 1934 betrug ihr Stromverbrauch 46.398 KWh bei einem Durchschnittsverbrauch von 49 KWh je Haushalt. Im Februar trat der Vertrag mit der T. V. A. in Kraft. In den folgenden 11 Monaten stieg der Verbrauch auf 107.570 KWh im Dezember und 104 KWh je Haushalt. Das ist eine Zunahme von 114%. Im Jänner 1934 hatte der Durchschnittspreis unter dem alten Vertrag für den Haushalter 7,4 c je KWh betragen. Im März fiel er auf 2,9 c und sank mit zunehmendem Verbrauch im Dezember auf 2,1 c je KWh hinab.

Der Stadtverwaltung wurde mit der Verpflichtung zur billigen Stromabgabe kein übertriebenes finanzielles Opfer zugemutet. Allerdings fiel ihr Reingewinn aus der Stromabgabe von 3435 Dollar im Jänner (unter dem alten System) auf 1199 Dollar im März, doch der Reingewinn stieg im Dezember wieder auf 2227 Dollar an. Der Reingewinn betrug weniger als 26,44% der reinen Betriebseinnahmen.*)

Athens, im Staate Alabama (Einwohnerzahl 4238), sowie Alcorn County, ein ländlicher Kreis im Staate Mississippi (Einwohnerzahl 23.653) wiesen eine vergleichbare Steigerung des Stromverbrauchs in sehr kurzer Zeit auf. In Alcorn County stieg der Verbrauch in 7 Monaten um 51%, in Athens im gleichen Zeitraum um 128%. In Athens sank der Strompreis von 5,51 c auf 2,14 c, in Alcorn County waren die entsprechenden Preise 5,37 c und 2,57 c. Der unverwendete Ueberschuß des „Verbraucherdollars“ betrug in Athens 16,62%, in Alcorn County sogar 37,4% — die Verteilungskosten waren also voll und ganz gedeckt.

Für einen „Yardstick“ sind diese Ergebnisse noch nicht ausreichend. Doch die große Elastizität des Strombedarfs selbst in ärmeren Gegenden steht nach diesen Ergebnissen wohl fest.

Urteil zugunsten der T. V. A.

Die große Frage war, ob der Oberste Gerichtshof die T. V. A. ebenso als verfassungswidrig erklären werde wie die A. A. A. und die N. R. A. Der Oberste Gerichtshof hat nun zugunsten der Verfassungsmäßigkeit der Tennessee Valley Authority und ihrer am meisten angefeindeten Tätigkeit erkannt. Diese bestand im Verkauf ferngeleiteten wohlfeilen Stroms an Großabnehmer unter der Bedingung, daß der Strom an die Verbraucher gleichfalls billig weitergegeben werde. Anfechtungsgrund: Daß durch eine derartige Tätigkeit gewisse Staatsbürger, ohne rechtliches Verfahren (without due process of law) ihres Eigentumsrechtes beraubt würden. Gemeint ist natürlich die geschäftliche Schädigung, die privaten Elektrizitätsgesellschaften aus einem gemeinwirtschaftlichen Wettbewerb erwachsen. Klägerin war eine Minderheit der Aktionäre der Alabama Power Company. Sie focht den Beschluß der eigenen Gesellschaft an, mit welchem Fernleitungen, die 11 Kreise des Staates Alabama mit dem Wilson-Damm in Muscle Shoals

* Der Durchschnittspreis des gesamten von der Stadt abgegebenen Stroms (sämtliche Beziehergattungen) betrug 1,57 c je KWh (100%). Davon gingen 0,65 c (41,14%) an die T. V. A. für den Strom; ferner 0,15 c (9,55%) auf sonstige Betriebsausgaben, also insgesamt auf Betriebsausgaben 0,80 c (50,97%); dies macht samt Steuern, Abschreibungen usw. 0,99 c (63,11%), somit reiner Betriebsgewinn 0,58 c (36,89%), Reingewinn insgesamt 0,50 c (31,27%). Davon ab für Zinsen 0,05 c (2,89%) und für Ertrag der eigenen Beteiligung 0,07 c (4,15%), ergibt Reingewinn von 0,47 c (30,23%). Nach Widmung von 0,00 c (3,79%) zur langfristigen Schuldentilgung verbleibt als unverwendeter Ueberschuß 0,41 c (26,44%).



verbunden, an die T. V. A. verkauft wurden. Das erstinstanzliche Urteil des Bundesgerichtes North Alabama gab den Klägern recht, annullierte den Verkauf der Fernleitungen und verbot 17 Municipalitäten des Staates Alabama, Gelder der unter dem New Deal geschaffenen Bundesverwaltung für produktive Arbeitslosenfürsorge (W. P. A.) zur Errichtung von städtischen Elektrizitätswerken zu verwenden. Auch wurde der Stadt Athens (Ala.), „die über ein eigenes Werk verfügt“, untersagt, Strom von der T. V. A. zu beziehen. Die Begründung des Urteils erklärte die gesamte Tätigkeit der T. V. A. als rechtswidrig, denn

„der offenbare Zweck der T. V. A. beim Verkauf des überschüssigen Stroms sei zwar die Sicherung von Einnahmen, doch zugleich versuche sie ihre privaten Wettbewerber zu unterbieten, um einen „Yardstick“ zu schaffen, der die Vorteile des öffentlichen gegenüber dem privaten Betrieb von Kraftwerken beweisen solle“.

Der Bundesappell-Gerichtshof in New Orleans hob dieses Urteil am 17. Juli v. J. auf. Der Gerichtshof erkannte zu Recht, daß das von der T. V. A. handelnde Bundesgesetz vom 18. Mai 1933 gegen das Recht der Einzelstaaten nicht verstoße,

„da das Obereigentum des Bundes über alle Gewässer, soweit die Zwecke der Landesverteidigung sowie des Handels und Verkehrs zwischen den Einzelstaaten in Betracht kommen, mit den Rechten des Uferstaates nicht kollidiere. Die Untiefen der Muscle Shoals seien im Krieg in Ausübung dieser Kompetenzen von der Bundesregierung schiffbar gemacht und die überschüssige Wasserkraft der Dammbauten der Stickstoffherzeugung gewidmet worden. Die Verwertung des Ueberschusses an Wasserkraft stehe in natürlichem und vernünftigem Zusammenhang mit der Ausübung jener Bundesrechte. Daß die T. V. A. innerhalb ihrer gesetzlichen Statuten gehandelt habe, werde aber nicht bezweifelt. Daß die Bundesregierung zur Betreibung von Erwerbswirtschaften nicht berechtigt sei, berühre ihr nicht das Recht, ihr Eigentum (die Wasserkraft) auch dann zu verkaufen, wenn sie dadurch mit privaten oder anderen öffentlichen Verkäufern in Wettbewerb tritt“.

Ob der Oberste Gerichtshof diesem Standpunkt voll beigetreten ist, vermögen wir noch nicht zu sagen. Manches spricht dafür, daß der Gerichtshof das T. V. A.-Gesetz nur in denjenigen Teilen bestätigt, in welchen es in diesem Fall herangezogen worden war, also namentlich betreffs des hoch im Kriege begonnenen Wilson-Damms. Andererseits ist der Norris-Damm noch in größerem Maß als der Wilson-Damm wasserwirtschaftlich begründet, d. h. er dient hauptsächlich der Ueberschwemmungsregelung und Schiffbarmachung im Wege der Stauung; seine eigene Krafterzeugung ist gering. Es erscheint uns überhaupt fraglich, ob auf dieses im wesentlichen bejahende Urteil mehr als eine regelnde Einschränkung der T. V. A.-Kompetenzen nachfolgen kann. Roosevelt selbst hat den Schluß gezogen, daß die zahlreichen in Vorbereitung befindlichen gemeinwirtschaftlichen Behörden des T. V. A.-Typus nunmehr freie Bahn haben. Die endgültige Entscheidung dürfte wohl erst bei den Präsidentschaftswahlen fallen.

heiten. In der Luft dieser Freiheit wurde Oesterreich politisch mündig; seine Kultur wurde tiefer, seine Wirtschaft erstarkte. Die Verfassung von 1920 führte die Massen als Träger voller politischer Rechte in die Arena; sie wußte, daß Politik im Volksstaat mit der Masse gemacht werden muß, aber die Lenker des öffentlichen Lebens verstanden die Kunst nicht, die Führung der Masse zu behalten und ihr ein Ziel zu bestimmen. Die Verfassung von 1934 bringt juristisch die Machtfrage zum Ausdruck, welche das Eingreifen der Wehrformationen in den Parteienkampf, die Ausschaltung des Parlaments und die Auflösung der Parteien vorher geschaffen hatten; die Parteien bestehen nicht mehr, die Regierung ist seit dem 4. März 1933 autoritär eingesetzt und das Volk wird nur in einer künftig funktionsfähig werdenden Ständeordnung seinen Einfluß ausüben.

Vorläufig ist die erste Etappe ständischer Neugestaltung im Sinne der Mai-Verfassung abgeschlossen; die Träger der inneren Machtfunktionen müssen nun Umschau halten, ob Stimmung und Tatsachen zueinander stimmen, die Gefolgschaft stillen Gehorsams abzulösen durch neue Methoden einer politischen Mitarbeit des Volkes. Im Gefühl der Gesamtheit kann nur der Glaube, daß dieser Staat auch ihr Staat sein will, neue Verantwortungsbereitschaft erwecken. Das Volk Oesterreichs will einen Weg in die Zukunft sehen; es sucht diesen Weg, indem es seinen Staat bejaht, indem es ihn, eben aufs neue erkämpft, als Hort wahrer Kultur und innerer Gleichberechtigung gestaltet, es will ihn in seinem Rang als zweiten deutschen Staat erhöhen. Im Verlangen nach Zulassung zur Mitarbeit drückt sich der Wunsch aus, die Staatsführung freier zu machen in ihren Entschlüssen und ihre erhöhte innere Bewegungsfreiheit auch außenpolitisch einsetzen zu können.

Die Kräfte, die das neue Europa schaffen wollen, können die Forderung Oesterreichs nach seiner Gleichberechtigung im Rat der Völker nicht überhören; aber indem die österreichische Regierung diese Forderung in voller Uebereinstimmung mit dem Volk vertritt, ist sie stark und um so stärker, je mehr sie die in diesen Jahren opferreicher Neugestaltung der politischen Willensbildung ungenützt gebliebenen Kräfte für ihre Pläne zu gewinnen weiß. Nur dann wird sie auf der Weltbühne mit vollem Gewicht als Sachwalter eines freien Volkes auftreten können! Die Welt kann Oesterreich — das zeigt uns manche ernste Stimme aus dem Ausland — nur verstehen als freien und freiheitlich denkenden Staat. Christlich und ständisch sind zur Freiheit weder weltanschaulich noch politisch ein Gegensatz. Der Stolz auf die wiedergewonnene Freiheit für Heimat, Volk und Vaterland wird ein Kraftquell staatlichen Lebens sein, wird Oesterreich stärker machen für die Aufgaben seiner Ostmarksendung in einem sich neuordnenden Mitteleuropa.

WERBET FÜR DEN
„OESTERREICHISCHEN VOLKSWIRT“

Karl Polanyi, London: Markstein 1935.

Die Jahre der Pariser Friedensverträge sind zu Ende. Die Schwelle einer neuen Geschichtsperiode ist überschritten. Die Zeit des Ueberganges liegt hinter uns und schon zeichnen sich schattenhaft die Umrisse einer neuen Epoche ab. Vierzehn Jahre hindurch ruhte der Weltfriede auf doppeltem Grund: In Europa auf der militärischen Uebermacht Frankreichs und seiner Verbündeten; im Pazifischen Ozean auf den Washingtoner Verträgen über die Neutralisierung Chinas und die Begrenzung der japanischen Flottenstärke.

Beides wurde 1935 weggeschwemmt. Deutschlands gewaltige Rüstungen und Japans Kündigung des Washingtoner Abkommens unter hartnäckiger Verletzung des Neunmächte-Vertrages in China hat das System der Nachkriegsverträge zunichte gemacht. Am Yangtse und Amur wie an der Weichsel und Donau rollt eine Sturmflut heran.

Englands Berufung als Mittler und Schiedsrichter hatte die geopolitische Isolierung des Fernen Ostens vom Rhein-, Donau- und Weichselgebiet zur Voraussetzung. Die europäische und die asiatische Sphäre britischer Einflußnahme waren durch den halben Erdball voneinander getrennt. England konnte in Europa die eine, in Ozeanien die andere Politik treiben und doch beiderseits mit dem Gewicht seiner ganzen Kraft auftreten. Es bestand keine Not, seine Haltung im Rheinland und in der Mandschurei gleichzurichten. Das nur auf sich selbst bezogene, gegen Europa gleichgültige Rußland fungierte als ein verlässlicher, zwischen jene beiden weltpolitischen Hochspannungszentren geschalteter Isolator.

Rußlands Beitritt zum Völkerbund rief den Kurzschluß hervor. Der planetarische Isolator war durchstoßen. England, das in Asien Japans wegen einer rußlandfeindlichen Stellung bezog, mußte nun in Europa Frankreich zuliebe die umgekehrte Haltung anstreben. Durch diesen lähmenden Widerspruch geoffenbart, kam vorerst eine unbehebbarer, weil in der pazifischen Flottenlage gegründete Schwäche seiner Gesamtpolitik zum Vorschein. Alle diplomatischen Anstrengungen Englands im vergangenen Jahr galten letztlich dem Versuch, sich aus dieser (von Berlin mit aller Bewußtheit gehandhabten) Zwickmühle zu befreien.

Die durch deutschen und japanischen Hochdruck erzeugte Aktivierung der russischen Politik hat eine plötzliche Schrumpfung des Erdballs zur Folge. Die außenpolitische Fernwirkung wird zur Regel. Lokale Entladungen an der Donau pflanzen sich über das leitend gewordene Rußland blitzschnell nach Tokio und Washington fort. Europa liegt nicht mehr östlich, sondern westlich von Amerika.

In den U. S. A. selbst bringt Japans Aufdehnung gegen das pazifische Gleichgewicht und die buchstäblich aus den Lüften hereingebrochene Verkleinerung unseres Planeten einen außenpolitischen Umbruch hervor: Amerika verzichtet auf die Freiheit der Meere. Eine aktive Neutralitätspolitik im Wirtschaftlichen und Finanziellen folgt zwangsläufig nach. Die lex imperfecta des Kellogg-Paktes wird zur Richtlinie einer wirtschaftlichen Sanktions- und Neutralitäts-

politik großen Stils erhoben. Anderthalb Jahrhunderte amerikanischen Seekriegsrechtes sind ausgeübt.

Ob in diesen sehr schnellen und sehr tiefgreifenden Verschiebungen bloß eine allmähliche Entwicklung ihre letzten Folgen zeitigt oder ob hier wirklich bisher ungeahnte historische Neukräfte am Werk sind, ist ein würdiger Gegenstand geschichtsphilosophischer, nicht aber politischer Betrachtung. Diese muß sich damit beschäftigen, eine Dynamik miteinander innig verknüpfter innen- und außenpolitischer Ereignisse festzustellen, wie sie in Europa seit Jahrhunderten unbekannt war. Nicht nur die Plötzlichkeit des Geschehens und seine oft überraschende, weil dem bisherigen Lauf entgegengesetzte Richtung, sondern fast mehr noch die scheinbare Anstrengungslosigkeit, mit der zuweilen die allergrößten Veränderungen ausstößt und in Fluß gehalten werden, erscheinen als die Merkmale der zum Durchbruch gelangten Zeitenwende. Der Weltkrieg selbst, die sozialen und territorialen Umstürze und Normalisierungen des ersten Jahrzehnts nach dem Kriege werden im Vergleiche damit als Abschluß einer vergangenen Epoche kenntlich. Die Umstürze von 1917 bis 1919 waren bloß die übliche Folge militärischer Niederlagen, die Diktaturen stellten die gewohnte Reaktion auf politischen und sozialen Umsturz dar. Bei aller Dynamik eines die Geschichte ganzer Völker umwälzenden Geschehens war dieses Geschehen selbst im Grunde noch Bestandteil des 19. Jahrhunderts. Krieg und Nachkrieg entrollen sich als Fortsetzung und Ausklang der Ära des liberalen Nationalismus. Erst nach Abklingen der durch den Kriegsschock bedingten nationalen und sozialen Pendelschwingungen setzt etwa Mitte der Zwanzigerjahre ein anders gearteteres Geschehen ein.

In Italien beginnt im Jänner 1925 die faschistische Umwandlung des Staates, als dem nach dem Matteotti-Fall zur Normalisierung entschlossenen Mussolini von den „Aventin“-Liberalen der Rückzug abgeschnitten wird. Dies geschieht zu einer Zeit, da die Demobilisierungswirren, die halb bolschewistischen Fabriksbesetzungen und die darauf folgende Reaktion bereits ganz abgeflaut sind. Der auf keinerlei Programme eingeschworene Mussolini hatte bewußt den Weg der Rückkehr zum Parlamentarismus betreten, als plötzlich der Erdstöß erfolgt. Von dieser Stunde an hebt eine neue Entwicklung in Italien an — der stetig, wenn auch nur allmählich hervortretende Wille zur ständestaatlichen Umwälzung. Trotz allem äußerlichen Zusammenhang mit den Nachkriegswirren ist der italienische Faschismus nicht ein Kind des Krieges. Deutlich hebt sich sein Anfang sieben Jahre nach Friedensschluß als eine spontane geschichtliche Initiative ab.

Die russische Revolution war 1926 anscheinend zu Ende. Die Directoire-Phase des die Wesenszüge einer großen Revolution an sich tragenden Nachkriegsumsturzes hatte eingesetzt. Ein Teil der Revolutionäre sprach von einem Thermidor. Nach allen Regeln geschichtlicher Einschätzung hatte die aus dem zaristischen Absolutismus und einem furchtbaren militärischen Zusammenbruch geborene soziale Umwandlung in der „NEP“ ihren natürlichen Abschluß erreicht. Revolutionsmüdigkeit verband sich mit einer Wirtschaftspolitik des „Enrichissez-vous“, um der Normalisierung die Bahnen zu ebnen. Sämtliche Staatskanzleien, sämtliche Fach-



Entgegennahme von

SPAREINLAGEN IM DOROTHEUM

Ausschließliche Verwendung für Pfanddarlehen.
26 Anstalten mit 1.000.000 Pfändern. 21 eigene Gebäude!

Hauptanstalt: Wien, I., Dorotheergasse 17

Zweiganstalten:

I., Wipplingerstraße 6, II., Taborstraße 24 a, III., Sachskrügelgasse 1, IV., Riesenbölgasse 24, V., Bachergasse 19, VI., Mariahilferstraße 73, VII., Kaiserstraße 1, VIII., Feldgasse 6, IX., Währingerstraße Nr. 2—4, X., Erlachgasse 90, XII., Tannbrückg. 3, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Denglergasse 5, XV., Schanzstraße 14, XVI., Wichtelgasse 4, XVII., Kalvarienberggasse 27, XVIII., Währinger Gürtel 124, XX., Wallensteinstraße 57, XXI., Pitagagasse 4.

Filialen in: Klagenfurt, Linz, Baden, Mödling, St. Pölten und Wiener Neustadt.

politiker, darunter führende Bolschewiken, stellten fest, daß die Revolution ihren Höhepunkt überschritten habe. Im wesentlichen Sinn hatten sie nicht geirrt. Denn was 1927 und dann erst recht 1928 mit dem Fünfjahrplan beginnt, hat außer der zeitlichen und persönlichen Kontinuität nichts mit der Nachkriegsrevolution gemein. Ein neuer von bewußtem Entschluß getragener Ansatz wird geschaffen. Völlig unvermutete Energien strömen in ebenso unvermutet vorhandene Stimmungsbahnen. Eine neue Entwicklung hebt an, die nicht mehr ein Ergebnis des Krieges und der Niederlage ist. Ihr Ansatz ist in einem menschlichen Entschluß nachweisbar, ihr Gang in menschlichem Willen vorgezeichnet.

Am ehesten noch könnte das Dritte Reich als eine nur von Kriegserlebnis und Friedensverträgen bedingte innere und äußere Umwälzung angesprochen werden. In diesem Verstande wäre der nationalsozialistische Umsturz in die Wirkungsfolge eines vergangenen Zeitalters einzuordnen. Doch unterläge solcher Deutung u. E. mehr Schein als Wahrheit. Trotz aller teils sachbedingter, teils nur stimmungs- und schlagwortmäßiger Verbundenheit der nationalsozialistischen Bewegung und Staatsführung mit dem geschichtlichen Vorspiel nationaler Demütigung ist die 1933 einsetzende Wende in Wahrheit einer freien Sinnggebung entsprungen. Die Legende der angeblich seit dem Friedensschluß in Deutschland andauernden wirtschaftlichen Not kann selbst, wenn sie auf Wahrheit beruhte, nicht als pragmatischer Erklärungsgrund einer Staatsumwälzung herangezogen werden, deren Zielwille weit davon entfernt

ist, dem Wohlstand des Einzelnen untertan zu sein. Wie der russische Bolschewismus und der italienische Faschismus ist auch der deutsche Nationalsozialismus eine ohne unmittelbare historische Bedingtheit im Widerstreit zu allen in der vergangenen Epoche hervortretenden soziologischen Voraussetzungen aus den Tiefen einer Zeitenkrise hervorbrechende Neuschöpfung, die mit beinahe an Wunder grenzender Leichtigkeit gegen die alte Geschehensart ankämpfend das bestehende politische Gerüst sprengt und ein ganz anders geschichtetes an seine Stelle setzt.

Die 1933 in den U. S. A. sich entfaltende friedliche Revolution, die im „New Deal“ und in einer aktiven wirtschaftlichen Neutralitätspolitik einen mit allem amerikanischen Herkommen brechenden Ausdruck gefunden hat, ermangelt ganz offenbar des programmatischen Zusammenhangs mit Krieg und Umsturz. Sie folgt auf eine Zeitspanne des Friedens und der Prosperität und verrät das Vorhandensein fast unerschöpflicher historischer Ueberschußenergien auch im Neuen Kontinent.

Die innige Verschiedenheit der innen- und außenpolitischen Geschehensreihe ist das dritte Kennzeichen. Nicht Italien, sondern der Faschismus, nicht Deutschland, sondern der Nationalsozialismus, nicht Rußland, sondern der Bolschewismus, nicht Amerika, sondern die neuamerikanischen Ideen der Roosevelt-Zeit sind die Elemente des Prozesses. England kämpft um die Beibehaltung der Demokratie, Japan experimentiert mit einem Industrie feudalismus orientierter Prägung. Die Auflösung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsorganisation, wie sie sich in Goldwährung, Freihandel und Weltkapitalmarkt darstellte, förderte die Sonderentwicklung der großen staatlich-wirtschaftlichen Einheiten in ungekanntem Maße. Der Staat — ob er nun eine demokratische oder faschistische Grundhaltung besitzt — steht für sein System, dessen Bestand und Bewährung zum Einsatz seiner Außenpolitik wird. Kraft und Schwäche dieser Außenpolitik erfließt aus dem System. Dieses wird ideales Gebot und praktisches Muß, Leitstern und Mittel der Tagespolitik zugleich. Seit den großen Religionskriegen hat es eine derartige Identität innerer und äußerer staatlicher Schicksalsgestaltung nicht gegeben.

Zu höchster Zuspitzung steigert sich in der Krise des Jahresendes die Neuartigkeit des Weltgeschehens. Das in ein Kolonialabenteuer verstrickte Italien war mit kühler Zweideutigkeit gegen britisch-imperiale Interessen vorgestoßen. Der Landweg nach Südafrika und der Seeweg nach Indien schienen durch ein militärisches Fußfassen Italiens zwischen dem Sudan und dem Roten Meer auf einmal bedroht. Die Regierung Baldwin setzte den Völkerbund — eine wandelnde Glocke — gegen Mussolini in Bewegung. Das erste Ergebnis war ein Sieg der britischen Abwehr gegen den italienischen Kolonialvorstoß im Nilgebiet. Die auf französisches Drängen abgefaßten Bedingungen opfern Abessinien, aber nicht ein Deut britischer Machtstellung. Das Blaue Nilgebiet einschließlich aller Zuflüsse wird bis zu den entferntesten Wasserscheiden vor italienischem Eindringen bewahrt, wiewohl gerade dieser westabessinische Landstrich in den 1906er- und 1925er-Verträgen Italien zur wirtschaftlichen Ausbeutung zugeordnet war. Dafür wird das übrige Abessinien Mussolini praktisch zu eigen überlassen, freilich vielleicht unter Verbot der Aufstellung eines

schwarzen Heeres. Alles in allem ein glatter Vertrag am Völkerbundgedanken zugunsten britischer Eigeninteressen. Nach allen Regeln der Diplomatie des 19. Jahrhunderts schien damit die Angelegenheit kunstgerecht erledigt. Was sollten auch moralische Bedenken in einem exotischen Zwischenfall zu schaffen haben, wo keinen der Beteiligten andere als macht- und gebietspolitische Gründe leiten?

Die Auflehnung der englischen Öffentlichkeit gegen den Pariser Friedensplan ist also in der Tat eine Rebellion gegen den alten imperialistischen Gedanken und für den Völkerbund. Daß für Großbritannien sowohl der Zusammenhalt des Empires wie das Zusammengehen mit Amerika, ja der innere Friede selbst von dem Ausgang dieser Volksbewegung abhängen kann, beweist nur die Bedeutung der gefährdeten ideellen Interessen. In den angelsächsischen Weltteilen geht eine pazifistisch-sanktionistische Religion um. Sie ist es, die Innen- und Außenpolitik zu jener Einheit zusammen-schweißt, die in diesen Tagen auf der Genfer Szene in ungeahnten Wechseln ihre Probe besteht. Sie kämpft für den Frieden, aber nicht für den Status quo. Sie steht für konservative Dynamik.

Allein unter den Großmächten bleibt Frankreich ein Land alten Stils. Daß es deshalb als gefährdet gilt, zeugt vielleicht am besten für die unbewußte Herrschaft der Zeitwende über die Geister.

Dr. A. O.: Jahresbilanz der Konjunkturpolitik.



n wirtschaftlichen Ereignissen, die man in die Zeittafeln aufzunehmen pflegt, ist das nun zu Ende gehende Jahr ärmer gewesen als seine unmittelbaren Vorgänger, die in dieser Richtung geradezu Rekorde aufgestellt hatten. Auch in Oesterreich ist der Fluß der Entwicklung wieder ruhiger geworden. Im großen und ganzen bietet sich dem Rückblick das Bild eines weiteren Konjunkturanstieges, stärker und einheitlicher als im vorangegangenen Jahr, das ebenfalls schon eine leichte Erholung nach Ueberwindung des Krisentiefpunktes gebracht hatte. Freilich, noch weist dieses Bild nicht alle Merkmale eines Konjunkturaufschwungs nach alten Begriffen auf. Noch mischen sich darin Züge konjunktureller Belebung mit Anzeichen noch andauernder Depression. Aber dies ist auch in anderen Staaten, vor allem in den meisten Industriestaaten so und läßt sich zunächst einmal aus der Tiefe des Konjunktursturzes erklären; die Lösung der im Konjunkturabschwung entstandenen Spannungen brauchte diesmal an sich länger als nach weniger tiefen Depressionen. Der Uebergangszustand wäre dennoch wahrscheinlich schon überwunden, wenn man der selbsttätigen Angleichung ihren unerbittlichen Lauf gelassen hätte, ein Wagnis, zu dem man sich aber wie in den meisten europäischen Staaten aus sozialen und politischen Rücksichten gerade in den letzten unruhigen Jahren nicht hat entschließen können.

Die weitgehende Unterbindung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs tat ein übriges, die Anpassung und den Durchbruch der Konjunkturbesserung zu hemmen, was besonders unserem strukturell auf

Karl Polanyi, London: Englands Wahlen.

Die nüchterne Zahl, aus der der Wahlsieg der britischen Regierung am lautesten spricht, ist die von ihr errungene Mehrheit von 250 in einer insgesamt 615 Sitze zählenden Volksvertretung.

In Wirklichkeit haben die Regierungsparteien mehr als 80 Mandate und weit mehr als 1.500.000 Stimmen eingeblüßt, die Arbeiterparteien mehr als 100 Mandate und fast 1.800.000 Stimmen gewonnen. Die Regierung erhielt nur 55% aller abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung fiel von rund 80% auf rund 70%. Ungefähr 40% aller Wahlberechtigten stimmten für eine der drei Regierungsparteien: die Konservativen, die Simon-Liberalen oder die Macdonald-Labouriten; sie erhielten 71% der Mandate; die Opposition, die aus der Labour Party und den Samuel-Liberalen bestand, muß sich trotz 45% aller abgegebenen Stimmen mit 29% der Mandate begnügen. Die Tücken eines auf relative Mehrheiten gegründeten Wahlsystems im Rahmen einer etwas veralteten Wahlkreiseinteilung sind für das Auseinanderklaffen von Stimmen- und Mandatezahl verantwortlich.

Dennoch ist der Erfolg der Regierung überwältigend. Während Labour die Stimmenzahl von 1929 kaum überschritt, behaupten die Konservativen gegen dieses Jahr einen Vorsprung von rund 1.800.000 Stimmen. In dem 1929 vorangehenden Jahrzehnt hatten die Konservativen fast den gesamten Vorsprung an Stimmenzahl, den sie vor Labour besaßen, eingeblüßt. Nun ist er größer als zuvor, wenn auch lang nicht dem Verhältnis, so doch der absoluten Zahl nach. Und dieser Sieg wurde von einer Regierung erfochten, die vier Jahre hindurch alle Last und Bürde der großen Krise sowie alle Verantwortung für die wirtschaftlich-finanzielle Sanierung des Landes zu tragen hatte.

Der folgenden Tabelle sind in großen Zügen die Schicksale der drei entscheidenden Parteien in dieser kritischen Spanne abzulesen. Die Liberalen sind in der Wahl 1935 mit 50 Mandaten vertreten (30 von ihnen unterstützen unter Simon die Regierung, während 20 Samuel- und Lloyd-George-Liberalen der Opposition angehören). An der Tabelle werden sowohl die manchmal äußerst sinnwidrigen Ausschwingungen der Mandatzahlen, wie der Zusammenbruch der Liberalen Partei, wie auch die große Stärke der Konservativen deutlich:

Konservative Stimmen	Mandate	Labour Party Stimmen	Mandate	Liberalen Stimmen	Mand.
(+ = Gewinn, — = Verlust.)					
1929					
8.664.000	260	8.380.000	288	5.301.000	59
+ 826.000	— 155	+ 2.956.000	+ 136	+ 2.378.000	+ 17
1931					
11.925.000	471	6.648.000	52	2.320.000	72
+ 3.261.000	+ 211	— 1.732.000	— 236	— 2.981.000	+ 13
1935					
10.455.000	387	8.390.000	160	2.200.000	50
— 1.470.000	— 84	+ 1.742.000	+ 108	— 30.000	— 22

Geschlossen stimmten der der Wirtschaftskrise bereits entwachsene Süden sowie die Mitte des Landes regierungstreu. Nur das nordenglische und schottische Industriegebiet sowie Südwalles weisen auf der Wahlkarte einen Gürtel oppositioneller Mandate auf.

Eine Ausnahme bildet London, wo sich Labour von der Wahlkatastrophe 1931 immerhin stark erholt hat. In den 62 Londoner Wahlbezirken wurden gewählt:

	1929	1931	1935
Konservative	24	51	36
Labour	36	5	24
Liberalen	2	6	2

Diese Entwicklung der Mandatezahlen wird durch die der Stimmenzahlen noch unterstrichen:

	1929	1931	1935
Labour	784.000	563.000	759.000
Andere	1.022.000	1.236.000	980.000

Als Folge geringerer Wahlbeteiligung fiel die Mehrheit über die Labourstimmen in London von 673.000 im Jahre 1929 auf 221.000 bei den jüngsten Wahlen. Die bei den Londoner Grafschaftswahlen 1934 von Labour erzielte Mehrheit beruht also noch immer auf dem schwankenden Boden eines Minderheitsvotums.

Ogleich die Mehrheit der Regierung von 415 auf 250 herabgesetzt ist, genügt sie vollauf, um eine feste Führung des Landes in der unruhigen nahen Zukunft zu gewährleisten.*)

Regierungsparteien		Oppositionsparteien	
Konservative	284 (457)	Labour	155 (60)
Simon-Liberalen	31 (39)	Unabhängige	
Macdonald-Labouriten	8 (13)	Arbeiterpartei	4 (3)
Wilde	5 (5)	Samuel-Liberalen	16 (26)
	128 (514)	Lloyd-George-etc.-Liberalen	4 (7)
		Kommunisten	1 (0)
		Wilde	2 (2)
			178 (98)

Daß von den beiden mit Baldwin verbündeten Parteiführern der eine seinen Parlamentssitz fast, der andere aber ganz verlor, dürfte den Ministerpräsidenten wenig anfechten. Sir John Simons überaus knapper Sieg — Mehrheit 612 statt der 1931 erzielten rund 13.000 — kann kaum als ein Vertrauensvotum für den ehemaligen Leiter der Außenpolitik gelten: Macdonald aber blieb um mehr als 20.000 Stimmen in der Minderheit; auch sein Sohn, der Kolonialminister Malcolm, verlor sein Mandat. Wenn auch beide dank Baldwins persönlichem Einfluß bald ins politische Leben zurückkehren dürften, so wird doch die Autorität des Ministerpräsidenten auch innerhalb der Regierungskoalition durch Simons und Macdonalds Mißgeschick nur noch erhöht.

Die Regierung hat als „Nationale Regierung“ gesiegt, und als solche wird sie auf ihrem Platze verbleiben. Zwar hat die Nationale Arbeitspartei fünf von ihren 13 Mandaten verloren und ist ohne Führer aus der Schlacht zurückgekehrt. Aber umso mehr wird Baldwin daran festhalten, keiner konservativen, sondern einer „nationalen“ Regierung vorzustehen — eine Rückkehr zur Parteienregierung wäre im Augenblick sowohl den Wahlversprechungen wie den Regeln politischer Taktik zuwider, da sie sich leicht als das unfreiwillige Ergebnis der Niederlage Macdonalds ausnehmen könnte. Hingegen darf sich niemand wundern, wenn Winston Churchill, der jahrelang als Oppositioneller den scharfen Ton gegen Indien und für eine viel energischere Aufrüstung ver-

*) Ein ständiges, wenn auch geringes Schwanken der Parteizugehörigkeit sowie der beinahe vollständige Mangel amtlicher Zahlen über laufende Ereignisse beraubt die politische Statistik Englands (beinahe so stark wie die französische) der Eindeutigkeit.

trat, in einem der wichtigsten Landesverteidigungsministerien Einzug hält. Eine Umgruppierung im doppelt besetzten Außenamt ist wahrscheinlich. Kein Land kann auf die Dauer von zwei Außenministern zugleich verzichten werden. Welche Lösung aber für die Zusammenarbeit des Gespanns Eden-Hoare beabsichtigt wird, liegt wohl noch im Dunkel weltpolitischer Entwicklungen verborgen.

Aber wichtiger noch für das Land und möglicherweise selbst für Europa ist die Wirkung der Wahlen auf die geistig-moralische Gesamtentwicklung der führenden Menschheitsmacht, Großbritannien. Sind die Ansichten des parlamentarischen Systems für die Bewältigung des jedem modernen Industriestaat gestellten politisch-wirtschaftlichen Organisationsproblems durch die Wahlen besser oder schlechter geworden, so lautet die im Umkreis abendländischer Zivilisation bedrohlich aktuelle Frage, Kurz: Wie ist es um die englische Demokratie bestellt?

Eine Gefahr ist abgewehrt. Die Liberale Partei geht ihrem unaufhaltsamen Untergang zu. Nichts wäre bedenklicher gewesen als die Herauentwicklung einer „Dreiparteien-Lage“ in einem herkömmlich auf zwei Parteien abgestellten System. Labile Regierungsmehrheiten, Übergang zum Verhältniswahlrecht mit all seinen lähmenden Wirkungen, Verschiebung der Verantwortungslage, unklare Wahlentscheidungen, namentlich jedoch ständige Koalitionsregierungen wären die Folge gewesen. Da Labour immer mehr „liberals“ Wirtschaftspolitik trieb, war eine Enteignung des liberalen Vermächnisses durch die Arbeiterparteien unaufhaltsam. Die Auflösung der zur „Drittenpartei“ gewordenen Liberalen ist zur Tatsache geworden. Sir Herbert Samuels Wahlniederlage in Darwen gewinnt sinbildliche Bedeutung. Die anderen, die Simon-Liberalen, sind ohnehin nur eine Schattierung innerhalb des Tory-Heeres.

Die Aussichten der Labour Party, künftig wieder einmal auf demokratischem Wege zur Regierung zu gelangen, finden in dem Wahlergebnis eine Stütze. Dies ist wesentlich. Wäre die Arbeiterpartei entweder in eine hoffnungslose Minderheit versetzt oder müßte sie sonst die Empfindung haben, durch überlegene Wahlmacht gefoppt zu sein (wie dies mehr oder weniger nach den Wahlen 1919, 1924 und 1931 der Fall war), so wäre eine Dauerschwächung des politischen Systems unausbleiblich. Einen Augenblick schien es, als ob die unter dem Schatten außenpolitischer Spannung verlaufenden Wahlen in einer Aufrüstungspanik münden und damit die Voraussetzungen einer ruhigen Vernunftentscheidung aufheben müßten. Manche unabhängigen parteipolitisch nicht befangenen Geister im Lande glaubten Baldwin den Vorwurf einer demagogischen Wahlaktik nicht ersparen zu können. Im Rückblick kann er nicht aufrecht erhalten werden. Die Aufrüstung spielte im Wahlkampf keineswegs die von Freund und Feind befürchtete Rolle. Baldwin tönte die Churchillschen Alarmsignale zeitgerecht bis auf normale Lautstärke herab. Und weithin sichtbar erhob er die Völkerbundtreue zum Fanal britischer Sicherheitspolitik. Die Befürchtung im Jahre 1935 wiederholter britischer Khaki-Wahlen, des berühmigten Lloyd George'schen Schützengrabentriumphs, blieb unbegründet.

Weniger zuversichtlich muß die wirtschaftspolitische Leistung der abtretenden Regierung beurteilt werden. Nicht ein einziges Grundproblem der

britischen Wirtschaft hat seine Lösung gefunden. Der Umbau der britischen Industrie steht noch aus. Die Textil-, die Stahl- und Eisen-, die Kohlenindustrie haben sich weder organisatorisch noch finanziell, noch wirtschaftlich-technisch umgestellt. Die Arbeitslosigkeit in den schwer betroffenen Gebieten ist so arg, die Elastizität der Löhne ist so gering wie je. Eine Modernisierung der in England verknöcherten Gewerkschaftsmethoden ist nicht im Zuge. Keine einzige der von der MacMillan-Kommission aufgeworfenen Fragen der Neuordnung des Bankwesens ist auch nur angeschnitten. Niemand will es hier zur Kenntnis nehmen, daß das Land 1931 den Goldstandard zum Schutz seiner in Deutschland festgerannten Akzeptbanken verließ. Die Frage der Industriekredite, deren Rolle in jedem zukünftigen Umbau der industriellen Organisation entscheidend werden muß, ist noch gar nicht aufgeworfen. Die gesamte britische „Sanierung“ wurde mit einem Wort sowohl budget- wie wirtschaftspolitisch einfach auf Kosten der Währung erkaufte.

In keiner Hinsicht sind die jüngsten Wahlen im Sinne der Erziehung des Volkes zu demokratischen Lösungsmethoden dieser offenen Zukunftsfragen der Wirtschaft benützt worden. Dies bleibt die Geburtschwäche einer Volksvertretung, die wie nur wenige schicksalsschwerem Weltgang entgegensieht.

Dr. A. O.: Staatsschuld, Schuldendienst und Verschuldungsgrenze.

Mit der Konvertierung der Völkerbundsanleihe und der Begebung der Arbeitsanleihe 1935 dürfte die Serie der großen Kreditoperationen abgeschlossen sein, die Oesterreichs Staatsschuld seit dem Ausbruch der Finanzkrise 1931 jedes Jahr um durchschnittlich 200 Mill. S. haben anwachsen lassen. Zwar wird sich eine Vermehrung der Staatsschuld auch in der Folge nicht gänzlich vermeiden lassen, solange die laufenden Staatseinnahmen die im großen und ganzen als nicht mehr kürzbar zu betrachtenden Ausgaben noch nicht völlig decken; außerdem müssen gewisse Mittel für die ohnedies sehr eingeschränkten Investitionen beschafft werden, die vielfach nicht einmal als wirkliche Neuinvestitionen gelten können, sondern sich, streng genommen, als Erneuerungsanlagen darstellen und daher kaum unterlassen oder aufgeschoben werden dürfen; aber so große Beträge wie in den letzten Jahren wird die Finanzverwaltung auch dann nicht in Betracht ziehen können, wenn der Kapitalmarkt ihre Unterbringung zu angemessenen Zinssätzen und annehmbaren sonstigen Begebungsbedingungen an sich ermöglichen sollte.

Nicht nur die Höhe des Konsolidierungsbedarfes muß, wie wir schon früher einmal bei Besprechung der Staatsschuld schrieben *), zur Zurückhaltung in der Kreditaufnahme mahnen (was auch weiterhin gilt, obwohl seither ein erheblicher Teil der damals bestandenen kurzfristigen Schuld fundiert wurde); eine weitere stärkere Vermehrung der Staatsschuld verbietet auch die offenbar noch für die nächsten Jahre zu veranschlagende starke Beengung im Staatshaushalt, in dem für eine Erhöhung des Schuldendienstes kaum Platz ge-

*) Vgl. „Staatsschuld und Anleihepolitik“ in Nr. 14 vom 5. Jänner 1935.

Karl Polanyi, London: England und der abessinische Krieg.

Großbritanniens vielumstrittene außenpolitische Linie wird grundsätzlich durch drei Erwägungen bestimmt: die Verhinderung des militärischen Aufstiegs einer England nicht unbedingt freundlich gesinnten Macht am Roten Meer; sowie die doppelte Entschlossenheit, einen Krieg, wenn er unvermeidlich würde, nicht allein zu führen, sich aber dennoch von jeglichem vorzeitigen Militärbündnis freizuhalten. Sowohl Englands plötzlicher Ausbruch von Völkerbundtreue als auch ein nicht undenkbares jähes Ende solcher Treue findet im Zusammenwirken dieser Grundsätze ihre zutreffende Erklärung. Weder gegen den Faschismus im allgemeinen, noch gegen den italienischen Faschismus im besonderen, nicht Downing Street ins Feld. Winston Churchill, einer der begeistertsten Lobeslieder Mussolinis, hätte gewiß nicht diesen Augenblick zum Anschluß an eine Regierung gewählt, gegen die er vier Jahre lang im Kampfe stand, wenn er ihm des Antifaschismus verdächtig wäre. Der Fall liegt viel unkomplizierter. England wird heute praktisch von einer konservativen Fünfechstelmehrheit regiert. Sie ist entschlossen, die herkömmliche Landstraße des Empire sicher und fest zu beherrschen. Das zentrale Mittel dazu erblickt sie, wie die Dinge liegen, im Völkerbund. Die englischen Versuche, diesen nüchternen Sachverhalt zu verhüllen, sind ebenso abwegig wie die italienischen Anstrengungen, ihm mit aller Gewalt eine grundsätzlich Italienfeindliche oder gar demokratisch-weltanschauliche Begründung zu unter-schieben. Als es Ende November vorigen Jahres im südlichen Abessinien zu einem damals nur wenig bemerkten englisch-italienischen Zwischenfall kam, dachte sicherlich kein englischer Regierungspolitiker auch nur im Traum daran, einen Machtkampf des britischen Reiches durch den Völkerbund austragen zu lassen. Doch in seinem Duell mit England stand die Wahl der Waffen Italien zu. Es wählte die üblichen. Der Gegner griff, beinahe wie einer Eingebung folgend, zur neuen, völlig un-erprobten, ja nicht ganz ohne seine Schuld als unbrauch-bar geltenden Waffe des Völkerbundes. Dies mag Italien höchlich überrascht haben. Nur muß man freilich im Krieg auf Überraschungen gefaßt sein.

Diplomatische Strategie

Die englischen Konservativen haben eine Groß-leistung politischer Anpassung vollbracht. Für und gegen eine Völkerbundpolitik — das war fünfzehn Jahre hin-durch der eigentliche Dauergegensatz zwischen der Rechten und der Linken in diesem Lande gewesen. Daß er schließlich mit der Verwirklichung der von der Linken vertretenen Forderung durch die Rechte endete, ent-sprach im Grunde nur dem englischen Herkommen, dem-gemäß seit fast hundert Jahren jeder fortschrittliche sozialpolitische Gesetzgebungsakt unter einem kon-servativen Kabinett zustandekam.

Trotzdem: Hier liegt der Quell jener inneren Zwei-faltigkeit, die Englands neuer Außenpolitik von der Ge-burtsstunde anhaftet. Der wahre britische Imperialist kann sie und nimmer wahrer Völkerbundanhänger sein. Wer an die nationale Selbstmacht als den un-

vergänglichen Berechtigungsgrund des Krieges glaubt, vermag nicht einmal im Dienste der eigenen Selbstsucht einen Apparat richtig zu nutzen, dessen Lebensprinzip die Verneinung dieses seines Glaubens ist. So ist denn die Völkerbundlinie Englands mit dem Vorbehalt be-lastet, daß sie nur gilt, „solange der Völkerbund stand-hält“. Dies klingt wie eine Selbstverständlichkeit, ist es aber nicht. Denn Versagen oder Bewährung des Völker-bundes hängen heute viel zu sehr von Englands eigenem Einsatz ab, als daß die britischen Staatsmänner be-rechtigt wären, dieses Versagen als eine rein äußerliche Eventualität in Rechnung zu stellen. Die Betonung dieses Vorbehaltes in den Reden Neville Chamberlains, Lord Hallshams, Walter Elliots und anderer am rechten Flügel der Partei stehender Männer erinnert somit immer wieder an eine wichtige innere Schranke ihrer Völker-bundtreue. Baldwins jüngst in Worcester gehaltene Rede sollte es klar machen, daß die Mehrheit der Regierung solchen Vorbehalt ablehnt. Wenn der Völkerbund ver-sagt, dann werden wir alles tun, um ihn flott zu machen, war Baldwins Antwort an den rechten Flügel der Partei, der unter dem Einfluß des außerhalb der Regierung stehenden ehemaligen Kolonialministers Amery einer un-bedingten Völkerbundpolitik nur zögernd Gefolgschaft leistet.

In der Tat: Jede andere als die von Baldwin ge-wiesene Lösung würde England entweder in die Isolierung oder in die Arme Rußlands treiben. Denn England kann den Völkerbund nur so lange im abessinischen Streit ver-wenden, als zumindest eine Großmacht ihm in Genf Gefolgschaft leistet. Weigert sich Frankreich, diese zu sein, dann bleibt nur Rußland übrig. Vieles spricht dafür, daß Anthony Eden dieser Lage gerecht zu werden ge-dachte, als er seinerzeit von Berlin stracks nach Moskau fuhr. Doch die Mehrheit der Konservativen würde solchen Ausweg verwerfen. Für sie gibt es nur die Zusammen-arbeit mit Frankreich oder das Alleinstehen. Die Alternative zu Genf heißt Isolierung. Isolierung aber ist Ohnmacht. Daher der logische Schluß, daß England sich von diesem Streit zurückziehen solle.

Was aber heißt Völkerbundpolitik? Baldwins Rede, die sich so fest zum Völkerbund zu bekennen scheint, drückt selbst unwillkürlich den entscheidenden Zweifel aus. Denn was, wenn der Völkerbund versagte? Unter versagen aber ist, wohlverstanden, jedes Verhalten des Völkerbundes gemeint, welches Italien nicht oder nicht schnell und gründlich genug vom abessinischen Krieg abbringt. Selbst nach der beinahe an Wunder grenzenden Energieleistung Genfs muß man es aber für so gut wie undenkbar halten, daß der Völkerbund ständig den eng-lischen Bedürfnissen in Ton, Tat und Tempo entsprechen wird. England werde ihm um keinen Schritt voraus-eilen, noch hinter ihm zurückbleiben, sagte Baldwin in Worcester. Jedoch, Baldwin weiß nur allzuwohl, daß die eigentliche Frage umgekehrt die ist, ob der Völkerbund in Zukunft um keinen Strich von Englands Linie ab-weicht. Muß aber England, wenn dies geschieht, dann nicht trotz allem in die Ohnmacht der Isolierung sinken?

Zweifellos ist dies die Fragestellung, die auf lange Sicht Englands diplomatische Strategie beherrscht. Sie ist keineswegs unlösbar. Eine geschickte Verbindung von Völkerbundpolitik und Eigenaktion ist erforderlich. Wenn wir nicht irren, so ist sie bereits im Zuge. Der wichtigste Regulierungsfaktor im Spiel ist die Zeit. Wie

lange wird es dauern, bis der in Genf in Gang gebrachte Ausrüstung auch unter Ausschluß aller militärischen Maßnahmen Italien in Bedrängnis bringt. Völkerbundpolitik und Eigenaktion verbunden, heißt aber nichts anderes als wirtschaftliche und militärische Fernwirkungen zielbewußt aufeinander abstimmen.

Zielbewußt. England hat sofortige effektive wirtschaftliche Maßnahmen unsicheren militärischen in der Zukunft vorgezogen. Man darf vermuten, daß ein ausdrücklicher Verzicht Englands auf solche Maßnahmen der nur sehr schwer erlangbaren französischen Zustimmung zum Boykott aller italienischen Ausfuhr voranging.

Zielbewußt auch darin, daß die Beschlüsse über die Zufuhr von Waffen durch Ausdehnung auf schon im Zuge befindliche Lieferungen wirksam geschützt wurden. Auf lange Sicht wird damit Italiens Schlagkraft gelähmt. Und, ebenfalls auf lange Sicht, Abessinians Aufrüstung eingeleitet.

Zielbewußt namentlich aber auch darin, daß die Fallfrist überall so ziemlich die gleiche ist. Siegt Italien nicht in diesem Kriegsjahr, so soll ihm die Aussicht, im nächsten zu siegen, genommen werden. Denn nach einem Jahr würde die Lage sich radikal gewandelt haben: Italiens von Zufuhrmangel bedrohte Armee ist auf immer längere Verbindungswege angewiesen, während Abessinians Rüstungsstand sich sprunghaft verbessert. Unter einem türkischen Himmel in schwerstem Gelände festgefahrene Front- und Etappenarmeen lähmen die Aktionskraft des italienischen Mutterlandes, dessen außenpolitischer Wirkradius verhängnisvoll eingeengt wird. Zu einer glaubhaften Kriegsdrohung gegen das zur Erzwingung einer unblutigen Kapitulation alle Machtmittel konzentrierende England reicht es nicht mehr. Großbritannien kann dem durch Einzelaktion geförderten diplomatischen Sieg dann die Weihen der Völkerbundzustimmung verleihen. So etwa mag sich in den Hoffnungen der diplomatischen Strategen Englands die nüchterne Tatsache auswirken, daß das Inselreich, welches sich weder ganz auf die eigenen Kräfte, noch ganz auf die des kollektiven Sicherheitsapparats verlassen kann, die Kombination beider anstreben muß.

Militärische Strategie

Das militärische Grundproblem, das Italien zu bewältigen hat, liegt in der Tatsache begründet, daß Italien vorerst nur die Gebiete erobern kann, deren Besitz es nicht anstrebt, diejenigen Landstriche aber, deren Eroberung es den Krieg führt, ihm nur in einer späteren Phase des Feldzugs zugänglich werden. Ein von Osten vorrückender Angreifer kann eben in die westlichen Gebiete des Landes nicht unmittelbar vordringen.

Wäre nun dem so, daß der östliche Vorstoß durch Unterbindung der Eisenbahnlinie Djibuti—Addis Abeba den Abessinern die Möglichkeit jeder nennhafteren Waffenzufuhr sperrte, so würde die geschilderte geographische Verlagerung des Krieges diesen nur verlängern, keineswegs jedoch in seinem Verlauf wesentlich beeinflussen können. Mit der Zeit müßte der unbewaffnete Eingeborene dem hochgerüsteten Angreifer unfehlbar erliegen.

Aber gerade der westliche Teil des Landes besitzt in der Eisenbahnlinie Port Sudan—Sennar eine eigene

Zufuhrmöglichkeit, die für den Kriegsverlauf noch sehr bedeutsam werden kann. Port Sudan liegt am Roten Meer, nordlich von Eritrea, im Anglo-ägyptischen Sudan. Die Eisenbahnlinie, die der Verwertung der Kassala-Baumwolle dient, hat keine Landverbindung mit Kairo und Alexandria. Aber das bedeutet nicht eine Verlangsamung, sondern eher eine Beschleunigung der für Abessinien bestimmten europäischen Zufuhren. Da diese Linie im Unterschied zur Djibuti-Bahn nicht über abessinisches Gebiet führt, ist sie feindlichem Angriff nicht ausgesetzt. Doch sie führt recht nahe an die abessinische Westgrenze heran und, was die Hauptsache ist, in einem gegnerischen Zugriff noch auf lange Zeit verschlossene Teile des Landes. Der nördliche, dem Angreifer eher erreichbare Karawanenweg durchquert nicht einsehbare Urwaldstrecken, der südliche ist durch das Massiv des mittleren Hochlandes noch auf lange Zeit vor Angriffen geschützt. Die Ausrüstung der abessinischen Krieger mit modernen Handfeuerwaffen und Maschinengewehren kann so in einem längeren Krieg kaum verhindert werden. Für England aber könnte schon der Kostenspunkt den Ausschlag geben. Denn jeder Tag, um den die Flottenmobilisierung verkürzt wird, erspart ihm mehr als den Kaufpreis einiger hundert Maschinengewehre.

Nun scheint es aber, daß ein schnelles Vordringen der Italiener vom Osten her in das Zentrum des Landes, so, daß die Waffenzufuhr vom Westen her unterbunden würde, sich aus geographischen Gründen verbietet. Soweit man sich auf eine im „Economist“ jüngst erschienene Analyse verlassen kann, die sich allerdings recht gut mit der von einer amerikanischen wissenschaftlichen Expedition 1926 veröffentlichten Beschreibung verträgt — siehe „Savage Abyssinia“ von T. Baum —, ist für größere Verbände nur ein einziger Zugang offen, nämlich der sich von Norden nach Süden ziehende östliche Rand der zentralen Hochebene, dessen südlicher Zielpunkt Dessie ist. Schon dies allein müßte das östliche Abessinien zum Hauptkriegsschauplatz machen. Die fruchtbare Hochebene des Westens, das eigentliche Kriegsziel, wäre dann noch kaum in Reichweite gerückt. Andererseits mag der Neubesitz weiter Landstriche im Osten Italien ein Kompromiß innen- und außenpolitisch erleichtern.

Die Unterhausaussprache will im Lichte dieser militärisch-diplomatischen Umstände auf ihren genaueren Sinn geprüft sein.

Dr. Alfred Schwoner: Berufstände und Kartelle.

Von den Wirtschaftlern, die sich vor dem Kriege hie und da in mehr spielerischer Weise mit der Frage künftiger Organisationsformen der Wirtschaft beschäftigten, hat so mancher der Ansicht Ausdruck zu geben gewagt, daß sich die Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus, die „Expropriation der Expropriateure“ vielleicht doch nicht mit naturgesetzlicher Bestimmtheit vollziehen werde. Auch die Entstehung einer neuen Feudal- oder einer neuen ständischen Wirtschaft wurde für möglich gehalten und man stützte sich hierbei auf die stetige Ausbreitung des Verbandwesens, namentlich aber der Kartelle und der Gewerkschaften. Wenn einmal alle Wirtschaftszweige durch-

Dr. Karl Polanyi, London: Der Suez-Kanal.

„Die Frage der Suez-Kanal-Konzession ist sehr verwickelt und harrt noch der Klärung.“
Aus einer Unterhausrede Sir Edward Greys
im Juli 1910.



Wir nehmen das Ergebnis unserer Untersuchung vorweg: Jede Bemühung um eine eindeutige Feststellung der völkerrechtlichen Lage des Suez-Kanals ist vergeblich. In letzter Linie muß sie an der zwiespältigen Rechtsstellung Ägyptens scheitern. Die Entscheidung über Sperrung oder Offenhaltung des Kanals findet im gegenwärtigen Völkerrecht keinen zwingenden Grund — sie wird entweder durch Schöpfung neuen internationalen Rechtes oder durch die Macht fallen.

Die Tatsachen

Es war eine Eigentümlichkeit der Suez-Kanal-Konzession, daß die vom Vizekönig von Ägypten 1856 an Ferdinand von Lesseps verliehene Erlaubnis zur Erbauung der Wasserstraße und zur „Benützung“ des dazu erforderlichen ägyptischen Gebietes keine politischen oder administrativen Einschränkungen enthielt. Die „Compagnie universelle du canal maritime du Suez“ wurde als gewöhnliche Handelsgesellschaft mit dem Sitz in Alexandrien eingetragen. *) Rechtskräftige Urteile ägyptischer Gerichtshöfe stellen fest, daß der Kanal ägyptisches Gebiet darstellt und daß der Gesellschaft keinerlei Verwaltungshoheit zukommt. Ausdrücklich anerkannte die Gesellschaft im Zusatzvertrag vom Jahre 1866, daß die Polizeirechte über den Kanal, sowie das Recht seiner Verteidigung gegen äußeren Angriff der ägyptischen Regierung zustehen.

Der ägyptische Vizekönig, der mit der Suez-Gesellschaft diese Verträge abschloß, war das Oberhaupt eines unter türkischer Hebel stehenden halb-autonomen Staates. Der Kanal wurde mit Frankreichs diplomatischer und finanzieller Hilfe gegen Englands offenen und geheimen Widerstand erbaut.

1875 wurde der Suez-Kanal „englisch“. Das vom Vizekönig erstandene Aktienpaket machte die englische Regierung zum weitaus größten Aktionär. Von den 32 Verwaltungsratsmitgliedern waren in Hinkunft zehn englische Staatsbürger — drei Regierungsvertreter, sieben Cityvertreter (zumeist von der Kauffahrt).

Doch die „Beherrschung“ der Suez-Kanal-Gesellschaft brachte England nicht den geringsten völkerrechtlichen Vorteil. Die britische Regierung versuchte nie, eine Statutenänderung zu erreichen, die ihr die Mehrheit in der Vertretung gesichert hätte. Sie sah ruhig zu, wie die Tantiemen der Verwaltungsratsmitglieder durch exorbitante Kanalgebühren ins Märchenhafte geschwellt wurden — wahrlich nicht zum Vorteil der überwiegend englischen Kanalbenutzer. Mehr als einmal kam es im Unterhaus zu Angriffen der Exportindustrien gegen diese

Zustände. Die Regierung beharrte darauf, daß Englands Interesse sich darin erschöpfe, die Kanalverwaltung politisch nicht Frankreich zu überlassen; was dort sonst vorgehe, darauf stehe ihr kein Einfluß zu. In der Tat ließen gelegentliche Erwidern der Kanalgesellschaft an Unverfrorenheit nichts zu wünschen übrig. Einmal antwortete sie auf die Unterhauskritik mit der bündigen Drohung, die Kanalgebühren noch weiter hinaufzusetzen.

Im Jahre 1852 landete England „vorübergehend“ einige Bataillone bei Port Said zum Schutz des Suez-Kanals gegen die Aufständischen Arabi Paschas. Die Sperrung des Kanals dauerte nur wenige Tage. Die Truppen sind noch heute in Ägypten.

Die Landung war ein diplomatischer Handstreich gewesen. Das überrumpelte Frankreich drängte auf Sicherungen gegen eine Wiederholung. Das Konzert der Mächte war darüber einig, daß die im Konzessionsvertrag bedungene Neutralitätspflicht der Kanalverwaltung gegenüber den Handelsschiffen aller Staaten nicht genüge. Die „Internationalisierung“ war aufs Tapet gebracht.

Die Konstantinopler Konvention aller wichtigeren kanalbenützenden Mächte (1888) proklamierte den Grundsatz, daß der Suez-Kanal weder im Frieden, noch im Krieg geschlossen werden darf. Eine Blockierung des Kanals ist verboten. Beides gilt ausdrücklich sogar für den Fall, daß die Türkei, also die Gebietsmacht selbst, eine der Kriegführenden ist. Nur zum Schutz des Kanals oder zur Verteidigung ägyptischen Gebietes ist eine Unterbrechung der Schifffahrt gestattet. Die Kontrolle über eine derartige Schutzmaßnahme wird einer jährlich wenigstens einmal in Alexandrien tagenden Zusammenkunft der diplomatischen Vertreter der Unterzeichnerstaaten vorbehalten. Falls Ägyptens Armee zum Schutz nicht hinreicht, ruft Ägypten den türkischen Oberherrn an, der im Einvernehmen mit dem „europäischen Konzert“ vorgeht.

England nahm nur unter Vorbehalt an. Solange in Ägypten „vorübergehend außerordentliche Zustände“ herrschen, solle der Vertrag nicht in Kraft treten. Der Hinweis galt der englischen Besetzung Ägyptens, die bis auf den heutigen Tag fort dauert.

1901 versprach Frankreich, nicht mehr darauf drängen zu wollen, daß die englische Besatzung aus Ägypten abziehe. England erklärte dafür, daß es seinen Vorbehalt gegen die Suez-Konvention zurücknehme. Auch möge Frankreich nur ruhig in Marokko verbleiben. Die Entente cordiale war geschlossen.

England bedang sich jedoch eines aus: Der in der Suez-Konvention vorgesehene Kontrollausschuß diplomatischer Vertreter, der unter Vorsitz eines türkischen Kommissärs zu tagen habe, solle „vorerst“ nicht zusammentreten. Die Kontrollbestimmungen der Konvention waren damit der praktischen Wirksamkeit beraubt. Mangels der vertraglich dazu berufenen Stelle blieb die Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit des Kanals dem de facto-Machthaber überlassen. Der englische Besatzungskommandant war und blieb Herr des Suez-Kanals.

Der Kanal wurde weder im spanisch-amerikanischen, noch im russisch-japanischen, noch im türkisch-italienischen Krieg gesperrt. Allerdings im ersten Fall legte England die Kohlenbestimmungen zu Ungunsten Spaniens aus. In der englischen Neutralitätserklärung

*) Der Verwaltungssitz der Gesellschaft ist Paris, wodurch ein Rechtsstand jedoch nur für Streitigkeiten von Aktionären unter sich geschaffen wird. Immerhin besteht eine gewisse Konkurrenz ägyptischen und französischen Rechtes in den Angelegenheiten der Gesellschaft, jedoch unter Ausschluß des englischen.

zum spanisch-amerikanischen Krieg hatte es geheißen, daß kriegsführende Schiffe in englischen Häfen nur die zur Erreichung des nächsten heimischen Hafens notwendige Kohle löschen dürfen. Die spanische Flotte beabsichtigte in Ägypten Kohle zu löschen, um über den Indischen Ozean das spanische Manila zu erreichen. Die Engländer erklärten, der nächste heimische Hafen sei in diesem Fall — in Spanien. Sie verweigerten die Kohle. Die spanische Flotte mußte in ihre Häfen zurückkehren. England hatte sich Amerika zuliebe ein Stück Deutungskunst erlaubt.

Kraftvoll hielt England an seiner Unparteilichkeit trotz seines Bündnisses mit Japan fest, als es Russland für Ostasien bestimmte Kriegsschiffe durch den Suez-Kanal ließ. Später im Lybischen Krieg durften italienische Schiffe frei den Kanal passieren, obwohl das umkämpfte Land Eigentum des türkischen Oberherrn des Suez-Gebietes war. Doch gemäß dieser Fall ist ja, wie wir erwähnten, ausdrücklich als „Nichtausnahme“ in der Konvention angeführt.

Alles in allem: Bis zum Ausbruch des Weltkrieges stand die Suez-Konvention zweifellos in Kraft und England übte seine Rolle als Bürge der Freiheit der Schifffahrt im Sinne dieses Vertrages aus. Wenn der englische Außenminister die Lage 1910 verwickelt fand, so war sie doch im Grunde nicht unklar. Erst die Ereignisse von 1914, 1919 und 1922 schürzten den unlöslichen Knoten.

1914 verteidigt England den Suez-Kanal gegen die Türkei, also gegen die eigentliche Gebietsmacht. Um sich endlosen Selbstwidersprüchen zu entziehen, proklamiert England einseitig die Schutzherrschaft über Ägypten.

1919 wird der Völkerbund errichtet, der grundsätzlich keine Neutralität zwischen Völkerbundmitgliedern kennt. An ihre Stelle treten im allgemeinen Sanktionen gegen den Angreifer. Zugleich wird aber in den Friedensverträgen die Suez-Konvention nicht nur anerkannt, sondern die Rechte der Türkei als Unterzeichnerin der Konvention werden ausdrücklich auf England übertragen. Zwar wird das 1914 erklärte Protektorat Englands über Ägypten nunmehr von allen Friedensschließenden anerkannt — Ägypten gehört jedoch nicht zu ihnen. Das Protektorat bleibt auch fernerhin einseitig.

1922 hebt England, wiederum einseitig, das Protektorat über Ägypten auf und erklärt Ägypten zum unabhängigen, souveränen Staat. Im gleichen Atem schränkt es jedoch diese Souveränität durch die Dekretierung von vier „unverzichtbaren“ Vorbehalten ein, u. a. von Englands Recht auf die Verteidigung des Suez-Kanals. „Vorerst“ stationiert die englische Besatzung weiter im Lande. De facto bleibt alles beim alten.

Zwei Fragen würden eine klare Antwort erheischen:

1. Ist die Suez-Konvention und das dort ausgesprochene Sperrungsverbot durch die Völkerbundsatzung außer Kraft gesetzt oder modifiziert?

2. Beistehenden Falles: Welcher Macht obliegt die Entscheidung über seine Sperrung oder Offenhaltung: Ägypten, England oder dem Völkerbund?

Wir vermögen hier nur die Gründe anzuführen, die eine eindeutige Beantwortung dieser eng verbundenen Fragen nahezu unmöglich machen.

Falls die Suez-Konvention in Kraft ist

Bis 1914 konnte ihre Rechtswirksamkeit nicht bezweifelt werden. England hatte 1904 seine Vorbehalte

fallen lassen und der Inkraftsetzung zugestimmt. Tatsächlich war der Kanal schon vor Ausbruch der Suez-Konvention im Kriegszustand oft geschlossen worden, so im deutsch-französischen (1870) und im russisch-türkischen Krieg (1877). Daß dem auch nach 1888 so war, wissen wir. Freilich, das in der Konvention als Kontrollinstanz bestimmte Diplomatenvorläufige trat nie zusammen. Statt dessen handhabte England die Konvention mit der mehr oder minder gutwilligen Zustimmung der anderen Mächte. Da die Konvention in letzter Linie die Anrufung des „europäischen Konzerts“ befahl, so kam der de-facto-Zustand dem rechtlich erforderlichen ziemlich nahe.

1914 sperrt England den Kanal feindlichen Kriegsschiffen und läßt als Durchschießungsort von feindlichen und neutralen Handelsschiffen außerhalb der Dreimeilenzone aus. Manövren wurde vorübergehend beschränkt, sonstige Kontersperren erst nachdem das Schiff den Kanal treibenlassen passiert hatte und sich wieder außerhalb der Dreimeilenzone befand — eine fast allzu feine Unterscheidung, die den Kanal vor Anschlägen schützte und die Freiheit der Schifffahrt dennoch möglichst wenig beeinträchtigen sollte.

Das war ein Bruch der Konvention. Erstens bestand für Ägypten keinerlei Gefahr, zweitens lag der Schutz des Kanals nicht England, sondern Ägypten, bzw. der Türkei ob. Die Proklamierung des englischen Protektorats über Ägypten sollte die Lage neuartig einreihen. Nicht die Türkei, sondern Großbritannien sei nunmehr die Schutzmacht im Kanal.

In den Friedensverträgen gingen in der Tat die Rechte der Türkei über Ägypten und den Suez-Kanal auf England über. Das englische Protektorat wurde, wie gesagt, von allen Friedensschließenden anerkannt. England tat, als hätte es Ägypten erobert.

Die juristische Schwierigkeit entspringt nun daraus, daß England Ägypten nicht erobert hatte. Vielmehr errichtete es über das Land seine Schutzherrschaft, eine völkerrechtliche Beziehung, die nicht anders als durch einen Vertrag begründet werden kann. Niemals übertrug jedoch Ägypten das Recht, seine auswärtigen Beziehungen zu ordnen, an England. Das einseitig proklamierte Protektorat über Ägypten war juristisch nicht einwandfrei.

Auch aus diesem Grunde tat England 1922 einen großzügigen und jedenfalls heilsamen Schritt: es erklärte das Protektorat für beendet und Ägypten für einen unabhängigen Staat. Freilich unter den berühmten vier Vorbehalten. Sie betrafen: 1. das Durchzugsrecht für Kriegertruppen, 2. den Schutz Ägyptens gegen direkte oder indirekte auswärtige Bedrohung, 3. Schutz der Ausländer und Minderheiten und 4. den Sudan. Namentlich wegen der Sudan-Klausel nahm Ägypten den Staatsakt von 1922 nicht zur Kenntnis. Zum tätigen Beweis seiner Unabhängigkeit beschloß es, seine Mitgliedschaft am Völkerbund anzumelden. England verschaltete zum Beweis, daß die 1922er Vorbehalte in Kraft sind, die Durchführung dieser Absicht. Da es selbst Ägypten als souveränen Staat anerkannt hatte, wurde der innere Widerspruch nur noch schlagender.

Das von England als unabhängig erklärte Ägypten ist aber weder Unterzeichner der Suez-Konvention, noch unbezweifelter Nachfolger der Türkei in bezug auf ihre

Rechte. Auch ist es nicht Mitgliedstaat des Völkerbundes. Für Ägypten könnten also sogar die alten Neutralitätsbestimmungen gelten: Verbot der Durchfuhr von Kriegsmaterial an beide Kriegführenden — was dann sowohl mit der Suez-Konvention wie mit der Völkerbundsatzung in Widerspruch stünde.

Betrachtet man aber Ägypten als Rechtsnachfolger des Türkischen Reiches am Suez-Kanal, dann ist Ägypten, nicht England, Schutzherr des Kanals, freilich im Widerspruch zum Vertrag von Lausanne (§ 16), der dieses Recht ausdrücklich auf England überträgt, wenn auch mit dem wichtigen Zusatz, daß die Bereinigung aller „aus der Anerkennung des Ägyptischen Staates entspringenden Fragen späteren Verhandlungen der Beteiligten überlassen bleibt“. Ob als Beteiligte nur England und Ägypten oder möglicherweise auch die Unterzeichner der Suez-Konvention zu verstehen sind, ist ungewiß. Doch nicht einmal England und Ägypten bereinigten bisher „im Verhandlungsweg die aus der Anerkennung des Ägyptischen Staates entspringenden Fragen“. Der Lausanner Vertrag aber wurde 1923 geschlossen — ein Jahr nach der einseitigen Regelung des Ägyptischen Status durch England. Ägypten könnte also bestreiten, daß England durch den Vertrag von Lausanne die Gebietsmacht am Suez-Kanal geworden ist. An allen Ecken und Enden schafft der englisch-ägyptische Konflikt einen Schwebezustand, der die Rechtslage am Suez-Kanal fast unentwirrbar macht.

Wenn die Konvention nicht mehr in Kraft ist

Jedoch: Es kann mit starken Gründen bestritten werden, daß das Sperrungsverbot der Suez-Konvention noch in Kraft steht. Unter Völkerbundstaaten gibt es genau genommen eine Neutralität nur noch im sogenannten legitimen Krieg, das heißt, wenn die Kriegshandlung drei Monate nach Abschluß des erfolglosen Schlichtungsverfahrens geschieht. Rechtlich sind alle im Völkerbundrahmen geschlossenen Neutralitätsverträge auf diese Möglichkeit bezogen. Dementsprechend erklärt § 20 der Satzungen alle den Satzungsverpflichtungen widerstrebenden Verträge unter den Unterzeichnern für hinfällig. Inhaltlich könnte diese Bestimmung ohne weiteres auf die Suez-Konvention bezogen werden. Das Verbot, den Kanal im Kriegsfall zu sperren, wäre dann rechtungültig.

Aber gegen solche Beweisführung steht die Tatsache, daß die Suez-Konvention den Friedensverträgen einverleibt wurde. Die Völkerbundsatzungen bilden §§ 1 bis 25 der Friedensverträge. Die spätere Erwähnung der Suez-Kanal-Rechte in den gleichen Verträgen steht also mit der Annahme ihrer stillschweigenden Abrogation in krassem Widerspruch.

Eine andere Frage wiederum ist, ob ein Staat sich auf den Schutz einer Konvention berufen kann, wenn der gleiche Staat zugleich andere mehrseitige Verträge verletzt, und wären diese, wie Völkerbundsatzung und Kellogg-Pakt, auch späteren Ursprungs als der von ihm berufene Vertrag.

Eine besondere Verwicklung (vielleicht aber auch wieder Vereinfachung) der Lage stellt der Umstand dar, daß die Unterzeichner all dieser Konventionen die gleichen Staaten sind. Die verschiedenen mehrseitigen Verträge sind also im Streitfall aufeinander beziehbar. Zwar nicht im Völkerbundrat, immerhin aber im Völker-

Denke an morgen — Pension schützt vor Sorgen!

1. bei Berufsunfähigkeit
INVALIDITÄTS-RENTEN
2. für ein sorgloses Alter
ALTERS-RENTEN
3. im Ablebensfalle
HINTERBLIEBENEN-RENTEN



ALLGEMEINE VERSICHERUNGS A. G.
PENSIONS-VEREIN
WIEN, I., SCHELLINGGASSE 1

bund sind sämtliche Unterzeichner des Suez-Vertrages (oder deren Rechtsnachfolger) anwesend. Auch der Kellogg-Pakt ist von den gleichen Staaten unterzeichnet worden, wenn auch der Umkreis der Parteien hier noch weiter gezogen ist. Die mit den Friedensverträgen scheinbar in Widerspruch stehende Annahme einer Abrogation der Suez-Konvention durch die Völkerbundsatzungen könnte in dieser Personalidentität eine wichtige Stütze finden. Wäre doch die Behauptung, daß sich diese Personenkreise nur zufällig decken, sachlich gewiß anfechtbar. Die Suez-Konvention war nur der erste Ansatz zu jenen mehrseitigen Verträgen, deren Rückwirkung auf sie selbst nunmehr zur Debatte steht. Wahre Internationalisierung schließt wahre Neutralisierung aus. Denn diese ist nur eine Vorstufe zu jener. Zugleich erweist sich jedoch an diesem Zusammenhang die ganze Vieldeutigkeit der Beziehungen zwischen den Sanktionsparagraphen der Völkerbundsatzungen und dem klaren Wortlaut des Artikels I der Suez-Konvention, der den Kanal allen Kriegführenden unbeschränkt offen zu halten befahl. Eine gegenseitige Durchdringung der Satzungen vom Jahre 1919 und der Konvention vom Jahre 1888 ist aber im wesentlichen unmöglich. Denn eine teilweise Abrogation ist hier nur schwer denkbar. Nichts beleuchtet die innere Ungereintheit besser als die überraschende Einsicht, daß sich Handel und Krieg unter den beiden Instrumenten fast umgekehrt verhalten: sollte der Völkerbund seine Sanktionen auf wirtschaftliche beschränken, so müßte genau genommen der Suez-Kanal Kriegsschiffen offen gelassen und Handelsschiffen gesperrt werden!

Ungewißheit über die eigenen Rechte und noch mehr über ihre Wirkksamkeit mag ein Grund dafür gewesen sein, daß England im abessinischen Konflikt so zielbewußt die Völkerbundlinie bezog. Die Peripetie im Sucz-Gebiet ist ein Teil einer völkerrechtlichen Umwälzung. Die zwischenstaatliche Rechtskontinuität ist unterbrochen. Eine Fortsetzung gibt es nur in einem neuen Recht oder in der Entscheidung durch die Macht.

Dr. F. Sch.: Die österreichische Preisschleudereigerichtsbarkeit.

Bekanntlich hat das Gesetz über die Errichtung von Preisschleuderei-Schiedsstellen den Unternehmern, die sich durch Preisschleuderei geschädigt glauben, die Wahl freigestellt, statt im Weg einer Unterlassungs- oder Schadenersatzklage wegen unlauteren Wettbewerbs bei den mit der Ausübung der Handelsgerichtsbarkeit betrauten Gerichtshöfen ihren Unterlassungsanspruch bei der Preisschleuderei-Schiedsstelle geltend zu machen. Welch dringendes Bedürfnis für eine besondere Preisschleuderei-Gerichtsbarkeit bestand, läßt sich nachträglich insbesondere daran erkennen, daß in den knappen acht Monaten des Bestandes der Wiener Schiedsstelle gegen hundert derartiger Klagen eingebracht wurden, obwohl mit der Wahl der Schiedsstelle der Verzicht auf jeglichen Schadenersatzanspruch verbunden ist.

Verfahren der Schiedsstelle befriedigt

Die im Verhältnis zu den früher im ordentlichen Verfahren abgeführten Preisschleuderei-Prozessen erheblich höhere Beanspruchung beweist auch die Richtigkeit der für die Einführung der Preisschleuderei-Gerichtsbarkeit maßgebenden Begründung, daß nämlich wegen der Langwierigkeit des Gerichtshofverfahrens auch der unterliegende Preisschleuderer über den Kläger triumphiere, dieses Verfahren überdies zu kostspielig sei und die Rechtsprechung der gelehrten Richter die notwendige Einführung in die Bedürfnisse der Wirtschaft vermissen lasse.

Was das Verfahren betrifft, hat die Schiedsstelle die in sie gesetzten Erwartungen in ausreichendem Maße erfüllt: Auch wo es zum Urteil kam, fand in zwei Dritteln der Fälle nur eine Streitverhandlung und nur ganz ausnahmsweise mehr als zwei Streitverhandlungen statt. Die Kostenzusprüche schwankten in der Regel zwischen 80 und 100 S; in 15% der Fälle waren sie geringer (bis herunter zu 50 S), während sie nur in 10% der Fälle darüber hinaus unbedeutend anstiegen und nur in einem besonders schwierigen und langwierigen Fall wesentlich höher waren. Diese Zahlen beziehen sich nur auf Fälle, wo der obsiegende Teil durch einen Anwalt vertreten war, in den anwaltsfreien Prozessen waren die Kosten ganz geringfügig.

Uebrigens haben in etwa 75% aller mit Urteil abgeschlossenen Fälle beide Parteien vorgezogen, sich durch Rechtsanwälte vertreten zu lassen. Es gehörte zu den Seltenheiten, daß kein Streitteil Anwaltshilfe in Anspruch nahm, wofür die Erklärung nicht nur in den materiellrechtlichen Schwierigkeiten, sondern wohl auch in der kostenbegrenzenden Kürze des Verfahrens liegt.

Rechtsprechung enttäuscht

Wenn die Schiedsstelle auch im Hinblick auf das Verfahren befriedigt hat, so muß doch zugegeben werden, daß die Befürchtungen derer getroffen sind, die Enttäuschungen in materiellrechtlicher Beziehung erwarteten. In der Tat sind nämlich die Urteile der Wiener Schiedsstelle eine Zeitlang so widersprechend gewesen, daß die Inanspruchnahme der Schiedsstelle dem mit dem Mechanismus und mit den Personen nicht voll Vertrauten der Anrufung einer Entscheidung durch das Los nicht gar zu ähnlich vorgekommen sein mag. Die mangelnde Einheitlichkeit der Rechtsprechung dürfte denn auch der hauptsächlichste Grund für das Sinken der Zahl der bei der Wiener Schiedsstelle eingebrachten Klagen sein, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß die anfängliche Ueberschuldung durch die Verzögerung der Errichtung mitverantwortlich wurde. Indessen sind in letzter Zeit auch, was die Vereinheitlichung der Judikatur anlangt, Fortschritte zu verzeichnen.

Bei der Zusammensetzung der einzelnen Senate aus einem Berufsrichter und zwei aus mehreren hundert Personen, die überwiegend noch nie eine richterliche Tätigkeit ausgeübt haben, ausgewählten Beisitzern kann es nicht wundernehmen, daß die Entscheidungen selbst in grundsätzlichen Fragen voneinander abweichen. So kamen Urteile mit der Begründung vor, daß die Nichteinhaltung der branchenüblichen Preise als nach den Anschauungen der Mitbewerber den guten Sitten widersprechender Vorgang unzulässig ist, wenngleich auch mit dem niedrigeren Preis ein Auslangen gefunden werden könnte. In anderen Entscheidungen wieder wurde erklärt, daß bei der Beurteilung der Sittlichkeit oder der Unsittlichkeit einer Preisfeststellung die Preiskalkulation im einzelnen Fall maßgebend sei. Die Gegensätzlichkeit findet ihre Erklärung darin, daß über das Wesen der Preisschleuderei-Schiedsstellen keine einheitliche Auffassung herrschte. Auf der einen Seite wurde die Meinung vertreten, daß die Schiedsstellen Standesgerichte seien, welche bei ihrer Entscheidung lediglich zu berücksichtigen haben, ob das Vorgehen des Beklagten mit den in seiner Branche üblichen Grundsätzen über die Preisbildung übereinstimme. Dieser Auffassung wurde entgegengehalten, daß die Schiedsstellen nur mit Beauftragten des Bundes besetzt sind, die auf das allgemeine Wohl Bedacht zu nehmen haben, und daher nicht nur Standesbegriffe als Grundlage der Rechtsprechung verwerten dürfen.

Durch die von einzelnen Organisationen vorgeschlagene Abänderung des Gesetzes in der Richtung, daß die Auswahl der Beisitzer auf die dem betreffenden Fachgebiet Angehörigen beschränkt werde, würde die Auffassung, daß die Preisschleuderei-Gerichtsbarkeit eine Standesgerichtsbarkeit sei, neuen Auftrieb erhalten.

Andererseits würde auch die Ersetzung der aus den bestehenden Beisitzerlisten zu entnehmenden Richter durch die fachkundigen Laienrichter nicht zum Ziel führen, da ihrer größeren allgemeinen Prozeßerfahrung der Mangel an Kenntnis der speziellen Preisverhältnisse gegenübersteht, wodurch unnötige Beweishebungen, und zwar insbesondere teure Sachverständigenbeweise erforderlich werden würden.

Abhilfe durch Oberinstanz

Als einziger Weg zur Behebung der bei der Schwierigkeit der Materie unvermeidlichen Fehlurteile und damit zur Beendigung der für die Rechtsberater und die Träger der kaufmännischen Preisstellung gleichermaßen unerträglichen Rechtsunsicherheit wird allerdings die Einführung einer Berufungsmöglichkeit zu empfehlen sein. Die Schaffung einer Oberinstanz wird